



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Armee in der Demokratie

Ausmaß, Ursachen und Wirkungen von
politischem Extremismus in der Bundeswehr

Markus Steinbrecher

Heiko Biehl

Nina Leonhard

Forschungsbericht 138

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Redaktionsschluss ist der 18. Dezember 2023

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 486

E-Mail: zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org

www.zms.bundeswehr.de

© ZMSBw 2025

Projektnummer: 7127-01

ISBN: 978-3-941571-59-4

URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:po79-opus4-7719>

DOI: <https://doi.org/10.48727/opus4-771>

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	7
2	Einleitung.....	11
2.1	Forschungsfragen	13
2.2	Aufbau des Forschungsberichts	14
3	Grundlagen, Stand der Forschung und Hypothesen zu politischem Extremismus in der Bundeswehr	15
3.1	Rahmenbedingungen für politische Einstellungen und Aktivitäten von Angehörigen der Bundeswehr	15
3.2	Forschungsstand zu politischem Extremismus und zur Relevanz des Politischen für Soldatinnen und Soldaten	18
3.2.1	Definition, Operationalisierung und Messung von politischem Extremismus	18
3.2.2	Erklärungsfaktoren von rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft und in der Bundeswehr	23
3.2.3	Einflussfaktoren für den Umgang mit politischem Extremismus in der Bundeswehr	32
4	Möglichkeiten und Grenzen einer Studie zu politischem Extremismus in der Bundeswehr: Das methodische Design der Untersuchung	36
4.1	Akzeptanz und Kommunikation der Studie innerhalb und außerhalb der Bundeswehr	37
4.2	Teilnahme an der Befragung und Bereitschaft zur Beantwortung von Fragen	38
4.3	Prämissen der qualitativen Studienanteile zu politischen Einstellungen von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr	41
5	Design und Rahmendaten der Module	43
5.1	Modul 1: Befragung von militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr	43
5.1.1	Inhalte des Fragebogens von Modul 1	44

5.1.2	Vorgehensweise bei der Stichprobenziehung für Modul 1	46
5.1.3	Rücklauf, Datenqualität und Repräsentativität der Stichprobe von Modul 1	48
5.2	Modul 2: Repräsentative Bevölkerungsbefragung in Verbindung mit einer Jugendbefragung	52
5.2.1	Inhalte des Fragebogens von Modul 2	52
5.2.2	Vorgehensweise bei der Stichprobenziehung für Modul 2	55
5.2.3	Rücklauf, Datenqualität und Repräsentativität der Stichprobe von Modul 2	56
5.3	Modul 3: Qualitative Studie zum Politikverständnis von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr	57
6	Ergebnisse und Analysen zu politischem Extremismus in der Bundeswehr	61
6.1	Ausmaß extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr	62
6.1.1	Links-Rechts-Einstufungen	64
6.1.2	Haltungen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	67
6.1.3	Haltungen zu Politikzielen der Neuen Rechten	70
6.1.4	Einstellungen zu Verschwörungstheorien und Positionen der Reichsbürger	73
6.1.5	Rechtsextremistische Einstellungen	76
6.2	Ursachen und Erklärungsfaktoren rechtsextremistischer Einstellungen in der Bundeswehr	82
6.2.1	Selektionshypothese: Kommen rechtsextremistische Einstellungen von außen in die Bundeswehr?	83
6.2.2	Zusammenhänge zwischen demografischen Merkmalen und rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr	89
6.2.3	Sozialisationshypothese 1: Hängen politische Unzufriedenheit und mangelndes Vertrauen in den Staat mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr zusammen?	94
6.2.4	Sozialisationshypothese 2: Hängt fehlende gesellschaftliche Anerkennung mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr zusammen?	98
6.2.5	Sozialisationshypothese 3: Hängt die Unzufriedenheit mit dem Dienst mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr zusammen?	100

6.2.6	Sozialisationshypothese 4: Hängen soldatische Identität und ein militärisches Elitebewusstsein mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr zusammen?	102
6.2.7	Zusammenfassung der Ergebnisse zu den Sozialisationshypothesen	106
6.3	Die Wahrnehmung extremistischer Vorfälle in der Bundeswehr	108
6.3.1	Häufigkeit von und Umgang mit extremistischen Vorfällen in der Bundeswehr.....	109
6.3.2	Wahrscheinlichkeit und erwarteter Umgang mit extremistischen Vorfällen in der Bundeswehr	118
6.3.3	Zusammenfassung der Ergebnisse zur Wahrnehmung extremistischer Vorfälle	126
6.4	Befunde aus den Gruppendiskussionen.....	127
6.4.1	„Also es ist irgendwie so ne negative Grundstimmung“: Klage über fehlenden Rückhalt als allgemeiner Tenor der Gespräche	128
6.4.2	Zum Politikverständnis von Soldatinnen und Soldaten: Politik als „Gefahr“	131
6.4.3	Soldatisches Selbstverständnis: Demokratieextremisten	134
6.4.4	Melden oder Nichtmelden: Kameradschaftstreue versus Einhaltung von Vorschriften.....	137
6.4.5	Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Gruppendiskussionen	139
6.5	Maßnahmen gegen politischen Extremismus in der Bundeswehr und ihre Bewertung.....	140
7	Schlussbetrachtung und Diskussion der Ergebnisse.....	146
7.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	146
7.2	Zur praktischen Relevanz der Ergebnisse.....	149
7.3	Zur wissenschaftlichen Bewertung der Ergebnisse	152
	Literaturverzeichnis	155

1 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

- Die Bundeswehr ist eine Armee (in) der Demokratie. Ihre innere Verfasstheit soll dem demokratischen Charakter der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung Deutschlands entsprechen. Das Soldatengesetz verlangt von den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein aktives Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Mit der Inneren Führung wurde zudem eine vom Grundgesetz ausgehende ziel- und wertorientierte Konzeption für die Stellung der Streitkräfte im demokratischen Staat und der Soldatinnen und Soldaten in der freien Gesellschaft geschaffen. Politischer Extremismus ist daher mit den gesetzlichen Vorgaben und normativen Ansprüchen der Bundeswehr unvereinbar.
- Die Studie „Armee in der Demokratie“ (AID) untersucht Ausmaß, Ursachen und Wirkungen von politischem Extremismus in der Bundeswehr.
- Die Studie verfolgt drei zentrale Fragestellungen: 1) Wie groß ist das Ausmaß und was sind die Ursachen extremistischer Einstellungen unter den Angehörigen der Bundeswehr? 2) Wie wird mit politischem Extremismus in der Bundeswehr umgegangen? 3) Wie ist das Verhältnis der Bundeswehrangehörigen zu Politik und Gesellschaft? Welche Bedeutung hat Politik für das soldatische Selbstverständnis? (Abschnitt 2)
- Politische Einstellungen in der Bundeswehr sind bislang nur ansatzweise empirisch erforscht. Die vorliegende Studie liefert auf belastbarer konzeptioneller, methodischer und empirischer Grundlage erstmalige und umfassende Erkenntnisse zu den politischen Einstellungen der Angehörigen der Bundeswehr sowie zum Ausmaß und zu den Ursachen extremistischer Einstellungen. (Abschnitt 3)
- Die aufgeworfenen Fragestellungen (Abschnitt 2) stellen hohe methodische Anforderungen an die Studie. Daher wurde ein integratives Forschungsdesign gewählt, das quantitative und qualitative Ansätze kombiniert. Mehrere methodische Maßnahmen und Kontrollen sollen Tendenzen zur Nichtteilnahme an der Untersuchung, zur Antwortverweigerung oder zu sozial erwünschtem Antwortverhalten entgegenwirken. (Abschnitt 4)
- Zur Beantwortung der Fragestellungen hat das ZMSBw drei Erhebungsmodule durchgeführt. (Abschnitte 4 und 5)
- Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1): An einer schriftlichen Befragung (Papier und Online) im November und Dezember 2022 nahmen 4.313 zivile und militärische Angehörige der Bundeswehr teil. Dies entspricht einer Rücklaufquote für die Gesamtstichprobe von 21,5 Prozent. Die Rücklaufquote bei zivilen Beschäftigten war mit 31,6 Prozent deutlich höher als bei den Soldatinnen und Soldaten mit 20,5 Prozent. Die Daten sind dennoch für alle militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr repräsentativ und in allen relevanten sozio- und militärdemografischen Teilgruppen aussagekräftig. (Abschnitte 5.1 und 6.1)
- Bevölkerungsbefragung (Modul 2): Zu Vergleichszwecken führte das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos zwischen September und November 2022 eine repräsentative computergestützte persönliche Bevölkerungsbefragung mit 4.632 Befragten durch, darunter 2.307 Befragte in der Alters-

- gruppe bis 30 Jahre. Die Erhebungsinstrumente in den Fragebögen von Modul 1 und Modul 2 waren soweit wie möglich identisch. (Abschnitt 5.2)
- Gruppendiskussionen (Modul 3): Im April 2021 und zwischen Oktober und Dezember 2022 führte das ZMSBw 18 Gruppendiskussionen mit jeweils drei bis acht Soldatinnen und Soldaten an acht Standorten der Bundeswehr durch. Die Diskussionsrunden wurden nach dem Ansatz der dokumentarischen Methode ausgewertet. (Abschnitte 5.3 und 6.4)
 - Die Kombination quantitativer und qualitativer Elemente bietet sich ergänzende Zugänge zum Untersuchungsthema und dient der wechselseitigen methodischen Kontrolle, um möglichst belastbare Befunde und Einsichten zu gewinnen.
 - Mittels der Fragebögen wurden in den Modulen 1 und 2 rechtsextremistische Einstellungen erfasst, gestützt auf die in den Leipziger Extremismus-Studien und den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung übliche Messung mit 18 Fragen aus den sechs Unterdimensionen Rechtsgerichtete Diktatur, Chauvinismus, NS-Verharmlosung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. Zudem erhoben die Fragebögen Haltungen zu Politikzielen der Neuen Rechten, zu Verschwörungstheorien und zu Thesen der Reichsbürger, zu religiösem Fundamentalismus und zu Linksextremismus. (Abschnitte 5.1, 5.2 und 6.1)
 - Die Auswertungen in diesem Forschungsbericht konzentrieren sich auf das Politikverständnis und rechtsextremistische Einstellungen von Soldatinnen und Soldaten. Die Haltungen der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr und der Bevölkerung dienen zum Vergleich und der Einordnung.
 - Die Auswertung der Bundeswehrumfrage (Modul 1) zeigt, dass entsprechend der in der Forschungsliteratur üblichen Operationalisierung¹ weniger als ein Prozent der Angehörigen der Bundeswehr konsistent rechtsextremistische Haltungen aufweist. Der Anteil für die Soldatinnen und Soldaten liegt bei 0,4 Prozent. Unter den zivilen Beschäftigten liegt der Anteil bei 0,8 Prozent. Es bestehen also keine substantiellen Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes rechtsextremistischer Haltungen zwischen zivilen und militärischen Angehörigen der Bundeswehr. (Abschnitt 6.1.5)
 - Der Anteil von Personen mit konsistent rechtsextremistischen Einstellungen ist in der Bevölkerung mit 5,4 Prozent deutlich höher als in der Bundeswehr. Auch wenn man eine erhöhte Tendenz zu sozial erwünschten Antworten bei den Bundeswehrangehörigen unterstellt: Es ist davon auszugehen, dass rechtsextremistische Haltungen in der Gesamtbevölkerung deutlich verbreiteter sind als in der Bundeswehr. (Abschnitt 6.1.5)
 - Rechtsextremistische Haltungen sind in der Bundeswehr insgesamt eher selten. Lediglich konsistent chauvinistische (6,4 Prozent) und fremdenfeindliche (3,5 Prozent) Haltungen sind bei einem kleineren Teil der Soldatinnen und Soldaten zu finden. Überhaupt werden nur drei der 18 Aussagen aus dem Themenfeld Rechtsextremismus von mehr als 10 Prozent der militärischen Angehörigen der Bundeswehr unterstützt. Problematisch scheint der Befund für den Subindex Fremdenfeindlichkeit zu sein. Hinsichtlich der Einordnung von Aussagen, die in der Literatur als chauvinistisch gekennzeichnet sind, gilt es, die Besonderheiten und Anforderungen an den soldatischen Beruf zu berücksichtigen. (Abschnitte 6.1.3 und 6.1.5)

¹ Mindestens neun von 18 Aussagen wird mindestens eher zugestimmt und mindestens neun Aussagen werden wenigstens mit „teils/teils“ beantwortet.

- Weiterführende Analysen zeigen, dass rechtsextremistische Einstellungen in bestimmten soldatischen Gruppen etwas verbreiteter sind als in anderen: bei Personen mit formal niedriger Bildung, bei Mannschaftsdienstgraden und Unteroffizieren ohne Portepee, bei Personen im Alter unter 30 Jahren, bei in Ostdeutschland aufgewachsenen Personen sowie bei Angehörigen von Heer, Streitkräftebasis und Kampftruppen. Die Gruppenunterschiede sind jedoch graduell und nicht gravierend. (Abschnitt 6.2.2)
- In umfassenden Erklärungsmodellen für das Ausmaß an Unterstützung für rechtsextremistische Positionen zeigt sich: Unzufriedenheit mit dem politischen System, eine geringere Unterstützung für die freiheitliche demokratische Grundordnung und eine stärkere Wahrnehmung einer Einschränkung der freien Meinungsäußerung verstärken rechtsextremistische Einstellungen. (Sozialisationshypothese 1, Abschnitt 6.2.3)
- Eine positive Sicht auf die Wehrmacht, negative Bewertungen der Politischen Bildung in der Bundeswehr, ein dezidiert soldatisches Elitebewusstsein, die Ablehnung von Prinzipien der Inneren Führung und eine ausgeprägte Kämpferidentität verstärken ebenfalls rechtsextremistische Einstellungen. (Sozialisationshypothese 4, Abschnitt 6.2.6)
- Eine große Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten nimmt eine fehlende oder zu geringe gesellschaftliche und politische Unterstützung für die Bundeswehr wahr. Allerdings werden rechtsextremistische Einstellungen hierdurch nicht verstärkt. (Sozialisationshypothese 2, Abschnitt 6.2.4)
- Ebenso spielt die Unzufriedenheit mit dienstlichen Aspekten für die Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen so gut wie keine Rolle. (Sozialisationshypothese 3, Abschnitt 6.2.5)
- Die Befunde der weitergehenden Analysen sind für militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr weitgehend identisch und nahezu unabhängig vom verwendeten Instrument zur Messung rechter politischer Einstellungen (Neue Rechte, Rechtsextremismus). (Abschnitte 6.2.2 bis 6.2.7)
- Die Analyse der AID-Bevölkerungsbefragung (Modul 2) ergibt: Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen zeigen ein erhöhtes Interesse an einer Tätigkeit in der Bundeswehr. Dieser Zusammenhang ist unabhängig vom verwendeten Instrument zur Messung rechter politischer Einstellungen (Neue Rechte, Rechtsextremismus) und bleibt selbst bei Berücksichtigung zahlreicher anderer Erklärungsfaktoren (demografische Merkmale, politische Einstellungen, Motive der Berufswahl etc.) bestehen. (Selektionshypothese, Abschnitt 6.2.1)
- Hinsichtlich der Wahrnehmung und des Umgangs mit extremistischen Vorfällen ergibt die Auswertung der Befragungen von Bundeswehrangehörigen von Modul 1 und Modul 3, dass 26,7 Prozent der Soldatinnen und Soldaten mindestens ein Vorkommnis mit Bezug zu politischem Extremismus innerhalb der letzten 12 Monate erlebt haben. 73,3 Prozent haben keinen der abgefragten Vorfälle wahrgenommen. Am häufigsten (16,1 Prozent) werden rechtsextreme Sprüche berichtet. Die Werte für zivile Beschäftigte weichen deutlich davon ab, sie nehmen entsprechende Ereignisse seltener wahr: 83,1 Prozent haben keinen Vorfall erlebt. (Abschnitt 6.3.1)
- Extremistische Vorkommnisse werden teils gemeldet, teils untereinander geregelt. Häufig werden die disziplinarischen Folgen den Befragten – etwa aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes – nicht bekannt. Am häufigsten gemeldet werden extremistische Inhalte in Chats (42,1 Prozent). (Abschnitt 6.3.1)
- Die differenzierten Reaktionen auf Verdachtsfälle und besondere Vorkommnisse lassen sich auf jeweils legitime, aber mitei-

- nander konkurrierende Handlungsgrundsätze (Gehorsam, Vorschriftenlage, Pflicht zur Kameradschaft) zurückführen. (Abschnitt 6.4.4)
- Die Angehörigen der Bundeswehr bewerten die Maßnahmen gegen politischen Extremismus unterschiedlich: Nur 37,1 Prozent der Soldatinnen und Soldaten sind der Meinung, dass die Bundeswehr bereits genug gegen politischen Extremismus tut. Eine deutliche Mehrheit von 58,6 Prozent sieht wiederum in der Politischen Bildung ein wirksames Instrument, um politischem Extremismus vorzubeugen und fast alle befragten Soldatinnen und Soldaten sind der Auffassung, dass Extremisten in der Bundeswehr nichts verloren haben und ihnen deshalb der Zugang zu den Streitkräften zu verwehren ist. (Abschnitt 6.5)
 - In der Gesamtheit belegen die Ergebnisse: Eine große absolute Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten und der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr wird den Grundsätzen der Inneren Führung und den Anforderungen an eine Armee (in) der Demokratie vollkommen gerecht. (Abschnitt 6)
 - Die Soldatinnen und Soldaten und die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr weisen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt ein merklich größeres Interesse an Politik, ein stärkeres Vertrauen in staatliche Institutionen und eine größere Demokratiezufriedenheit auf. Zudem wird die freiheitliche demokratische Grundordnung stärker befürwortet. (Abschnitte 6.1.2 und 6.2.3)
 - Das Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten und der zivilen Beschäftigten in den Rückhalt durch die Politik, die Medien und die Bevölkerung ist dennoch belastet und wird durch die – auch in der Bundeswehr kursierende – Wahrnehmung von Denk- und Sprechverboten beeinträchtigt. (Abschnitte 6.2.3, 6.2.4 und 6.4.1)
 - Die Polarisierung politischer Debatten hat die Unsicherheit von Soldatinnen und Soldaten, ob und wie sie sich politisch positionieren dürfen oder sogar positionieren müssen, verstärkt. (Abschnitt 6.4.2)
 - Die Studie liefert Hinweise für den Umgang mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr. Zur Abwehr rechtsextremistischer Tendenzen ist wesentlich, dass Personen mit einer Affinität zu rechtsextremistischen Einstellungen von vorneherein nicht in die Bundeswehr gelangen. (Abschnitt 6.2.1)
 - Es erscheint zugleich notwendig, das Vertrauen der Bundeswehrangehörigen in (die Unterstützung durch) Politik, Medien und Gesellschaft zu stärken. (Abschnitt 6.2.3)
 - Kontroverse Themen, etwa tagespolitische Ereignisse, der Krieg gegen die Ukraine oder die Traditionswürdigkeit der Wehrmacht sollten nicht tabuisiert, sondern thematisiert und offen diskutiert werden, z.B. bei Unterrichtungen zur Historischen und Politischen Bildung. (Abschnitte 6.2.6, 6.4.2 und 6.4.3)
 - Der Umgang mit Vorkommnissen (nicht nur extremistischer Natur) innerhalb der Bundeswehr sollte transparenter gemacht werden – insbesondere mit Blick auf den kameradschaftlichen Zusammenhalt und die soldatische Hierarchie. (Abschnitte 6.3 und 6.4.4)
 - Die Studie liefert umfassende Einblicke in die politischen Haltungen der Soldatinnen und Soldaten. Das methodische Design hat sich bewährt und liefert belastbare Befunde, die Hinweise auf Handlungsmöglichkeiten zum Schutz vor politischem Extremismus liefern. Empirische Ergebnisse zu extremistischen Strukturen, Netzwerken und Radikalisierungstendenzen bietet die Untersuchung aufgrund ihrer methodischen Anlage hingegen nicht.

2 Einleitung

Die Bundeswehr ist gemäß ihrem Selbstverständnis eine Armee (in) der Demokratie. Eine ihrer zentralen Aufgaben ist der Schutz der Bundesrepublik Deutschland vor äußeren Bedrohungen. Hierzu zählen neben der Verteidigung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität die Aufrechterhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO). Die Verpflichtung der Bundeswehr auf die rechtliche und politische Ordnung der Bundesrepublik spiegelt sich im Soldatengesetz (SG) und in ihrer Führungskonzeption, der Inneren Führung, wider. Das Soldatengesetz schreibt die Bindung jedes Soldaten bzw. jeder Soldatin an das politische System der Bundesrepublik dezidiert vor: „Der Soldat muss die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten“ (§8 SG). Mit der Inneren Führung wurde dazu eine vom Grundgesetz ausgehende Konzeption für die Stellung der Streitkräfte im demokratischen Staat und der Soldatinnen und Soldaten in der freien Gesellschaft geschaffen. Die Dienstvorschrift zur Inneren Führung legt entsprechend fest, dass die Soldatinnen und Soldaten „den Werten und Normen des Grundgesetzes in besonderer Weise verpflichtet“ (BMVg 2018a, Nr. 105) sind. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erfüllen ihren Auftrag, „wenn sie aus innerer Überzeugung für Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie als den leitenden Werten unseres Staates aktiv eintreten“ (BMVg 2018a, Nr. 106). Diese hohe rechtliche und normative Bindung der Streitkräfte an die staatliche Ordnung ist infrage gestellt, wenn Soldatinnen und Soldaten politische Auffassungen vertreten, die mit der Werteordnung des Grundgesetzes unvereinbar sind. Insbesondere ein Engagement für extremistische Ziele ist weder mit den Vorgaben des Soldatengesetzes noch mit der Konzeption der Inneren Führung vereinbar.

In den letzten Jahren sind wiederholt Fälle von Angehörigen der Bundeswehr bekannt geworden, die sich extremistisch, zumeist rechtsextremistisch, artikuliert, positioniert oder gar engagiert haben. Dies hat Fragen nach der Verbreitung solcher Positionen in der Bundeswehr aufgeworfen: Hat die Bundeswehr ein Problem mit Rechtsextremismus? Ziehen die deutschen Streitkräfte Personen mit extremistischen Einstellungen an? Radikalisieren sich manche Soldatinnen und Soldaten aufgrund ihrer Erfahrungen in der Truppe? Die mit diesen Fragen verbundenen Befürchtungen und Zweifel sind keineswegs neu. Seit Aufstellung der Bundeswehr haben sie sich – zumal nach Bekanntwerden entsprechender Vorfälle – für Politik, Streitkräfte, Medien und Öffentlichkeit wiederholt gestellt (z.B. Högl 2021; Laabs 2021; Naumann 2020a, 2020b; Wiesendahl 1998). Bislang fehlt es jedoch an empirischen Untersuchungen, die dem Ausmaß, den Ursachen und den

Wirkungen des politischen Extremismus in der Bundeswehr systematisch nachgehen. Daher finden sich im öffentlichen Raum wie in der Wissenschaft einerseits Auffassungen, die den Soldatinnen und Soldaten eine Affinität zum politischen Extremismus – insbesondere zum Rechtsextremismus – attestieren und der Truppe unterstellen, solche Haltungen stillschweigend zu dulden (Laabs 2021). Andererseits gibt es Stimmen, die in extremistischen Vorkommnissen nur isolierte Einzelfälle erkennen können, die allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen widerspiegeln und mit der Bundeswehr in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen (diskutiert bei Bartels 2020: 6; Meisner/Kleffner 2019; Naumann 2020a: 25).

Die vorliegende Studie versucht, diesem Erkenntnis- und Forschungsdesiderat zu begegnen und mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung dem Ausmaß des politischen Extremismus in der Bundeswehr und den dahinterstehenden Ursachen nachzuspüren. Der Fokus liegt auf rechtsextremistischen Einstellungen, da der Phänomenbereich Rechtsextremismus den Schwerpunkt der Verdachtsfälle und Vorkommnisse bildet, die jährlich für die Bundeswehr berichtet werden. Von den insgesamt 962 Verdachtsfällen, die im Jahresbericht 2022 der Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle (KfE) aufgelistet sind, rechnet das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) 773 dem Phänomenbereich des Rechtsextremismus zu (BMVg 2023a: 6–11). Dies entspricht einem Anteil von 80,4 Prozent.

In Reaktion auf die Vorkommnisse beim Kommando Spezialkräfte (KSK) im Sommer 2020 erließ die damalige Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer einen Maßnahmenkatalog, der unter anderem eine wissenschaftliche Studie zum politischen Extremismus in der Bundeswehr vorsah. Auf dieser Grundlage beauftragte das BMVg das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) am 27. Juli 2020 mit der Konzeption und Durchführung dieser Studie und den nachfolgenden Analysen. Dabei wird – gemäß dem Erkenntnisinteresse des BMVg – die Verbreitung extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungsprozesse untersucht. Im Zentrum steht die Frage, ob und in welchem Maße Angehörige der Bundeswehr bereits radikalisiert zur Bundeswehr kommen (Selektionshypothese) oder sich erst im Laufe ihres Dienstes in der Bundeswehr radikalisieren (Sozialisationshypothese). Mithilfe der Untersuchung sollen wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu extremistischen Einstellungen unter Angehörigen der Bundeswehr gewonnen werden, auf deren Grundlage dann zielgerichtete Maßnahmen der Extremismusprävention und zur Stärkung der Politischen Bildung entwickelt werden können.

2.1 Forschungsfragen

Aus dem Erkenntnisinteresse des BMVg und dem vorliegenden Forschungsstand (siehe Abschnitt 3) ergeben sich folgende Forschungsfragen:

- Wie groß ist das Ausmaß extremistischer Einstellungen unter den zivilen und militärischen Angehörigen der Bundeswehr?
- Was sind die Ursachen dieser Einstellungen?
- Wie wird mit politischem Extremismus in der Bundeswehr umgegangen?
- Wie ist das Verhältnis der Bundeswehrangehörigen zu Politik und Gesellschaft? Welche Bedeutung hat Politik für das soldatische Selbstverständnis?

Um diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig, extremistische Einstellungen in Bezug zum politischen Rollenbild und zum beruflichen Selbstverständnis der Angehörigen der Bundeswehr zu setzen. Die Studie beschäftigt sich daher auch mit dem Verhältnis der Bundeswehrangehörigen zur „Politik“, d.h. mit ihren Vorstellungen von Politik, Staat und Demokratie.

Die Untersuchung berücksichtigt sowohl Soldatinnen und Soldaten als auch Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Der Schwerpunkt der Analysen liegt aber auf dem militärischen Personal, da 90 Prozent der Extremismusverdachtsfälle auf diese Gruppe entfallen (BMVg 2023a: 14). Um Sozialisationseffekte – also die organisationale Sozialisation in der Bundeswehr – zu erfassen, werden die Einstellungen der Bundeswehrangehörigen zu politischen und gesellschaftlichen Themen, zu dienstlichen Erfahrungen, zu militärspezifischen Fragen und zur Wahrnehmung des Umgangs mit extremistischen Vorkommnissen betrachtet. Die Analysen stützen sich auf eine repräsentative Erhebung in der Bundeswehr (Modul 1, vgl. Abschnitt 5.1) sowie auf Gruppendiskussionen mit Soldatinnen und Soldaten (Modul 3, vgl. Abschnitt 5.3), in denen über die politische Rolle der Bundeswehr und politische Aspekte des Soldatenberufs diskutiert wurde. Für die Prüfung der Selektionshypothese wird die gesellschaftliche Verbreitung extremistischer Haltungen als Vergleichsmaßstab für die Bundeswehr betrachtet. Dabei geht es zum einen um die Frage, ob sich die politischen Einstellungen zwischen Angehörigen der Bundeswehr und der Bevölkerung unterscheiden. Zum anderen ermittelt die Studie, wer sich aus welchen Gründen für eine Karriere bei der Bundeswehr interessiert und welche Rolle politische Einstellungen, einschließlich extremistischer Orientierungen, dabei spielen. Diese Analysen beruhen auf einer Bevölkerungsbefragung, die einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung in Deutschland betrachtet und zudem Jugendliche und junge Erwachsene überproportional in der Stichprobe abbildet (Modul 2, vgl. Abschnitt 5.2).

2.2 Aufbau des Forschungsberichts

Der vorliegende Forschungsbericht präsentiert die zentralen Befunde der drei Untersuchungsmodule zu rechtsextremistischen Einstellungen. Zu deren Einordnung ist es notwendig, den Forschungsstand zum politischen Extremismus und die Rahmenbedingungen für politische Aktivitäten und Haltungen von Bundeswehrangehörigen zu kennen. Der folgende Abschnitt 3 bietet hierzu einen Überblick und stellt die untersuchungsleitenden Hypothesen vor. Abschnitt 4 widmet sich den methodischen Ansätzen der Studie und diskutiert die Möglichkeiten und Grenzen einer sozioempirischen Analyse politischer Einstellungen und extremistischer Haltungen in der Bundeswehr. Design, Rahmenbedingungen und Ausgestaltung der drei Untersuchungsmodule werden in Abschnitt 5 dargelegt. Abschnitt 6 präsentiert die Befunde der Fragebogenerhebungen und der Gruppendiskussionen. Dabei werden die Ausprägungen politischer Einstellungen und extremistischer Haltungen in verschiedenen Teilgruppen verglichen (militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr sowie die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland; Abschnitt 6.1) und die hinter den rechtsextremistischen Einstellungen stehenden Einflussfaktoren identifiziert (Abschnitt 6.2). Daraufhin findet sich eine Analyse des Umgangs mit extremistischen Vorkommnissen in der Bundeswehr (Abschnitt 6.3). Im Anschluss werden zentrale Ergebnisse der Gruppendiskussionen (Modul 3) vorgestellt (Abschnitt 6.4). Abschnitt 6.5 präsentiert das Meinungsbild der Soldatinnen und Soldaten, der Zivilbeschäftigten und der Bevölkerung zum Umgang mit politischem Extremismus in der Bundeswehr und möglichen (Gegen-)Maßnahmen. Abschnitt 7 fasst die Befunde zusammen, nennt Grenzen der Untersuchung und diskutiert deren Relevanz für Bundeswehr, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

3 Grundlagen, Stand der Forschung und Hypothesen zu politischem Extremismus in der Bundeswehr

Um den in Abschnitt 2 aufgezeigten Forschungsfragen nachzugehen, werden zunächst die gesetzlichen Vorgaben zum Umgang mit politischem Extremismus in der Bundeswehr und in staatlichen Organisationen dargestellt (3.1). Danach wird die bisherige Forschung zu politischem Extremismus und zu extremistischen Einstellungen bei Soldatinnen und Soldaten in Deutschland ausgewertet. Ebenso werden die militärsoziologischen Befunde zum Verhältnis von Militär und Politik sowie zum Stellenwert des Politischen für soldatische Identitäten diskutiert, um die Problematik von politischem Extremismus in der Bundeswehr in einen größeren Diskussions- und Forschungskontext einzuordnen (3.2).

3.1 Rahmenbedingungen für politische Einstellungen und Aktivitäten von Angehörigen der Bundeswehr

Die Dienstvorschriften und Regelungen der Bundeswehr legen die Anforderungen und Erwartungen der Organisation an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassend fest: Politisches Interesse und politisches Engagement von Soldatinnen und Soldaten sind gemäß den Vorgaben der Inneren Führung seit Gründung der Bundeswehr ausdrücklich erwünscht (BMVg 2018a: Nr. 401, 403). Die dienstlich verpflichtende Politische Bildung in der Bundeswehr soll die politischen Kenntnisse und das Interesse der Soldatinnen und Soldaten stärken und „zur aktiven Teilnahme an der politischen Willensbildung“ anregen (BMVg 2018a: Nr. 627). Darüber hinaus haben alle Soldatinnen und Soldaten „die Pflicht, sich politisch zu informieren und sich um Wissen und Bildung zu bemühen, damit sie dem Leitbild vom ‚Staatsbürger in Uniform‘ gerecht werden“ (BMVg 2018a: Nr. 627).

Die politischen Orientierungen und das politische Engagement der Soldatinnen und Soldaten – genauso wie der verbeamteten Angehörigen der Bundeswehr – finden dort ihre Grenzen, wo sie im Widerspruch zur Pflicht zur Verfassungstreue stehen. Gemäß § 8 Soldatengesetz (SG) müssen Soldatinnen und Soldaten aktiv für die grundgesetzliche Ordnung in Deutschland eintreten.² Dies gilt in gleicher Weise für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr (§ 60 (1) Bundesbeamtengesetz, BBG). Neben diesem Eintreten für das politische System als solches fordert das BBG eine Besonnenheit bei konkreten

² Für Offiziere und Unteroffiziere gilt diese Vorgabe selbst nach dem Ausscheiden aus dem Wehrdienst (§ 17 (3) SG).

politischen Aktivitäten: „Beamtinnen und Beamte haben bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus ihrer Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergeben“ (§ 60 (2) BBG). Explizit wird der Einsatz für das Gemeinwesen vom Eintreten für parteipolitische Interessen unterschieden: „Beamtinnen und Beamte dienen dem ganzen Volk, nicht einer Partei“ (§ 60 (1) BBG). Ein Gebot zur (partei-)politischen Mäßigung findet sich auch in § 15 SG. Diese Differenzierung zwischen einem überparteilichen Engagement für das politische Gemeinwesen und der Unterstützung von bestimmten Parteien und konkreten politischen Positionen verweist auf eine Ambivalenz im Verhältnis zum Politischen, die für die soldatische Rolle (ebenso wie für den Beamtenstatus) prägend ist.

Überträgt man diese Ambivalenz auf eine etablierte politikwissenschaftliche Unterscheidung (von Alemann 1995: 544–545), dann wird von Staatsdienerinnen und Staatsdienern ein dienstliches Engagement auf Ebene des politischen Systems (*polity*) verlangt, im Bereich der Partei-, Posten- und Personalpolitik (*politics*) untersagt und in politischen Sachfragen (*policy*) wiederum erlaubt. Aus der Forschung ist bekannt, dass sich diese Ebenen von Politik zwar analytisch unterscheiden lassen, sie in der Praxis aber interagieren – wie sich anhand eines Beispiels leicht illustrieren lässt: Die Frage, ob Streitkräfte als Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee organisiert sind, trifft sowohl die *polity*-Ebene, da sie das Verhältnis von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten entscheidend definiert. Sie bezieht sich ebenso auf den *politics*-Bereich, da Parteien mit dem Eintreten für bzw. gegen eine Wehrpflicht gewisse Wählerkreise adressieren, und nicht zuletzt betrifft sie *policy*-Fragen, da die Struktur und Funktion von Armeen wesentlich von der Art ihrer Personalrekrutierung abhängt (vgl. vom Hagen 2012: Kap. 1). Ein Eintreten von Soldatinnen und Soldaten für oder gegen die Wehrpflicht hat mithin Implikationen sowohl für die verlangten als auch für die untersagten und die erlaubten Ebenen politischen Engagements. In den nachstehenden Analysen ist zu betrachten, wie sich diese Ambivalenz auf das Verhältnis der Soldatinnen und Soldaten zum politischen Bereich und zu politischen Themen niederschlägt.

Eindeutig sind die rechtlichen Vorgaben nach allgemeiner Rechtsauffassung hingegen in einem anderen Punkt: Ein Engagement für verfassungsfeindliche Positionen oder in einer verfassungsfeindlichen Partei ist mit den Richtlinien des Soldatengesetzes und der Inneren Führung schlichtweg nicht vereinbar (z.B. Iglesias Appuhn/Appuhn 2020a, 2020b). Liegen entsprechende Hinweise bei Angehörigen der Bundeswehr vor, nimmt das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) Ermittlungen auf. Bestätigt sich der Verdacht, werden rechtliche Schritte unternommen, die von disziplinarrechtlichen Maßnahmen bis hin zur Entlassung reichen. Hinzu kommen zahlreiche weitere Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von politischem Extremismus vor, während und

nach Ende der Dienstzeit, die in einer eigenen Zentralen Dienstvorschrift (A-2600/7) zusammengefasst sind (BMVg 2019).

Für das Jahr 2022 wurden durch das BAMAD 773 Verdachtsfälle mit Bezug zum Rechtsextremismus bearbeitet, davon wurden 163 Fälle 2022 neu aufgenommen. 2021 wurden aus diesem Phänomenbereich 1.242 Verdachtsfälle bearbeitet, 589 Fälle wurden neu aufgenommen (BMVg 2023a: 9). Ein Vergleich der Fallzahlen über mehrere Jahre ist aufgrund einer ab 2022 geänderten Zählweise nicht möglich. In der Tendenz zeichnet sich allerdings ein Rückgang ab. Die in den Vorjahren gestiegene Zahl rechtsextremistischer Verdachtsfälle in der Bundeswehr (BMVg 2022: 8) basiert nach dem Urteil einiger Beobachterinnen und Beobachter auf einer gewachsenen Sensibilität in der Truppe, die zu einer höheren Meldebereitschaft geführt habe (so die Wehrbeauftragte Högl; Spiegel 2022). Dagegen steht die Vermutung, dass die Zahlen des BAMAD nicht alle extremistischen Vorfälle erfassen. Demnach gebe es eine Dunkelziffer an Rechtsextremisten³ in der Bundeswehr, die aufgrund eines falsch verstandenen Korpsgeistes gedeckt würden und daher unentdeckt blieben (z.B. Laabs 2021: 61, 72–75, 115, 125–126). Beide Annahmen verweisen auf die Interaktion zwischen (vermeintlichen) Extremisten und ihrem dienstlichen Umfeld und stellen die Frage nach der Reaktion auf extremistische Vorfälle. Aus diesem Grund beschäftigt sich diese Studie auch mit den Wahrnehmungen und Erfahrungen hinsichtlich des Umgangs mit extremistischen Vorkommnissen im Dienst und dem generellen Umgang mit Extremismus.

Als Reaktion auf extremistische Vorfälle in der Bundeswehr wurde im Jahr 2017 eine Soldateneinstellungsüberprüfung bei Rekrutinnen und Rekruten eingeführt (BMVg 2023a: 25). Damit soll verhindert werden, dass Personen mit extremistischem Hintergrund militärisch geschult werden (Siems 2020: 73). Durch die Soldateneinstellungsüberprüfungen stellte das BAMAD im Jahr 2022 bei 46 Personen ein mögliches Sicherheitsrisiko fest (BMVg 2023a: 25). Es ist davon auszugehen, dass sich manche Personen

³ Der Forschungsbericht verwendet das generische Maskulinum „(Rechts-)Extremisten“. Auf die weibliche Form „Rechtsextremistinnen“ wird verzichtet. Grund für diese Entscheidung ist der empirische Befund, dass der Rechtsextremismus in erster Linie ein männliches Phänomen ist. Männer neigen deutlich stärker zu rechtsextremistischen Haltungen und Handlungen als Frauen. Generell werden im Text dieses Forschungsberichts männliche und weibliche Formen („Soldatinnen und Soldaten“) verwendet. In den Tabellen wird aus Gründen der Darstellbarkeit und der Lesbarkeit häufig nur die männliche Form verwendet. Zudem wurde im Fragebogen bei allen Fragen, in denen es um Einstellungen und Bewertungen geht, das generische Maskulinum verwendet. Dies dient vor allem der wissenschaftlichen Vergleichbarkeit mit älteren Befragungen. Beispiel: „Personen ohne militärische Erfahrung können gar nicht verstehen, wie Soldaten denken und fühlen.“ Bei Fragen zu sozialen Merkmalen oder Angaben zu Gruppenzugehörigkeiten wird die männliche und weibliche Form genutzt. Beispiel: „In welchem Dienstverhältnis stehen Sie? Berufssoldatin/Berufssoldat (BS); Soldatin/Soldat auf Zeit (SaZ); Freiwillig Wehrdienstleistende/Wehrdienstleistender (FWDL, FWD Heimatschutz); Reservistendienstleistende/Reservistendienstleistender. ...“ Textstellen, in denen nur eine Form verwendet wird, beziehen sich dennoch auf alle Personen.

wegen der Soldateneinstellungsüberprüfung erst gar nicht bei der Bundeswehr bewerben, also der möglicherweise vorhandene Selektionseffekt – Individuen mit gewissen Eigenschaften und Einstellungen interessieren und bewerben sich eher für einen Dienst in den Streitkräften – auf diese Art abgemildert wird. Genauere Daten liegen hierzu jedoch nicht vor. In den nachstehenden Analysen wird der Einfluss politischer und extremistischer Haltungen auf das grundlegende Interesse an einer Tätigkeit in der Bundeswehr betrachtet (vgl. Abschnitt 6.2.1). Diese Auswertungen liefern Hinweise, inwiefern Personen mit extremistischen Einstellungen die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiv finden und an einer Tätigkeit interessiert sind. Ob sich diese Personen dann tatsächlich bei der Bundeswehr bewerben oder ob die Einstellungsüberprüfung ihre abschreckende Wirkung entfaltet, kann die vorliegende Untersuchung nicht klären.

3.2 Forschungsstand zu politischem Extremismus und zur Relevanz des Politischen für Soldatinnen und Soldaten

Um die vorgestellten Forschungsfragen zu untersuchen, sind Diskussionsstränge aus mehreren wissenschaftlichen Disziplinen zusammenzuführen. In der Soziologie und der Sozialpsychologie, vornehmlich aber in der Politikwissenschaft finden sich sozialempirische Untersuchungen zu politischem Extremismus und zu extremistischen Einstellungen, die ein Teilgebiet der Forschung zu politischen Haltungen und Aktivitäten darstellen (Neu/Pokorny 2018). Die Einstellungs- und Partizipationsforschung versucht herauszuarbeiten, weshalb gewisse Personen bestimmte politische Orientierungen aufweisen und sich für diese einsetzen, andere aber nicht. Aus militärsoziologischer Sicht sind die Diskussionen um das Verhältnis von Streitkräften und Politik von Relevanz, die einen wesentlichen Strang der Forschung zu zivil-militärischen Beziehungen bilden (Leonhard/Werkner 2023). Zudem sind die Untersuchungen zu soldatischen Selbstverständnissen und Rollenbildern zu beachten, um der Frage nachzugehen, welche Relevanz das Politische für die professionelle Identität der Soldatinnen und Soldaten hat. In den nachstehenden Passagen werden diese Forschungszusammenhänge mit Blick auf Ausmaß, Einflussfaktoren und Wirkungen des politischen Extremismus in der Bundeswehr sowie das Politikverständnis der Soldatinnen und Soldaten hin dargestellt, diskutiert und ausgewertet.

3.2.1 Definition, Operationalisierung und Messung von politischem Extremismus

Als politischer Extremismus gelten laut Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) alle Bestrebungen, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen (BfV 2023a). Derartige Bestrebungen umfassen konkrete Handlungen, die mit

bestimmten Haltungen einhergehen – im Fall von Rechtsextremismus etwa mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus sowie Antipluralismus (BfV 2023c). Die Definition des Verfassungsschutzes versteht politischen Extremismus mithin als die Verknüpfung von politischen Einstellungen mit entsprechenden Aktivitäten. Diese Studie kann nachfolgend jedoch keine extremistischen Handlungen untersuchen. Die Analysen konzentrieren sich auf extremistische – und sonstige politische – Einstellungen, die nicht notwendigerweise mit entsprechenden Aktivitäten einhergehen müssen.

Hinsichtlich der Verbreitung des Extremismus in der Gesellschaft zeigen die Berichte der Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz seit einigen Jahren einen Zuwachs bei allen relevanten Formen des politischen Extremismus, im rechts- und linksextremistischen Milieu sowie bei islamistischen Fundamentalisten und bei Reichsbürgern, der in gewalttätigen oder auch tödlichen Übergriffen und Anschlägen resultierte (z.B. in Halle (Saale) 2019, Hanau 2020, Dresden 2020 oder beim Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019). Die vom BAMAD in der Bundeswehr identifizierten Extremisten bewegen sich zahlenmäßig im zweistelligen Bereich (BMVg 2023a: 20–23). Hier wie bei den Verdachtsfällen dominieren Fälle von Rechtsextremismus, gefolgt von Reichsbürgern und islamistischen Fundamentalisten. Daneben finden sich in geringerer Zahl Linksextreme und Fälle von Ausländerextremismus.

Das Schrifttum zum politischen Extremismus reicht von Reportagen und Sachbüchern (z.B. Kraske 2020; Laabs 2021; Meisner/Kleffner 2019) über Einblicke aus der Praxis der Sozialpädagogik oder politischen Bildung (z.B. Milbradt et al. 2022; Wilking 2017) sowie amtlichen Berichten bis hin zu wissenschaftlicher Fachliteratur. Sozialwissenschaftliche Studien zum politischen Extremismus liegen in großer Zahl vor, wobei sich konzeptionell-theoretische Arbeiten, detaillierte Einzelfallanalysen und breiter angelegte quantitativ-empirische Erhebungen ergänzen (z.B. Arzheimer 2020; Jesse/Mannewitz 2018; Jungkunz 2023). Untersuchungen zu extremistischen Einstellungen bilden ein etabliertes Forschungsfeld, das von der Politikwissenschaft sowie von angrenzenden Disziplinen (Soziologie, Sozialpsychologie etc.) bestellt wird und vielfältige Erkenntnisse sowohl zur Verbreitung extremistischer Haltungen als auch zu deren Bedingungen, Ursachen und Trägergruppen liefert (für Überblicke siehe z.B. Arzheimer 2020; Jungkunz 2023; Lang/Schattka 2021; Miliopoulos 2018; Neu/Pokorny 2018).

In der Forschung selbst herrscht allerdings kein Konsens, wie politischer Extremismus theoretisch, methodisch und empirisch zu fassen ist (z.B. Jesse 2018). Zum einen finden sich Analysen, die einem engen Verständnis folgen und sich – in Anlehnung an das Bundesverfassungsschutzgesetz – auf Aktivitäten konzentrieren, die auf die Abschaffung der

durch das Grundgesetz festgelegten freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind (Backes 2013; Böckler/Hoffmann 2017). Andere Arbeiten untersuchen politische Einstellungen, ohne dass diese zwangsläufig mit bestimmten Handlungen einhergehen müssen (z.B. Brettfeld et al. 2022; Decker et al. 2022a; Zick et al. 2023). Bei dem am besten erforschten Phänomenbereich, den rechtsextremistischen Einstellungen, zeigte sich über die letzten beiden Jahrzehnte hinweg ein Rückgang – wenn auch nicht in allen sozialen Gruppen gleichermaßen (Brettfeld et al. 2022: 72–77; Decker et al. 2022b: 47–54). Die letzte „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2023 (Zick et al. 2023) berichtet jedoch einen bemerkenswerten Anstieg von rechtsextremistischen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Während der Anteil der Personen mit rechtsextremistischem Weltbild über viele Jahre hinweg zwischen 2 und 3 Prozent lag, ist 2023 ein Anstieg auf 8 Prozent zu verzeichnen (Zick/Mokros 2023: 71).

Die vorliegende Studie konzentriert sich ebenfalls auf die Untersuchung politischer sowie extremistischer Einstellungen von Individuen. Extremistische Handlungen oder persönliche Beziehungen und Netzwerke von Extremisten erfasst das Studiendesign nicht. Die Studie betrachtet neben rechtsextremistischen Einstellungen die Haltungen zu Positionen der Reichsbürger und Verschwörungstheorien, zu Haltungen der Neuen Rechten, zur Unterstützung der FDGO und die in der Wahl- und Einstellungsforschung übliche Links-Rechts-Positionierung. Damit steht ein umfangreicher Satz an Instrumenten zur Verfügung, mit denen politische Einstellungen im Allgemeinen und rechtsextremistische Einstellungen im Besonderen abgebildet werden können. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass es nicht für alle untersuchten Phänomenbereiche in der Literatur standardisierte und etablierte Indikatoren oder Skalen gibt, auf die zurückgegriffen werden kann.

Zugleich fehlt es in der Forschungsliteratur an einer einheitlichen Auffassung, ab wann politische Haltungen als rechtsextremistisch gelten. Die Studie orientiert sich an einer breit rezipierten und in unterschiedlichen Projekten verwendeten Skala, die Grundlage der „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick et al. 2023) und der „Leipziger Autoritarismus Studien“ (in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung) ist (Decker et al. 2022a). Die Skala umfasst 18 Items, die sechs Dimensionen rechtsextremistischer Haltungen abbilden: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Sozialdarwinismus (zum Hintergrund und zur Entstehung der Skala: Kreis 2007). Für die Auswahl dieser Skala war maßgeblich, dass es sich um ein getestetes Instrument handelt, zu dem umfangreiche Vergleichswerte und lange Datenreihen vorliegen. Zugleich bildet sie die Heterogenität rechtsextremistischer Haltungen ab. Die Skala stößt in der wissenschaftlichen Literatur wie in der Öffentlichkeit auf

Kritik (u.a. Jesse 2017; Knabe 2023; Neu/Pokorny 2018), da bei einigen der Items zweifelhaft sei, ob sie genuin rechtsextremistische Haltungen abbilden. In der Folge werde das Ausmaß rechtsextremer Haltungen und der Anteil der Befragten mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild in den Studien überschätzt (Backes 2015: 91–99; Jesse 2015: 235–258; Jungkunz 2023: 161; Neu/Pokorny 2015: 3–8). Bei der Verwendung der Skala für die Befragung von Bundeswehrangehörigen ist diese Kritik aufzunehmen und bei der Einordnung der Befunde zu berücksichtigen. So ist mit Blick auf Soldatinnen und Soldaten, die sich mit ihrem Eid verpflichten, für die Verfolgung und Durchsetzung nationaler Interessen militärische Gewalt anzuwenden und notfalls ihr Leben zu riskieren, zumindest fraglich, ob die Zustimmung zu den folgenden Aussagen ein Indiz für rechtsextremistische Einstellungen ist: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ „Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“ Diese Vorbehalte gegen die Skala bzw. einzelne Items werden in den nachstehenden Auswertungen und Einordnungen diskutiert und berücksichtigt. Jedoch hängt die Zuschreibung von geschlossen rechtsextremistischen Einstellungen nicht von der Haltung zu einzelnen Items ab. Vielmehr muss sich über die gesamte Skala ein konsistentes Zustimmungsmuster zeigen.⁴ Durch die vergleichsweise hohe Zahl von 18 Items in sechs Dimensionen erfasst die Skala rechtsextremistische Haltungen in ihrer gesamten – auch vom Verfassungsschutz⁵ als wesentlich für den Rechtsextremismus bezeichneten – Breite.

Unter der Neuen Rechten versteht das Bundesamt für Verfassungsschutz „ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen [...], in dem national-konservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen“ (BfV 2023b; siehe auch Backes 2018: 120–122; Pfahl-Traugber 1998; Speit 2020). Zwar gibt es in der sozialwissenschaftlichen Forschung keinen Konsens, wie Haltungen der Neuen Rechten zu erfassen sind. Es existiert jedoch eine Vorläuferstudie, die sich zur Befragung von studierenden Bundeswehroffizieren (Bulmahn et al. 2010) auf eine umfangreiche Skala gestützt und dabei ein ganzes Spektrum politischer Einstellungen (u.a. zu Umweltschutz, Wirtschafts- und Bildungspolitik) thematisiert hat. Diese Skala findet in den nachstehenden Analysen Verwendung, wobei

⁴ Die Überlegungen, Herangehensweisen und Verfahren, die hinter der verwendeten Skala zur Erfassung rechtsextremistischer Haltungen stehen, sind transparent dokumentiert (siehe FES 2023).

⁵ „Der Rechtsextremismus stellt in Deutschland kein einheitliches Phänomen dar. Rassistische, antisemitische und nationalistische Ideologieelemente treten in verschiedenen Ausprägungen auf. Eine Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und damit einhergehend die Ablehnung des Gleichheitsprinzips der Menschen sind jedoch bei allen Rechtsextremisten festzustellen“ (BfV 2023c).

sechs der insgesamt 25 Items Haltungen abbilden, die der Neuen Rechten zuzuordnen sind.

Eine weitere Skala versucht, Haltungen zu Verschwörungstheorien und Reichsbürgern zu erfassen. Laut Verfassungsschutz gelten Personen als Reichsbürger, wenn sie „die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen.“⁶ Die Skala zur Erfassung entsprechender Haltungen versucht, mit neun Items die Ablehnung und Verneinung der Legitimation der Bundesrepublik Deutschland und den Glauben an geheime Mächte und Verstrickungen der Eliten abzubilden. Da sich hierzu in der Literatur noch kein methodischer und inhaltlicher Konsens herausgebildet hat, wurde dieses Instrument unter Rückgriff auf Vorläuferstudien (u.a. Lamberty/Rees 2021: 290) teilweise eigens entwickelt.

Zuletzt findet die in vielen Befragungen übliche Links-Rechts-Skala (mit einer 7er-Skalierung) Verwendung. Dabei wird die Selbstpositionierung ergänzt um eine Einschätzung, wie die Befragten die meisten ihrer Kameradinnen und Kameraden (bzw. Kolleginnen und Kollegen für die zivilen Angehörigen der Bundeswehr) auf der Links-Rechts-Skala einordnen würden. Im Vergleich kann die Diskrepanz zwischen dem aggregierten Meinungsbild und dem wahrgenommenen Meinungsklima in der Bundeswehr erfasst werden (vgl. Wanner 2019). Mit dieser Doppelung der Skala wird ferner versucht, Tendenzen zu sozial erwünschtem Antwortverhalten zu erfassen (vgl. Abschnitt 4).

Die vorgestellten Skalen zu politischen Einstellungen und Extremismen⁷ (Skala zum Rechtsextremismus, zur Neuen Rechten, zu Verschwörungstheorien und Reichsbürgern und die Links-Rechts-Selbsteinstufung) werden in den nachstehenden Auswertungen nicht gleichermaßen in den Blick genommen. Der Schwerpunkt der Analysen liegt, wie bereits erwähnt, auf der Erfassung und der Erklärung rechtsextremistischer Haltungen, da der Phänomenbereich Rechtsextremismus laut der Zahlen des BAMAD zu Verdachtsfällen in der Bundeswehr mit Abstand am wichtigsten ist und er die größte öffentliche (und wissenschaftliche) Aufmerksamkeit erfährt.

⁶ Weitere Informationen hierzu bietet das BfV (2023d).

⁷ Der Fragebogen enthält zudem nicht-etablierte Skalen zur Erfassung von linksextremistischen und religiös-fundamentalistischen Einstellungen, die in diesem Forschungsbericht nicht dargestellt und analysiert werden.

3.2.2 Erklärungsfaktoren von rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft und in der Bundeswehr

Die quantitativ-empirische Forschung zu extremistischen Einstellungen und ihren Erklärungsfaktoren hat sich hierzulande auf den Rechtsextremismus konzentriert (z.B. Neu/Pokorny 2018). Sozialwissenschaftliche Langzeitbetrachtungen zu rechtsextremistischen Einstellungen zeigen seit Anfang der 2000er-Jahre einen sukzessiven Rückgang entsprechender Einstellungen (z.B. Decker et al. 2022a), allerdings ist in der jüngsten Vergangenheit ein markanter Anstieg rechtsextremistischer Einstellungen zu verzeichnen (Zick et al. 2023).

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu den politischen Einstellungen von Soldatinnen und Soldaten sowie zum Ausmaß extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr liegen nur in geringer Anzahl vor. Ungeachtet der unzureichenden Forschungssituation ist in Teilen von Wissenschaft und Öffentlichkeit die Auffassung verbreitet, dass Extremisten – insbesondere Rechtsextremisten – in den Streitkräften überrepräsentiert seien (für einordnende Überblicke: Naumann 2020a; Spreen 2019). Zu den wenigen empirischen Beiträgen gehört eine ältere Studie von Kohr (1993), die nachweist, dass Jugendliche mit rechten politischen Einstellungen verstärkt Wehrdienst leisten wollen, während junge Männer mit linken Orientierungen eher zum Zivildienst neigen. Bei Gareis und Kollegen (2001) zeigt sich ebenfalls ein Zusammenhang zwischen rechten Einstellungen und dem Interesse, zur Bundeswehr zu gehen. Allerdings betonen die Autoren, dass der Effekt eher marginal ist. Beide Studien identifizieren unter den Bedingungen einer Wehrpflichtarmee (Selbst-)Selektionseffekte auf Basis politischer Orientierungen. Demnach tragen vor allem Wehrpflichtige rechtes Gedankengut in die Streitkräfte hinein. Rechtsextremistische Haltungen und Vorfälle in den Streitkräften seien folglich zuvorderst Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen (Gareis et al. 2001; Kohr 1993).

Zwei weitere relevante Studien nehmen die politischen Haltungen von studierenden Offizieren in den Blick. Während sich bei Bonnemann und Hofmann-Broll (1999) sowie Bonnemann und Posner (2002) studierende Offiziere politisch rechts von zivilen Studentinnen und Studenten positionieren, zeigt sich bei Bulmahn und Kollegen (2010) ein gegenteiliger Effekt: Die Zustimmung zu Positionen der Neuen Rechten ist unter zivilen Jugendlichen und jungen Erwachsenen höher als bei den studierenden Offizieren an den Universitäten der Bundeswehr (Bulmahn et al. 2010: 128–132).

Die Zahl der Studien, die sich mit der Wirkung der politischen Sozialisation in der Bundeswehr auf politische und extremistische Einstellungen beschäftigen, ist ebenfalls begrenzt. Daher finden sich im Folgenden auch Verweise auf Untersuchungen zu anderen

Ländern. Für die USA hat die Forschung nachgewiesen, dass sich die politischen Einstellungen von Veteranen von denen der restlichen Bevölkerung unterscheiden. Veteranen sind konservativer (aber nicht zwangsläufig rechtspopulistisch oder gar rechtsextremistisch, vgl. Helmus et al. 2023) und wählen häufiger die Republikanische Partei (Klingler/Chatagnier 2014). Indizien für Wirkungen der Sozialisation während des (Wehr-)Dienstes in der Bundeswehr brachten zwei Untersuchungen zutage: Lippert und Kollegen (1976, 1978: 275) weisen nach, dass der Wehrdienst nicht zur Ausprägung autoritärer Haltungen führt, sondern demokratische Orientierungen und Überzeugungen stärkt. Auch eine neuere Untersuchung belegt, dass sowohl ehemalige als auch aktive Soldatinnen und Soldaten politisch engagierter sind und ein höheres politisches Interesse sowie politisches Kompetenzbewusstsein aufweisen als Personen ohne Erfahrung in der Bundeswehr (Steinbrecher 2019). Studien aus den USA bestätigen diesen Befund und zeigen, dass Veteraninnen und Veteranen vermehrt sozial und politisch engagiert sind (z.B. Wilson/Ruger 2020).

Hinsichtlich der Erklärungsfaktoren von extremistischen Einstellungen in der Gesellschaft haben sich in der Literatur verschiedene Erklärungsstränge etabliert (z.B. Jungkunz 2023; Miliopoulos 2018). Auf das Individuum bezogene Ansätze betonen die Relevanz von Persönlichkeitseigenschaften, politischen Orientierungen, Bildungsniveau und sozioökonomischer Position. Erklärungsansätze, die die sozialen Entstehungsbedingungen des politischen Extremismus in den Mittelpunkt stellen, arbeiten den Einfluss familiärer, schulischer und beruflicher Sozialisation sowie die Wirkung des Freundes- und Bekanntenkreises und von *peer groups* heraus. Situative Ansätze verweisen auf das Eskalationspotenzial gruppendynamischer Prozesse und die konkreten Umstände von Handlungssituationen.

Um die Verbreitung extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr und ihre Erklärungsfaktoren zu untersuchen, werden vornehmlich zwei Ansätze betrachtet: die Selektions- und die Sozialisationshypothese (vgl. bereits Bachman et al. 1987; Hegner et al. 1983; für die Polizei Derin/Singelnstein 2022: 187–193, 203–204). Die Selektionshypothese geht davon aus, dass Personen mit rechtsextremistischen politischen Einstellungen eher den Weg in die Streitkräfte finden. Demnach liegen die Ursachen für die Präsenz von Extremisten in der Bundeswehr in gesellschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen. Die Sozialisationshypothese nimmt hingegen an, dass sich politischer Extremismus erst im Zuge und unter dem Einfluss militärischer Ausbildung und Karrieren entwickelt. Demzufolge wären die Streitkräfte selbst verantwortlich für die Herausbildung rechtsextremistischer Überzeugungen bei ihren Angehörigen. Die Erklärungsansätze unterscheiden sich hinsichtlich ihrer prägenden Annahmen, zugrunde liegenden Logiken und der daraus erwachsenden Konsequenzen, wie der nachstehende Überblick ausführt.

Selektionshypothese

Um die Selektionshypothese zu prüfen, ist zu analysieren, ob Personen mit rechten bzw. rechtsextremistischen Einstellungen sich eher für eine Karriere bei der Bundeswehr interessieren. Eine erste Variante der Selektionstheorie geht davon aus, dass es eine Verbindung zwischen militärischen Prinzipien und rechtsextremistischen Einstellungen gäbe. Demnach seien militärische Grundsätze wie Disziplin, Hierarchie, Gehorsam, Recht und (Unter-)Ordnung in hohem Maße kompatibel mit politisch rechten Vorstellungen. Schon Huntington (1957) hat in seinem klassischen Beitrag zur Militärsoziologie eine Diskrepanz zwischen dem militärischen Wertekosmos, den er als *military conservatism* versteht, und den Leitideen westlicher Gesellschaften (*liberalism*) herausgearbeitet, die freiheitlicher, individualistischer und hedonistischer geprägt seien. Demzufolge sollten Personen mit politisch rechten Orientierungen eher den Weg in die Streitkräfte suchen – wenngleich entsprechende Einstellungen nicht notwendigerweise extremistisch sind (Janowitz 1960; Naumann 2021).

Eine etwas anders gelagerte Selektionsprämisse erkennt ebenfalls eine Kongruenz von militärischen Prinzipien und politisch rechten Überzeugungen. Die Ähnlichkeiten seien jedoch nicht ursächlich für die Überrepräsentation von rechten Orientierungen unter Soldatinnen und Soldaten, sondern das Ergebnis vorgelagerter sozioökonomischer und soziokultureller Effekte. Demnach würden sich Freiwilligenarmeen verstärkt aus jüngeren Männern mit geringerer Bildung und begrenzten beruflichen Perspektiven rekrutieren, die oftmals aus strukturschwachen Regionen stammten (Cortright 1975; siehe jedoch hinsichtlich der Bewerberinnen und Bewerber bei der Bundeswehr: Elbe 2023a). Diese Parameter (Alter, Geschlecht, Bildung, Erwerbchancen, Herkunft) seien zugleich Indikatoren für rechte sowie für rechtsextremistische Haltungen (z.B. Arzheimer 2020; Jungkunz 2023). Entsprechend sei die Präsenz von Personen mit rechten Haltungen in Armeen weniger Ausdruck einer spezifischen Werteaffinität, sondern vielmehr Ergebnis sozialstruktureller Selektionsmechanismen. Diejenigen, die anfälliger für extremistisches Gedankengut seien, wählten aufgrund ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Position eher den Weg in die Armee.

In den Analysen der vorliegenden Studie werden die beiden Lesarten der Selektionshypothese zusammengeführt. Es wird untersucht, ob Personen mit rechten bzw. rechtsextremistischen Einstellungen ein erhöhtes Interesse für eine Tätigkeit in der Bundeswehr haben. Zugleich wird geprüft, inwiefern dieser Zusammenhang bestehen bleibt, wenn klassische Erklärungsfaktoren für das Interesse, bei der Bundeswehr arbeiten zu wollen, berücksichtigt werden, nämlich soziodemografische Merkmale, Werteorientierungen und politische Einstellungen.

Bei der Fokussierung auf das Profil und die Präferenzen von jungen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine Karriere in der Bundeswehr interessieren, darf nicht übersehen werden, dass es die Streitkräfte selbst in der Hand haben, ihren personellen Zugang zu steuern. Selbst wenn sich eine Affinität zur Bundeswehr bei Befragten mit rechtsextremistischen Haltungen zeigen sollte, bedeutet dies deshalb nicht, dass sich diese den Streitkräften auch anschließen (dürfen). Wie bereits dargelegt, ist davon auszugehen, dass die Soldateneinstellungsüberprüfung eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Bewerberinnen und Bewerber mit rechtsextremistischem Hintergrund ausübt. Die Ankündigung, dass das BAMAD jede Bewerbung prüft, sowie die Notwendigkeit, ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen, stellen somit institutionelle Schranken für den Zugang von Extremisten zu den Streitkräften dar.

Selektionshypothese:

Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen zeigen ein erhöhtes Interesse an einer Tätigkeit in der Bundeswehr.

Sozialisationshypothese

Während die Selektionshypothese die Ursachen für politischen Extremismus in den Streitkräften im gesellschaftlichen Vorfeld verortet, führt die Sozialisationshypothese diese auf Entwicklungen im Verlauf des (militärischen) Dienstes zurück. Extremistische Haltungen entwickeln sich demnach erst während der Zugehörigkeit zur Bundeswehr. Dies muss allerdings nicht bedeuten, dass der Dienst in der Bundeswehr ursächlich für diese Radikalisierung ist. Nachstehend werden vier konkurrierende Varianten der Sozialisationshypothese unterschieden, die abweichende Mechanismen in den Blick nehmen.

Eine erste sozialisationstheoretische Position hebt auf die Wechselwirkungen politischer und innermilitärischer Entwicklungen ab. Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen und Maßnahmen sowie ein wachsendes Misstrauen gegenüber den politisch Verantwortlichen führten bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung zu einer Abkehr von demokratischen Werten und zu einem Vertrauensverlust in die politischen Institutionen. Ein Erstarken des Rechtspopulismus münde in einer höheren Zahl rechtsextremistischer Vorfälle in den Streitkräften (vgl. Abenheim 2019). Die in der Gesellschaft auftretenden Enttäuschungen über die politischen Eliten würden sich gleichermaßen in der Bundeswehr niederschlagen. Parallel zum Anwachsen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der Gesellschaft steige diesem Ansatz zufolge die Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die Zweifel an der Funktionsfähigkeit des politischen Systems und an den politischen Akteuren hegen (Naumann 2020a: 28–29). In diese Gruppe von Erklärungsfaktoren fällt auch eine vermeintliche Distanz zu den politischen und gesellschaftlichen Eliten, die ein

Wesensmerkmal rechtspopulistischer Positionen ist. Dabei sind in den letzten Jahren intensive Debatten um kulturelle Orientierungen und Lebensstile entbrannt. Fragen des angemessenen Konsums (etwa in den Bereichen Mobilität und Ernährung) und der passenden Wortwahl (Welche Formulierungen sind noch adäquat? Welche Bezeichnungen sind verletzend?) sind zu teils erbitterten Gegenständen öffentlicher Kontroversen geworden.⁸ Da die Bundeswehr und ihre Angehörigen eng in ihr ziviles Umfeld integriert seien, breiteten sich – laut dieser Variante der Sozialisationshypothese – solche Debatten sowie wachsendes Unverständnis und Misstrauen in die Politik auch in der Bundeswehr aus. Die zunehmende Distanz vieler Bürgerinnen und Bürger, aber auch von Soldatinnen und Soldaten zu den politischen Institutionen und Akteuren korrespondiert mit der Klage über fehlende Unterstützung der Politik für die Bundeswehr (vgl. etwa Neitzel 2020: 596).

Im Ergebnis mache die Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen einige Angehörige der Bundeswehr anfällig für eine Annäherung an extremistische Positionen und Milieus. Bei dieser ersten Variante der Sozialisationshypothese gerät indes kaum in den Blick, dass die Bundeswehr über Instrumente verfügt, den politischen Enttäuschungen ihrer Angehörigen entgegenzuwirken und das Vertrauen in die staatlichen Einrichtungen und politisch Handelnden zu stärken (siehe die nachfolgenden Darlegungen zu Sozialisationshypothese 4). Zusammengefasst sind extremistische Positionen in der Bundeswehr nach dieser Lesart der Sozialisationshypothese das Spiegelbild politischer Enttäuschungen und Radikalisierungen in der Gesellschaft.

Sozialisationshypothese 1: Die Unzufriedenheit von Soldatinnen und Soldaten mit politischen Akteuren und Verfahren sowie mit der gesellschaftlichen Entwicklung geht mit rechtsextremistischen Einstellungen einher.

Eine zweite Variante der Sozialisationshypothese sieht die (vermeintlich) mangelnde politische und gesellschaftliche Unterstützung für die Bundeswehr als ursächlich für rechts-extremistische Einstellungen an. Tatsächlich finden sich seit mehreren Jahrzehnten Klagen von Soldatinnen und Soldaten, dass weder die Politik noch die Bevölkerung sie ausreichend wertschätzen und unterstützen würden. Der damalige Bundespräsident Horst Köhler hat diese Unzufriedenheit 2005 auf die Formel eines „freundlichen Desinteresses“ gebracht. Der derzeitige Amtsinhaber, Frank-Walter Steinmeier, hat sich der Formulierung Köhlers angeschlossen (Steinmeier 2020). Zwar hat die sozialempirische Forschung ausreichend nachgewiesen, dass es keineswegs am gesellschaftlichen Rückhalt für die Soldatinnen und Soldaten mangelt (Graf 2024; Wanner 2019). Vielmehr bekunden die

⁸ Siehe hierzu die Beiträge in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zum Thema Diskurskultur (APuZ 2023).

deutschen Bürgerinnen und Bürger seit Jahrzehnten ihre positive Haltung zu den Streitkräften und unterstützen diese (Graf 2024: 36–49). Dennoch hat sich der Topos des freundlichen Desinteresses bis in die Gegenwart gehalten, insbesondere unter den Bundeswehrangehörigen. Dieser geht zuweilen mit der Klage über einen unzureichenden politischen Rückhalt und eine mangelnde mediale Aufmerksamkeit für verteidigungspolitische und militärische Themen einher. Demnach interessierten sich die meisten Politikerinnen und Politiker nicht für die Bundeswehr und es fehle – wie die langjährige unzureichende Finanzierung zeige – an einer entschiedenen Unterstützung durch die Politik. Die deutschen Medien interessierten sich nur dann für die Bundeswehr, wenn es Probleme (etwa beim Material), Sicherheitsvorkommnisse (etwa in den Auslandseinsätzen) oder Vorfälle (etwa extremistische) gebe (vgl. Abschnitt 6.4). Die Unzufriedenheit der deutschen Soldatinnen und Soldaten mit der von ihnen wahrgenommenen gesellschaftlichen Unterstützung wird dabei nicht selten mit der Situation in anderen Ländern, vornehmlich mit den USA, aber auch mit dem Vereinigten Königreich und Frankreich kontrastiert, in denen die Streitkräfte einen vermeintlich sehr viel höheren gesellschaftlichen Stellenwert hätten (etwa: Skwara 2014: 144; vgl. Abschnitt 6.4.1).

Die sicherheitspolitische Zeitenwende infolge des Überfalls Russlands auf die Ukraine hat den referierten Klagen ein wenig die Grundlage entzogen. Seither sind Bekenntnisse von Angehörigen fast aller relevanten Parteien zur Bundeswehr, erheblich gestiegene finanzielle Mittel und eine vermehrte Präsenz der Bundeswehr in den Medien zu verzeichnen. Inwieweit sich dadurch der wahrgenommene politische, gesellschaftliche und mediale Rückhalt innerhalb der Bundeswehr verändert hat, ist jedoch offen. Die zum Ausdruck gebrachte Unzufriedenheit verweist jedenfalls darauf, dass es unter den Soldatinnen und Soldaten ein hohes Bedürfnis nach öffentlicher Aufmerksamkeit, Wertschätzung und Unterstützung gibt. Dieser Anspruch korrespondiert mit dem Integrationsgebot der Inneren Führung, die eine Verzahnung und einen Austausch zwischen zivilen und militärischen Bereichen vorsieht (BMVg 2018a: Nr. 401; Franke 2023).

Angesichts des wahrgenommenen, wenn auch nicht tatsächlichen Ausbleibens des gesellschaftlichen Zuspruchs wendeten sich – nach der zweiten Form der Sozialisationshypothese – einige Soldatinnen und Soldaten von der Gesellschaft ab. Sie nähmen Zivilistinnen und Zivilisten als undankbar, uninformiert und ignorant wahr (Böcker et al. 2013; Bohnert/Reitstetter 2014; zur wissenschaftlichen Einordnung: Leonhard 2018). Politik, Bevölkerung und Medien wüssten nicht ausreichend zu schätzen, dass die Armee die Sicherheit gewährleiste, die die Entfaltung gesellschaftlicher und individueller Rechte und Freiheiten erst ermögliche. Darüber hinaus erfahre die Bundeswehr unberechtigte oder überzogene Kritik, die von Unkenntnis militärischer Notwendigkeiten und Funktionswei-

sen zeuge. Solche Wahrnehmungen machten – so die zweite Version der Sozialisationshypothese – Soldatinnen und Soldaten empfänglich für rechte Weltbilder. Denn diese wertschätzten das Militär und seine Prinzipien, wie Kampf, Tapferkeit, Entbehrung und Körperlichkeit, und unterbreiteten den Angehörigen der Streitkräfte verlockende Angebote der Anerkennung und Unterstützung.

Sozialisationshypothese 2: Die Enttäuschung von Soldatinnen und Soldaten über fehlende politische Unterstützung, gesellschaftliche Anerkennung und mediale Aufmerksamkeit geht mit rechtsextremistischen Einstellungen einher.

Eine dritte Variante der Sozialisationshypothese überträgt die Deprivationstheorie der Extremismusforschung auf militärische Verhältnisse. Die Deprivationstheorie geht davon aus, dass rechtsextremistische Einstellungen vor allem das Ergebnis von Abstiegs- und Verlustängsten seien (Jungkunz 2023; Miliopoulos 2018; Neu/Pokorny 2018). Demnach tendieren vor allem solche Bürgerinnen und Bürger zu extremistischen Positionen, die sich als (künftige) Verliererinnen und Verlierer gesellschaftlicher Entwicklungen wahrnehmen. Dabei handelt es sich etwa um sozioökonomische Prozesse im engeren Sinne, wenn wirtschaftliche Notlagen, der Verlust des Arbeitsplatzes und sozialer Abstieg drohen. Der dritten Variante der Sozialisationshypothese zufolge bieten rechtsextremistische Positionen im Kontext solcher Verluste und Verlustängste Halt, Orientierung und Unterstützung. Dies gilt insbesondere für Personen, die sich als wirtschaftlich und sozial zunehmend marginalisiert empfinden.

Auf die Bundeswehr übertragen muss daher die Haltung der zivilen und militärischen Beschäftigten zu ihrem Dienst in den Blick geraten. Die militärsoziologische Personal- und Organisationsforschung hat für die Haltung zum Dienst in der Bundeswehr drei wesentliche Facetten nachgewiesen (Elbe 2023a, 2023b; Richter 2020). Im Rückgriff auf Alderfer (1972) sind zunächst sogenannte existenzielle Bedürfnisse zu betrachten. Hierzu zählen die Vergütung, die Arbeitsplatzsicherheit sowie materielle Vorteile und Vergünstigungen. Zweitens sind soziale Beziehungen von Relevanz. Sie umschließen die horizontalen Bindungen an die Kameradinnen und Kameraden oder Kolleginnen und Kollegen ebenso wie die vertikalen Beziehungen zu Vorgesetzten und – falls vorhanden – Untergebenen. Die dritte Facette umfasst die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und persönlichen Weiterentwicklung. Diese reichen von konkreten Karriereschritten über beruflich-inhaltliche Weiterentwicklungen bis hin zur Identifikation mit den allgemeinen Zielen und Aufgaben der Bundeswehr (Richter 2020). Sind diese dienstlichen Erwartungen und Bedürfnisse erfüllt, sollte – aus Sicht der Deprivationstheorie – die Neigung zu

extremistischen Positionen geringer ausfallen. Umgekehrt sollte der Unmut mit dem militärischen Umfeld, seien es Bezahlung, Vorgesetzte, der Kameradenkreis oder das Ausbleiben von Beförderungen, dienstlichen Frust verursachen. In einer solchen Situation der sozialen und beruflichen Bedrängnis suchten Individuen Halt und Orientierung. Rechts-extremistische Positionen böten – so die dritte Lesart der Sozialisationshypothese – ein Ventil, um der dienstlichen Enttäuschung Ausdruck zu verleihen.

Sozialisationshypothese 3: Die Enttäuschung und Unzufriedenheit von Soldatinnen und Soldaten über den militärischen Dienst geht mit rechtsextremistischen Einstellungen einher.

Eine vierte Version der Sozialisationshypothese richtet den Blick auf militärische Identitäten und soldatische Selbstverständnisse und Rollenbilder. Demnach führe die militärische Ausbildung im Sinne einer tertiären beruflichen Sozialisation dazu, dass die Soldatinnen und Soldaten verstärkt Werteorientierungen annähmen, die anfällig für rechte Weltbilder machten (referiert bei Naumann 2020a). Durch die Einübung militärischer Prinzipien und Praxen, wie Disziplin, Befehl und Gehorsam, (Unter-)Ordnung, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft und Kollektivismus, entwickelten manche Streitkräfteangehörigen ein elitäres Bewusstsein. Diese verstünden sich fortan als heroische Kämpfer, die als Verteidiger den Bestand der Gesellschaft erst garantieren (vgl. hierzu etwa Böcker 2013; Münkler 2007). Eine solche Haltung sei am ehesten in den Kampftruppen zu finden (Neitzel 2020). Mit einem derartigen Elitismus gehe nicht nur eine abschätzige Haltung gegenüber der Bevölkerung einher. Auch andere Bereiche der Streitkräfte, die nicht militärspezifische Aufgaben haben, wie Sanitätswesen, Logistik oder Verwaltung, würden als unsoldatisch, zivilisiert oder gar verweichlicht empfunden.

Soldatinnen und Soldaten mit einer elitären Orientierung identifizierten sich zudem häufig mit der Wehrmacht und sähen diese als Vorbild an. Im Unterschied zum offiziellen Traditionsverständnis der Bundeswehr, das Tradition an demokratische Werte bindet und insbesondere auch im militärischen Widerstand gegen das NS-Regime traditionswürdige und sinnstiftende Vorbilder erkennt (Biehl/Leonhard 2023; BMVg 2018b), seien für Soldatinnen und Soldaten mit elitärem Bewusstsein zuvorderst die militärischen Leistungen und die militärisch-handwerkliche Exzellenz der Wehrmacht vorbildlich (Neitzel 2020: 11–13, 394–402). Deren Beteiligung am Vernichtungskrieg und am Holocaust werde ausgeblendet oder relativiert zugunsten der wissenschaftlich widerlegten Legende von der „sauberen Wehrmacht“, die tapfer gekämpft habe, jedoch von der nationalsozialistischen Führung missbraucht worden sei. Nach dieser Version der Sozialisationshypothese sind

mithin vor allem Soldatinnen und Soldaten mit einem elitären Selbstbild und einer positiven Haltung zur Wehrmacht anfällig für rechtsextremistische Positionen.

Die vierte Variante der Sozialisationshypothese verweist zugleich auf den größeren Zusammenhang zwischen soldatischer Profession und ziviler Politik, wie er sich in der Bundesrepublik Deutschland in institutionellen Arrangements manifestiert, etwa in dem Amt der oder des Wehrbeauftragten, der verfassungsrechtlichen Stellung der Bundeswehr als Parlamentsarmee oder in der zivilen politischen Leitung des Verteidigungsministeriums. Auf diese Weise soll die Kontrolle der zivilen Politik über den militärischen Apparat garantiert werden (vgl. hierzu allgemein Croissant/Kühn 2011). Wer Zweifel an diesem verfassungsrechtlich abgesicherten Primat der Politik hat, sollte anfälliger für extremistische Positionen sein. Diese Annahme verweist auf eine individuelle Dimension, nämlich auf die Frage, welche Rolle Politik für das soldatische Rollenbild spielt. Wie in Abschnitt 3.1 skizziert, werden Soldatinnen und Soldaten auf den drei Ebenen des Politischen (*polity*, *politics* und *policy*) mit unterschiedlichen, in Teilen gegensätzlichen Erwartungen konfrontiert. Die Konzeption der Inneren Führung thematisiert diese Widersprüche, kann sie aber nicht auflösen. Sie verlangt von den Soldatinnen und Soldaten eine Auseinandersetzung mit der politischen Dimension ihres Tuns und eine Identifikation mit den von der politischen Leitung gesetzten Aufträgen.

Ungeachtet der breiten, vornehmlich deskriptiven und normativen Literatur zur Inneren Führung und zum Leitbild des Staatsbürgers in Uniform ist bislang kaum bekannt, wie die Soldatinnen und Soldaten mit den unterschiedlichen Ansprüchen, denen sie ausgesetzt sind, umgehen und welche Rolle die Politik für ihr professionelles Selbstverständnis spielt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass eine kritische bis ablehnende Haltung zur Inneren Führung mit einer höheren Anfälligkeit für extremistische Positionen korrespondiert.

Sozialisationshypothese 4: Militärische Kämpfer- und Elite-Identitäten, eine positive Haltung zur Wehrmacht und die Ablehnung der Inneren Führung gehen mit rechtsextremistischen Einstellungen einher.

Um die Evidenz dieser vier Sozialisationshypothesen richtig einzuschätzen, gilt es, in den empirischen Auswertungen die spezifische Zusammensetzung des Personalkörpers der Bundeswehr zu berücksichtigen. Unter den Angehörigen der Bundeswehr, zumal unter den Soldatinnen und Soldaten, befinden sich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mehr Männer und mehr jüngere Menschen. Aus der Forschung ist bekannt, dass einige soziale Charakteristika mit einer höheren Affinität zu rechtsextremistischen Positionen einhergehen (Jungkunz 2023: 173–229; Zick/Mokros 2023: 75–81). Umgekehrt ist bekannt, dass

Beschäftigte und Beamte im öffentlichen Dienst rechtsextremistischen Positionen seltener zustimmen als Angestellte und Arbeiter außerhalb des öffentlichen Dienstes sowie Selbständige (Zick/Mokros 2023: 81). Da Soldatinnen und Soldaten ebenfalls Angehörige des Öffentlichen Dienstes sind, wäre demnach ein geringeres Zustimmungsniveau zu extremistischen Positionen in der Bundeswehr im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zu erwarten. In den nachstehenden Auswertungen werden daher spezifische soziodemografische (Geschlecht, Alter, Bildung, Herkunft, Religionszugehörigkeit) und militärdemografische Merkmale (Dienstgrad, Zugehörigkeit zur Teilstreitkraft bzw. zum Organisationsbereich und zu den Kampftruppen sowie Länge der Dienstzeit) berücksichtigt.

Hinsichtlich der empirischen Prüfung der verschiedenen Sozialisationshypothesen ist zudem eine methodische Einschränkung zu beachten: Um die Wirkungen militärischer Sozialisation zu messen, wäre eigentlich ein Paneldesign, d.h. die wiederholte Befragung derselben Personen, notwendig. Diese Bedingung erfüllt die vorliegende Untersuchung nicht. Dadurch können Wirkungen der militärischen Ausbildung und des militärischen Werdegangs sowie intraindividuelle Veränderungen einzelner Personen nur eingeschränkt oder gar nicht adäquat erfasst werden. Die Analysen versuchen, Sozialisationserfahrungen und -wirkungen durch den Vergleich von Dienstgradgruppen, absolvierten Dienstjahren sowie der Zahl der Auslandseinsätze abzubilden, was lediglich eine Annäherung an Sozialisationswirkungen im Zeitverlauf ermöglicht.

3.2.3 Einflussfaktoren für den Umgang mit politischem Extremismus in der Bundeswehr

Die bisherigen Darlegungen beschränkten sich auf die individuelle Ebene und betrachten die politischen Haltungen Einzelner sowie die Frage, weshalb bestimmte Personen empfänglicher für extremistische Einstellungen sind als andere. Bei einer Organisation wie der Bundeswehr hat die Thematik des politischen Extremismus aber eine darüber hinausweisende Relevanz. Zum einen gilt dies für etwaige Netzwerke, in denen sich Extremisten gezielt organisieren, ihre Kräfte bündeln und damit die Organisation unterwandern wollen. Wie in Abschnitt 3.2.1 ausgeführt, kann die vorliegende Studie solche Netzwerke weder erfassen noch abbilden. Hierfür wären andere wissenschaftliche und methodische Zugänge notwendig. Zum anderen ist für die Bundeswehr zentral, wie sie und ihre Angehörigen mit extremistischen Vorfällen umgehen. Für die Streitkräfte wie für Politik und Öffentlichkeit stellt sich mithin nicht nur die Frage, ob einzelne Soldatinnen und Soldaten extremistisch sind. Ebenso wesentlich erscheint die Reaktion durch die Bundeswehr auf extremistische Vorfälle – und zwar auf Ebene der einzelnen Angehörigen wie der Organisation insgesamt: Entspricht der Umgang mit solchen Ereignissen stets den Regeln und

Vorschriften? Welche Mechanismen bestimmen den Umgang mit extremistischen Vorkommnissen? In der vorliegenden Studie wurde daher sowohl quantitativ erhoben als auch qualitativ durch Gruppendiskussionen untersucht, wie Soldatinnen und Soldaten den Umgang mit extremistischen Vorfällen in der Bundeswehr erleben und welche Erfahrungen sie mit offiziellen und informellen Regelungen gemacht haben. Das vorliegende Studiendesign erfasst die Reaktion auf extremistische Vorfälle – im Unterschied zu extremistischen Einstellungen – auf indirekte Art und Weise. Dies bedeutet, dass nicht erhoben wird, wie die Befragten selbst auf einschlägige Vorkommnisse reagiert haben oder reagieren würden. Vielmehr wird betrachtet, welche Art des Umgangs mit extremistischen Vorfällen die Befragten in ihrem dienstlichen Umfeld erlebt haben oder erwarten.

Hinsichtlich der möglichen Reaktionen sind idealtypisch zwei Positionen zu unterscheiden. In organisationaler Hinsicht definieren rechtliche Vorgaben das angemessene Verhalten. Gemäß den Vorschriften sind extremistische Vorfälle zu melden, da sie für die „Innere und Soziale Lage, die Einsatzbereitschaft sowie das Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung sein können“ (BMVg 2018a: Nr. 102, 363; vgl. auch BMVg 2019: Nr. 355–357). Dies setzt eine Eindeutigkeit voraus, die in der Praxis nicht immer gegeben ist. Im Einzelfall kann strittig sein, ob es sich um eine Äußerung handelt, die von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, um einen nicht ernst gemeinten oder verunglückten „Witz“ oder um eine tatsächlich extremistische Einlassung. Zudem wirkt sich eine Meldung einschneidend auf die sozialen Beziehungen zwischen den Soldatinnen und Soldaten aus, d.h. auf die Kameradschaft. Das Soldatengesetz verpflichtet alle Streitkräfteangehörigen in § 12 zur Kameradschaft, und Armeen gelten als Organisationen, die funktional auf eine starke soziale Kohäsion unter ihren Angehörigen besonders angewiesen sind. Daher hegen einige Beobachterinnen und Beobachter den Verdacht, dass ein Großteil der Vorkommnisse in den Streitkräften – und nicht nur solche extremistischer Natur – die Öffentlichkeit oder auch nur die Organisationsleitung gar nicht erreiche. Aus falsch verstandenem Korpsgeist würden in Streitkräften, ähnlich wie in der Polizei (Derin/Singelstein 2022: Kap. 3.3), viele Vorfälle heruntergespielt, vertuscht oder verheimlicht. Exemplarisch zeige der Umgang der Vorgesetzten von Franco A. – einem später rechtskräftig verurteilten Extremisten – mit dessen Masterarbeit, in der sein extremistisches Gedankengut bereits offenkundig geworden war, wie Vorfälle unter den Teppich gekehrt würden (z.B. Laabs 2021).

Stefan Kühl (2020) hat mit seinen Analysen zur „brauchbaren Illegalität“, in denen er explizit auf Vorkommnisse in Sicherheitsorganisationen Bezug nimmt, dargelegt, welchen unterschiedlichen Logiken, Ansprüchen und Forderungen Organisationsmitglieder ausgesetzt sind. Beim Umgang mit Fehlern, Verstößen und Vergehen ist es für die Ein-

zelen mitunter schwierig, eine Balance zu finden, die den organisationsinternen und -externen Interessen gerecht wird. Wer gegen die offiziellen Vorgaben und Regeln verstößt, um Fehlverhalten und Schwächen von Kameradinnen und Kameraden zu decken, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, er handle aus „falsch verstandener Kameradschaft“.⁹ Umgekehrt läuft derjenige, der Kameradinnen und Kameraden an Vorgesetzte oder gar Außenstehende meldet bzw. „verpfeift“, Gefahr, als unkameradschaftlich oder, um im Jargon zu bleiben, als „Kameradenschwein“ zu gelten. An dieser Ambivalenz zeigt sich exemplarisch das Spannungsverhältnis zwischen kameradschaftlicher Kohäsion, militärischer Hierarchie, politischen Kalkülen und öffentlichen Erwartungen. Bislang ist sozialempirisch kaum analysiert worden, wie innerhalb der Bundeswehr mit Vorkommnissen und Ereignissen umgegangen wird (siehe jedoch Bulmahn et al. 2010).

In der Literatur und im öffentlichen Raum finden sich vereinzelt Vermutungen, warum und wann bestimmte Vorfälle offiziell gemeldet, intern geregelt oder mehr oder weniger ignoriert werden. So wird zuweilen angenommen, dass Personen, die eine hohe dienstliche Kohäsion (Kameradschaft oder Kollegialität) erleben, seltener erwarten, dass Fehlverhalten gemeldet wird (Derin/Singelstein 2022: 139–142; Kühl 2020: 89–96; Laabs 2021). In Bereichen mit hohem innerorganisatorischem Zusammenhalt sollte demnach häufiger über Verfehlungen hinweggesehen werden, um zu verhindern, dass (unangenehme) Interna an die Öffentlichkeit gelangen. Damit geht die Vermutung einher, dass in den Kampftruppen (extremistische) Vorfälle seltener gemeldet werden. Nicht zuletzt sollten höhere Dienstgrade verstärkt von Meldungen über extremistische Vorkommnisse berichten. Denn diese sind aufgrund ihrer höheren Position zum einen formal dazu verpflichtet, solche Vorfälle, wenn sie diese wahrnehmen, selbst zu melden; zum anderen erfahren sie oftmals von derartigen Meldungen in ihrer Eigenschaft als Vorgesetzte und sind durch Schulungen, Informationen und ihre Vorgesetztenrolle stärker für das Thema Extremismus sensibilisiert (BMVg 2019: Nr. 222–229, 301, 313–314, 355–357). Die vermuteten Zusammenhänge werden anhand der quantitativen Befragungen und der qualitativen Befunde aus den Gruppendiskussionen entsprechend geprüft.

Zugleich wird das Meinungsbild zu Maßnahmen der Bundeswehr gegen politischen Extremismus betrachtet. Dabei ist zum einen von Interesse, welche Faktoren die Soldatinnen und Soldaten selbst als ursächlich für Extremismus in der Bundeswehr ansehen: Üben die Streitkräfte – aus Sicht ihrer Angehörigen – eine hohe Attraktivität auf Extremisten aus und sollte daher vornehmlich versucht werden, ihnen den Zugang zur Bundeswehr zu

⁹ Vgl. hierzu die Aussagen des damaligen Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels über mögliche Rechts-extremismusfälle in der Bundeswehr (Merkur 2020).

versperren? Oder radikalisiert sich mancher aufgrund seiner Erfahrungen in der Bundeswehr und sollte dem mit internen Maßnahmen, etwa der Politischen Bildung begegnet werden? Zudem wird bewertet, ob die Bundeswehr im Urteil ihrer Angehörigen bereits genug zur Abwehr von politischem Extremismus in ihren Reihen tut oder ob weiterer Handlungsbedarf besteht.

Wie deutlich geworden sein sollte, beruhen die vorangehenden Darlegungen sowohl zu den Selektions- und Sozialisationshypothesen als auch zum Umgang mit extremistischen Vorfällen nicht auf umfassenden sozialempririschen Forschungsergebnissen, weil es diese bislang nicht gibt. Die vorgestellten Hypothesen wurden stattdessen auf Basis theoretischer Erwägungen, anekdotischer Evidenzen und Plausibilitätsüberlegungen entwickelt. Ein zentraler Anspruch dieser Studie ist es folglich, den Forschungsstand zu Ausprägungen und Bedingungen rechtsextremistischer Überzeugungen bei Soldatinnen und Soldaten deutlich zu vergrößern und zu verbessern. Dazu ist eine Reihe methodischer Herausforderungen zu berücksichtigen, die im nächsten Abschnitt erläutert werden.

4 Möglichkeiten und Grenzen einer Studie zu politischem Extremismus in der Bundeswehr: Das methodische Design der Untersuchung

Die Realisierung einer Studie zum politischen Extremismus in der Bundeswehr ist in mehrfacher Hinsicht voraussetzungsvoll, wird doch eine Thematik untersucht, die sozialempirisch nicht einfach zu fassen ist. Extremistische Einstellungen sind ungleich schwieriger zu messen als andere politische Haltungen – erst recht in einem politisch geprägten Bereich wie der Bundeswehr, wo explizite normative Vorgaben wie das Soldatengesetz, die Konzeption der Inneren Führung und das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ existieren. Politisch extremistische Haltungen und entsprechende Äußerungen im Dienst sind offiziell untersagt und sollten daher – eigentlich – gar nicht vorkommen.

Für die Studie wurden daher sich ergänzende methodische Maßnahmen ergriffen, um sich dem Untersuchungsgegenstand so gut wie möglich anzunähern. Dies gilt zunächst für den multimethodischen Zuschnitt des Projekts. Die quantitativ ausgerichteten Module 1 und 2 versuchen mittels standardisierter Fragebögen die politischen Haltungen der Befragten zu erfassen. Dabei ergänzen sich verschiedenartige Fragen und Instrumente, um politische Einstellungen zu messen. Ziel ist es, ein repräsentatives, d.h. verallgemeinerbares und belastbares, Bild von den Ausprägungen und vor allem von den hinter den politischen Auffassungen und extremistischen Einstellungen stehenden Einflussfaktoren in der Bundeswehr wie in der Bevölkerung zu erhalten. In Modul 3 wird mithilfe einer qualitativen Methode die Konstruktivität und normative Aufladung der Thematik selbst zum Untersuchungsgegenstand: Die Analyse hebt darauf ab, was die Soldatinnen und Soldaten unter Politik bzw. unter Extremismus und unter dem Umgang mit Extremismus verstehen. Die Kombination quantitativer und qualitativer Elemente – eine standardisierte Befragung in der Bundeswehr (Modul 1), eine standardisierte Bevölkerungsbefragung (Modul 2) sowie Gruppendiskussionen von Soldatinnen und Soldaten an verschiedenen Bundeswehrstandorten (Modul 3) – ermöglicht folglich sich ergänzende Zugänge zur untersuchten Thematik und dient der wechselseitigen methodischen Kontrolle, um möglichst belastbare Befunde und Einsichten zu gewinnen.

Ein weiteres Merkmal dieser Studie ist, dass sie sich an verschiedene Adressaten wendet und daher mit unterschiedlichen Erwartungen konfrontiert ist. Wie in der Ressortforschung üblich, ist die Untersuchung zunächst am Informationsbedarf des Verteidigungsministeriums als Auftraggeber ausgerichtet. Als unabhängiges Forschungsinstitut ist das ZMSBw dezidiert den Standards der Wissenschaft verpflichtet (Wissenschaftsrat 2023)

und will mit der Untersuchung einen Beitrag zur Schließung von Forschungslücken leisten. Schließlich gilt es, das Erkenntnisinteresse der Öffentlichkeit zu berücksichtigen, die ein legitimes Interesse daran hat, über die politischen Haltungen der Bundeswehrangehörigen informiert zu werden, insbesondere wenn von diesen eine potenzielle Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen könnte. In den folgenden Ausführungen werden methodische Aspekte, mit denen den skizzierten Herausforderungen und den unterschiedlichen Erwartungen begegnet werden soll, sowie die dahinterstehenden konzeptionellen Überlegungen diskutiert: Dazu zählen die Akzeptanz und Kommunikation der Studie innerhalb und außerhalb der Bundeswehr (Abschnitt 4.1), Überlegungen zur Teilnahme- und Antwortbereitschaft (Abschnitt 4.2) und Prämissen für das qualitative Erhebungsmodul 3 (Abschnitt 4.3).

4.1 Akzeptanz und Kommunikation der Studie innerhalb und außerhalb der Bundeswehr

Ein wesentliches Kriterium für das Gelingen der Studie war die Akzeptanz bei den zivilen und militärischen Angehörigen der Bundeswehr. Nur so war eine rege Beteiligung insbesondere bei den quantitativen Befragungen zu realisieren, die wiederum wichtig für die Aussagekraft, Relevanz und Verwertbarkeit der Befunde ist. Die Studie sollte von den Bundeswehrangehörigen als Möglichkeit verstanden werden, sich zu ihren politischen Einstellungen und Verhaltensweisen freimütig und ohne Nachteile zu äußern. Hierfür war es notwendig, den Eindruck von Vorfestlegungen zu vermeiden. Daher erläuterte ein begleitendes Schreiben des Generalinspektors an alle Angehörigen der Bundeswehr die Hintergründe und Absichten der Befragungen und ermunterte zur Teilnahme. Zugleich betonte das Schreiben, dass die Teilnahme anonym und selbstverständlich freiwillig sei – wie in der Vorschrift für sozialempirische Untersuchungen in der Bundeswehr (A-2710/1) verbindlich festgelegt (BMVg 2023b: Nr. 103, 107). Ebenso legten die Begleitkommunikation auf der Website des ZMSBw (ZMSBw 2022) und die Einladungsschreiben an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung dar, dass die Studie nicht allein der Erfassung extremistischer Einstellungen diene, sondern auch eine Gelegenheit zur Artikulation politischer Präferenzen im Allgemeinen biete. Als Titel des Projekts wurde für die Phase der Datenerhebung die Formulierung „Armee in der Demokratie. Ursachen, Ausmaß und Einfluss von politischem Extremismus in der Bundeswehr“¹⁰

¹⁰ Der vorliegende Forschungsbericht spricht im Titel davon abweichend nicht von Einflüssen, sondern von Wirkungen. Dieser Änderung liegt die Überlegung zugrunde, dass die Studie nicht in der Lage ist, Einflüsse des politischen Extremismus – etwa in Form von Handlungen, Strukturen oder Netzwerken – zu erfassen. Unter Wirkungen fasst die Studie die Wahrnehmung extremistischer Vorkommnisse, das (berichtete) Meldeverhalten sowie die Beurteilung von Maßnahmen gegen Extremismus zusammen.

gewählt, um einerseits die Breite und Offenheit des Erkenntnisinteresses zu dokumentieren und andererseits klar den Untersuchungsgegenstand „politischer Extremismus“ zu benennen und diesen den Befragten gegenüber transparent zu kommunizieren.

Diesem inklusiven Ansatz folgend finden sich in den quantitativen Modulen 1 und 2 Fragen zu extremistischen Einstellungen und Items mit allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Bezügen (z.B. das Institutionenvertrauen oder staatsbürgerliche Orientierungen). In den Fragebogen wurden neben einer Skala zur Erfassung rechtsextremistischer Haltungen ebenso Fragen zu religiösem Extremismus und Linksextremismus aufgenommen, die in diesem Forschungsbericht nicht weiter betrachtet werden.¹¹ Da an der Studie sowohl die Soldatinnen und Soldaten als auch die zivilen Angehörigen der Bundeswehr teilnehmen konnten, bieten sich mehrere Vergleichsperspektiven für die Datenanalyse (Soldatinnen und Soldaten – zivile Angehörige der Bundeswehr; Soldatinnen und Soldaten – Bevölkerung; zivile Angehörige der Bundeswehr – Bevölkerung), was eine fundierte Einordnung der Befunde erlaubt.

Neben der intensiven Kommunikation der Studie innerhalb wie außerhalb der Bundeswehr (Begleitschreiben, Schreiben des Generalinspektors, Intranet, Internet etc.) gab es einen Austausch mit Personalvertretungen und wichtigen politischen Akteuren (Mitgliedern des Bundestages, Angehörigen des Beirats für Fragen der Inneren Führung, der Wehrbeauftragten und Vertretern des Deutschen Bundeswehrverbands, DBwV). Die Studie wurde in allen Phasen, von der Planung über die Datenerhebung, transparent kommuniziert, um Fragen und Bedenken von Angehörigen der Bundeswehr aufzugreifen und möglichen Falschinformationen, etwa in den sozialen Medien, aktiv entgegenzutreten. Ungeachtet der ergriffenen Maßnahmen war – zumal unter den Bedingungen der Coronapandemie – mit einer geringeren Beteiligung als bei anderen Befragungen innerhalb der Bundeswehr zu rechnen (siehe hierzu Abschnitt 4.2). Daher wurde mit über 20.000 angeschriebenen Personen eine größere Stichprobe gezogen als sonst bei Befragungen des ZMSBw üblich.

4.2 Teilnahme an der Befragung und Bereitschaft zur Beantwortung von Fragen

Die Akzeptanz der Studie in der Bundeswehr war, wie dargelegt, wesentlich für eine erfolgreiche Durchführung der Befragung, zumal standardisierte Umfragen zu politischen

¹¹ Eine Ausnahme stellen die Wahrnehmung mutmaßlich extremistischer Vorkommnisse und der Umgang mit diesen dar. Hier werden rechtsextreme in Bezug zu linksextremen und religiös-fundamentalistischen Vorfällen gesetzt, um eine vergleichende Bewertung hinsichtlich Häufigkeit und Umgang zu ermöglichen.

Einstellungen generell Gefahr laufen, dass die Befragten eine geringere Neigung zur Teilnahme (unit non-response) bzw. zur Antwort auf zentrale Fragen und Fragebatterien (item non-response) haben. Hinzu kommt, dass angesichts fehlender Interviewerkontrolle bei selbstadministrierten Interviews – und darum handelt es sich bei einer Untersuchung, die auf Papier- und Onlinefragebögen basiert (Modul 1) – die individuelle Bereitschaft zur Teilnahme entscheidend ist.

Teilnahmeverweigerung und Nichtbeantwortung bestimmter Fragen sind insbesondere dann kritisch, wenn diese nicht gleichmäßig über alle Befragten in der Stichprobe verteilt sind, sondern durch soziodemografische Merkmale oder Haltungen und Einstellungsmuster beeinflusst werden. Aus der Umfrageforschung in der Bundeswehr ist bekannt, dass Mannschaftssoldatinnen und -soldaten sowie Angehörige der Kampftruppen, unabhängig vom Befragungsthema, generell eine geringere Teilnahmebereitschaft aufweisen (z.B. Rothbart 2021). Umgekehrt nehmen Stabsoffiziere in stärkerem Maße an Befragungen teil.

Um das Ausmaß beider Arten von *non-response* abschätzen zu können, wurde daher ein umfassender Pretest mit einer relativ hohen Zahl Befragter durchgeführt (2.000 Personen). Außerdem mussten – wie in bundeswehrinternen Befragungen des ZMSBw üblich – bestimmte Gruppen (z.B. Mannschaften, Angehörige der Kampftruppen, jüngere Personen) in der Stichprobe überrepräsentiert sein, um bekannte Neigungen zur Nichtteilnahme oder Nichtbeantwortung auszugleichen. Zusätzlich wurde versucht, die Motivation zur Teilnahme und zur korrekten Beantwortung der Fragen durch wiederholte Erinnerungen, die Bereitstellung des Fragebogens über verschiedene Modi (Papier und Online) sowie durch die mediale und kommunikative Begleitung der Studien zu erhöhen.

Zudem sollte dem Phänomen sozial erwünschten Antwortverhaltens entgegengewirkt werden, das eine mögliche Fehlerquelle in allen standardisierten Umfragen ist. Dabei orientieren sich Befragte in ihren Antworten an den Vorstellungen und Werten, die von ihnen als sozial akzeptiert wahrgenommen werden, statt ihre „tatsächliche“ Meinung kundzutun. Aus vielfältigen Untersuchungen ist bekannt, dass die Tendenz zu sozial erwünschtem Antwortverhalten bei solchen Themen stärker ausgeprägt ist, die als sensibel wahrgenommen werden und zu denen nicht zuletzt politische Haltungen zählen (ebenso wie Vermögen und Einkommen, sexuelle Orientierungen und Religion; z.B. Döring/Bortz 2016: 437–440; Häder 2015: 212–217). Eine Erhebung zu politischen Einstellungen und Verhaltensweisen von Soldatinnen und Soldaten durch eine bundeswehreigene Einrichtung im Auftrag des BMVg muss – insbesondere angesichts der wiederholten Debatten um rechte Tendenzen in den Streitkräften und anderen Sicherheitsbehörden (z.B.

Augen geradeaus! 2020; Meisner/Kleffner 2019; Naumann 2020a) – als sehr sensibel und damit als im besonderen Maße anfällig für sozial erwünschtes Antwortverhalten gelten.

Mehrere Maßnahmen wurden ergriffen, um sozial erwünschtes Antwortverhalten zu begrenzen: Der Fragebogen enthält wissenschaftlich etablierte Instrumente zur Messung sozialer Erwünschtheit, mittels derer das Ausmaß sozial erwünschten Antwortverhaltens abgeschätzt werden kann (Kemper et al. 2012). Bei den Auswertungen zum Ausmaß extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr ergänzen sich verschiedene Operationalisierungen (Links-Rechts-Skala, Skala zur Neuen Rechten, Skala zu Reichsbürgern und Verschwörungstheorien, Skala zum Rechtsextremismus). So ist nicht nur die Vergleichbarkeit mit der Forschungsliteratur gewährleistet. Die Breite der verwendeten Skalen stärkt zugleich die Analysemöglichkeiten für Wirkungsmechanismen und Zusammenhänge – beispielsweise hinsichtlich der Frage, welche soziodemografischen Merkmale oder Einstellungsmuster zu extremistischen Einstellungen führen. Wenn sich bei allen verwendeten Skalen, die rechte Einstellungen erfassen, dieselben Determinanten als entscheidend erweisen, dann können diese Befunde als robust gelten. Der Fokus der Studie liegt deshalb weniger auf der Bestimmung des exakten Ausmaßes rechtsextremistischer Einstellungen und des Anteils der Personen mit einem geschlossenen extremistischen Weltbild in der Bundeswehr als auf der Analyse von Voraussetzungen und Wechselwirkungen derartiger Haltungen.

Um Effekte sozialer Erwünschtheit zu minimieren, finden zudem Fragen und Instrumente Verwendung, mit denen extremistische Haltungen und Wahrnehmungen direkt und indirekt, nämlich bei den Befragten selbst und in ihrem dienstlichen Umfeld gemessen werden. So konnten die Befragten angeben, ob sie in den letzten zwölf Monaten extremistische Vorfälle erlebt haben und für wie wahrscheinlich sie gewisse Vorkommnisse generell halten. Zudem wurde erhoben, wie mit diesen Ereignissen umgegangen wurde bzw. vermutlich umgegangen wird: Werden die Vorfälle gemeldet, werden sie intern geregelt, werden sie eher ignoriert oder bekommt man vom weiteren Vorgehen gar nichts mit? Diese Fragen sollten zumindest eine Annäherung an den Umgang mit extremistischen Vorfällen ermöglichen. Zugleich sollte die Bereitschaft, sich selbst zu extremistischen Einstellungen zu bekennen, geringer ausfallen als die Neigung, über entsprechende Tendenzen im dienstlichen Umfeld zu berichten. Die Einschätzung des Meinungsklimas dient daher dazu, das sogenannte Dunkelfeld auszuleuchten, d.h. eine Annäherung an die Vorkommnisse zu ermöglichen, die nicht gemeldet werden. Eine weitere zusätzliche Perspektive auf das Thema der Studie, die ebenso in geringerem Maße von sozial erwünschtem Antwortverhalten betroffen sein sollte, bieten die Fragen zur Bewertung des Umgangs mit Extremismus in der Bundeswehr sowie die wahrgenommene Relevanz der Sozialisations- und Selektionshypothese.

Zuletzt ist noch auf die Grenzen der Untersuchung zu verweisen: Die Studie kann nur ansatzweise Aussagen dazu treffen, inwiefern die Streitkräfte mit ihren Strukturen zu bestimmten politischen Einstellungen beitragen. Ebenso kann die Studie nur generelle Einflüsse der militärischen Sozialisation erfassen. Spezifische Effekte von Aspekten militärischer Sozialisation, die soldatische Gruppendynamiken oder militärische Traditionen betreffen, sowie von militärischer Organisationsstruktur und Organisationskultur, sind nicht Gegenstand der Studie. Die Studie kann und soll indes Hinweise darauf liefern, in welchen Bereichen (Gruppen auf Basis sozio- und militärdemografischer Merkmale) Schwerpunkte extremistischer Haltungen liegen.

4.3 Prämissen der qualitativen Studienanteile zu politischen Einstellungen von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr

Zusätzlich zu den beiden quantitativen Umfragen der Module 1 und 2 wurde mit den Gruppendiskussionen an mehreren Bundeswehr-Standorten ein rekonstruktiver Zugang für die Analyse politischer Haltungen von Soldatinnen und Soldaten gewählt. Rekonstruktive Ansätze gehen davon aus, dass soziales Wissen – und hierzu gehört das Wissen über Politik im Allgemeinen und politischen Extremismus im Besonderen – immer schon ein gedeutetes, ein von Individuen sinnhaft konstruiertes und intersubjektiv, d.h. im Austausch und in Auseinandersetzung mit anderen vermitteltes Wissen darstellt. Der Begriff des Wissens wird dabei in einem ganz allgemeinen, umfassenden Verständnis verwendet: Dazu zählt all das, was in einem bestimmten raumzeitlichen Kontext – hier: in der deutschen Gesellschaft und in der Bundeswehr – alltagsweltlich als „Wissen“ gilt und demnach „gewusst“ werden kann. Hierunter fallen sowohl Ideen und soziale Normen als auch Rechtfertigungsstrategien und Handlungslogiken, die allesamt dazu dienen, Sinn herzustellen. Rekonstruktive Ansätze zielen darauf ab, die Formen und Funktionen derartiger Wissenskonstruktionen herauszuarbeiten, also zu „rekonstruieren“ (Bohnsack 2021; Kleemann et al. 2013: Kap. 1). Dies erfolgt kontext- und fallbezogen.

Der rekonstruktiven Forschungsperspektive folgend, stand im Mittelpunkt der Gruppendiskussionen die Frage nach dem Politikverständnis von Soldatinnen und Soldaten. Ein Politikverständnis ist gemäß dem skizzierten umfassenden Wissensbegriff nicht als eine spezifische (partei-)politische Präferenz oder eine Einstellung zu einem bestimmten Thema zu verstehen, sondern umfasst die politische Verortung des Soldatseins in der deutschen Gesellschaft in allgemeiner Hinsicht – und zwar aus Sicht der Bundeswehrangehörigen. Die durch das Projektteam moderierten Diskussionen zielten daher darauf ab, die politische Dimension des Soldatseins, die soldatischen Erfahrungen mit den politi-

schen Anforderungen an den Soldatenberuf und deren Relevanz im Dienstalltag zu thematisieren und in diesem Kontext das Phänomen des politischen Extremismus zu beleuchten.

Zwei wesentliche Erwartungen waren an diese breite Operationalisierung der politischen Einstellungen geknüpft: Die Gruppendiskussionen sollten erstens Einblicke in soldatische Sichtweisen auf Politik und Gesellschaft jenseits eines vorgegebenen Frage- und Antwortkatalogs ermöglichen, um so die Befunde aus den standardisierten Befragungen bestätigen, ergänzen und einordnen zu können. Zweitens sollten sie Hinweise auf binnenmilitärische Umgangsformen mit Vorkommnissen und politischem Extremismus in der Bundeswehr eröffnen, die Aufschluss über Grenzen des Sagbaren geben und es so erlauben, genau das zu adressieren, was vom Standpunkt standardisierter empirischer Verfahren als „soziale Erwünschtheit“ problematisiert wird: die latenten oder in weiten Teilen unausgesprochenen sozialen Normen, die das Denken und Handeln in den Streitkräften rahmen und prägen (vgl. die Abschnitte 4.2 und 6.4).

Die Entscheidung für die Durchführung von Gruppendiskussionen (anstelle von Einzelinterviews) lag darin begründet, dass dieses Verfahren in der Forschungsliteratur als besonders geeignet gilt, um Zugang zu Gruppenmeinungen (abstrahiert von den Auffassungen der Individuen) und den damit verbundenen nicht oder wenig expliziten Wissensbeständen zu bekommen (vgl. Vogl 2019): Hierfür werden in einer Gruppe Kommunikationsprozesse initiiert, die möglichst einem alltäglichen Gespräch ähneln. Die Mitglieder der Gruppe sollen miteinander ins Gespräch gebracht werden, um wichtige kollektive Erfahrungen selbst zu thematisieren. Im Zentrum des Interesses steht die Interaktion zwischen den Gruppenmitgliedern. Entsprechend gilt die wechselseitige Beeinflussung der Gesprächspartnerinnen und -partner nicht als störend, sondern als erkenntnisfördernd. Die Auswertung der Gespräche orientierte sich an der Dokumentarischen Methode (Bohnsack 2021: Kap. 8; Kleemann et al. 2013: Kap. 5; Nohl 2017: Kap. 3; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2009: Kap. 5.4), die eigens für diese Art von Datenanalyse entwickelt worden ist und auf das implizite bzw. kaum und nur teilweise angesprochene (Vor-)Wissen der Beteiligten abhebt.

5 Design und Rahmendaten der Module

Um die Forschungsfragen zum Ausmaß, zu den Ursachen und zu den Wirkungen des politischen Extremismus und die Selektions- und Sozialisationshypothesen bearbeiten zu können, besteht die Studie „Armee in der Demokratie“ aus drei Modulen. Diese stützen sich auf quantitative und qualitative methodische Ansätze und bieten so unterschiedliche Zugänge zur Erfassung und Erklärung politischer sowie insbesondere extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr. Im Folgenden sollen diese drei Module vorgestellt werden. Für die quantitativen Erhebungen werden die Vorgehensweise bei der Stichprobenziehung, der Rücklauf und insbesondere die Aussagekraft und Qualität der erhobenen Daten (Abschnitte 5.1 und 5.2), für das qualitative Modul Anlage und Durchführung der Gruppendiskussionen dargestellt (Abschnitt 5.3).

In Vorbereitung zur Studie und insbesondere für Modul 1 wurden Gespräche mit unterschiedlichen Personen, Gruppen und Institutionen geführt, die sich in der Bundeswehr mit dem Themenfeld des politischen Extremismus befassen. So gab es Gespräche mit dem Zentrum Innere Führung (ZInFü), dem BAMAD, dem Beirat für Fragen der Inneren Führung, mit Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern sowie dem Stammpersonal an zwei Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr (vgl. Abschnitt 5.3). Die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus diesen Gesprächen sind wie die Auswertung der Berichte von BAMAD und der KfE in das Studiendesign und die Fragebogenentwicklung eingeflossen (BAMAD 2020, 2021; BMVg 2022, 2023a).

5.1 Modul 1: Befragung von militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr

Das erste Modul besteht aus einer Befragung von militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr. Ziel ist es, die in Abschnitt 3.2.2 skizzierten Sozialisationshypothesen zu untersuchen. Die folgenden Abschnitte fassen die Inhalte des Fragebogens zusammen (5.1.1), erklären die Vorgehensweise bei der Stichprobenziehung (5.1.2) und bieten Informationen zur Datenqualität und Repräsentativität der Stichprobe (5.1.3). Da sich dieser Forschungsbericht auf die Soldatinnen und Soldaten konzentriert, auf die 90 Prozent der Extremismusverdachtsfälle entfallen (BMVg 2023a: 14), liegt der Schwerpunkt der Darstellung bei dieser Teilstichprobe. Zu den befragten zivilen Angehörigen der Bundeswehr werden in diesem Forschungsbericht grundlegende Informationen bereitgestellt und sie werden als organisationsinterne Vergleichsgruppe herangezogen.

5.1.1 Inhalte des Fragebogens von Modul 1

Die Befragung in Modul 1 stützt sich im Wesentlichen auf etablierte Erhebungsinstrumente, wie sie die Literatur zu politischen Einstellungen und zum politischen Extremismus bereithält (vgl. Abschnitt 3.2.1). Zudem wird eine Vielzahl von Fragen und Batterien aus vorangegangenen bundeswehrinternen Studien des ZMSBw verwendet.

Tabelle 5.1: Übersicht über die Inhalte und Themen von Modul 1, Teil 1

Thema/Indikator/Konstrukt	Im jeweiligen Fragebogen enthalten		Zahl der Fragen/Items	Quellen
	Mil	Ziv		
Dienstzeitbeginn Bundeswehr	ja	ja	1	Richter 2020
Dienstzufriedenheit Bundeswehr spezifisch	ja	ja	8	Richter 2020; Seiffert/Heß 2020; neu
Dienstzufriedenheit Bundeswehr allgemein	ja	ja	1	Richter 2020
Verbundenheit militärisch/organisatorisch	ja	ja	4	Neu
Politisches Rollenbild Soldaten/Zivilisten	ja	ja	13/11	Bryant et al. 2021; neu
Bewertung zivil-militärische Beziehungen	ja	ja	9	Seiffert/Heß 2020; neu
Einstellungen zur Politischen Bildung	ja	nein	8	Neu
Bewertung Politische Bildung	ja	nein	1	Ahrens et al. 2023; Dörfler-Dierken et al. 2010; neu
Bestandteile Innere Führung	ja	ja	6	BMVg 2018a: Nr. 316; neu
Bewertung Innere Führung	ja	ja	10	Dörfler-Dierken/Kramer 2014; Kümmel 2014; neu
Einstellungen zur Wehrmacht	ja	ja	6	Neu
Bewertung Ausmaß, Umgang und Maßnahmen Extremismus Bundeswehr	ja	ja	11	Neu
Auftreten und Umgang Vorfälle Einheit/Dienststelle letzte 12 Monate	ja	ja	6–12	Bulmahn et al. 2010
Wahrscheinlichkeit Vorfälle Einheit/Dienststelle	ja	ja	6	Bulmahn et al. 2010
Verhalten Vorfälle Einheit/Dienststelle	ja	ja	6	Bulmahn et al. 2010
Mediennutzung	ja	ja	6	Graf et al. 2022
Politische Gespräche	ja	ja	7	Roßteutscher et al. 2017
Politisches Interesse	ja	ja	1	Graf et al. 2022
Allgemeine Haltungen zu politischen Themen inkl. Politikzielen der Neuen Rechten	ja	ja	25	Bulmahn et al. 2010
Links-Rechts-Selbsteinstufung	ja	ja	1	Graf et al. 2022
Links-Rechts-Einstufung Kameraden/Kollegen	ja	ja	1	Neu
Wahlbeteiligung	ja	ja	4	Neu
Verbundenheit geografisch	ja	ja	5	Graf et al. 2022
Institutionenvertrauen	ja	ja	12	Graf et al. 2022
Demokratiezufriedenheit	ja	ja	1	Graf et al. 2022
Staatsbürgerliche Orientierungen, Effektivitätsüberzeugungen, Normen	ja	ja	13	GESIS 2019; Schulz 2008

Anmerkungen: Mil: Fragebogen für Soldatinnen und Soldaten; Ziv: Fragebogen für zivile Angehörige der Bundeswehr. Zahl der Fragen/Items variiert wegen Filterführung (deutlich gemacht mit: –) oder zwischen militärischem und zivilem Fragebogen (deutlich gemacht mit: mil/ziv). Neu: Neu von der Projektgruppe entwickelt.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Nur in wenigen Fällen wurden neue Items und Fragen entwickelt oder an den thematischen Schwerpunkt der Studie angepasst. Im Einzelnen enthält der Fragebogen allgemeine politische und gesellschaftliche Haltungen wie staatsbürgerliche Orientierungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen. Zudem sind eine Vielzahl von Indikatoren für militärsoziologische Konzepte wie das politische Rollenbild von Soldatinnen und Soldaten bzw. zivilen Angehörigen der Bundeswehr, die Zufriedenheit mit verschiedenen dienstlichen Aspekten und das berufliche und soldatische Selbstverständnis enthalten.

Tabelle 5.2: Übersicht über die Inhalte und Themen von Modul 1, Teil 2

Thema/Indikator/Konstrukt	Im jeweiligen Fragebogen enthalten		Zahl der Fragen/Items	Quellen
	Mil	Ziv		
Einstellungen zur FDGO	ja	ja	8	GESIS 2019
Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung	ja	ja	6	Köcher 2019; neu
Verschwörungstheorien/Reichsbürger	ja	ja	9	Zick et al. 2023; neu
Linksextremismus	ja	ja	8	Gabriel et al. 2005; Jungkunz 2019
Rechtsextremismus	ja	ja	18	Zick et al. 2023
Religiöser Fundamentalismus	ja	ja	9	Ahrens et al. 2023; GESIS 2019; Koopmans 2014; neu
Soziale Erwünschtheit	ja	ja	6	Kemper et al. 2012
Geschlecht	ja	ja	1	Richter 2020
Bildungsabschluss	ja	ja	1	Richter 2020
Geografische Prägung	ja	ja	1	Neu
Alter/Geburtsjahr	ja	ja	1	Richter 2020
Religion	ja	ja	1	Ahrens et al. 2023
Dienstverhältnis	ja	nein	1	Richter 2020
Dienstgradgruppe	ja	nein	1	Richter 2020
Laufbahn/Entgeltgruppe	nein	ja	1	Richter 2020
Organisationsbereich	ja	ja	1	Richter 2020
Truppengattung/Verwendungsreihe/ Dienstbereich/Laufbahn	ja	nein	1	Neu
Zahl Auslandseinsätze	ja	ja	1	Richter 2020
Debriefing	ja	ja	5	Richter 2020
Zahl Umfragen in der Bw letzte 12 Monate	ja	ja	1	Richter 2020
Panelschlüssel	ja	ja	4	Neu
Offene Rückmeldung Umfrage	ja	ja	1	Richter 2020

Anmerkungen: Mil: Fragebogen für Soldatinnen und Soldaten; Ziv: Fragebogen für zivile Angehörige der Bundeswehr. Neu: Neu von der Projektgruppe entwickelt.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Im Hinblick auf die Fragestellungen der Studie umfasst der Fragebogen die Links-Rechts-Selbsteinstufung, rechts- und linksextremistische Einstellungen, Meinungen zu Politik-

zielen der Neuen Rechten, Haltungen zum religiösen Fundamentalismus, aus dem Reichsbürger- und Selbstverwaltermilieu sowie zu Verschwörungstheorien. Zudem ist eine Vielzahl sozio- und militärdemografischer Merkmale wie Geschlecht, Alter, Dienstgrad- und Laufbahngruppe und Zahl der Dienstjahre enthalten.

Komplettiert wird der Fragebogen durch technische Variablen wie den Panelschlüssel für eine mögliche Wiederholungsbefragung und Indikatoren für die Datenqualität wie soziale Erwünschtheit und Debriefing-Fragen zur Bewertung des Fragebogens. Eine detaillierte Darstellung der in Modul 1 enthaltenen Konzepte und Fragen, ihre Berücksichtigung in den Fragebögen für militärische und zivile Bundeswehrangehörige sowie die Zahl der Fragen oder Items und ihre Herkunft findet sich in den Tabellen 5.1 und 5.2. Für militärische und zivile Angehörige stimmten die Fragebögen zu mehr als 95 Prozent überein. Einige Abweichungen können aufgrund von Filterführungen, etwa bei der Wahrnehmung von Vorfällen, auftreten. Zudem wurden Fragen zur Politischen Bildung sowie ausgewählte Items zum politischen Rollenbild oder zum soldatischen Selbstverständnis nur den Soldatinnen und Soldaten gestellt.

5.1.2 Vorgehensweise bei der Stichprobenziehung für Modul 1

Die Stichprobe für Modul 1 umfasst sowohl militärische als auch zivile Angehörige der Bundeswehr, um einen organisationsinternen Vergleich zu ermöglichen. Die Stichprobenziehung erfolgte in beiden Teilgruppen separat durch das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw). Bei der Anforderung der Stichprobe wurde durch eine Ex-ante-Gewichtung auf Basis der Dienstgradgruppe (Soldatinnen und Soldaten) sowie der Laufbahn- oder Entgeltgruppe (zivile Beschäftigte) gewährleistet, dass Angehörige niedriger Dienstgrad-, Laufbahn- und Entgeltgruppen überproportional in der Stichprobe berücksichtigt wurden, um ihre aus anderen Befragungen bekannte geringere Teilnahmebereitschaft (z.B. Richter 2020: 8–11) auszugleichen (vgl. Abschnitt 5.1.3, Tabelle 5.3). Daher ist die Stichprobe von Modul 1 eine nach Dienstgrad-, Laufbahn- und Entgeltgruppen geschichtete Zufallsstichprobe. Der Anteil ziviler (29,0 Prozent) und militärischer Angehöriger (71,0 Prozent) in der gezogenen Hybrid-Stichprobe entspricht ihren Anteilen in der Grundgesamtheit. In der Gesamt-Stichprobe ist der Anteil der Soldatinnen und Soldaten etwas höher (74,8 Prozent), der der zivilen Beschäftigten (25,2 Prozent) etwas geringer (siehe unten, Tabelle 5.3).

Die Datenerhebung erfolgte für alle zivilen Angehörigen der Bundeswehr und einen Großteil der Soldatinnen und Soldaten in Form einer Hybrid-Befragung, d.h. die Befragten hatten sowohl die Möglichkeit, den Fragebogen in Papierform (*paper and pencil*,

PAPI) als auch mit dem Online-Befragungstool SoSciSurvey der Universität der Bundeswehr in München zu beantworten.¹² Dafür erhielten die Befragten den Papierfragebogen an ihre dienstliche Postadresse sowie eine über SoSciSurvey gesendete zugangsbeschränkte Einladung an ihre personenbezogene dienstliche E-Mail-Adresse zugeschickt. Eine Weitergabe der Zugangsdaten zur Online-Befragung war ausgeschlossen, da der Link zur Befragung nur einmalig genutzt werden konnte.¹³

Für die Soldatinnen und Soldaten wurde eine zusätzliche Stichprobe mit Personen gezogen, die nicht über eine personenbezogene E-Mail-Adresse verfügen oder die in der Datenbank als geschützte Personen eingestuft werden, etwa Angehörige der Spezialkräfte. Diese Befragten erhielten den Fragebogen lediglich postalisch an ihre dienstliche Postadresse. Zu dieser Gruppe gehören weit über 90 Prozent Mannschaftsdienstgrade, also Personen, für die erfahrungsgemäß relativ geringe Rücklaufquoten erreicht werden (z.B. Richter 2020: 8–11). Für diese Teilstichprobe erfolgte – anders als für die Hybrid-Stichprobe (siehe unten) – keine Erinnerungsaktion.

Die Kontaktdaten für die Hybrid- und die soldatische PAPI-Stichprobe wurden am 25.10.2022 durch das BAPersBw zur Verfügung gestellt. Sie basieren auf dem Stand vom 30.9.2022, berücksichtigen also keine Versetzungen ab dem 1.10.2022. Der Versand der Einladungen per Post erfolgte am 11.11.2022. Die Feldzeit begann gestaffelt zwischen dem 14.11. und dem 16.11.2022, da SoSciSurvey den Versand von maximal 5.000 Einladungen pro Tag erlaubt. Über den Online-Fragebogen war eine Teilnahme bis einschließlich 23.12.2022 möglich. Postalisch wurden aufgrund der Feiertage über den Jahreswechsel alle Fragebögen berücksichtigt, die bis zum 3.1.2023 beim ZMSBw eingegangen waren. Für die Personen in der Hybrid-Stichprobe wurden im Feldverlauf zwei Erinnerungen per E-Mail verschickt. Die erste Erinnerung erfolgte zwischen dem 28.11. und dem 30.11.2022, die zweite Erinnerung zwischen dem 12.12. und dem

¹² Für die Organisation, Planung und Durchführung der Studie war die Arbeit des Bereichs Projektsistenz am ZMSBw essenziell. Das Projektteam bedankt sich besonders bei Cindy Dahlke und Carola Klinke für alle geleistete Unterstützung. Für die Hilfe bei der Versand- und Einpackaktion der Papierfragebögen der Hauptstudie dankt das Projektteam dieser Studie allen Kolleginnen und Kollegen am ZMSBw, die dabei tatkräftig mitgearbeitet haben. Für die Unterstützung beim Einscannen der Papierfragebögen dankt das Projektteam den Kolleginnen und Kollegen der Militärpsychologie beim Streitkräfteamt (SKA) in Bonn.

¹³ Der Fragebogen und das Erhebungsdesign wurden zwischen dem 18.8. und dem 13.9.2022 einem Pretest unterzogen. Dafür wurden jeweils 1.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 1.000 zivile Bundeswehrangehörige per Dienstpost und persönlicher E-Mail zur Teilnahme eingeladen, um die Akzeptanz der Untersuchung und die Angemessenheit der verwendeten Skalen und Instrumente zu prüfen. Auf Basis des Pretests erfolgten kleinere Veränderungen am Fragebogen sowie einige Verbesserungen bei der Stichprobenziehung und der Steuerung der Befragung mit SoSciSurvey. Zudem wurde beschlossen, die Hybrid-Stichprobe mit einer zusätzlichen rein postalischen Stichprobe von Soldatinnen und Soldaten zu ergänzen.

14.12.2022. Die Erinnerungen wurden an alle Personen verschickt, die den Online-Fragebogen bis zum Versandzeitpunkt nicht ausgefüllt hatten.

Die Hybrid-Stichprobe umfasste 17.488 Bundeswehrangehörige.¹⁴ Davon waren 12.428 Soldatinnen und Soldaten und 5.060 zivile Beschäftigte der Bundeswehr. Die große Stichprobe war notwendig, da erstens aufgrund der Corona-Pandemie generelle Unsicherheiten über die Beteiligungsbereitschaft an der Erhebung und die Erreichbarkeit der Befragten bestanden. Zweitens war aufgrund der Thematik der Studie mit einer geringeren Beteiligung und mit einem erhöhten Ausmaß von Antwortverweigerungen zu rechnen (vgl. Abschnitt 4). Drittens sollten empirisch belastbare Aussagen für alle relevanten Teilgruppen möglich sein (militärische Organisationsbereiche, Dienstgradgruppen, Altersgruppen, Einsatzerfahrung, Geschlecht).

5.1.3 Rücklauf, Datenqualität und Repräsentativität der Stichprobe von Modul 1

In diesem Abschnitt werden Angaben zu Rücklauf, Datenqualität und Repräsentativität der in Modul 1 gewonnenen Daten präsentiert und analysiert. Da dieser Forschungsbericht den Schwerpunkt auf die Einstellungen und Haltungen der Soldatinnen und Soldaten legt, wird diese Teilgruppe umfassender betrachtet als die der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr.

In der Bruttostichprobe von Modul 1 waren 20.088 Personen. 17.488 gehörten zur Hybrid-Stichprobe (Online und PAPI) und 2.600 zur reinen PAPI-Stichprobe (nur Soldatinnen und Soldaten, siehe Abschnitt 5.1.2). 138 PAPI-Fragebögen kamen als nicht zustellbar zurück. Für die E-Mail-Einladungen gab es keine entsprechende Rückmeldung zur Nicht-Zustellbarkeit oder Nicht-Erreichbarkeit durch das Befragungstool. Aufgrund dieser fehlenden Informationen ist die Ausweisung von Daten zu einer Nettostichprobe nicht möglich. Die folgenden Rücklaufquoten beziehen sich daher immer auf die Bruttostichprobe und liegen damit systematisch etwas niedriger als die tatsächliche Rücklaufquote, die nur anhand der (unbekannten) Nettostichprobe hätte berechnet werden können.

Insgesamt gab es einen Rücklauf von 4.313 Fragebögen.¹⁵ Bezogen auf die Bruttostichprobe von 20.088 entspricht dies einem Rücklauf von 21,5 Prozent. Der Rücklauf der

¹⁴ Ursprünglich angefordert war eine Stichprobe von insgesamt 17.500 Bundeswehrangehörigen. Geliefert wurden vom BAPersBw Kontaktinformationen für 12.428 Soldatinnen und Soldaten sowie 5.071 zivile Beschäftigte. Für 11 zivile Beschäftigte fehlten im Datensatz die personenbezogenen E-Mail-Adressen, sodass diese Personen aus der Ausgangsstichprobe entfernt wurden.

¹⁵ Bei den Online-Fragebögen wurden nur die Fragebögen berücksichtigt, bei denen die Befragten die gesamte Umfrage durchlaufen hatten und die letzte Seite des Fragebogens erreicht hatten. Für die Papier-Fragebögen wurden alle eingegangenen Fragebögen in den Datensatz aufgenommen. Bei den späteren Auswertungen und Analysen sind generell alle Fragebögen bzw. Befragten ausgeschlossen, bei denen keine oder inkonsistente Angaben zur Dienstgradgruppe gemacht wurden, da diese Information für die Ex-ante- und Ex-post-Gewichtung der Daten entscheidend ist.

PAPI-Stichprobe lag bei 167 Fragebögen und damit bei 6,4 Prozent. Für die Hybrid-Stichprobe lag der Rücklauf insgesamt bei 4.146 Fragebögen. Daraus resultiert eine Quote von 23,7 Prozent. Davon wurden 1.913 Fragebögen (46,1 Prozent) online und 2.233 Fragebögen (53,9 Prozent) auf Papier ausgefüllt.

In der Hybrid-Stichprobe wurden 1.598 Fragebögen von zivilen Angehörigen der Bundeswehr zurückgeschickt. Dies entspricht bezogen auf die Ausgangsstichprobe von 5.060 einer Rücklaufquote unter den Zivilistinnen und Zivilisten von 31,6 Prozent. 905 dieser Fragebögen wurden im PAPI-Format (56,6 Prozent), 693 online ausgefüllt (43,4 Prozent). Von Soldatinnen und Soldaten wurden in der Hybrid-Stichprobe 2.548 Fragebögen ausgefüllt. Daraus resultiert eine Rücklaufquote von 20,5 Prozent. 1.328 dieser Fragebögen wurden im PAPI-Format (52,1 Prozent) und 1.220 online ausgefüllt (47,9 Prozent). Tabelle 5.3 fasst die genannten Werte zusammen.

Tabelle 5.3: Zusammensetzung der beiden Teilstichproben von Modul 1 und Rücklaufstatistiken

Teilstudie/Gruppe	Ausgangsstichprobe		Realisierte Stichprobe/Rücklauf	
	n	%	n	%
Gesamt	20.088	100,0	4.313	21,5
Hybrid-Stichprobe	17.488	87,1	4.146	23,7
Davon online ausgefüllt	–	–	1.913	10,9
Davon auf Papier ausgefüllt	–	–	2.233	12,8
Soldatinnen und Soldaten	15.028	74,8	2.715	18,1
Davon Hybrid-Stichprobe	12.428	82,7	2.548	20,5
Davon online ausgefüllt	–	–	1.220	10,2
Davon auf Papier ausgefüllt	–	–	1.328	10,3
Davon PAPI-Stichprobe	2.600	17,3	167	6,4
Zivile Angehörige	5.060	25,2	1.598	31,6
Davon online ausgefüllt	–	–	693	13,7
Davon auf Papier ausgefüllt	–	–	905	17,9

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Die Daten ergeben für die Soldatinnen und Soldaten in der Hybrid-Stichprobe eine um mehr als 11 Prozentpunkte geringere Rücklaufquote im Vergleich zu den zivilen Beschäftigten. Gründe für den niedrigeren Rücklauf könnten sein, dass Soldatinnen und Soldaten deutlich öfter zu organisationsinternen Befragungen eingeladen werden bzw. daran teilnehmen¹⁶, häufiger unterwegs und nicht am (Büro-)Arbeitsplatz sind (Einsätze, Übungen, Lehrgänge, Arbeit außerhalb der Dienststelle oder des Büros) oder aufgrund der Vor-

¹⁶ Bei den Soldatinnen und Soldaten geben 24,7 Prozent an, dass sie in den letzten 12 Monaten mindestens an einer anderen bundeswehrinternen Umfrage teilgenommen haben. Bei den zivilen Beschäftigten sind es nur 14,1 Prozent.

schriftenlage, Medienberichterstattung oder (antizipierten) Erwartungen von Vorgesetzten und Organisation weniger bereit sind, bei einer Umfrage zu politischen Haltungen Auskunft zu geben (vgl. hierzu die Ergebnisse aus den Gruppendiskussionen in Abschnitt 6.4).

Tabelle 5.4: Zusammensetzung der Stichprobe für Soldatinnen und Soldaten nach Status und Dienstgradgruppen vor Bereinigung der Daten

Dienstgradgruppe	Anteil Grundgesamtheit	Gewichtung ex ante	Realisierte Stichprobe			Gewichtung ex post
	%		n	%	Rücklauf %	
Berufssoldaten (m/w)						
Generale/Admirale	0,1	1,00	7	0,3	60,2	0,39
Stabsoffiziere	6,3	0,75	271	10,0	49,4	0,63
Offiziere	6,2	0,75	229	8,4	42,2	0,74
Unteroffiziere mit Portepee	16,9	0,75	508	18,7	34,4	0,90
Unteroffiziere ohne Portepee	0,02	1,25	1	0,04	39,8	0,47
Mannschaften	0,04	1,25	1	0,04	15,8	1,18
Soldaten auf Zeit (m/w)						
Stabsoffiziere	1,4	0,75	41	1,5	33,8	0,92
Offiziere	6,5	0,75	182	6,7	32,0	0,97
Unteroffiziere mit Portepee	17,6	0,75	351	12,9	22,8	1,36
Unteroffiziere ohne Portepee	16,5	1,25	370	13,6	15,4	1,21
Mannschaften	23,6	1,25	487	17,9	14,2	1,31
FWDL (Mannschaften)	5,1	3,00	211	7,8	11,9	0,65
Fehlende Angabe	–	–	56	2,1	–	–
Gesamt	–	–	2715	–	–	–

Anmerkungen: Stand der Daten zur Grundgesamtheit: 31.1.2022 (bezogen auf gesamtes militärisches Personal von 179.875 Soldatinnen und Soldaten).

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 der Soldatinnen und Soldaten (Modul 1 Mil).

Die Teilstichproben von Modul 1 wurden ex ante gewichtet. Basis waren die Erfahrungen aus vorangegangenen bundeswehrinternen Befragungen (z.B. Richter 2020) und dem Pretest, die stets einen größeren Rücklauf unter Angehörigen höherer Dienstgrade (ab Unteroffiziere mit Portepee) erreichten. Dies erklärt auch den sehr niedrigen Rücklauf in der reinen PAPI-Stichprobe, bei der weit über 90 Prozent Mannschaftsdienstgrade vertreten waren. Stabsoffiziere, Offiziere und Unteroffiziere mit Portepee wurden unter den Berufs- wie Zeitsoldaten in der Ausgangsstichprobe heruntergewichtet. Unteroffiziere ohne Portepee und Mannschaften wurden hingegen stärker gewichtet. Die Ex-ante-Gewichte variieren zwischen 0,75 und 1,25 – mit Ausnahme der Freiwillig Wehrdienstleistenden (FWDL), die mit dem Faktor 3,00 gewichtet wurden (vgl. Tabelle 5.4, Spalte 2).

Die realisierte Stichprobe zeigt (Tabelle 5.4, Spalten 3 bis 5) bei den Berufssoldatinnen und -soldaten eine Überrepräsentation aller Gruppen mit Ausnahme der Mannschaftendienstgrade. Dies wird auch anhand der weit überdurchschnittlichen Rücklaufquoten in diesen Gruppen deutlich (zwischen 34,4 und 60,2 Prozent). Die entsprechenden Ex-post-Gewichte sind daher für alle Gruppen der Berufssoldatinnen und -soldaten bis auf die Mannschaften kleiner als 1. Die Staboffiziere und Offiziere unter den Zeitsoldatinnen und -soldaten sowie die FWDLer weisen in der realisierten Stichprobe eine Überrepräsentation auf, bei den anderen Gruppen besteht eine Unterrepräsentation. Dementsprechend bewegen sich die Ex-post-Gewichte für die genannten Gruppen zwischen 0,65 und 1,36.

Tabelle 5.5: Sozio- und militärdemografische Merkmale der Stichprobe für Soldatinnen und Soldaten vor und nach Gewichtung

Merkmal	Grundgesamtheit %		Stichprobe		Differenz gewichtete Stichprobe Grundgesamtheit %-Punkte
		Ungewichtet %	Gewichtet %		
Geschlecht¹					
Mann	86,9	87,6	87,2		+0,3
Frau	13,1	12,4	12,8		-0,3
Berufssoldaten (m/w)					
Generale/Admirale	0,1	0,3	0,1		0
Staboffiziere	6,3	10,0	6,3		0
Offiziere	6,2	8,4	6,2		0
Unteroffiziere mit Portepee	16,9	18,7	16,9		0
Unteroffiziere ohne Portepee	0,02	0,04	0		-0,02
Mannschaften	0,04	0,04	0,04		0
Soldaten auf Zeit (m/w)					
Staboffiziere	1,4	1,5	1,4		0
Offiziere	6,5	6,7	6,5		0
Unteroffiziere mit Portepee	17,6	12,9	17,6		0
Unteroffiziere ohne Portepee	16,5	13,6	16,5		0
Mannschaften	23,6	17,9	23,5		-0,1
FWDL (Mannschaften)	5,1	7,8	5,0		+0,1
TSK/Organisationsbereich					
Heer	34,1	34,8	37,2		+3,1
Luftwaffe	14,7	16,3	16,1		+1,4
Marine	9,0	9,2	8,9		-0,1
Streitkräftebasis	14,6	12,9	13,0		-1,6
Sanitätsdienst	11,0	10,3	10,0		-1,0
Cyber- und Informationsraum	8,0	8,6	8,4		+0,4
Übrige TSK/Organisationsbereiche	8,6	7,9	6,4		-2,2

Anmerkungen: Stand der Daten zur Grundgesamtheit: 31.1.2022 (bezogen auf gesamtes militärisches Personal von 179.875 Soldatinnen und Soldaten). TSK: Teilstreitkraft. 1: Für diverse Befragte liegen keine Informationen hinsichtlich ihres Anteils in der Grundgesamtheit vor. Daher werden sie hier nicht berücksichtigt.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 der Soldatinnen und Soldaten (Modul 1 Mil).

Trotz der zwischen den einzelnen Gruppen stark variierenden Beteiligungsbereitschaft ergeben sich für relevante sozio- und militärdemografische Merkmale keine gravierenden Abweichungen von der Verteilung in der Grundgesamtheit. Die Verteilung ausgewählter sozio- und militärdemografischer Merkmale in der Grundgesamtheit, in den ungewichteten und den gewichteten Daten, ist Tabelle 5.5 zu entnehmen. Die meisten Abweichungen – mit Ausnahme der Zugehörigkeit zur Teilstreitkraft oder zum Organisationsbereich – können durch die Ex-post-Gewichtung auf Basis von Status und Dienstgradgruppe gut ausgeglichen werden. Selbst die Abweichungen für Teilstreitkraft und Organisationsbereich betragen maximal 3,1 Prozentpunkte (Heer). Auf Basis dieser Verteilungen ist davon auszugehen, dass die Daten für alle Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr repräsentativ und in allen relevanten sozio- und militärdemografischen Teilgruppen aussagekräftig und belastbar sind.

5.2 Modul 2: Repräsentative Bevölkerungsbefragung in Verbindung mit einer Jugendbefragung

Das zweite Modul von „Armee in der Demokratie“ (AID) ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung, verbunden mit einer Jugendbefragung. Dieses Modul hat zwei Ziele: Zum einen sollen anhand eines repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung Vergleichsdaten hinsichtlich extremistischer und anderer politischer Einstellungen gewonnen werden. So kann geprüft werden, ob die in Modul 1 für die militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr ermittelten Werte von denen der deutschen Bevölkerung abweichen oder nicht. Zum anderen sind in der AID-Bevölkerungsbefragung Jugendliche überrepräsentiert, um die in Abschnitt 3.2.2 beschriebene Selektionshypothese zu testen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 30 Jahren erhielten dieselben Fragen zu politischen und extremistischen Einstellungen wie alle anderen Befragten. Zugleich wurde für diese Altersgruppe in einem eigenen Fragebogenteil das Interesse an einer Tätigkeit bei der Bundeswehr und die Bereitschaft bzw. Absicht erhoben, sich bei der Bundeswehr zu bewerben.

Die folgenden Abschnitte fassen die Inhalte des Fragebogens zusammen (5.2.1), erklären die Vorgehensweise bei der Stichprobenziehung (5.2.2) und bieten Informationen zur Datenqualität und Repräsentativität der Stichprobe (5.2.3).

5.2.1 Inhalte des Fragebogens von Modul 2

Modul 2 stützt sich auf etablierte Instrumente, wie sie die Literatur zu politischen Einstellungen, zum politischen Extremismus sowie zur Berufswahl bereithält. Aus Vergleichsgründen wurden die Erhebungsinstrumente von Modul 1 und Modul 2 – soweit

möglich – parallel gehalten. Die Tabellen 5.6 und 5.7 bieten einen Überblick über die verwendeten Fragen und Instrumente und darüber, welche von ihnen sowohl im Fragebogen (für die Soldatinnen und Soldaten) von Modul 1 als auch in der Bevölkerungsbefragung enthalten sind und aus welcher Quelle sie stammen. Die Fragebögen von Modul 2 unterscheiden sich ebenfalls für die bis zu 30 Jahre alten und die über 30-jährigen Befragten. Da diese Vergleichsperspektive für den vorliegenden Forschungsbericht nicht zentral ist, wird dieser Aspekt nicht in den Tabellen dargestellt.

Tabelle 5.6: Übersicht über die Inhalte und Themen von Modul 2, Teil 1

Thema/Indikator/Konstrukt	Im jeweiligen Fragebogen enthalten		Zahl der Fragen/Items	Herkunft/Quelle
	Modul 1 Mil	Modul 2		
Eigene wirtschaftliche Lage	nein	ja	1	Roßteutscher et al. 2017
Wirtschaftliche Lage Deutschland	nein	ja	1	Roßteutscher et al. 2017
Berufsbezogene Bedürfnisse	nein	ja	15	Richter 2020
Arbeitgeberattraktivität	nein	ja	12	Hentschel 2013
Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten	nein	ja	7	Angelehnt an Richter 2020 und Seiffert/Heß 2020
Eintrittsbereitschaft Bundeswehr Soldat (m/w)	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Eintrittsbereitschaft Bundeswehr Zivilist (m/w)	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Werteorientierungen	nein	ja	34	Hermann 2014
Ansehen Bundeswehr persönlich	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Ansehen Bundeswehr Gesellschaft	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Politisches Rollenbild Soldaten/Zivilisten (m/w)	ja	ja	13/11	Bryant et al. 2021; neu
Bewertung zivil-militärische Beziehungen	ja	ja	9	Seiffert/Heß 2020; neu
Einstellungen zur Wehrmacht	ja	ja	6	Neu
Bewertung Ausmaß, Umgang und Maßnahmen Extremismus Bundeswehr	ja	ja	11	Neu
Mediennutzung	ja	ja	6	Graf et al. 2022
Politische Gespräche	ja	ja	7	Roßteutscher et al. 2017
Politisches Interesse	ja	ja	1	Graf et al. 2022
Allgemeine Haltungen zu politischen Themen inkl. Politikzielen der Neuen Rechten	ja	ja	25	Bulmahn et al. 2010
Links-Rechts-Selbsteinstufung	ja	ja	1	Graf et al. 2022
Wahlbeteiligung	ja	ja	4	Neu
Wahlabsicht (Sonntagsfrage)	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Politische Partizipation	nein	ja	11	GESIS 2019
Verbundenheit geografisch	ja	ja	5	Graf et al. 2022
Institutionenvertrauen	ja	ja	12	Graf et al. 2022
Demokratiezufriedenheit	ja	ja	1	Graf et al. 2022
Staatsbürgerliche Orientierungen, Effektivitätsüberzeugungen, Normen	ja	ja	13	GESIS 2019; Schulz 2008

Anmerkungen: Mil: Modul 1, Fragebogen für Soldatinnen und Soldaten. Zahl der Fragen/Items variiert zwischen Fragebogen Modul 1 militärisch und Bevölkerungs- und Jugendbefragung (deutlich gemacht mit: Modul 1/Modul 2).

Datenbasis: Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Zu Beginn enthält der Fragebogen von Modul 2 Fragen zur wirtschaftlichen Lage, zur Berufswahl und damit zusammenhängenden Erwartungen und Bedürfnissen. Daran schließen sich einige Indikatoren für militärsoziologische Konzepte an: das politische Rollenbild von Soldatinnen und Soldaten, Bewertungen der zivil-militärischen Beziehungen oder Einstellungen zur Wehrmacht. Im Anschluss folgt ein großer Fragenblock mit Fragen zu allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Haltungen wie staatsbürgerlichen Orientierungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen sowie politischem Verhalten (z.B. Wahlbeteiligung und -absicht).

Tabelle 5.7: Übersicht über die Inhalte und Themen von Modul 2, Teil 2

Thema/Indikator/Konstrukt	Im jeweiligen Fragebogen enthalten		Zahl der Fragen/Items	Herkunft/Quelle
	Modul 1 Mil	Modul 2		
Einstellungen zur FDGO	ja	ja	8	GESIS 2019
Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung	ja	ja	6	Köcher 2019; neu
Verschwörungstheorien/Reichsbürger	ja	ja	9	Zick et al. 2023; neu
Linksextremismus	ja	ja	8	Gabriel et al. 2005; Jungkunz 2019
Rechtsextremismus	ja	ja	18	Zick et al. 2023
Religiöser Fundamentalismus	ja	ja	9	Ahrens et al. 2023; GESIS 2019; Koopmans 2014; neu
Soziale Erwünschtheit	ja	ja	6	Kemper et al. 2012
Geschlecht	ja	ja	1	Richter 2020
Bildungsabschluss	ja	ja	1	Richter 2020
Geografische Prägung	ja	ja	1	Neu
Alter/Geburtsjahr	ja	ja	1	Richter 2020
Religion	ja	ja	1	Ahrens et al. 2023
Berufs-/Ausbildungsstatus bis 29 Jahre	nein	ja	1	Angelehnt an Hentschel 2013
Erwerbstätigkeit	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Nachfragen Erwerbstätigkeit	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Haushaltseinkommen	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Oben-Unten-Skala	nein	ja	1	GESIS 2019
Postleitzahl/Wohnort	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Zugehörigkeit/Nähe Bundeswehr	nein	ja	6	Graf et al. 2022
Staatsbürgerschaft	nein	ja	1	Graf et al. 2022
Migrationshintergrund Ego	nein	ja	2	Graf et al. 2022
Migrationshintergrund Eltern	nein	ja	3	Graf et al. 2022
Debriefing	ja	ja	5	Richter 2020

Anmerkungen: Mil: Modul 1, Fragebogen für Soldatinnen und Soldaten. Neu: Neu von der Projektgruppe entwickelt.

Datenbasis: Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Im Hinblick auf die Kernfragestellungen der Studie umfasst der Fragebogen wie Modul 1 die Links-Rechts-Selbsteinstufung, rechts- und linksextremistische Einstellungen, Meinungen zu Politikzielen der Neuen Rechten, Haltungen zum religiösen Fundamentalismus

und aus dem Reichsbürgermilieu sowie zu Verschwörungstheorien. Zudem ist eine Vielzahl soziodemografischer Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss oder Religion enthalten. In diesem abschließenden Teil des Fragebogens gibt es einige größere Unterschiede zwischen Modul 1 und 2.

5.2.2 Vorgehensweise bei der Stichprobenziehung für Modul 2

Die Datenerhebung der AID-Bevölkerungsbefragung wurde durch das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos durchgeführt. Das Forschungsteam stand vor und während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu Ipsos. Als erster Teil des Pretests fanden am 18.8.2022 in einem Befragungsstudio in Berlin sechs Interviews statt (Studio-Pretest). Um eine möglichst große Heterogenität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erreichen, wurde nach Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und militärischer Erfahrung bei der Bundeswehr rekrutiert. Die Interviews wurden aus einem Nebenraum verfolgt. Der zweite Teil des Pretests umfasste 55 computergestützte persönliche Interviews (CAPI), die vom 29.8. bis 1.9.2022 unter realen Feldbedingungen stattfanden. Auf der Basis dieser beiden Teile des Pretests erfolgten Anpassungen des Fragebogens, etwa bei der genauen Formulierung einzelner Items, der Vorgabe von „weiß nicht“ als Antwortmöglichkeit bei einigen Fragen oder den Hilfestellungen für die Interviewerinnen und Interviewer im Fragebogen.

Für die Hauptstudie von Modul 2 wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die in der Untersuchung Aussagen getroffen werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, sodass jedes Element der Grundgesamtheit die gleiche Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, also die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.¹⁷

Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Stichprobenelemente in einem dreistufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points abgegrenzt (das Gebiet Deutschlands in etwa 53.000 Flächen unterteilt), daraus anschließend Haushalte nach

¹⁷ Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit. Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, das den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt.

dem Random-Route-Prinzip¹⁸ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel¹⁹ ausgewählt. Sobald in der Altersgruppe über 30 Jahre die Hälfte der zu realisierenden Gesamtfälle erreicht war, wurden gezielt Personen in der Altersgruppe von 14 bis 30 Jahren interviewt, um die Disproportionalität zu gewährleisten und die gewünschte Fallzahl zu erreichen (Ipsos 2022: 4).

Während der Feldphase erfolgte durch Ipsos eine kontinuierliche Kontrolle der Interviews. Diese Kontrollen wurden postalisch durchgeführt und schlossen Fragen zu Thema, Zeitpunkt und Länge des Interviews ein. Zudem wurde gefragt, ob das Interview ordnungsgemäß am Tablet-Computer stattfand. So wurden 30 Prozent der durchgeführten Interviews kontrolliert (Ipsos 2022: 9–10).

5.2.3 Rücklauf, Datenqualität und Repräsentativität der Stichprobe von Modul 2

Für die Hauptstudie wurden im Rahmen von CAPI-Interviews in einem Zeitraum von etwas mehr als acht Wochen (15.9. bis 20.11.2022) 4.632 Nettointerviews durch 659 erfahrene und geschulte Interviewerinnen und Interviewer durchgeführt. 2.307 Interviews erfolgten mit Befragten zwischen 14 und 30 Jahren. Mit Personen über 30 Jahre wurden 2.325 Interviews geführt. Die Ausschöpfungsquote für die Gesamtstichprobe lag bei 49,7 Prozent.²⁰ Die Interviews dauerten im Mittel 53 Minuten (Ipsos 2022).

In den erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung Gewichte für die Gesamtstichprobe und die beiden Teilgruppen bereitgestellt. Diese berücksichtigen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße, um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen. Tabelle 5.8 zeigt die Verteilung relevanter soziodemografischer Merkmale in der Gesamtstichprobe und in der Teilstichprobe der 14 bis 30 Jahre alten Personen. Für Letztere sind auch nach Gewichtung noch Abweichungen hinsichtlich des Bildungsniveaus und des Wohnorts zu verzeichnen. In der gewichteten Stichprobe sind zu viele Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau und zu wenige mit niedrigem Bildungsabschluss. Zudem sind Befragte aus West- und Ostdeutschland überrepräsentiert, während der Anteil der Personen mit Wohnorten in Nord- und Süddeutschland in der Stichprobe im Vergleich zur Grundgesamtheit unterschritten wird. Diese Abweichungen müssen bei der Interpretation der Ergebnisse zur Selektionshypothese in Abschnitt 6.2.1 berücksichtigt werden.

¹⁸ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

¹⁹ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

²⁰ Die Ausschöpfungsquoten von Modul 1 und Modul 2 sind aufgrund von Unterschieden im Stichprobenverfahren und im Befragungsmodus nicht miteinander vergleichbar. Die Quote für Modul 2 bezieht sich auf die Nettostichprobe mit einem $n = 9.393$ (Ipsos 2022: 12).

Tabelle 5.8: Grundgesamtheit und Gesamtstichprobe von Modul 2

	Gesamtstichprobe			Stichprobe 14 bis 30 Jahre		
	Grund- gesamtheit	Ungewichtet	Gewichtet	Grund- gesamtheit	Ungewichtet	Gewichtet
Geschlecht¹						
Männer	49,3	50,7	49,3	51,9	51,8	51,6
Frauen	50,7	49,3	50,7	48,1	48,2	48,4
Alter						
14 bis 19 Jahre	6,7	16,1	6,7	31,0	16,1	32,2
20 bis 30 Jahre	15,1	33,7	15,1	69,0	83,9	67,8
31 bis 39 Jahre	13,2	8,4	13,2	–	–	–
40 bis 49 Jahre	14,5	8,2	14,5	–	–	–
50 bis 59 Jahre	18,8	11,6	18,8	–	–	–
60 bis 69 Jahre	14,4	9,6	14,4	–	–	–
70 Jahre und älter	17,3	12,4	17,3	–	–	–
Bildungsniveau						
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	32,7	27,3	38,5	40,6	32,8	45,1
Realschulabschluss	32,1	39,9	28,4	33,2	38,5	36,0
Hauptschulabschluss	35,2	32,5	33,1	26,2	28,5	18,9
Region						
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16,1	15,0	16,3	16,5	14,5	14,6
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	19,9	19,1	19,5	16,4	19,8	19,4
Süddeutschland (BW, BY)	28,9	26,8	29,0	30,9	24,4	24,1
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35,1	39,1	35,2	36,2	41,3	41,9

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
1: In der Stichprobe gab es keine diversen Befragten.

Datenbasis: Grundgesamtheit: Sollvorgaben aus dem Tageszeitungsdatensatz der Ipsos-Mediaanalyse aus dem Jahr 2020; Stichprobe: Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

5.3 Modul 3: Qualitative Studie zum Politikverständnis von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr

Das qualitative Modul dieser Studie zum Politikverständnis von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr beruht auf insgesamt 18 Gruppendiskussionen, die in zwei Zeiträumen an acht Standorten durchgeführt wurden. Die ersten sechs Gesprächsrunden mit jeweils fünf bis sieben Beteiligten fanden im April 2021 und somit vor Beginn der quantitativen Befragungen statt. An zwei Ausbildungseinrichtungen der Streitkräfte wurde mit Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern sowie Angehörigen des Organisationspersonals gesprochen. Ziel war es zum einen, das Format der Gruppendiskussion zum Thema „Extremismus in der Bundeswehr“ zu testen. Hierfür wurde als Einstieg ein dreieinhalbminütiger Videoclip gezeigt, der unter dem Hashtag *#WirgegenExtremismus* im März 2021 über den Youtube-Kanal von Johannes Clair, einem ehemaligen Soldaten

und Afghanistanveteranen, verbreitet worden war.²¹ Zum anderen wurde den Soldatinnen und Soldaten in jeweils einer Gesprächsrunde je Standort ein Entwurf des Fragebogens der quantitativen Befragung zur Diskussion vorgelegt. Auf Basis der dabei gewonnenen Einsichten wurden nicht nur die Befragungsinstrumente für die quantitativen Befragungen, sondern auch die Konzeption der Gruppendiskussionen (vgl. hierzu Kühn/Koschel 2018) fortentwickelt.

Parallel zur Feldphase der quantitativen Befragungen fanden zwischen Oktober und Dezember 2022 weitere zwölf Gruppendiskussionen mit jeweils drei bis acht Beteiligten an sechs verschiedenen Bundeswehrstandorten statt, dieses Mal ohne Verwendung des genannten Videoclips.²² Anders als bei den ersten Gesprächsrunden wurde das Thema „Extremismus“ erst im Verlauf des Gesprächs durch die Diskussionsleiterin eingeführt. Wie bei den ersten sechs Gesprächen wurden die Gruppen nach Dienstgradzugehörigkeit zusammengestellt. Im Fokus standen nun ausschließlich Angehörige des Unteroffizierkorps sowie Mannschaftsoldatinnen und -soldaten. Während bei den ersten sechs Gesprächen drei Mitglieder des Projektteams anwesend waren, wurden die späteren Diskussionsrunden zu zweit oder nur durch die Projektmitarbeiterin durchgeführt, die sämtliche Gespräche angeleitet hat. Die anderen Mitglieder des Projektteams machten während der Gespräche Notizen zu Gesprächsverlauf und -inhalten, die als Unterstützung für die Transkription und Auswertung dienten.

Die Kontaktaufnahme zu allen Standorten, an denen Gespräche stattfinden sollten, erfolgte – wie bei der Bundeswehr üblich – über die Dienststellenleitungen. Die Kommandeure der Einheiten wurden gebeten, nach Dienstgradgruppen getrennte Gesprächsrunden zu organisieren. Die Teilnahme war gemäß der Regelung A-2710/1 (BMVg 2023b: Nr. 103) selbstverständlich freiwillig. Bis auf eine Anfrage, die abschlägig beantwortet wurde, konnten in allen angefragten Standorten Gespräche stattfinden.

²¹ <<https://www.youtube.com/watch?v=5gGglqb0eTw>> (letzter Zugriff: 1.9.2023). Johannes Clair ist einer breiteren Öffentlichkeit durch die Veröffentlichung seiner Einsatzerlebnisse bekannt geworden (Clair 2012). Der von Clair in diesem Video vermittelte Appell an aktive sowie ehemalige Angehörige der Bundeswehr, sich gegen Extremismus einzusetzen, wurde, wie am Ende des Videos präzisiert wird, von einer privaten Initiative und unabhängig vom BMVg lanciert; er fand jedoch breite Unterstützung durch Vereinigungen wie den Deutschen Bundeswehrverband.

²² Es ist theoretisch möglich, aber empirisch unwahrscheinlich, dass Personen sowohl an Modul 1 als auch an Modul 3 teilgenommen haben.

Tabelle 5.9: Übersicht der Gruppendiskussionen von Modul 3

Bezeichnung	Organisationsbereich	Zeitpunkt	Beteiligte	Besonderheiten
Gesprächsrunde A	Heer	04/2021	7 TN Unteroffizierkorps; 7 Männer	Lehrgangsteilnehmende; keine Audioaufzeichnung
Gesprächsrunde B	Heer	04/2021	7 TN Unteroffizierkorps/Offizierkorps; 7 Männer	Ausbildungspersonal
Gesprächsrunde C	Heer	04/2021	7 TN Unteroffizierkorps; 6 Männer, 1 Frau	Lehrgangsteilnehmende
Gesprächsrunde D	Heer	04/2021	5 TN Offizierkorps; 5 Männer	Ausbildungspersonal
Gesprächsrunde E	Heer	04/2021	6 TN Offizierkorps; 5 Männer, 1 Frau	Lehrgangsteilnehmende
Gesprächsrunde F	Heer	04/2021	5 TN Unteroffizierkorps; 5 Männer	Lehrgangsteilnehmende
Gesprächsrunde G	CIR	10/2022	5 TN Mannschaften; 4 Männer, 1 Frau	
Gesprächsrunde H	CIR	10/2022	5 TN Unteroffizierkorps; 5 Männer	
Gesprächsrunde I	Heer	10/2022	5 TN Mannschaften, 1 TN Unteroffizierkorps; 5 Männer, 1 Frau	
Gesprächsrunde J	Heer	10/2022	TN Unteroffizierkorps; 3 Männer	1 Person nach Vorstellung von der Teilnahme zurückgetreten
Gesprächsrunde K	Heer	11/2022	5 TN Mannschaften; 5 Männer	
Gesprächsrunde L	Heer	11/2022	6 TN Unteroffizierkorps; 5 Männer, 1 Frau	
Gesprächsrunde M	Luftwaffe	11/2022	6 TN Mannschaften; 6 Männer	
Gesprächsrunde N	Luftwaffe	11/2022	8 TN Unteroffizierkorps; 8 Männer	Darunter 1 Wehrübender
Gesprächsrunde O	Heer	11/2022	5 TN Unteroffizierkorps; 5 Männer	
Gesprächsrunde P	Heer	11/2022	5 TN Mannschaften; 5 Männer	
Gesprächsrunde Q	Marine	12/2022	6 TN Mannschaften; 4 Männer, 2 Frauen	
Gesprächsrunde R	Marine	12/2022	4 TN Unteroffizierkorps; 2 Männer, 2 Frauen	

Anmerkungen: Gesamtzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer (TN): 101 Soldatinnen und Soldaten, darunter 92 Männer und 9 Frauen. CIR: Cyber- und Informationsraum.

Datenbasis: Gruppendiskussionen „Armee in der Demokratie“ 2021 und 2022 (Modul 3).

Wie sich vor Ort herausstellte, wurden den Beteiligten die schriftlich vorab bereitgestellten Informationen über die Zielsetzung der Studie und über die Freiwilligkeit und Anonymität als Voraussetzung für die Teilnahme an den Gruppendiskussionen nicht immer kommuniziert. Zu Beginn jeder Gesprächsrunde informierte die Gesprächsleiterin daher die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Rahmenbedingungen der Studie und stellte jedem und jeder Einzelnen nochmals explizit frei, sich an der Diskussion zu beteiligen.

In einem Fall meldete sich daraufhin eine Person vom Gespräch ab. In anderen Fällen kamen mehr als die ursprünglich angefragten vier bis fünf Soldatinnen und Soldaten zum vereinbarten Gesprächstermin (vgl. Tabelle 5.9). Insgesamt beteiligten sich 101 Personen an den Gruppendiskussionen, darunter 92 Männer und neun Frauen. Die Gesprächsrunden, die zwischen 60 und 120 Minuten dauerten, wurden nach erteilter Zustimmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet. In einem Fall zog ein Teilnehmer nach Beendigung der Diskussion seine Zusage zurück, weshalb die Aufnahme gelöscht wurde und diese Gesprächsrunde nur anhand der während des Gesprächs notierten Stichpunkte cursorisch für die Analyse berücksichtigt werden konnte.

Die Auswertung der Gespräche erfolgte in Anlehnung an das Verfahren der Dokumentarischen Methode (Bohnsack 2021: Kap. 8; Kleemann et al. 2013: Kap. 5; Nohl 2017: Kap. 3; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2009: Kap. 5.4). Für jede Diskussionsrunde wurde ein detaillierter Themenplan erstellt, auf dessen Grundlage Passagen für die Transkription ausgewählt wurden. Die Analyse dieser Teile folgte den in der Literatur vorgeschlagenen Schritten der formulierenden, reflektierenden sowie generalisierenden Interpretation. In diesem Bericht werden die Ergebnisse der ersten Auswertungen vorgestellt, die mit Bezug auf die Ergebnisse aus den quantitativen Befragungen erarbeitet wurden. Eine Vorstellung detaillierter Fallanalysen sowie der auf Grundlage des Materials generierten Typologie wird in weiteren Veröffentlichungen erfolgen.

6 Ergebnisse und Analysen zu politischem Extremismus in der Bundeswehr

Dieser Abschnitt präsentiert wesentliche Ergebnisse der Analysen der drei Module des Projekts „Armee in der Demokratie“. Dabei geht es zunächst (6.1) um das Ausmaß politischer und extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr. Der Schwerpunkt der Analysen liegt auf Phänomen- und Themenbereichen, die mit einer Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) oder mit Rechtsextremismus in Beziehung stehen. Im Mittelpunkt stehen die Soldatinnen und Soldaten. Die zivilen Angehörigen sowie die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland insgesamt dienen ebenso zum Vergleich wie ausgewählte Ergebnisse anderer Befragungen.

Im zweiten Abschnitt (6.2) werden die Selektionshypothese (6.2.1) und die Sozialisationshypothesen (6.2.2 bis 6.2.7) untersucht. In diesen Analysen werden nur rechtsextremistische Einstellungen betrachtet. Zum einen dienen sie als potenzieller Erklärungsfaktor (unabhängige Variable) für das Interesse an einer Tätigkeit bei der Bundeswehr (6.2.1). Zum anderen sind sie die zu erklärende (abhängige) Variable in den Analysen zu den Sozialisationshypothesen (6.2.2 bis 6.2.7). Die Fokussierung auf diesen Teilbereich extremistischer Einstellungen ist notwendig, weil die meisten extremistischen Verdachtsfälle in der Bundeswehr diesem Feld zugeordnet werden (z.B. BAMAD 2021: 12–16; BMVg 2023a) und er somit empirisch und politisch am relevantesten ist.

Im dritten Abschnitt (6.3) geht es um Aspekte des Umgangs und Meldeverhaltens bei mutmaßlich extremistischen Vorfällen in der Bundeswehr. Hier werden ebenfalls vor allem Vorfälle aus dem rechtsextremistischen Bereich in den Blick genommen.

Der vierte Abschnitt (6.4) fasst die Befunde aus den Gruppendiskussionen zusammen, die Einblicke in zentrale soldatische Denk- und Handlungsmuster geben. Hierbei werden typische militärische Grenzziehungen herausgearbeitet (6.4.1), die nicht nur für das politische und militärische Selbstverständnis (6.4.2 und 6.4.3) wichtig sind, sondern auch den Umgang mit Vorkommnissen begründen (6.4.4).

Der fünfte Abschnitt (6.5) beleuchtet das Meinungsbild zum Umgang der Bundeswehr mit politischem Extremismus. Sowohl dessen (vermeintliche) Ursachen als auch mögliche Schutzmaßnahmen werden dabei betrachtet.

6.1 Ausmaß extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zum Ausmaß politischer und extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr dargestellt und analysiert. Betrachtet werden verschiedene Phänomen- und Themenbereiche: Den Anfang machen Einstufungen auf der Links-Rechts-Skala (6.1.1) – ein allgemeiner und etablierter Indikator aus der Wahl- und Einstellungsforschung ohne expliziten Bezug zu politischem Extremismus oder konkreten politischen Inhalten, Werten und Zielen. In den Abschnitten 6.1.2 bis 6.1.5 werden Einstellungen zu spezifischen politischen Themen und Auffassungen betrachtet, die einen konkreten Bezug zu politischem Extremismus haben. Dazu zählen Haltungen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (6.1.2), Einstellungen zu Politikzielen der Neuen Rechten (6.1.3), Haltungen zu Verschwörungstheorien und Positionen der Reichsbürger (6.1.4) und rechtsextremistische Einstellungen (6.1.5).

Bevor die Ergebnisse zu den einzelnen Phänomenbereichen dargestellt werden, lohnt sich ein Blick auf die Haltungen der Angehörigen der Bundeswehr zum Ausmaß von Extremismus und extremistischen Einstellungen in der Bundeswehr (vgl. Tabelle 6.1). Dazu wurden im Rahmen einer größeren Fragebatterie vier Fragen gestellt.

Tabelle 6.1: Haltungen zum Ausmaß von Extremismus in der Bundeswehr

Frage/Item	Lehne völlig ab (0)	Lehne eher ab (0,25)	Teils/ teils (0,5)	Stimme eher zu (0,75)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
In der Bundeswehr gibt es mehr Extremisten als in der Gesellschaft.	44,8	38,7	8,8	3,5	0,9	4,4	6,2	20,5
Aufgrund von extremistischen Einzelfällen gibt es einen Generalverdacht gegen die Bundeswehr.	3,7	11,3	20,3	40,5	21,8	62,3	44,5	29,5
Berichte in den Medien zum politischen Extremismus in der Bundeswehr sind übertrieben.	3,5	16,2	41,9	25,2	10,9	36,1	20,3	25,4
Die Reaktion der politischen Leitung auf extremistische Einzelfälle in der Bundeswehr ist überzogen.	8,4	24,9	32,3	20,6	11,0	31,6	18,3	23,5

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext: „Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Thema Bundeswehr und politischer Extremismus. Geben Sie bitte zu jeder Aussage an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Blickt man auf die Soldatinnen und Soldaten selbst, dann gehen diese mehrheitlich davon aus, dass es in der Bundeswehr nicht mehr Extremisten gibt als in der Gesellschaft. Nur 4,4 Prozent stimmen dieser Einschätzung zu, 83,5 lehnen diese ab. Entsprechend sehen

sich fast zwei Drittel der Soldatinnen und Soldaten (62,3 Prozent) aufgrund von Einzelfällen einem Generalverdacht ausgesetzt. Mehr als ein Drittel (36,1 Prozent) des militärischen Personals hält zudem die Berichte in den Medien über Extremismus in der Bundeswehr für übertrieben und 31,6 Prozent finden die Reaktion der politischen Leitung auf extremistische Vorfälle in der Bundeswehr überzogen. Diese Einschätzung wird von Staboffizieren und Generalen mit 45,5 Prozent nochmals stärker geteilt (tabellarisch nicht ausgewiesen). Das Meinungsbild der Zivilbeschäftigten und der Gesamtbevölkerung zu diesen Fragen weicht – in Teilen deutlich – ab. So gehen zwar nur 6,2 Prozent der zivilen Angehörigen der Bundeswehr, aber immerhin 20,5 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass es in der Bundeswehr mehr Extremisten als in der Gesellschaft gibt. Folgerichtig wird die Einschätzung seltener geteilt, dass es aufgrund von Einzelfällen einen Generalverdacht gegen die Bundeswehr gibt. Zwar stimmen dieser Aussage 44,5 Prozent der Zivilbediensteten zu, aber nur 29,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Für überzogen hält nicht einmal ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger (23,5 Prozent) und gar weniger als ein Fünftel der zivilen Angehörigen der Bundeswehr (18,3 Prozent) die politischen Reaktionen auf extremistische Vorkommnisse. Auch die Kritik an der Medienberichterstattung ist in diesen Gruppen geringer ausgeprägt als bei den Soldatinnen und Soldaten. Ein Viertel der Gesamtbevölkerung und nur ein Fünftel der Zivilbediensteten findet die Berichte über Extremismus in der Bundeswehr überzogen. Mithin bestehen abweichende Wahrnehmungen über das Ausmaß von Extremismus in der Bundeswehr und den Umgang damit zwischen den Angehörigen der Streitkräfte einerseits und den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr und der Bevölkerung andererseits.

Umso interessanter ist, inwiefern die Wahrnehmungen zutreffen und sich in den AID-Ergebnissen wiederfinden oder nicht. Im Folgenden werden zunächst die Verteilungen der Antworten auf die einzelnen Fragen des jeweiligen Phänomenbereichs deskriptiv dargestellt. Die Zustimmung zu den Aussagen wird zwischen Soldatinnen und Soldaten einerseits und zivilen Angehörigen der Bundeswehr (Modul 1) sowie Bürgerinnen und Bürgern aus der Bevölkerungsbefragung (Modul 2) andererseits verglichen. Im Anschluss wird ein Index für den jeweiligen Bereich gebildet und der Anteil der Befragten mit konsistenten Einstellungsmustern sowie der Mittelwert der drei genannten Gruppen betrachtet.

Die Berechnung des Anteils der Befragten mit konsistenten Einstellungsmustern erfolgt für alle Phänomen- und Themenbereiche – mit Ausnahme der Einstufung auf der Links-Rechts-Skala – analog zur Vorgehensweise in den Leipziger Autoritarismus- und den Mitte-Studien (Decker et al. 2022a; Kreis 2007; Zick et al. 2023). In diesen Studien wird ein Grenzwert festgelegt, ab dem jemand „manifeste Zustimmung“ zu rechtsextremistischen Positionen (Decker et al. 2022b) oder ein „manifest rechtsextremes Weltbild“ (Zick

et al. 2023) aufweist. Zu dieser Gruppe zählen in beiden Studien diejenigen Befragten, die die eine Hälfte der Fragen mindestens mit „teils/teils“ und die andere Hälfte mindestens mit „stimme eher zu“ beantworten. Das heißt für den Phänomenbereich des Rechtsextremismus, dass neun der 18 Fragen mindestens mit „teils/teils“ und die anderen neun Fragen mindestens mit „stimme eher zu“ beantwortet werden müssen, um als Person mit einem „manifest rechtsextremen Weltbild“ bzw. „manifeste Zustimmung“ zu den Aussagen des Themen- oder Phänomenbereichs gezählt zu werden.²³ Diese Kategorisierung und die Berechnung des Mittelwerts setzen voraus, dass jeweils alle Fragen beantwortet worden sind. Bei Vorliegen mindestens einer ungültigen Antwort („weiß nicht“, „keine Angabe“ oder Nicht-Ankreuzen einer Antwort) werden die Befragten nicht in den Analysen berücksichtigt. Weitere Informationen zur konkreten Operationalisierung finden sich in den folgenden Abschnitten und den Anmerkungen zu den einzelnen Tabellen. Im Folgenden werden die Begriffe „manifestes Weltbild“, „manifeste Zustimmung“ und „konsistente Einstellungsmuster“ synonym verwendet.

6.1.1 Links-Rechts-Einstufungen

Die Selbst-Einstufung auf der Links-Rechts-Achse ist ein Standardinstrument der Wahl- und Einstellungsforschung zur Erfassung der politischen Orientierung. Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sollten sich auf einer siebenstufigen Skala selbst verorten und zudem eine Einschätzung ihrer Kameradinnen und Kameraden als Gruppe abgeben (Tabelle 6.2). Eine absolute Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten (54,8 Prozent) verortet sich dabei genau in der Mitte. Rechts von der Mitte ordnet sich selbst etwa ein Viertel der Befragten ein, davon 23,3 Prozent leicht rechts der Mitte. Auf der linken Seite ist der Anteil mit 16,9 Prozent geringer. Geht es um die Einstufung der Kameradinnen und Kameraden, so werden diese nur zu einem geringen Anteil im linken politischen Spektrum verortet (3,2 Prozent). Etwa ein Drittel wird in der Mitte gesehen und über 60 Prozent platzieren die Kameradinnen und Kameraden im rechten politischen Bereich. Insgesamt zeigt der Vergleich zwischen Selbsteinstufung und Bewertung der unmittelbaren Bezugsgruppe der Befragten klare Unterschiede: Die Gesamtheit der Soldatinnen und Soldaten wird weiter rechts verortet als man sich selbst positioniert.

²³ Bei Phänomenbereichen mit einer geraden Anzahl an Fragen (Neue Rechte) wurde hinsichtlich der Festlegung des Grenzwerts analog vorgegangen. Bei einer ungeraden Zahl (FDGO, Verschwörungstheorien/Reichsbürger) müssen die Befragten n Fragen (z.B. 3 für den Bereich FDGO) mit „teils/teils“ beantworten und $n+1$ Fragen (z.B. 4 für den Bereich FDGO) eher zustimmen. Eine umgekehrte Festlegung liefert keine substanziell und inhaltlich abweichenden Ergebnisse.

Tabelle 6.2: Links-Rechts-Selbsteinstufungen der Soldatinnen und Soldaten sowie Einschätzung der Kameradinnen und Kameraden

Frage/Item	Links (-1)	(-0,67)	(-0,33)	Mitte (0)	(0,33)	(0,67)	Rechts (1)
Befragter selbst	0,3	2,3	14,3	54,8	23,3	1,8	0,3
Kameraden als Gruppe	0,1	0,3	2,8	31,6	42,9	17,1	1,3

Anmerkung: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte ergeben sich aus den Antworten „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 der Soldatinnen und Soldaten (Modul 1 Mil).

Dies bestätigen die zusammengefassten Ausprägungen der Links-Rechts-Skala sowie die Mittelwerte in Tabelle 6.3. Während die Selbsteinstufung im Mittel mit 0,03 fast in der Mitte (0) liegt, wird der Kameradenkreis eher im Spektrum rechts der Mitte verortet (0,27). Beide Einstufungen hängen positiv miteinander zusammen: Je weiter rechts jemand sich persönlich einschätzt, desto weiter rechts stuft der bzw. die Befragte seine bzw. ihre Kameradinnen und Kameraden ein ($r = 0,23$, $p < 0,000$). Fasst man die Befragten an den Rändern der Verteilung jeweils zusammen (Skalenpunkte -1 und -0,67 sowie 0,67 und 1), so lässt sich auf Basis der Links-Rechts-Einstufung feststellen, dass 4,7 Prozent der Soldatinnen und Soldaten sich an den beiden Enden der Links-Rechts-Skala platzieren. Der Wert für (extrem) linke Haltungen ist mit 2,6 Prozent leicht höher als für (extrem) rechte Positionen (2,1 Prozent). Ganz anders ist die Verteilung bei der Bewertung der Kameradinnen und Kameraden: 18,8 Prozent des Kameradenkreises haben nach Ansicht der Befragten ideologische Orientierungen an den beiden Enden der Links-Rechts-Skala. Vermutete Positionierungen der Kameradinnen und Kameraden am linken Rand kommen so gut wie gar nicht vor (0,4 Prozent), Einordnungen am rechten Rand der Skala sind wesentlich häufiger verbreitet (18,4 Prozent).

Vergleicht man die Selbsteinstufungen der Soldatinnen und Soldaten mit denen der zivilen Bundeswehrangehörigen sowie der Bürgerinnen und Bürger, ergibt sich ein anderes Bild: Die zivilen Befragten innerhalb der Bundeswehr verorten sich ähnlich oft an den Rändern der Skala wie die Zivilistinnen und Zivilisten außerhalb der Bundeswehr. Die jeweiligen Anteile sind mit 11,1 bzw. 10,6 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei den Soldatinnen und Soldaten. Während bei den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr der Anteil der Personen mit Orientierung am rechten Rand der Skala im Vergleich zum linken Rand überwiegt (7,2 Prozent), sind in der Bevölkerung Positionen am linken Rand (ebenfalls 7,2 Prozent) stärker vertreten als am rechten. Ein Blick auf die Mittelwerte zeigt, dass sich zivile Angehörige der Bundeswehr im Mittel ein wenig weiter rechts als die Soldatinnen und Soldaten verorten (0,08 im Vergleich zu 0,03). Die Bevölkerung hingegen liegt leicht links der Mitte (-0,05), womit sich für diese Gruppe bekannte Befunde der Einstellungs- und Wahlforschung (z.B. Scherer/Stövsand 2019) bestätigen. Betrachtet

man zuletzt noch die Wahrnehmung des Kreises der Kolleginnen und Kollegen, so verorten die zivilen Beschäftigten 14,6 Prozent an den Rändern der Links-Rechts-Skala. Auch hier überwiegen deutlich die Personen mit (vermuteter) rechter politischer Haltung. Dies spiegelt sich zudem im etwas rechts der Mitte gelegenen Mittelwert (0,20) wider.

Tabelle 6.3: Anteile von Personen an den Rändern der Links-Rechts-Skala und Mittelwerte der Links-Rechts-Einstufungen

Index/Skala	Extreme Einstellungsmuster (%)			Mittelwert		
	Mil	Ziv	Bev	Mil	Ziv	Bev
Befragter (links+rechts)	4,7	11,1	10,6	0,03	0,08	-0,05
(Extrem) linke Einstellungen	2,6	3,9	7,2	–	–	–
(Extrem) rechte Einstellungen	2,2	7,2	3,4	–	–	–
Kameraden oder Kollegen (links+rechts)	18,8	14,6	–	0,27	0,20	–
(Extrem) linke Einstellungen	0,4	1,6	–	–	–	–
(Extrem) rechte Einstellungen	18,4	13,0	–	–	–	–

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Berechnung extreme Einstellungsmuster: Antworten -1 und -0,67 sowie 0,67 und 1. Wertebereich Index/Skala: -1 (ganz links) bis +1 (ganz rechts). Die Werte für extreme Einstellungsmuster und den Mittelwert beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (Mil: n = 2.624–2.650), d.h. Befragte mit fehlendem Wert bei mindestens einer Frage sind aus den Berechnungen ausgeschlossen. Daher weichen die Werte von Tabelle 6.2 ab. Standardabweichungen: Befragter (links+rechts): Mil: 0,26, Ziv: 0,32, Bev: 0,32; Kameraden oder Kollegen (links+rechts): Mil: 0,28, Ziv: 0,30, Bev: –.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Insgesamt zeigt sich bei den Soldatinnen und Soldaten eine deutliche Konzentration in der Mitte des Links-Rechts-Spektrums. Dies widerspricht den wenigen Befunden der Forschung für Angehörige der Streitkräfte (Bonnemann/Hofmann-Broll 1999: 143–176), wonach Soldatinnen und Soldaten sich im Vergleich zur Bevölkerung eher rechts der politischen Mitte positionieren. Auffällig ist die Einordnung der unmittelbaren Bezugsgruppe der Kameradinnen und Kameraden in eben diesen Bereich, 0,24 Skaleneinheiten weiter rechts von der eigenen Einstufung. Die deutliche Diskrepanz zwischen der eigenen und der wahrgenommenen Positionierung des beruflichen Umfelds kann als Indiz gelten, dass die Befragten die Links-Rechts-Positionierung als sensibel empfinden. Die festzustellenden Abweichungen könnten mithin auf sozial erwünschtes Antwortverhalten für die Selbstpositionierung hindeuten. Während die Befragten sich in der – politisch unverfänglichen – Mitte des Links-Rechts-Spektrums verorten, signalisieren sie mit der Positionierung ihres beruflichen Umfelds, dass das Meinungsklima in der Bundeswehr rechts der Mitte, jedoch nicht am rechten Rand, zu verorten ist.²⁴

²⁴ Die vollkommen identischen Zusammenhänge der Links-Rechts-Einstufungen mit den beiden Subindizes zur Messung sozialer Erwünschtheit (Kemper et al. 2012) stehen dieser Deutung – zumindest – nicht entgegen. Korrelationskoeffizienten mit dem Index Übertreibung positive Qualitäten/Untertreibung negative Qualitäten. Links-Rechts-Selbsteinstufung (-0,07***/-0,08***), Links-Rechts-Einstufung Kameraden/Kollegen (-0,07***/-0,08***), Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05.

6.1.2 Haltungen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

In diesem Abschnitt werden die Haltungen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Blick genommen. Wie in den Abschnitten 2 und 3 ausgeführt sind die Soldatinnen und Soldaten gesetzlich angehalten, deren Prinzipien nicht nur gutzuheißen, sondern sich aktiv für sie einzusetzen. Eine Ablehnung von grundgesetzlichen Maximen kann daher bereits als Abweichung vom kodifizierten soldatischen Rollenbild in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden.

Tabelle 6.4: Zustimmung und Ablehnung von Aussagen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Frage/Item	Lehne völlig ab (0)	Lehne eher ab (0,25)	Teils/ teils (0,5)	Stimme eher zu (0,75)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.	0,5	2,4	17,2	34,5	42,8	77,3	82,0	70,7
Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.	5,1	14,9	43,8	24,9	8,9	33,8	33,9	42,9
Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.	1,0	5,6	20,3	29,1	42,5	71,6	73,6	69,3
Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	7,9	25,2	41,0	18,0	5,3	23,3	23,7	40,6
Parteien, die unterschiedliche Positionen vertreten, sind für eine funktionierende Demokratie notwendig.	0,2	1,6	16,5	41,1	38,4	79,5	80,7	72,5
Parteien sind notwendig, um die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu repräsentieren.	0,5	2,4	14,5	42,3	38,7	81,0	81,0	70,3
Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.	0,1	0,6	7,3	34,2	56,6	90,8	90,6	81,7

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext: „Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zur Funktion der Demokratie. Bitte geben Sie zu jeder dieser Aussagen an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Die Items „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.“ und „Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.“ wurden für die Indexbildung rekodiert. Die Antwortausprägungen wurden an der Mitte der Skala gespiegelt, sodass in der rekodierten Fassung höhere Werte eine Unterstützung der FDGO bedeuten.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Die sieben in Tabelle 6.4 dargestellten Items umfassen Fragen zur Rolle der Opposition und der Parteien, zum politischen Pluralismus und zur Meinungsfreiheit. Sie bilden damit

zentrale Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab. Fünf der sieben Fragen zur FDGO werden von den Soldatinnen und Soldaten jeweils mit großer Mehrheit befürwortet. Am größten ist die Unterstützung für das Prinzip der freien Meinungsäußerung mit 90,8 Prozent.²⁵ Um die 80 Prozent der militärischen Bundeswehrangehörigen unterstützen Interessenvertretung und -artikulation durch die Parteien: Konkret sagen 81,0 Prozent, dass Parteien notwendig sind, um verschiedene gesellschaftliche Interessen zu vertreten. 79,5 Prozent sehen Parteien, die unterschiedliche Positionen repräsentieren, für eine funktionierende Demokratie als notwendig an. 77,3 Prozent erkennen die essenzielle Notwendigkeit politischer Opposition in demokratischen Systemen. Diese vier Aussagen werden von maximal 2,9 Prozent der Soldatinnen und Soldaten abgelehnt, finden also eine sehr breite Befürwortung und äußerst geringe Ablehnung. Etwas höher ist die Ablehnung mit 6,6 Prozent hinsichtlich der Frage, ob jede demokratische Partei grundsätzlich die Chance haben sollte, an die Regierung zu kommen. Dieses Prinzip der FDGO wird von 71,6 Prozent der Soldatinnen und Soldaten unterstützt. Aus dem Rahmen fallen im Vergleich zu der weitgehenden Zustimmung bei fünf der sieben Fragen die Haltungen zur Rolle und Aufgabe der politischen Opposition im Verhältnis zur Regierung und zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessensgruppen. 33,8 Prozent der Soldatinnen und Soldaten sehen es als Aufgabe der Opposition, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen und nicht, sie zu kritisieren. Lediglich 20,0 Prozent positionieren sich am anderen Ende der Skala und äußern sich damit im Sinne der in Demokratien üblichen Kontrollfunktion der politischen Opposition. 43,8 Prozent entscheiden sich bei dieser Frage für die Mittelposition „teils/teils“. Auch hinsichtlich der Rolle von Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen und ihrem Einfluss auf die Erreichung des Allgemeinwohls gehen die Meinungen beim militärischen Personal der Bundeswehr auseinander. 23,3 Prozent befürworten die Aussage, dass der Interessenstreit zwischen verschiedenen Gruppen dem Allgemeinwohl schadet, 33,1 Prozent lehnen diese Aussage ab und 41,0 Prozent sind geteilter Meinung. Die Ergebnisse zu diesen beiden Fragen verweisen auf das immer wieder unterstellte Bedürfnis der Deutschen nach politischem Konsens und der Verhinderung von politischem Streit und von Auseinandersetzungen (Andersen/Woyke 2013: 561–564; Sontheimer: 1993: 163–164). Sie zeigen, dass auch die Soldatinnen und Soldaten diese Position teilen und sich somit in ihren Haltungen die politische Kultur Deutschlands widerspiegelt.

²⁵ Angesichts des Stellenwertes, den das Recht auf freie Meinungsäußerung bei den Soldatinnen und Soldaten innehat, ist es wenig überraschend, dass diese empfindlich auf wahrgenommene Sprechverbote und Sprachvorschriften reagieren (vgl. Tabelle 6.20).

Vergleicht man die Zustimmungswerte für die zivilen und militärischen Bundeswehrangehörigen miteinander, sind nur geringe Unterschiede festzustellen, die bei fünf der sieben Fragen unter einem Prozentpunkt liegen. Bei zwei Fragen ist die Zustimmung der Zivilbeschäftigten etwas höher als die der Soldatinnen und Soldaten. So wird die Chancengleichheit aller demokratischen Parteien von den zivilen Angehörigen der Bundeswehr um 2,0 Prozentpunkte stärker befürwortet. Zudem findet die Bedeutung der Opposition in Demokratien eine um 4,7 Prozentpunkte größere Zustimmung bei den Zivilbeschäftigten.

Deutlich größere Unterschiede gibt es bei einem Vergleich zwischen Bevölkerung und den Soldatinnen und Soldaten. Hier zeigt sich, dass die Unterstützung bei allen Fragen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung unter den militärischen Angehörigen der Bundeswehr größer ist als bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Differenz der Zustimmungswerte variiert dabei zwischen 2,3 und 17,3 Prozentpunkten. Die größten Unterschiede zeigen sich bei den beiden Fragen zur Interessenvertretung und -repräsentation.

Tabelle 6.5: Anteile von Personen mit konsistenten Einstellungsmustern und Mittelwerte des Indexes zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Index/Skala	Konsistente Einstellungsmuster (%)			Mittelwert		
	Mil	Ziv	Bev	Mil	Ziv	Bev
Unterstützung FDGO	65,6	67,5	50,6	0,44	0,45	0,33
Ablehnung FDGO	0,2	0,0	0,5	–	–	–

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Berechnung konsistente Einstellungsmuster: Unterstützung FDGO: Befragte beantworten mindestens 42,9 % der Fragen/Items (n = 3) des Indexes/der Skala mit „teils/teils“ und mindestens 57,1 % der Fragen (n = 4) mit „stimme eher zu“. Ablehnung FDGO: Befragte beantworten mindestens 42,9 % der Fragen/Items (n = 3) des Indexes/der Skala mit „teils/teils“ und mindestens 57,1 % der Fragen (n = 4) mit „lehne eher ab“. Wertebereich Index/Skala: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Die Mittelwerte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (Mil: n = 2.590, Ziv: n = 1.502, Bev: n = 4.314), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer Frage sind aus den Berechnungen ausgeschlossen. Reliabilität Index Unterstützung FDGO Mil (Cronbachs alpha): 0,68. Standardabweichungen: Mil: 0,26, Ziv: 0,26, Bev: 0,28.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie 2022“ (Modul 2).

Fasst man die sieben Aussagen zu einem Index zusammen, haben lediglich 0,2 Prozent der Soldatinnen und Soldaten konsistente Einstellungsmuster in Richtung einer Ablehnung zentraler Prinzipien der FDGO (Tabelle 6.5).²⁶ Unter den zivilen Beschäftigten gibt

²⁶ Analog zur Operationalisierung für den Phänomenbereich Rechtsextremismus (siehe 5.1 und 6.1) müssen Befragte drei Fragen mindestens mit „teils/teils“ und vier Fragen mindestens mit „lehne eher ab“ beantworten, um als Person mit einer konsistenten ablehnenden Haltung zur FDGO gezählt zu werden. Umgekehrt müssen Befragte drei Fragen mindestens mit „teils/teils“ und vier Fragen mindestens mit „stimme eher zu“ beantworten, um als Person mit einer konsistenten unterstützenden Haltung zur FDGO kategorisiert zu werden (vgl. Fußnote 23).

es keinen einzigen Befragten, der die FDGO konsistent ablehnt. In der Bevölkerung beträgt der entsprechende Anteil 0,5 Prozent, ist also mehr als doppelt so hoch als bei den Soldatinnen und Soldaten. Umgekehrt zeigen etwa zwei Drittel des militärischen und zivilen Personals der Bundeswehr eine konsistente unterstützende Haltung zur FDGO (65,6 Prozent bzw. 67,5 Prozent). In der Bevölkerung ist dieser Wert mit 50,6 Prozent erheblich geringer. Diese Befunde spiegeln sich auch in den Mittelwerten für die drei Untersuchungsgruppen wider. Während sich Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Beschäftigte mit Werten von 0,44 und 0,45 nicht unterscheiden und im Mittel allen sieben Aussagen im Sinne der FDGO eher zustimmen, liegt der Mittelwert für die Bevölkerung bei 0,33, d.h. einigen Fragen wird im Mittel eher zugestimmt und einige werden mit teils/teils beantwortet.

In der Gesamtschau bekennt sich das weit überwiegende Gros der Bundeswehrangehörigen zur politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und genügt damit den gesetzlichen Vorgaben an ihre Rolle und ihren Dienst. Die geringere Zustimmung im Sinne der FDGO bei den beiden Fragen zur Interessenvertretung und -durchsetzung entspricht dem gesamtgesellschaftlichen Bedürfnis nach einer konsensualen Austragung politischer Debatten. Im Vergleich zu den Bürgerinnen und Bürgern ist besonders zu unterstreichen, dass sich für die Angehörigen der Bundeswehr bei allen Einzelfragen wie beim Gesamtindex eine stärkere Unterstützung der FDGO zeigt.

6.1.3 Haltungen zu Politikzielen der Neuen Rechten

Mit zwei langen Itembatterien wurde nach den Haltungen zu einer Vielzahl politischer Ziele gefragt. Darunter waren Politikziele der Neuen Rechten. Die Ergebnisse zu diesen sechs Fragen gehen aus Tabelle 6.6 hervor: Eine absolute Mehrheit der militärischen Angehörigen der Bundeswehr möchte die nationale Identität Deutschlands stärken (57,9 Prozent). Weniger als 10 Prozent der Soldatinnen und Soldaten lehnen diese Aussage eher oder völlig ab. Mehr als ein Drittel (36,9 Prozent) unterstützt die harte und energische Durchsetzung deutscher Interessen gegenüber dem Ausland. Über 40 Prozent sind bei dieser Frage geteilter Meinung. Die übrigen vier Aussagen werden von weniger als einem Fünftel der Soldatinnen und Soldaten unterstützt: 17,2 Prozent befürworten, dass Deutschland wieder von einer starken Elite geführt wird. 15,1 Prozent wollen die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland stoppen und 13,9 Prozent wollen den Einfluss der Parlamente einschränken. Die geringste Unterstützung erhält mit 8,1 Prozent die Aussage, „dafür sorgen, dass sich in Politik und Gesellschaft immer der Stärkere

durchsetzt“.²⁷ Diese Ergebnisse offenbaren ein gewisses Potenzial für die Unterstützung von Politikzielen der Neuen Rechten in der Bundeswehr. Zugleich werden hier die Grenzen (oder sogar Schwächen) dieses Befragungsinstruments deutlich: Gerade für die beiden Aussagen mit der höchsten Zustimmung unter den Soldatinnen und Soldaten ist anzumerken, dass die Bundeswehr ein zentrales politisches Instrument ist, um die Interessen Deutschlands zu vertreten und letzten Endes auch durchzusetzen. Insofern kann die hohe Zustimmung zu diesen Aussagen nicht überraschen, deckt sich diese doch mit dem Auftrag der Streitkräfte. Zudem ist die Bundeswehr als Institution ein Symbol des Landes und verkörpert einen Teil der nationalen Identität. Patriotismus ist außerdem für einen Teil der Soldatinnen und Soldaten ein wichtiger Motivationsfaktor für ihren Dienst (Leonhard/Biehl 2023: 572–576), sodass sich dies in ihrer Haltung zu nationaler Identität und Stolz auf das Land niederschlagen sollte, ohne zwingend als Zeichen für Extremismus interpretiert zu werden.

Vergleicht man die Haltungen der Soldatinnen und Soldaten mit denen der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr, finden sich bei den Zustimmungswerten nur geringfügige Unterschiede. Die Differenzen variieren zwischen 0 und 4,1 Prozentpunkten, sodass insgesamt von einer hohen Übereinstimmung in den Haltungen zwischen beiden Gruppen gesprochen werden kann. Der Vergleich mit den Werten aus der AID-Bevölkerungsbefragung offenbart hingegen deutliche Unterschiede. Die Unterstützung für die Aussagen ist bei den Bürgerinnen und Bürgern teilweise dreimal höher als bei den Soldatinnen und Soldaten. Der Unterschied ist bei der Haltung zur Zuwanderung von Ausländern mit 27,4 Prozentpunkten am größten und bei der Frage nach der nationalen Identität mit 1,9 Prozentpunkten am geringsten. Insgesamt zeigt sich: Die Bürgerinnen und Bürger unterstützen in deutlich stärkerem Maße Politikziele der Neuen Rechten als dies Angehörige der Bundeswehr tun.

Fasst man die Aussagen aus Tabelle 6.6 zu einem Index zusammen und berechnet den Anteil der Personen mit konsistenten Einstellungsmustern im Hinblick auf die Politikziele der Neuen Rechten,²⁸ ergibt sich, dass 11,0 Prozent der Soldatinnen und Soldaten über

²⁷ Die Zustimmung zu diesen Aussagen liegt bis auf eine Ausnahme (teilweise deutlich) unter den Werten einer Studie, für die Studierende der Universitäten der Bundeswehr befragt wurden (Bulmahn et al. 2010). Für die einzelnen Fragen ergaben sich damals folgende Zustimmungswerte („stimme eher zu“ und „stimme zu“ zusammengefasst): „Die nationale Identität Deutschlands stärken“ 71 Prozent; „Deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen“ 44 Prozent; „Dafür sorgen, dass Deutschland wieder von einer starken Elite geführt wird“ 38 Prozent; „Die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland stoppen“ 25 Prozent; „Den Einfluss der Parlamente einschränken“ 11 Prozent; „Dafür sorgen, dass sich in Politik und Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzt“ 12 Prozent (Bulmahn et al. 2010: 113–114). Ein direkter Vergleich oder Trendaussagen sind wegen der unterschiedlichen Zusammensetzung der Stichproben nicht möglich.

²⁸ Analog zur Operationalisierung für den Phänomenbereich Rechtsextremismus (siehe 5.1 und 6.1) müssen Befragte drei Fragen mindestens mit „teils/teils“ und drei Fragen mindestens mit „stimme eher zu“

ein geschlossenes Weltbild in diesem Phänomenbereich verfügen (Tabelle 6.7). Unter den zivilen Beschäftigten verorten sich 12,5 Prozent entsprechend. Damit liegt ihr Wert etwas über dem der militärischen Bundeswehrangehörigen. Der Anteil in der Bevölkerung ist mit 28,6 Prozent mehr als doppelt so hoch. Dieser Unterschied tritt auch, allerdings etwas weniger deutlich, bei den Mittelwerten auf. Liegen diese bei den militärischen (-0,15) und zivilen Angehörigen der Bundeswehr (-0,14) im negativen Bereich der Skala – d.h. die sechs Aussagen werden im Mittel eher abgelehnt oder mit teils/teils beantwortet –, ist der Mittelwert für die Bürgerinnen und Bürger mit 0,07 leicht positiv, sie beantworten also alle sechs Fragen im Mittel wenigstens mit teils/teils.

Tabelle 6.6: Zustimmung und Ablehnung von Aussagen/Positionen zu Politikzielen der Neuen Rechten

Frage/Item	Lehne völlig ab (-1)	Lehne eher ab (-0,5)	Teils/ teils (0)	Stimme eher zu (0,5)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Dafür sorgen, dass sich in Politik und Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzt.	30,4	34,8	25,0	6,3	1,8	8,1	9,4	27,0
Den Einfluss der Parlamente einschränken.	27,0	24,9	31,3	10,5	3,4	13,9	12,8	28,5
Die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland stoppen.	20,5	25,0	38,1	10,6	4,5	15,1	18,6	42,5
Dafür sorgen, dass Deutschland wieder von einer starken Elite geführt wird.	37,9	23,7	19,6	10,0	7,2	17,2	17,2	38,0
Deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen.	3,5	13,6	44,4	28,3	8,6	36,9	32,8	47,9
Die nationale Identität Deutschlands stärken.	1,9	7,1	31,4	38,1	19,8	57,9	54,5	59,8

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext der Fragebatterie: „In der Politik kann man ja ganz unterschiedliche Ziele verfolgen. Welchen der folgenden Ziele stimmen Sie zu und welche lehnen Sie ab?“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Insgesamt ist für diesen Phänomenbereich, die Politikziele der Neuen Rechten, die Zustimmung unter Soldatinnen und Soldaten vergleichsweise gering – vor allem, wenn man

beantworten, um als Person mit konsistenten Überzeugungen zu Politikzielen der Neuen Rechten gezählt zu werden. Diese Operationalisierung weicht von der bei Bulmahn und Kollegen (2010: 124–132) ab: Dort wird ein Zählindex gebildet, der angibt, wie vielen der sechs Fragen ein Befragter (eher) zustimmt. Die Grenze für konsistente Einstellungsmuster wird bei der Zustimmung zu (mindestens) vier Aussagen gezogen. So wiesen damals (2007) 13 Prozent der Studierenden an den Universitäten der Bundeswehr konsistente Einstellungsmuster auf (im Vergleich zu 26 Prozent in einer zivilen Vergleichsgruppe). Für die AID-Daten ergäben sich bei dieser Operationalisierung folgende Werte: 8,4 Prozent der Soldatinnen und Soldaten, 9,9 Prozent der zivilen Beschäftigten und 26,6 Prozent der Bürgerinnen und Bürger stimmen mindestens vier der Aussagen (eher) zu.

berücksichtigt, dass die beiden Aussagen, die eine große Zustimmung seitens der militärischen Angehörigen der Bundeswehr finden, den Auftrag der Streitkräfte abdecken bzw. dem Bild der Bundeswehr als einer das Land symbolisierenden nationalen Institution entsprechen. Der Anteil der Angehörigen der Bundeswehr mit konsistenten Einstellungsmustern in diesem Bereich liegt merklich unter dem Wert in der Bevölkerung. Die Unterstützung einiger der genannten Politikziele könnte allerdings ein Ansatzpunkt für die Übernahme weitergehender rechtsextremistischer Einstellungen und Haltungen sein. Dafür spricht der starke positive Zusammenhang zwischen dem Index Neue Rechte und dem Index Rechtsextremismus (siehe Abschnitt 6.1.5; $r = 0,67$, $p < 0,000$). Dies bedeutet, dass Befragte, die den Politikzielen der Neuen Rechten zustimmen, auch eher geneigt sind, rechtsextremistischen Positionen zuzustimmen.

Tabelle 6.7: Anteile von Personen mit konsistenten Einstellungsmustern und Mittelwerte des Indexes zu Politikzielen der Neuen Rechten

Index/Skala	Konsistente Einstellungsmuster (%)			Mittelwert		
	Mil	Ziv	Bev	Mil	Ziv	Bev
Neue Rechte	11,0	12,5	28,6	-0,15	-0,14	0,07

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Berechnung konsistente Einstellungsmuster: Befragte beantworten mindestens 50 % der Fragen/Items ($n = 3$) des Indexes/der Skala mit „teils/teils“ und mindestens 50 % der Fragen ($n = 3$) mit „stimme eher zu“. Wertebereich Index/Skala: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Die Werte für konsistente Einstellungsmuster und den Mittelwert beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (Mil: $n = 2.566$, Ziv: $n = 1.460$, Bev: $n = 4.259$), d.h. Befragte mit fehlendem Wert bei mindestens einer Frage sind aus den Berechnungen ausgeschlossen. Reliabilität Index Neue Rechte Mil (Cronbachs alpha): 0,72. Standardabweichungen: Mil: 0,34, Ziv: 0,36, Bev: 0,40.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

6.1.4 Einstellungen zu Verschwörungstheorien und Positionen der Reichsbürger

Aus dem Bereich Verschwörungstheorien und Positionen der Reichsbürger sollten die Befragten neun Aussagen bewerten. Hinsichtlich der Zustimmung zu diesen Positionen lassen sich die Items in zwei Gruppen aufteilen: Es gibt eine Gruppe von Aussagen (oberer Teil von Tabelle 6.8), bei der jeweils um die 20 Prozent der Soldatinnen und Soldaten zustimmen. Hierzu gehören die Items „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“, „Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“, „Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke“ und „Ich vertraue meinen Gefühlen mehr als sogenannten Experten“. Bei der zweiten Gruppe von Aussagen liegt die Zustimmung jeweils unter 5 Prozent (unterer Teil von Tabelle 6.8). Dazu zählen Verschwörungstheorien zur Corona-Pandemie, zur Überwachung der Bürgerinnen und Bürger und Positionen der

Reichsbürger. Auch wissenschaftliche Beweise für den Klimawandel werden nur von einer marginalen Minderheit geleugnet (4,2 Prozent). Diese Meinungen und Haltungen werden also jeweils nur von einem sehr kleinen Teil der militärischen Angehörigen der Bundeswehr geteilt.

Tabelle 6.8: Zustimmung und Ablehnung von Aussagen/Positionen zu Verschwörungstheorien und Positionen der Reichsbürger

Frage/Item	Lehne völlig ab (-1)	Lehne eher ab (-0,5)	Teils/ teils (0)	Stimme eher zu (0,5)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	24,7	31,2	21,1	15,3	5,2	20,5	23,4	17,5
Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	27,3	28,2	24,7	13,0	4,5	17,5	19,2	20,8
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.	24,3	30,5	24,7	12,9	5,2	18,1	15,1	21,6
Ich vertraue meinen Gefühlen mehr als sogenannten Experten.	17,2	26,9	33,4	14,8	5,7	20,5	23,8	45,5
Der Klimawandel ist wissenschaftlich erwiesen.	0,7	3,5	13,1	26,2	54,7	80,9	83,5	67,9
Ablehnung	–	–	–	–	–	4,2	3,5	14,5
Hinter der Corona-Pandemie stecken böse, verborgene Mächte.	69,8	17,8	6,9	2,5	1,1	3,6	3,9	11,8
Die Bundesrepublik Deutschland ist kein legitimer Staat.	79,3	9,3	6,2	1,0	1,3	2,3	2,9	7,4
Der Personalausweis weist seine Inhaber als Personal des Unternehmens BRD aus.	78,1	8,2	5,1	2,5	2,0	4,5	6,5	11,0
Regierungsbehörden überwachen alle Bürger genau.	50,5	28,1	14,7	3,6	0,9	4,5	5,1	13,0

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext der Fragebatterie: „Bitte geben Sie zu jeder dieser Aussagen an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Das Item „Der Klimawandel ist wissenschaftlich erwiesen“ wurde für die Indexbildung rekodiert. Die Antwortausprägungen wurden an der Mitte der Skala gespiegelt, sodass in der rekodierten Fassung höhere Werte im Sinne von Zustimmung zu Verschwörungstheorien interpretiert werden können. Die Formulierung und die Werte in der Tabelle spiegeln diese Rekodierung nicht wider. Zusätzlich werden daher die zusammengefassten Werte für „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ der Originalfrage („Ablehnung“) ausgewiesen.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Vergleicht man die Positionen der Soldatinnen und Soldaten mit denen der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr, so sind diese bei allen neun Aussagen sehr ähnlich. Die Differenzen der zusammengefassten Zustimmungswerte variieren nur zwischen 0,3 und 3,3 Prozentpunkten. Im Vergleich zur Bevölkerung zeigen sich hingegen teils deutliche Unterschiede.²⁹ Besonders groß ist die Abweichung der Bevölkerung von den militärischen Angehörigen der Bundeswehr mit 25 Prozentpunkten Differenz beim mangelnden

²⁹ Für einige Aussagen gibt es Vergleichswerte für die Bevölkerung aus den Mitte-Studien der Jahre 2021 und 2023 (Küpper et al. 2023; Lamberty/Rees 2021). Dabei zeigten sich folgende Zustimmungswerte

Vertrauen in Experten. Bei vier Fragen im unteren Teil von Tabelle 6.8, die Aussagen und Verschwörungstheorien zur Corona-Pandemie, zur Überwachung der Bürger und Positionen der Reichsbürger abdecken, liegt die Zustimmung in der Bevölkerung mit einer Ausnahme bei über 10 Prozentpunkten. Die Unterstützung für diese Aussagen ist damit bei den Bürgerinnen und Bürgern mindestens doppelt, teilweise sogar mehr als dreimal so hoch wie unter den Soldatinnen und Soldaten. Es gibt lediglich eine Aussage, zu der die Zustimmung der Bundeswehrangehörigen größer ist als die der Bevölkerung. Dies ist die Aussage zum Einfluss geheimer Organisationen auf politische Entscheidungen.

Tabelle 6.9: Anteile von Personen mit konsistenten Einstellungsmustern und Mittelwerte des Indexes Verschwörungstheorien/Reichsbürger

Index/Skala	Konsistente Einstellungsmuster (%)			Mittelwert		
	Mil	Ziv	Bev	Mil	Ziv	Bev
Verschwörungstheorien/Reichsbürger	3,0	3,3	6,5	-0,54	-0,53	-0,41

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Berechnung konsistente Einstellungsmuster: Befragte beantworten mindestens 44,4 % der Fragen/Items (n = 4) des Indexes/der Skala mit „teils/teils“ und mindestens 55,6 % der Fragen/Items (n = 5) mit „stimme eher zu“. Wertebereich Index/Skala: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Die Werte für konsistente Einstellungsmuster und den Mittelwert beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (Mil: n = 2.531, Ziv: n = 1.436, Bev: n = 3.905), d.h. Befragte mit fehlendem Wert bei mindestens einer Frage sind aus den Berechnungen ausgeschlossen. Reliabilität Index Verschwörungstheorien/Reichsbürger Mil (Cronbachs alpha): 0,87. Standardabweichungen: Mil: 0,34, Ziv: 0,35, Bev: 0,40.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Die Zusammenfassung der neun Aussagen zu einem Index, ergibt lediglich für 3,0 Prozent der Soldatinnen und Soldaten konsistente Einstellungsmuster zu Verschwörungstheorien und Positionen der Reichsbürger (Tabelle 6.9)³⁰. Der Mittelwert liegt bei -0,54, d.h. im Mittel werden alle Aussagen mindestens eher abgelehnt. Sowohl die Werte für konsistente Einstellungsmuster als auch die Mittelwerte unterscheiden sich zwischen militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr kaum. In der Bevölkerung gibt es 6,5 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit einem geschlossenen Weltbild in diesem Bereich – dieser Anteil ist etwa doppelt so hoch wie bei den zivilen und militärischen

(„stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst): „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.“ (22,9 Prozent; 2021); „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.“ (32,3 Prozent; 2023); „Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.“ (31,9 Prozent; 2023); „Ich vertraue meinen Gefühlen mehr als sogenannten Experten.“ (32,3 Prozent; 2021). Die Werte aus der Mitte-Studie und der AID-Bevölkerungsbefragung weichen also in Teilen voneinander ab, ohne dass sich ein einheitliches Muster zeigt.

³⁰ Analog zur Operationalisierung für den Phänomenbereich Rechtsextremismus (siehe 5.1 und 6.1) müssen Befragte vier Fragen mindestens mit „teils/teils“ und fünf Fragen mindestens mit „stimme eher zu“ beantworten, um als Person mit einer konsistenten Unterstützung für Verschwörungstheorien oder Positionen der Reichsbürger gezählt zu werden (vgl. Fußnote 23).

Angehörigen der Bundeswehr. Der Mittelwert in der Bevölkerung liegt mit -0,41 ebenfalls deutlich im negativen Teil der Skala, aber mathematisch immerhin 0,13 Skaleneinheiten über dem Wert der Soldatinnen und Soldaten.

Soldatinnen und Soldaten sind also weniger empfänglich für Verschwörungstheorien und Positionen der Reichsbürger als die deutsche Bevölkerung insgesamt. Konsistente Einstellungsmuster in diesem Bereich kommen in der Bundeswehr nur bei einer kleinen Gruppe vor. Allerdings gibt es für einzelne Aussagen Zustimmungswerte von 20 Prozentpunkten und mehr, sodass Angehörige der Bundeswehr zumindest teilweise empfänglich für Verschwörungserzählungen und Fake News sind. Diese Anfälligkeit könnte ein Einfallstor für weitergehende extremistische Positionen oder Ideologien sein, wie der starke positive Zusammenhang zwischen dem Index Verschwörungstheorien/Reichsbürger und dem Index Rechtsextremismus (siehe Abschnitt 6.1.5; $r = 0,66$, $p > 0,000$) zeigt: Wer Verschwörungstheorien befürwortet oder teilt, hat somit auch stärker ausgeprägte rechtsextremistische Einstellungen.

6.1.5 Rechtsextremistische Einstellungen

Für den Bereich rechtsextremistischer Einstellungen wurde das in den Leipziger Autoritarismus- bzw. den Mitte-Studien (Decker et al. 2022a; Zick et al. 2023) etablierte Instrument mit 18 Aussagen abgefragt. Jeweils drei Statements werden von den Autorenteamen beider Studien einer Subdimension rechtsextremistischer Einstellungen zugeordnet (rechtsgerichtete Diktatur, Chauvinismus, NS-Verharmlosung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus). Nur drei der 18 Aussagen erhalten unter den Soldatinnen und Soldaten Zustimmungswerte über 10 Prozent (Tabelle 6.10). Mit weitem Abstand die größte Unterstützung erfährt mit 50,6 Prozent die Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ Dies deckt sich mit den Werten für die sehr ähnlich formulierte Frage aus dem Phänomenbereich Politikziele der Neuen Rechten (vgl. Abschnitt 6.1.3). 15,9 Prozent der militärischen Angehörigen der Bundeswehr befürworten die Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. 11,5 Prozent stimmen dem Item „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ zu. Insgesamt fällt auf, dass Items aus den Subdimensionen Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit vergleichsweise stärkere Zustimmung erhalten. Die Aussagen, die zu den Subindizes NS-Verharmlosung und Antisemitismus gehören, finden hingegen besonders geringe Unterstützung: Die Befürwortung der entsprechenden Items liegt bei maximal 2,6 Prozent. Teilweise stimmen nicht einmal 1 Prozent der Soldatinnen und Soldaten diesen Auffassungen zu.

Im Vergleich zu den zivilen Angehörigen der Bundeswehr zeigen sich – wie schon in den vorangehenden Analysen zu den anderen Phänomenbereichen – nur geringfügige Unterschiede. Die Differenzen im Niveau der Zustimmung erreichen bei den einzelnen Fragen maximal Werte von 3,7 Prozentpunkten. Einzige Ausnahme ist die Aussage zum stärkeren Nationalgefühl. Diese wird von 40,0 Prozent des zivilen Personals unterstützt. Das sind mehr als 10 Prozentpunkte weniger Befürworter als unter den Soldatinnen und Soldaten.

Dieselbe Aussage sticht auch im Vergleich zwischen militärischen Angehörigen der Bundeswehr und der Bevölkerung ins Auge. Sie ist nämlich das einzige Item, für das die Unterstützung unter den Soldatinnen und Soldaten überhaupt höher liegt als bei den Bürgerinnen und Bürgern (50,6 zu 36,1 Prozent). Alle anderen Aussagen finden in der deutschen Bevölkerung eine (teils wesentlich) stärkere Unterstützung.³¹ Die Unterschiede zwischen den Soldatinnen und Soldaten einerseits und der Bevölkerung andererseits bewegen sich im Bereich zwischen 1,1 und 20,5 Prozentpunkten. Die Bevölkerung unterstützt (wie militärische und zivile Bundeswehrangehörige) eher solche Positionen, die den Subskalen Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit zugeordnet werden können. Antisemitische, sozialdarwinistische und NS-verharmlosende Aussagen befürworten die Bürgerinnen und Bürgern dennoch stärker als Angehörige der Bundeswehr: Teilweise liegt der entsprechende Anteil in der Bevölkerung um ein Vielfaches höher.

³¹ Im Vergleich zur „Leipziger Autoritarismus Studie“ 2022 zeigen sich für die Bevölkerung (Modul 2) für 16 von 18 Fragen identische oder sehr ähnliche Zustimmungswerte, die um maximal zwei Prozentpunkte voneinander abweichen. Größere Unterschiede sind für die folgenden Fragen zu verzeichnen: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ 29,8 Prozent; „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ 20,5 Prozent (Decker et al. 2022b: 38–39). Für die Mitte-Studie 2023 sind im Mittel etwas größere Differenzen festzustellen. Bei der Hälfte der Fragen liegt die zusammengefasste Zustimmung in der Mitte-Studie 2023 mindestens zwei Prozentpunkte über den Werten von Modul 2. Die größten Abweichungen ergeben sich für: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ mit 11,8 Prozent Zustimmung; „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ mit 14,0 Prozent Zustimmung und „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ mit 23,9 Prozent Zustimmung (Zick/Mokros 2023: 64–65). Nur in einem Fall ist die Zustimmung in AID-Modul 2 etwas höher als in der Mitte-Studie: „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ mit 23,1 Prozent Zustimmung (Zick/Mokros 2023: 64–65).

**Tabelle 6.10: Zustimmung und Ablehnung von rechtsextremistischen Aussagen/
Positionen**

Frage/Item	Lehne völlig ab (-1)	Lehne eher ab (-0,5)	Teils/ teils (0)	Stimme eher zu (0,5)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform. (RD)	66,0	19,9	8,6	3,4	0,7	4,1	2,3	5,2
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben. (CH)	8,3	10,9	28,5	33,7	16,9	50,6	40,0	36,1
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen. (NS)	70,0	16,0	9,0	2,2	0,4	2,6	2,0	5,9
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. (FF)	26,4	26,3	34,0	8,9	2,6	11,5	11,9	25,9
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß. (AS)	75,7	15,2	4,9	1,0	0,3	1,3	3,2	9,5
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen. (SD)	54,3	29,3	12,3	1,8	0,3	2,1	2,2	9,5
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. (RD)	59,7	17,8	12,2	6,2	2,0	8,2	7,7	16,0
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland. (CH)	25,8	26,5	29,8	12,8	3,1	15,9	12,9	25,8
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden. (NS)	72,7	16,9	6,2	1,6	0,1	1,7	1,5	4,8
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. (FF)	59,7	24,4	10,3	2,3	1,1	3,4	4,7	18,3
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen. (AS)	84,3	9,5	3,0	0,3	0,0	0,3	1,2	7,9
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen. (SD)	83,2	9,4	3,8	1,1	0,1	1,2	1,4	9,0
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. (RD)	83,5	8,3	4,6	1,1	0,2	1,3	1,3	7,0
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht. (CH)	57,7	21,9	13,3	3,6	0,9	4,5	6,1	21,3
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten. (NS)	66,6	19,2	9,3	2,2	0,3	2,5	1,7	5,0
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. (FF)	48,1	25,4	15,2	6,3	2,4	8,7	12,4	29,2
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns. (AS)	84,6	9,7	2,4	0,4	0,1	0,5	0,6	7,6
Es gibt wertvolles und unwertes Leben. (SD)	84,1	7,0	4,6	1,3	0,7	2,0	2,0	4,5

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext der Fragebatterie: „Bitte geben Sie zu jeder dieser Aussagen an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Zugehörigkeit der Frage/des Items zu den Subdimensionen rechtsextremistischer Einstellungen: RD: Rechtsgerichtete Diktatur, CH: Chauvinismus, NS: NS-Verharmlosung, FF: Fremdenfeindlichkeit, AS: Antisemitismus, SD: Sozialdarwinismus.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung 2022 (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Tabelle 6.11 zeigt den Anteil der Personen mit konsistenten Einstellungsmustern und die Mittelwerte für den Index Rechtsextremismus und die sechs Subdimensionen in den Vergleichsgruppen.³² Es bestätigen sich die Muster aus den Analysen zu den einzelnen Aussagen: Konsistente Einstellungsmuster im Hinblick auf eine Rechtsgerichtete Diktatur, NS-Verharmlosung, Antisemitismus und Sozialdarwinismus sind bei den Soldatinnen und Soldaten mit Werten zwischen 0,0 und 0,6 Prozent gar nicht oder so gut wie nicht festzustellen. Diese Anteilswerte spiegeln sich in den sehr niedrigen Mittelwerten wider. Diese liegen für die vier genannten Subdimensionen zwischen -0,76 und -0,90, d.h. im Mittel werden mindestens zwei der drei zugehörigen Aussagen völlig abgelehnt.

Tabelle 6.11: Anteile von Personen mit konsistenten Einstellungsmustern und Mittelwerte des Indexes Rechtsextremismus und der Subindizes

Index/Skala	Konsistente Einstellungsmuster (%)			Mittelwert		
	Mil	Ziv	Bev	Mil	Ziv	Bev
Rechtsextremismus	0,4	0,8	5,4	-0,68	-0,69	-0,52
Rechtsgerichtete Diktatur (RD)	0,6	0,8	2,6	-0,76	-0,80	-0,62
Chauvinismus (CH)	6,4	6,7	16,1	-0,26	-0,32	-0,19
NS-Verharmlosung (NS)	0,3	0,3	1,9	-0,79	-0,82	-0,71
Fremdenfeindlichkeit (FF)	3,5	4,7	15,6	-0,54	-0,49	-0,23
Antisemitismus (AS)	0,2	0,5	5,7	-0,90	-0,85	-0,65
Sozialdarwinismus (SD)	0,0	0,4	2,8	-0,82	-0,83	-0,67

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Berechnung konsistente Einstellungsmuster Gesamtindex Rechtsextremismus: Befragte beantworten mindestens 50% der Fragen/Items (n = 9) des Indexes/der Skala mit „teils/teils“ und mindestens 50 % der Fragen (n = 9) mit „stimme eher zu“. Bei den Teilindizes beantworten die Befragten alle Fragen/Items (n = 3) mindestens mit „stimme eher zu“. Wertebereich Index/Skala: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Die Werte für konsistente Einstellungsmuster und den Mittelwert beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (Mil: n = 2.527–2.631, Ziv: n = 1.440–1.538, Bev: n = 3.891–4.394), d.h. Befragte mit fehlendem Wert bei mindestens einer Frage sind aus den Berechnungen ausgeschlossen. Reliabilität der Indizes Mil (Cronbachs alpha): Rechtsextremismus: 0,91, Rechtsgerichtete Diktatur: 0,62, Chauvinismus: 0,72, NS-Verharmlosung: 0,75, Fremdenfeindlichkeit: 0,83, Antisemitismus: 0,79, Sozialdarwinismus: 0,62. Standardabweichungen: Index Rechtsextremismus: Mil: 0,25, Ziv: 0,28, Bev: 0,40, Rechtsgerichtete Diktatur: Mil: 0,32, Ziv: 0,31, Bev: 0,42, Chauvinismus: Mil: 0,42, Ziv: 0,46, Bev: 0,57, NS-Verharmlosung: Mil: 0,30, Ziv: 0,29, Bev: 0,39, Fremdenfeindlichkeit: Mil: 0,43, Ziv: 0,46, Bev: 0,59, Antisemitismus: Mil: 0,22, Ziv: 0,29, Bev: 0,50, Sozialdarwinismus: Mil: 0,26, Ziv: 0,27, Bev: 0,43.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung 2022 (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Eher finden sich bei den Soldatinnen und Soldaten konsistente fremdenfeindliche (3,5 Prozent) oder chauvinistische Einstellungsmuster (6,4 Prozent). Die Mittelwerte sind dementsprechend merklich höher (-0,54 bzw. -0,26) als für die anderen Subdimensionen

³² Beim Gesamtindex Rechtsextremismus müssen die Befragten mindestens 50% der Fragen/Items (n = 9) mit „teils/teils“ und mindestens 50% der Fragen (n = 9) mit „stimme eher zu“ beantworten, um als Person mit konsistenten rechtsextremistischen Haltungen gezählt zu werden. Bei den Teilindizes ist die Berechnung analog zur Vorgehensweise bei Decker und Kollegen (2022a) sowie Zick und Küpper (2021) folgendermaßen: Die Befragten müssen alle Fragen/Items (n = 3) mindestens mit „stimme eher zu“ beantworten, um als Person mit einem geschlossenen Weltbild bei der jeweiligen Teildimension des Rechtsextremismus gezählt zu werden. Damit weicht die Berechnung der Subdimensionen von der des Gesamtindex ab und verwendet eine strengere Operationalisierung.

rechtsextremistischer Einstellungen. Blickt man allerdings auf den Gesamtindex, kommen konsistente rechtsextremistische Einstellungsmuster bei den militärischen Angehörigen der Bundeswehr so gut wie nicht vor (0,4 Prozent). Der Mittelwert für den Gesamtindex liegt bei -0,68, d.h. im Mittel wird über alle Soldatinnen und Soldaten hinweg etwa die Hälfte der 18 Aussagen völlig abgelehnt und die andere Hälfte eher abgelehnt.

Der Vergleich der Werte von militärischen mit zivilen Angehörigen der Bundeswehr ergibt das aus den vorangehenden Auswertungen bekannte Bild. Die Anteile der Befragten mit konsistenten Einstellungsmustern sowie die Mittelwerte unterscheiden sich geringfügig bis gar nicht. Auffällig ist, dass konsistente Einstellungsmuster bei den zivilen Beschäftigten ein wenig häufiger auftreten, obwohl die Mittelwerte teilweise niedriger (und damit weniger extremistisch) sind als bei den Soldatinnen und Soldaten. Dies deutet darauf hin, dass bei einigen wenigen Zivilbediensteten ein konsistenteres Antwortverhalten und insgesamt extremistischere Einstellungsmuster vorherrschen. Im Mittel sind die Zivilbeschäftigten aber nicht extremistischer eingestellt als die Soldatinnen und Soldaten.

In der Bevölkerung sind rechtsextremistische Einstellungen (teilweise wesentlich) häufiger anzutreffen als unter den Bundeswehrangehörigen. Dies zeigt sich sowohl beim Blick auf den Anteil der Personen mit konsistenten Einstellungsmustern als auch auf die Mittelwerte. Für die Teildimensionen liegt der Anteil konsistenter Einstellungsmuster in der Bevölkerung um 1,6 Prozentpunkte (NS-Verharmlosung) bis 12,1 Prozentpunkte (Fremdenfeindlichkeit) höher als bei den Soldatinnen und Soldaten. Für den Gesamtindex Rechtsextremismus ergibt sich in der Bevölkerung ein um ein Vielfaches höherer Anteil mit entsprechenden Haltungen. Auf Basis der etablierten Skala zu rechtsextremistischen Einstellungen weisen 5,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber nur 0,4 Prozent der Soldatinnen und Soldaten geschlossen rechtsextremistische Einstellungen auf. Bei den Mittelwerten fallen diese Differenzen etwas weniger ins Gewicht: Zwar liegen die Mittelwerte in der Bevölkerung für alle Indizes weit im negativen Bereich, aber sie sind stets größer als für die Soldatinnen und Soldaten (und damit etwas extremistischer). Die Unterschiede bewegen sich für die Teildimensionen zwischen 0,07 (Chauvinismus) und 0,31 Skaleneinheiten (Fremdenfeindlichkeit). Für den Gesamtindex Rechtsextremismus liegt der Wert für die Bevölkerung 0,16 Punkte über dem Wert der militärischen Angehörigen der Bundeswehr. Die Bürgerinnen und Bürger befürworten daher deutlich eher rechtsextreme Positionen. Der Mittelwert von -0,52 für die Gesamtbevölkerung bedeutet, dass im Mittel dennoch alle Fragen von den Bürgerinnen und Bürgern eher abgelehnt werden. Demgegenüber wird – wie bereits ausgeführt – im Mittel von den Soldatinnen und Soldaten die Hälfte der 18 Aussagen völlig abgelehnt und die andere Hälfte eher abgelehnt.

Die multivariaten Analysen in Abschnitt 6.2 nutzen den jeweiligen Mittelwert der Befragten beim Index Rechtsextremismus als abhängige Variable und nicht die dichotome Unterscheidung, ob jemand über ein konsistent rechtsextremistisches Weltbild verfügt oder nicht. Es wird also analysiert, welche Faktoren die Zustimmung zu rechtsextremistischen Aussagen verstärken und welche Größen dem entgegenwirken. Dieses Vorgehen hat im Unterschied zu Analysen, die auf dem Vergleich von Befragten mit und ohne konsistent rechtsextremistischen Einstellungsmustern beruhen, zum einen den Vorteil, dass die Verteilung der Antworten auf der gesamten Skala der abhängigen Variable Berücksichtigung findet. Zum anderen ist keine (künstliche) Grenzziehung notwendig, ab wann jemand ein geschlossen extremistisches Weltbild aufweist. Die dafür notwendigen Festlegungen sind stets zu einem gewissen Grad willkürlich und daher strittig.³³

Insgesamt sind rechtsextremistische Haltungen in der Bundeswehr nur in sehr geringem Maße verbreitet. Bei einem kleineren Anteil der Soldatinnen und Soldaten sind konsistent chauvinistische und fremdenfeindliche Haltungen zu finden. Aber nur drei Aussagen aus diesen beiden Bereichen werden überhaupt von mehr als 10 Prozent der militärischen Angehörigen der Bundeswehr unterstützt. Problematisch scheint vor allem der Befund für den Subindex Fremdenfeindlichkeit zu sein. Die Ergebnisse für die Subdimension Chauvinismus sind aufgrund der weiter oben diskutierten Schwächen bei der Operationalisierung (vgl. auch Abschnitt 6.1.3) hingegen nachrangig.

Bei der Einordnung der Befunde ist zugleich davon auszugehen, dass von einigen Befragten sozial erwünschte Antworten gegeben wurden. Diese Interpretation legen zum einen die Zusammenhänge des Indexes Rechtsextremismus mit den beiden Subindizes zur Messung sozialer Erwünschtheit nahe (Kemper et al. 2012; Korrelation Index Rechtsextremismus mit Index Übertreibung positiver Qualitäten: $r = -0,10$, $p < 0,000$; Korrelation Index Rechtsextremismus mit Index Untertreibung negativer Qualitäten: $r = -0,20$, $p < 0,000$). Die Übertreibung eigener positiver Eigenschaften durch die Befragten, aber insbesondere deren Untertreibung persönlicher negativer Qualitäten geht mit einem niedrigeren Ausmaß rechtsextremistischer Einstellungen einher. Zum anderen sind die Zusammenhänge der Erwünschtheitsindikatoren mit dem Index Rechtsextremismus die stärksten im Vergleich mit den anderen Messinstrumenten für politische und extremistische Einstellungen.³⁴ Auch die Befunde der Gruppendiskussionen weisen darauf hin, dass

³³ Hinzu kommt, dass die absolute Anzahl an Soldatinnen und Soldaten mit einem konsistenten rechtsextremistischen Weltbild in Modul 1 zu gering ist, um eine logistische Regressionsanalyse zu berechnen, die stabile und inhaltlich sinnvoll interpretierbare Ergebnisse liefert.

³⁴ Korrelationskoeffizienten für die anderen Indizes (Übertreibung positiver Qualitäten/Untertreibung negativer Qualitäten): Links-Rechts-Selbsteinstufung ($-0,07$ ***/ $-0,08$ ***), Links-Rechts-Einstufung Kameraden/Kollegen ($-0,07$ ***/ $-0,08$ ***), Unterstützung FDGO ($0,07$ **/ $-0,01$), (Neue

den Soldatinnen und Soldaten bewusst ist, dass von ihnen die Ablehnung von rechtsextremistischen Haltungen erwartet wird.³⁵ Diese Ergebnisse und Interpretation legen nahe, dass das Ausmaß rechtsextremistischer Einstellungen bzw. die Unterstützung für rechtsextremistische Positionen in der Bundeswehr in der vorliegenden Studie wahrscheinlich unterschätzt wird.

6.2 Ursachen und Erklärungsfaktoren rechtsextremistischer Einstellungen in der Bundeswehr

Was steht hinter den extremistischen Haltungen von Angehörigen der Bundeswehr? In der Literatur finden sich zwei alternative Ansätze, die erklären, weshalb einige Soldatinnen und Soldaten rechtsextremistisches Gedankengut vertreten. Die Selektionshypothese geht davon aus, dass eher Personen mit bereits ausgeprägten extremistischen Einstellungen den Weg in die Streitkräfte finden. Die Sozialisationshypothese sieht demgegenüber Erfahrungen, Prägungen und Erlebnisse im militärischen Dienst als ursächlich für die Ausbildung rechtsextremistischer Positionen an. Fragt man die Soldatinnen und Soldaten selbst, welche der beiden Erklärungen sie plausibel finden, fällt das Urteil eindeutig aus (Tabelle 6.12): 38,4 Prozent gehen davon aus, dass extremistisches Gedankengut vor allem von außen in die Bundeswehr gelangt. 18,4 Prozent lehnen diese Einschätzung ab. Die Annahme, dass die Bundeswehr für Extremisten attraktiv ist, teilen hingegen nur 16,8 Prozent der Soldatinnen und Soldaten. Dagegen lehnen 52,3 Prozent diese Aussage ab. Sehr gering ist mit 7,0 Prozent der Anteil des militärischen Personals, der davon ausgeht, dass mancher Soldat aufgrund seiner Erfahrungen in den Streitkräften zum Extremisten wird. 71,5 Prozent widersprechen dieser Meinung. Das Meinungsbild der Zivilbeschäftigten der Bundeswehr korrespondiert in diesen Fragen weitgehend mit dem der Soldatinnen und Soldaten. Die Angehörigen der Bundeswehr gehen also davon aus, dass die Selektionshypothese deutlich wichtiger ist, um Extremismusfälle in der Bundeswehr und extremistische Einstellungen beim militärischen und zivilen Personal zu erklären.

Rechte (-0,03/-0,10 ***), Verschwörungstheorien/Reichsbürger (-0,05 */-0,09 ***), Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$.

³⁵ Als weitere Kontrolle wurden in der Bevölkerungsbefragung die Haltungen von aktiven und ehemaligen Soldaten mit denen der Befragten ohne eigenen militärischen Erfahrungshintergrund verglichen. Es zeigt sich, dass es keine substanziellen Differenzen in der Zustimmung zu rechtsextremistischen Positionen zwischen beiden Befragtengruppen gibt. Bei der Einordnung dieses Befundes ist jedoch zu beachten, dass der Großteil der Befragten mit militärischer Erfahrung ehemalige Wehrdienstleistende sind, die vor geraumer Zeit, mitunter vor Jahrzehnten, ihren Dienst in der Bundeswehr versehen haben. Daher können die Befunde nicht als Ausdruck einer spezifischen militärischen Prägung oder Sozialisation gedeutet werden. Die Anzahl aktiver Soldaten in der Bevölkerungsbefragung ist zu gering, um separate belastbare Analysen durchzuführen. Dennoch deutet auch diese Auswertung auf eine Unterschätzung des Anteils an Personen mit konsistent rechtsextremistischen Einstellungen bzw. der Unterstützung rechtsextremistischer Positionen in der Bundeswehrbefragung hin.

Sozialisationsprozesse und -erfahrungen treten dagegen deutlich in den Hintergrund. In der Gesamtbevölkerung weichen die Einschätzungen hierzu etwas ab. So vertreten 29,7 Prozent die Auffassung, dass die Streitkräfte Personen mit extremistischem Gedankengut in besonderem Maße anziehen. Zwar nehmen auch die Bürgerinnen und Bürger tendenziell an, dass Extremismus vor allem von außen in die Bundeswehr gelangt (34,6 Prozent), aber immerhin ein knappes Fünftel (19,0 Prozent) sieht innermilitärische Prozesse als Treiber extremistischer Vorstellungen an.

Tabelle 6.12: Haltungen zum Ausmaß von Extremismus in der Bundeswehr

Frage/Item	Lehne völlig ab (0)	Lehne eher ab (0,25)	Teils/ teils (0,5)	Stimme eher zu (0,75)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Die Bundeswehr zieht politische Extremisten in besonderem Maß an.	19,6	32,7	28,1	14,8	2,0	16,8	17,0	29,7
Extremistisches Gedankengut gelangt vor allem von außen in die Bundeswehr.	4,7	13,7	38,8	31,3	7,1	38,4	32,3	34,6
Aufgrund von Erfahrungen bei der Bundeswehr wird mancher Soldat zum Extremisten.	30,6	40,9	18,2	6,3	0,7	7,0	6,1	19,0

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext: „Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Thema Bundeswehr und politischer Extremismus. Geben Sie bitte zu jeder Aussage an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Ob diese – in Teilen abweichenden – Einschätzungen über Ursachen und Gründe extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr zutreffen, wird in den nachstehenden Auswertungen mit multivariaten Methoden genauer untersucht. Diese folgenden Abschnitte enthalten die zentralen Ergebnisse zur Selektions- und zur Sozialisationshypothese. Zunächst wird in Abschnitt 6.2.1 die Selektionshypothese untersucht. Die Abschnitte 6.2.2 bis 6.2.6 präsentieren die Befunde für die Sozialisationshypothesen. Abschnitt 6.2.7 enthält eine Gesamtbetrachtung und Einordnung der Analysen zur Selektionshypothese. Wie in den Abschnitten 2, 5.1 und 6 dargelegt, werden hier nur noch rechtsextremistische Einstellungen betrachtet. Außer in Abschnitt 6.2.1 stehen nur noch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Mittelpunkt.

6.2.1 Selektionshypothese: Kommen rechtsextremistische Einstellungen von außen in die Bundeswehr?

In diesem Abschnitt wird untersucht, ob Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen ein erhöhtes Interesse an einer Tätigkeit bei der Bundeswehr haben. Dafür werden nur die Daten der AID-Bevölkerungsbefragung analysiert. Zunächst wird betrachtet, wie

stark das Interesse an einer militärischen oder zivilen Tätigkeit bei der Bundeswehr ausgeprägt ist. Dann zeigen bivariate Analysen die Zusammenhänge zwischen diesem Interesse und den in Abschnitt 6.1 dargestellten Items und Indizes zur Messung politischer bzw. extremistischer Einstellungen auf. Zuletzt wird ein umfassendes Erklärungsmodell für das Interesse an einer Tätigkeit bei der Bundeswehr verwendet, das auf den Analysen von Martin Elbe (2023b) aufbaut und dessen Berechnungen um politische Einstellungen ergänzt.

Tabelle 6.13: Häufigkeiten für die beiden Fragen nach der Vorstellbarkeit einer Tätigkeit bei der Bundeswehr

Frage/Item	Nein (0)	Eher nein (0,25)	Teils/teils (0,5)	Eher ja (0,75)	Ja (1)	Zustimmung (%)
Könnten Sie sich für eine gewisse Zeit eine berufliche Tätigkeit als Soldatin/Soldat bei der Bundeswehr vorstellen?	42,0	26,7	19,0	7,3	3,9	11,2
Könnten Sie sich für eine gewisse Zeit eine berufliche Tätigkeit als zivile Mitarbeiterin/ziviler Mitarbeiter bei der Bundeswehr vorstellen?	25,0	25,0	28,5	14,2	5,3	19,5

Anmerkungen: Die beiden Fragen wurden nur Personen gestellt, die höchstens 50 Jahre alt waren. Hier dargestellt sind die Ergebnisse für die höchstens 30 Jahre alten Befragten (n = 2.287-2.307). An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

Datenbasis: Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

In der Bevölkerungsbefragung (Modul 2) wurden alle Personen im Alter von 14 bis 50 Jahren gefragt, ob sie sich „für eine gewisse Zeit eine berufliche Tätigkeit als Soldatin/Soldat bzw. zivile Mitarbeiterin/ziviler Mitarbeiter bei der Bundeswehr vorstellen“ können. In den folgenden Analysen werden nur die höchstens 30 Jahre alten Befragten betrachtet, da diese als Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr gelten können (Elbe 2023a). Unter den bis zu 30 Jahre alten Bürgerinnen und Bürgern können sich insgesamt 11,2 Prozent eine Tätigkeit als Soldatin oder Soldat (eher) vorstellen (Tabelle 6.13). 68,7 Prozent können sich dies (eher) nicht vorstellen, 19,0 Prozent sind unentschieden. Größer ist das Interesse an Stellen für Zivilbedienstete. Eine solche Tätigkeit können sich 19,5 Prozent der Befragten bis 30 Jahre (eher) vorstellen. Nicht oder eher nicht infrage kommt eine solche Stelle für 50,0 Prozent der Befragten aus dieser Altersgruppe, 28,5 Prozent antworten mit „teils/teils“.³⁶

Insgesamt kommt es also nur für eine Minderheit der bis zu 30 Jahre alten Bürgerinnen und Bürger überhaupt in Betracht, bei der Bundeswehr zu arbeiten. Eine zivile Tätigkeit ist dabei für mehr Personen interessant als eine militärische Verwendung. Wichtig für die

³⁶ Vergleichszahlen aus den Bevölkerungsbefragungen zum sicherheitspolitischen Meinungsbild des ZMSBw zeigen für die 16- bis 29-Jährigen in den letzten Jahren folgende Werte: soldatische Tätigkeit 2023: 14 Prozent, 2022: 13 Prozent, 2021: 15 Prozent; zivile Tätigkeit 2023: 28 Prozent, 2022: 25 Prozent, 2021: 24 Prozent (Graf 2022: 22, 2024: 51; Steinbrecher/Scherzer 2022: 184–188).

folgenden Analysen ist der Hinweis, dass hier nicht die Bewerbungsabsicht oder gar das reale Bewerbungsverhalten erhoben worden ist, sondern nur die grundlegende Möglichkeit oder Vorstellbarkeit einer beruflichen Tätigkeit. Wer die Bundeswehr als Arbeitgeber in Erwägung zieht oder sich für eine Tätigkeit in den Streitkräften interessiert, hat sich dort noch nicht beworben oder gar eine Stelle bekommen.

Tabelle 6.14: Bivariate Zusammenhänge zwischen Indizes für politische bzw. rechtsextremistische Einstellungen und der Vorstellbarkeit einer Tätigkeit bei der Bundeswehr

Index/Skala	Tätigkeit als Soldat/Soldatin	Tätigkeit als Zivillist/Zivillistin
Links-Rechts-Selbsteinstufung	0,12***	0,07**
Unterstützung FDGO	-0,02	0,06**
Neue Rechte	0,14***	0,09***
Verschwörungstheorien/Reichsbürger	0,07**	0,03
Rechtsextremismus	0,16***	0,17***

Anmerkungen: Analyseverfahren: Korrelationsanalysen (r), Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05, (n = 1.842–2.060).

Datenbasis: Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Im Hinblick auf den Kern der Selektionshypothese ist wichtig zu wissen, ob die grundlegende Bereitschaft zu einer Tätigkeit bei der Bundeswehr mit politischen bzw. rechtsextremistischen Einstellungen zusammenhängt.³⁷ Die bivariaten Korrelationskoeffizienten (r) zwischen den in Abschnitt 6.1 berücksichtigten Phänomenbereichen und dem Interesse an einer Tätigkeit als Soldat, Soldatin, zivile Beschäftigte oder ziviler Beschäftigter bei der Bundeswehr sind Tabelle 6.14 zu entnehmen. Es zeigen sich konsistente positive Zusammenhänge zwischen rechten politischen Orientierungen und der Vorstellbarkeit einer Tätigkeit bei der Bundeswehr. Das bedeutet, dass sich Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala weiter rechts einstufen, Positionen der Neuen Rechten stärker befürworten oder ausgeprägtere rechtsextremistische Einstellungen haben, eher eine militärische oder zivile Tätigkeit bei der Bundeswehr vorstellen können. Die Korrelationskoeffizienten mit dem Index Rechtsextremismus sind für beide Berufsvariablen (militärisch bzw. zivil) nahezu identisch (0,16 bzw. 0,17). Bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung und dem Index Neue Rechte ist der Zusammenhang mit der Vorstellbarkeit einer Tätigkeit als Soldat oder Soldatin etwas stärker. Eine leichte positive Korrelation besteht für diese Berufsvariable auch mit dem Index Verschwörungstheorien/Reichsbürger: Stärkere Unterstützer von Verschwörungstheorien oder Reichsbürgerideen ziehen den Soldatenberuf

³⁷ Eine Analyse der bivariaten Zusammenhänge mit soziodemografischen Merkmalen oder Gruppenzugehörigkeiten, Werteorientierungen, beruflichen Bedürfnissen ist nicht Teil der Fragestellungen dieses Forschungsberichts. Daher wird auf solche Analysen verzichtet. Bei Elbe (2023b) finden sich einige bivariate Analysen (z.B. für Geschlecht). Die genannten (potenziellen) Erklärungsfaktoren werden in den multivariaten Analysen zur Selektionshypothese als Kontrollvariablen berücksichtigt (vgl. Tabelle 6.16).

folglich eher in Betracht. Im Hinblick auf die Unterstützung der FDGO zeigt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang mit der Bereitschaft, als Soldat oder Soldatin tätig werden zu wollen, es gibt aber einen leichten positiven Zusammenhang mit der zweiten Tätigkeitsvariable: Für Personen, die die FDGO stärker unterstützen, kommt eine zivile Tätigkeit bei der Bundeswehr eher in Betracht.

Tabelle 6.15: Mittelwerte für den Index Rechtsextremismus in den Teilgruppen des Interesses an einer militärischen oder zivilen Tätigkeit bei der Bundeswehr

Index/Skala	Tätigkeit als Soldat/Soldatin	Tätigkeit als Zivillist/Zivillistin
Insgesamt	-0,60***	-0,60***
Nein	-0,65	-0,66
Eher nein	-0,60	-0,62
Vielleicht	-0,60	-0,62
Eher ja	-0,49	-0,51
Ja	-0,29	-0,36

Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$. $n = 1.850/1.842$. Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Da im Folgenden der Rechtsextremismus-Index im Fokus der Analysen steht, ist es hilfreich, neben dem Korrelationskoeffizienten auch die Mittelwerte des Indexes in den Teilgruppen des Interesses an einer Tätigkeit als Soldatin oder Soldat bzw. als Zivillistin oder Zivillist zu betrachten (Tabelle 6.15). Bei beiden Tätigkeitsvariablen (zivil/militärisch) unterscheiden sich die Befragten, die mit „nein“, „eher nein“ oder „vielleicht“ antworten, fast nicht im Hinblick auf das Ausmaß rechtsextremistischer Einstellungen. Jedoch gibt es eine deutliche Differenz von 0,36 Skaleneinheiten auf dem Index Rechtsextremismus zwischen denjenigen, die sich eine militärische Tätigkeit überhaupt nicht („nein“: -0,65), und denjenigen, die sie sich vorstellen können („ja“: -0,29). Die letztere Gruppe zeigt also eine deutlich stärkere Unterstützung für rechtsextremistische Positionen. Der Mittelwert von -0,29 bedeutet, dass die Befragten dieser Gruppe eine Hälfte der Fragen zu rechtsextremistischen Positionen eher ablehnen und die andere Hälfte mit „teils/teils“ beantworten. Sehr ähnlich ist die Verteilung bei den Teilgruppen, die sich eine zivile Tätigkeit (nicht) vorstellen können: Zwischen den beiden Extremgruppen (ja: -0,36; nein: -0,66) gibt es für den Index Rechtsextremismus 0,30 Skaleneinheiten Unterschied. Den bivariaten Analysen zufolge fördern also rechtsextremistische Überzeugungen das Interesse an einer militärischen oder zivilen Tätigkeit in der Bundeswehr.

Welche Rolle spielen rechte politische Überzeugungen für das Interesse an einer Tätigkeit als Soldatin oder Soldat, wenn man verschiedene Kontrollfaktoren im Erklärungsmodell

berücksichtigt? Anders formuliert: Üben rechtsextremistische politische Einstellungen einen eigenständigen Einfluss darauf aus, ob sich jemand für eine militärische Tätigkeit bei der Bundeswehr interessiert oder nicht? Oder ist der beobachtete Zusammenhang durch andere Einflüsse zu erklären, z.B. durch besondere Eigenschaften der Personen, die an der Bundeswehr als Arbeitgeber interessiert sind (etwa junge Männer mit eher wertkonservativen Einstellungen)?

Um diese Fragen zu beantworten, bauen die nachstehenden Analysen auf das Modell von Elbe (2023b) auf, das eine Vielzahl von Determinanten für die Haltung zum Arbeitgeber Bundeswehr berücksichtigt. Dabei finden sowohl die demografischen Merkmale der Befragten Berücksichtigung wie deren sozioökonomisches Profil, deren Werteorientierungen sowie deren Präferenzen bei der Berufswahl. In Ergänzung zu Elbes Modell (2023b) erfasst die lineare Regressionsanalyse in Tabelle 6.16 auch rechtsextremistische Einstellungen und weitere politische Einstellungen.³⁸

Im Ergebnis zeigt sich, dass selbst bei Berücksichtigung einer Vielzahl von Faktoren rechtsextremistische Haltungen einen eigenständigen Effekt auf die Bereitschaft, bei der Bundeswehr als Soldat oder Soldatin dienen zu wollen, haben. Unterstützt jemand in stärkerem Maße rechtsextremistische Positionen, kann er es sich auch eher eine militärische Verwendung bei der Bundeswehr vorstellen.³⁹

³⁸ Auf eine ausführliche Diskussion der im Modell verwendeten Größen und der dahinterstehenden Erwägungen wird an dieser Stelle verzichtet. Folgende Merkmale und Einstellungen enthält die vorgestellte Analyse zusätzlich zu den Analysen bei Elbe (2023b: 38–40): Rechtsextremismus, gesellschaftliches Ansehen Bundeswehr, interne Efficacy, externe Efficacy, Index Normeinhaltung, Index Meinungsführer, Demokratiezufriedenheit, politisches Interesse, Verbundenheit Deutschland und Einkommen. Die folgenden Merkmale und Einstellungen sind nicht enthalten: Religion, Selbsteinstufung Schicht. Weiterführende Informationen zu den Instrumenten, ihrer Operationalisierung und etwaigen Zusammenhängen finden sich bei Elbe (2023b) sowie – nach Veröffentlichung der Studie – auf der Website des ZMSBw.

³⁹ Dieser Effekt besteht auch, wenn statt des Indexes Rechtsextremismus im Modell der Index Neue Rechte als erklärende Variable verwendet wird. Das heißt, unter Kontrolle einer Vielzahl von Faktoren neigen Personen, die Positionen der Neuen Rechten unterstützen, eher dazu, sich für eine militärische Tätigkeit zu interessieren (tabellarisch nicht ausgewiesen). Für das Interesse an einer zivilen Tätigkeit bei der Bundeswehr spielen die Indizes Neue Rechte und Rechtsextremismus in den multivariaten Analysen keine Rolle mehr (tabellarisch nicht ausgewiesen). Der etwas zu hohe Anteil an Befragten mit mittlerer oder hoher Bildung im gewichteten Datensatz (vgl. Abschnitt 5.2) lässt vor dem Hintergrund des bekannten Zusammenhangs – höhere Bildung geht mit weniger rechtsextremistischen Einstellungen einher (z.B. Jungkuntz 2023: 215–226) – vermuten, dass der Effekt rechtsextremistischer Haltungen im Modell sogar noch unterschätzt wird.

Tabelle 6.16: Erklärungsmodell für die Bereitschaft, bei der Bundeswehr als Soldat oder Soldatin dienen zu wollen

Gruppe/Variable	Standardisierter Effekt	Verstärkung oder Abschwächung der Bereitschaft, bei der Bundeswehr als Soldat oder Soldatin dienen zu wollen
Rechtsextremismus	0,06*	+
Eigenes Ansehen Bundeswehr	0,30***	++
Gesellschaftliches Ansehen Bundeswehr	0,00	0
Idealistische Werte	-0,09*	-
Materialistische Werte	0,11***	++
Traditionelle Werte	0,02	0
Oben-unten-Skala	-0,03	0
Wachstumsbedürfnisse	-0,05	0
Soziale Bedürfnisse	0,07*	+
Existenzielle Bedürfnisse	-0,14***	--
Persönliche wirtschaftliche Lage	-0,05	0
Allgemeine wirtschaftliche Lage	0,05*	+
Zufriedenheit Leben insgesamt	-0,04	0
Interne Efficacy	0,01	0
Externe Efficacy	0,04	0
Index Normeinhaltung	-0,03	0
Index Meinungsführer	0,07**	+
Demokratiezufriedenheit	-0,04	0
Politisches Interesse	0,05*	+
Verbundenheit Deutschland	-0,05*	-
Frau	-0,17***	--
Niedrige Bildung	0,02	0
Hohe Bildung	-0,06*	-
Alter	-0,11***	--
Wohnort in Ostdeutschland	0,05*	+
Niedriges Einkommen	-0,03	0
Hohes Einkommen	-0,01	0
Migrationshintergrund	-0,04	0
Eigene Bundeswehr-Erfahrung	0,06**	+
Bundeswehr-Erfahrung im Umfeld	0,06*	+
Korrigiertes R ² Gesamtmodell		0,236

Anmerkungen: Wertebereich Bereitschaft, bei der Bundeswehr als Soldat oder Soldatin dienen zu wollen: 0 (nein) bis +1 (ja). Analyseverfahren: OLS-Regression, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Die Werte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten bei allen in das Modell eingeschlossenen Variablen (n = 1.645), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer der Variablen sind jeweils aus den Berechnungen ausgeschlossen. 0: kein Effekt auf Bereitschaft, bei der Bundeswehr als Soldat oder Soldatin dienen zu wollen, +: leichte Verstärkung der Bereitschaft (beta < 0,1), ++: starke Verstärkung der Bereitschaft (beta ≥ 0,1), -: leichte Abschwächung der Bereitschaft (beta < 0 und > -0,1), --: starke Abschwächung der Bereitschaft (beta ≤ -0,1).

Datenbasis: Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Allerdings wird durch einen Vergleich der standardisierten Effekte klar, dass eine Vielzahl von Variablen und Gruppenzugehörigkeiten deutlich stärker auf die abhängige Variable wirkt als rechtsextremistische Einstellungen. Dies sind nach Stärke des Einflusses sortiert: eigenes Ansehen der Bundeswehr, Geschlecht, existenzielle Bedürfnisse, materialistische Werte, Alter und idealistische Werte. Ähnlich stark sind die Einflüsse sozialer

Bedürfnisse, des Indexes Meinungsführer, einer eigenen Erfahrung bei der Bundeswehr, Erfahrungen des sozialen Umfeldes in der Bundeswehr, der Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, des politischen Interesses, der Verbundenheit mit Deutschland und eines Wohnortes in Ostdeutschland.

Die Ergebnisse der Analysen bestätigen insgesamt die Selektionshypothese: Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen zeigen ein stärkeres Interesse an einer Tätigkeit in der Bundeswehr.⁴⁰ Allerdings ist der Einfluss dieser Einstellung schwächer oder höchstens gleich stark wie eine Vielzahl anderer Merkmale und Orientierungen. Auch wenn rechtsextremistische Einstellungen also nur einen Faktor unter vielen darstellen, bleibt festzuhalten, dass eine höhere Zustimmung zu rechtsextremistischen Haltungen mit einem größeren Interesse an einer Tätigkeit als Soldatin oder Soldat einhergeht.

Vor dem Hintergrund der in den Analysen verwendeten abhängigen Variable kann aus diesem Befund jedoch nicht geschlossen werden, dass sich Personen mit stärker ausgeprägten rechtsextremistischen Einstellungen auch tatsächlich bei der Bundeswehr bewerben oder gar eingestellt werden. Die vorhandenen Maßnahmen der Bundeswehr zur Überprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern hinsichtlich extremistischer Überzeugungen (polizeiliches Führungszeugnis, Sicherheitsüberprüfung, Fragen im Bewerbungsgespräch etc.) werden einen Teil der entsprechenden Personen von vornherein von einer Bewerbung abhalten oder zu einem Ausschluss aus dem Bewerbungsverfahren führen.

6.2.2 Zusammenhänge zwischen demografischen Merkmalen und rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr

Nach den Ergebnissen für die Selektionshypothese im vorherigen Abschnitt konzentrieren sich die weiteren Abschnitte auf die verschiedenen Varianten der Sozialisationshypothese. Im Folgenden geht es um die Wechselwirkungen zwischen der Zugehörigkeit zu verschiedenen militär- und soziodemografischen Gruppen und rechtsextremistischen Einstellungen unter den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Die Tabellen 6.17 und 6.18 zeigen sowohl die relativen Häufigkeiten der betrachteten Merkmale im militärischen Teil von Modul 1 (Geschlecht, Bildung, Alter, geografische Prägung in der Jugend,

⁴⁰ Die Hypothese wird auch in einigen soziodemografischen Teilgruppen bestätigt. Es wurden getrennte Analysen für Männer und Frauen, verschiedene Bildungsgruppen und den Wohnort berechnet (dies entspricht methodisch der Untersuchung von Interaktionseffekten; tabellarisch nicht ausgewiesen). Die Selektionshypothese wird bei Frauen und bei den Befragten mit niedriger und mittlerer Bildung (im Vergleich zu Befragten mit hoher Bildung) bestätigt. Bei Männern und Personen mit Wohnort in Ostdeutschland (im Vergleich zu Befragten mit sonstigem Wohnort) zeigt sich kein Effekt des Indexes Rechtsextremismus auf das Interesse an einer Tätigkeit bei der Bundeswehr im multivariaten Modell. Bivariat gibt es aber sehr wohl einen Zusammenhang zwischen dem Interesse und dem Index Rechtsextremismus bei Männern und Ostdeutschen. Dieser Effekt verschwindet aber wegen der Kontrolle durch die zahlreichen anderen Faktoren im multivariaten Modell.

Religion/Konfession, Dienstgradgruppe, Länge Dienstzeit, Organisationsbereich/Teilstreitkraft und Truppengattung/Laufbahn/Verwendungsreihe/Dienstbereich) als auch die Mittelwerte des Indexes Rechtsextremismus in den jeweiligen Gruppen. Mit Varianzanalysen wurde überprüft, ob sich die Mittelwerte mindestens einer Gruppe jeweils statistisch signifikant von mindestens einer anderen Gruppe des entsprechenden Merkmals unterscheiden.

Aus Tabelle 6.17 geht hervor, dass sich Männer und Frauen sowie Angehörige der verschiedenen Religionen oder Konfessionen hinsichtlich des Ausmaßes rechtsextremistischer Einstellungen nicht unterscheiden. Unterschiede gibt es dagegen zwischen mindestens zwei Teilgruppen bei Bildung, Alter, geografischer Prägung in der Jugend, Dienstgradgruppe und Länge der Dienstzeit. Analog zu üblichen Befunden in der Forschung zu rechtsextremistischen Einstellungen (z.B. Arzheimer 2020; Jungkunz 2023; Neu/Pokorny 2018) wird ein Zusammenhang mit der Bildung deutlich: Je niedriger das Bildungsniveau, desto eher liegen rechtsextremistische Einstellungen vor. Allerdings bedeutet der Mittelwert von $-0,55$ für die Befragten mit geringer Bildung, dass von ihnen im Mittel alle Aussagen immer noch eher abgelehnt werden. Der Mittelwert von $-0,74$ für die Soldatinnen und Soldaten, die mindestens eine Fachhochschulreife haben, gibt an, dass die eine Hälfte der Items des Indexes Rechtsextremismus eher abgelehnt und die andere Hälfte völlig abgelehnt wird. Bei den Altersgruppen weisen die Soldatinnen und Soldaten im Alter zwischen 25 und 29 Jahren das stärkste Ausmaß rechtsextremistischer Einstellungen auf ($-0,63$), der niedrigste Wert findet sich bei denjenigen, die mindestens 60 Jahre alt sind ($-0,82$). Alle anderen Altersgruppen liegen in der Nähe oder unterhalb des Gesamtmittelwerts (zwischen $-0,67$ und $-0,77$). Die geografische Prägung in der Jugend hängt nur schwach mit rechtsextremistischen Einstellungen zusammen: Soldatinnen und Soldaten, die hauptsächlich in Ost- und Süddeutschland aufgewachsen sind, weisen geringfügig häufiger rechtsextremistische Einstellungen ($-0,66$ bzw. $-0,67$) auf als die Befragten, die in anderen Regionen groß geworden sind ($-0,70$ bzw. $-0,71$).

Tabelle 6.17: Verteilung sozio- und militärdemografischer Merkmale und rechtsextremistischer Einstellungen in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 1

Gruppe	Anteil der Gruppe in der Stichprobe (%)	Mittelwert Index Rechtsextremismus
Insgesamt		-0,68
Geschlecht		
Männer	87,2	-0,68
Frauen	12,8	-0,69
Bildung		***
Niedrig (maximal Hauptschulabschluss)	7,1	-0,55
Mittel (Realschulabschluss oder vergleichbar)	42,6	-0,64
Hoch (mindestens Fachhochschulreife)	50,3	-0,74
Alter		***
Bis 24 Jahre	14,1	-0,67
25 bis 29 Jahre	17,7	-0,63
30 bis 39 Jahre	41,2	-0,67
40 bis 49 Jahre	16,8	-0,72
50 bis 59 Jahre	9,5	-0,77
60 Jahre und älter	(0,6)	(-0,82)
Geografische Prägung in der Jugend		**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	21,5	-0,70
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	27,1	-0,66
Süddeutschland (BW, BY)	19,1	-0,67
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	31,9	-0,70
Anderes Land	(0,5)	-0,71
Religion/Konfession		
Römisch-katholisch	20,7	-0,68
Evangelisch (lutherisch, reformiert, freikirchlich)	27,9	-0,68
Orthodox	(0,9)	(-0,57)
Muslimisch	(1,5)	(-0,68)
Jüdisch	(0,1)	(-0,90)
Andere Religion	(1,3)	(-0,70)
Keine Religion	(47,6)	-0,69
Dienstgradgruppe		***
Manschaften	28,6	-0,58
Unteroffiziere ohne Portepee	16,5	-0,65
Unteroffiziere mit Portepee	34,4	-0,72
Offiziere	12,7	-0,77
Stabsoffiziere und Generale	7,8	-0,80

Anmerkungen: Wertebereich Index Rechtsextremismus: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$. Werte in Klammern: $n \leq 50$. Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Werte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten ($n = 2.671-2.715$), d.h. Befragte mit fehlendem Wert sind jeweils aus den Berechnungen ausgeschlossen.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Tabelle 6.18: Rechtsextremistische Einstellungen in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 2

Gruppe	Anteil der Gruppe in der Stichprobe (%)	Mittelwert Index Rechtsextremismus
Insgesamt		-0,68
Länge Dienstzeit		***
Bis zu 2 Jahre	15,1	-0,66
3 bis 5 Jahre	15,2	-0,63
6 bis 10 Jahre	23,9	-0,67
11 bis 15 Jahre	17,5	-0,68
16 bis 20 Jahre	7,8	-0,73
21 Jahre und mehr	20,4	-0,75
Organisationsbereich/Teilstreitkraft		***
BMVg unmittelbar unterstellte Dienststellen	2,2	-0,74
Heer	37,2	-0,65
Luftwaffe	16,1	-0,71
Marine	8,9	-0,70
Streitkräftebasis (SKB)	13,0	-0,66
Zentraler Sanitätsdienst	10,0	-0,77
Cyber- und Informationsraum (CIR)	8,4	-0,68
Personal	(1,8)	(-0,75)
Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung (AIN)	(1,1)	(-0,74)
Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (IUD)	(0,4)	(-0,79)
Sonstiger Organisationsbereich	(0,8)	(-0,67)
Truppengattung/Laufbahn/Verwendungsreihe/ Dienstbereich		***
Heer: Kampftruppen	18,7	-0,64
Heer oder SKB: Nicht-Kampftruppen	32,9	-0,67
Luftwaffe	19,1	-0,71
Marine	10,3	-0,72
Sanitätsdienst	9,3	-0,75
CIR	7,5	-0,68
Sonstige Truppengattung, Laufbahn, Verwendungsreihe oder Dienstbereich	2,2	-0,61

Anmerkungen: Wertebereich Index Rechtsextremismus: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Werte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (n = 2.695–2.709), d.h. Befragte mit fehlendem Wert sind jeweils aus den Berechnungen ausgeschlossen.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Für die Dienstgradgruppen zeigen sich Muster, die auf Basis der Verdachtsfallstatistik der KfE (BMVg 2023a) zu erwarten waren: Je niedriger die Dienstgradgruppe, desto verbreiteter sind rechtsextremistische Einstellungen. Während bei den Mannschaften der Mittelwert bei -0,58 liegt, weisen Stabsoffiziere und Generale einen Mittelwert von -0,80 auf. Dies ist mit 0,22 Skalenpunkten der größte Unterschied zwischen zwei Gruppen bei allen hier untersuchten demografischen Merkmalen. Allerdings sei noch einmal unterstrichen, dass selbst ein Mittelwert von -0,58 bedeutet, dass die Mannschaftssoldatinnen und

-soldaten im Mittel alle Items mindestens eher ablehnen. Zwischen der Länge der Dienstzeit und dem Ausmaß des Rechtsextremismus gibt es einen schwachen Zusammenhang.

Die Mittelwerte in Tabelle 6.18 machen deutlich, dass Soldatinnen und Soldaten mit längerer Dienstzeit rechtsextremistische Positionen weniger unterstützen. Dieser Befund spiegelt zum Teil nochmals die Wechselwirkung mit der Dienstgradgruppe wider, kann aber auch so interpretiert werden, dass die Dauer der Zugehörigkeit zur Organisation Bundeswehr etwas vor extremistischen Positionen zu schützen scheint, zum Beispiel durch stärkere Internalisierung der Normen der Inneren Führung oder positive Wirkungen von Bildungsmaßnahmen. Auch die Angehörigen der Organisationsbereiche und Teilstreitkräfte sowie der Truppengattungen, Laufbahnen, Verwendungsreihen und Dienstbereiche unterscheiden sich leicht im Ausmaß ihrer Unterstützung für rechtsextremistische Positionen. Angehörige des Heeres und der Streitkräftebasis (SKB) weisen etwas überdurchschnittliche Werte auf (-0,65 bzw. -0,66), unterstützen rechtsextremistische Positionen also ein wenig stärker. Dagegen liegen die Mittelwerte von Soldatinnen und Soldaten aus Luftwaffe, Marine, Sanitätsdienst und dem BMVg unmittelbar unterstellten Dienststellen geringfügig unter dem Mittelwert (zwischen -0,70 und -0,77). Die Betrachtung der Truppengattung ist vor allem wegen der Unterscheidung zwischen Kampftruppen und Nicht-Kampftruppen bei Heer und Streitkräftebasis interessant: Angehörige der Kampftruppen liegen mit -0,64 leicht über dem Gesamtmittelwert (-0,68) und ihren Kameradinnen und Kameraden bei Heer und SKB (-0,67).

Was bleibt von den festgestellten wechselseitigen Zusammenhängen zwischen rechtsextremistischen Einstellungen und den Gruppenzugehörigkeiten übrig, wenn in einem umfassenderen Regressionsmodell weitere Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden? Tabelle 6.19 zeigt die Ergebnisse einer multivariaten linearen Regression, in der neben den in der Tabelle dargestellten Merkmalen und Variablen alle Indikatoren für die Untersuchung der Sozialisationshypothesen 1 bis 4 berücksichtigt wurden. Die Werte und Informationen in den Spalten von Tabelle 6.19 basieren auf diesem Gesamtmodell. Als Merkmale mit statistisch signifikanten Effekten auf die abhängige Variable bleiben dort nur die Dienstgradgruppe und die Zugehörigkeit zu den Kampftruppen übrig. Beide haben negative Effekte: Ein höherer Dienstgrad reduziert die Unterstützung rechtsextremistischer Positionen. Angehörige der Kampftruppen weisen etwas geringere rechtsextremistische Haltungen auf als Soldatinnen und Soldaten außerhalb der Kampftruppen. Angesichts der bivariaten Befunde ist Letzteres überraschend. Es ergibt sich aber aus der Berücksichtigung der Indikatoren für die Sozialisationshypothesen 1 bis 4 im Gesamtmodell. Offensichtlich weisen die Angehörigen der Kampftruppen bestimmte andere Einstellungen auf, welche den Effekt der reinen Zugehörigkeit zu dieser Gruppe überlagern. Darauf ist in den Abschnitten 6.2.3 und 6.2.6 zurückzukommen. Festzuhalten bleibt, dass

sozio- und militärdemografische Merkmale allein rechtsextremistische Einstellungen bei Soldatinnen und Soldaten nicht beeinflussen. Entscheidender sind die mit gewissen Zugehörigkeiten verbundenen Werte, Haltungen und Präferenzen. Die dabei wirksamen Mechanismen werden in den nachstehenden Auswertungen zu den vier Varianten der Sozialisationshypothese verdeutlicht.

Tabelle 6.19: Erklärungsmodell für rechtsextremistische Einstellungen, Teil 1: Sozio- und militärdemografische Variablen

Gruppe/Variable	Standardisierter Effekt	Verstärkung oder Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen
Frau	-0,03	0
Niedrige Bildung	0,02	0
Hohe Bildung	-0,01	0
Alter (klassiert)	-0,01	0
Sozialisation in Ostdeutschland	0,03	0
Keine Religion	-0,02	0
Dienstgradgruppe	-0,06**	-
Zugehörigkeit Kampftruppen	-0,04*	-
Zugehörigkeit Heer oder SKB: Nicht-Kampftruppen	-0,01	0

Anmerkungen: Wertebereich Index Rechtsextremismus: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Analyseverfahren: OLS-Regression, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$. Die Werte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten bei allen in das Modell eingeschlossenen Variablen ($n = 2.226$), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer der Variablen sind jeweils aus den Berechnungen ausgeschlossen. Die Werte für die Effektkoeffizienten basieren auf dem vollständigen Regressionsmodell, mit dem die Wirkung aller Variablen und Hypothesen gleichzeitig untersucht wird. 0: kein Zusammenhang mit rechtsextremistischen Einstellungen, +: leichte Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta < 0,1$), ++: starke Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta \geq 0,1$), -: leichte Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta < 0$ und $> -0,1$), --: starke Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta \leq -0,1$).

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

6.2.3 Sozialisationshypothese 1: Hängen politische Unzufriedenheit und mangelndes Vertrauen in den Staat mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr zusammen?

Dieser und die drei folgenden Abschnitte (6.2.4 bis 6.2.6) sind identisch aufgebaut. Zunächst erfolgt eine deskriptive Darstellung der Verteilung der einzelnen Indikatoren, Items und Indizes, die zur Untersuchung der jeweiligen Sozialisationshypothese verwendet werden. Die deskriptiven Statistiken umfassen zum einen die Verteilung der Antworten unter den Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Zum anderen werden (in der Regel) für alle Items die relativen Häufigkeiten der jeweiligen zwei positiven Antwortoptionen zusammengefasst. Diese geben dann den Gesamtwert des Vertrauens, der Zufriedenheit, der Zustimmung oder des Interesses (vgl. Tabelle 6.20) unter den militärischen Angehörigen der Bundeswehr an. Zudem werden entsprechende Werte für die zivilen Bundeswehrangehörigen (Modul 1) und die Bürgerinnen und Bürger aus der Bevölkerungsbefragung (Modul 2) – sofern verfügbar – präsentiert.

Tabelle 6.20: Deskriptive Statistiken der Indikatoren für Sozialisationshypothese 1, Teil 1

Frage/Item	Vertraue überhaupt	Vertraue eher nicht	Teils/teils	Vertraue eher	Vertraue sehr	Vertrauen (%)		
	(0)	(0,25)	(0,5)	(0,75)	(1)	Mil	Ziv	Bev
Institutionenvertrauen Bundeswehr	0,6	2,3	10,3	41,5	44,8	86,3	85,0	63,2
	Sehr unzufrieden	Eher unzufrieden	Teils/teils	Eher zufrieden	Sehr zufrieden	Zufriedenheit (%)		
	(0)	(0,25)	(0,5)	(0,75)	(1)	Mil	Ziv	Bev
Demokratiezufriedenheit	2,1	8,9	22,8	52,4	13,6	66,0	65,0	58,6
Indikatoren für Index Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Teils/teils	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Zustimmung (%)		
	(0)	(0,25)	(0,5)	(0,75)	(1)	Mil	Ziv	Bev
Mir fehlen Politiker, die eine deutliche Sprache sprechen und die Dinge beim Namen nennen.	1,0	4,0	15,1	37,2	41,8	79,0	75,9	65,3
Mir geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf.	8,1	19,3	24,3	25,7	21,3	47,0	45,1	53,9
Heute kann man eigentlich nur noch im privaten Kreis sagen, was man wirklich denkt.	16,4	23,6	22,7	20,5	15,8	36,3	31,8	48,0
Im Kreis der Kameraden bzw. Kollegen kann man sagen, was man wirklich denkt.	7,4	17,3	41,8	25,3	6,8	32,1	27,6	33,6
Mir ist es wichtig, dass ich nichts sage, was bestimmte Gruppen beleidigen könnte.	9,0	17,8	30,4	29,0	12,1	41,1	45,9	39,8
Was heute als extremistisch gilt, war früher Teil der normalen Meinungsvielfalt.	11,9	22,1	34,0	21,2	8,4	29,6	29,4	38,3
	Gar nicht	Wenig	Mittel	Eher stark	Sehr stark	Interesse (%)		
	(0)	(0,25)	(0,5)	(0,75)	(1)	Mil	Ziv	Bev
Politisches Interesse	1,3	7,3	28,5	38,1	24,4	62,5	56,4	26,1

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext Institutionenvertrauen: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder vertrauen Sie ihnen nicht? Bundeswehr.“ Vertrauen: „Vertraue eher“ und „Vertraue sehr“ zusammengefasst. Einleitungstext der Indikatoren für den Index Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung: „Bitte geben Sie zu jeder dieser Aussagen an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. Einleitungstext Politisches Interesse: „Wie stark interessieren Sie sich im Allgemeinen für Politik, ist das ...?“ An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Das Item „Mir ist es wichtig, dass ich nichts sage, was bestimmte Gruppen beleidigen könnte“ wurde für die Indexbildung (siehe Tabelle 6.21) rekodiert. Die Antwortausprägungen wurden an der Mitte der Skala gespiegelt, sodass in der rekodierten Fassung höhere Werte die Wahrnehmung einer Einschränkung von Meinungsäußerung bedeuten.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Auf eine detaillierte Auswertung der sehr umfassenden empirischen Informationen für beide Gruppen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet, zumal sie für die Kernfragestellungen dieses Forschungsberichts zu weit führen würde. Um die Befunde der Regressionsanalysen einzuordnen und ihre Relevanz zu bewerten, ist diese deskriptive Darstellung aber notwendig. Zudem sorgt die Dokumentation der Verteilungen und der Vorgehensweise bei der Indexbildung für methodische Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Im Anschluss an die Tabellen mit den deskriptiven Statistiken folgt stets eine

Tabelle mit den Ergebnissen einer multivariaten linearen Regressionsanalyse. Die Vorgehensweise und die Logik der Darstellung dieser Analyseergebnisse folgt den Ausführungen im vorherigen Abschnitt (vgl. 6.2.2).

Im Folgenden wird die Sozialisationshypothese 1 untersucht und geprüft, ob Unzufriedenheit mit der Politik zu rechtsextremistischen Einstellungen bei den Soldatinnen und Soldaten führt. Aus den deskriptiven Statistiken in den Tabellen 6.20 und 6.21 geht hervor,⁴¹ dass sich die militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr hinsichtlich der betrachteten Einstellungen wenig bis gar nicht unterscheiden. Im Vergleich zu den Bürgerinnen und Bürgern haben die Soldatinnen und Soldaten ein deutlich größeres Institutionenvertrauen (in die Bundeswehr) und interessieren sich deutlich stärker für Politik.⁴² Die militärischen Bundeswehrangehörigen nehmen – auf einem generell hohen Niveau – etwas weniger Einschränkungen oder Begrenzungen von Meinungsäußerungen wahr als die Bevölkerung.

Tabelle 6.21: Deskriptive Statistiken der Indikatoren für Sozialisationshypothese 1, Teil 2

Index	Mittelwert		
	Mil	Ziv	Bev
Index Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung	0,55	0,54	0,58
Index Unterstützung FDGO	0,72	0,72	0,67

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Wertebereich des Indexes: 0 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Die Mittelwerte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (Mil: n = 2.690/2.695, Ziv: n = 1.576, Bev: n = 4.621/4.623), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer Frage sind aus den Berechnungen ausgeschlossen. Reliabilität: Index Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung Mil (Cronbachs alpha): 0,64; Index Unterstützung FDGO Mil (Cronbachs alpha): 0,68.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Tabelle 6.22 enthält die Ergebnisse des multivariaten Regressionsmodells für die Indikatoren zur Untersuchung der Sozialisationshypothese 1. Die dargestellten Werte beziehen sich wiederum auf eine multivariate lineare Regression, in der neben den dargestellten Merkmalen und Variablen alle Indikatoren für die Untersuchung der Sozialisationshypothese 1 bis 4 berücksichtigt werden. Das Institutionenvertrauen in die Bundeswehr sowie

⁴¹ Als Erklärungsfaktoren für die Sozialisationshypothese werden in der Regression auch die Haltungen bzw. der Index zur Unterstützung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung berücksichtigt. Bereits in Abschnitt 6.1.2 ist dargelegt worden, wie sich die Befragten zu diesen Aspekten positionieren, weshalb an dieser Stelle die Befunde nicht erneut berichtet werden. Anders als in Abschnitt 6.1.2 geht der Index Unterstützung FDGO in die Regressionsanalysen mit einem Wertebereich zwischen 0 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt) ein, wie alle anderen Erklärungsfaktoren auch. Daher werden in Tabelle 6.21 die Mittelwerte aufgeführt.

⁴² Dies bestätigt vorangehende Befunde zum politischen Interesse für Personen mit militärischer Erfahrung (Steinbrecher 2019). Auch im Hinblick auf andere staatliche Institutionen zeigt sich bei den Soldatinnen und Soldaten ein größeres Vertrauen als bei den Bürgerinnen und Bürgern – einzige Ausnahme ist der Bundestag (Mil: 47,3 Prozent, Bev: 51,8 Prozent).

das politische Interesse spielen keine Rolle für die Erklärung des Ausmaßes rechtsextremistischer Einstellungen. Drei Variablen haben einen statistisch signifikanten Effekt auf den Index Rechtsextremismus: Mit großem Abstand erklärungsstärkster Indikator ist der Index Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung. Wer in stärkerem Maße den Eindruck hat, dass die Meinungsfreiheit begrenzt wird und „man immer weniger sagen darf“, der unterstützt deutlich eher rechtsextremistische Positionen. Da dieser Eindruck unter den Soldatinnen und Soldaten relativ weit verbreitet ist (Mittelwert: 0,55, vgl. Tabelle 6.21) bzw. entsprechende Aussagen relativ große, in Teilen sogar eine mehrheitliche Unterstützung erfahren (vgl. Tabelle 6.20), können hier Anknüpfungspunkte für politische Radikalisierungen oder die Verstärkung extremistischer Einstellungen bei Bundeswehrangehörigen bestehen.

Tabelle 6.22: Erklärungsmodell für rechtsextremistische Einstellungen, Teil 2: Indikatoren für Sozialisationshypothese 1

Index/Variable	Standardisierter Effekt	Verstärkung oder Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen
Institutionenvertrauen Bundeswehr	-0,02	0
Demokratiezufriedenheit	-0,14***	--
Index Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung	0,24***	++
Index Unterstützung FDGO	-0,11***	--
Politisches Interesse	0,00	0

Anmerkungen: Wertebereich Index Rechtsextremismus: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Analyseverfahren: OLS-Regression, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$. Die Werte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten bei allen in das Modell eingeschlossenen Variablen ($n = 2.226$), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer der Variablen sind jeweils aus den Berechnungen ausgeschlossen. Die Werte für die Effektkoeffizienten basieren auf dem vollständigen Regressionsmodell, mit dem die Wirkung aller Variablen und Hypothesen gleichzeitig untersucht wird. 0: kein Zusammenhang mit rechtsextremistischen Einstellungen, +: leichte Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta < 0,1$), ++: starke Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta \geq 0,1$), -: leichte Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta < 0$ und $> -0,1$), -- starke Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta \leq -0,1$).

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Negativ und damit abschwächend auf rechtsextremistische Einstellungen wirken sich die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und eine Unterstützung der FDGO aus. Wer zufriedener mit der Demokratie ist oder die FDGO in stärkerem Maße unterstützt, lehnt rechtsextremistische Positionen stärker ab. In Anbetracht der relativ hohen Werte für diese beiden Einstellungen, insbesondere im Vergleich zur Bevölkerung (vgl. Tabellen 6.4, 6.20 und 6.21), ist es nicht überraschend, dass Soldatinnen und Soldaten rechtsextremistische Haltungen generell stärker ablehnen als die Bürgerinnen und Bürger. Mit-hin wirken das Vertrauen in die zentralen staatlichen Prinzipien und politischen Institutionen als wichtige Schutzmechanismen gegen politischen Extremismus.

Insgesamt kann die Sozialisationshypothese 1 auf Basis dieser Ergebnisse eindeutig bestätigt werden: Eine Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen und dem politischen System sowie wahrgenommene Einschränkungen von Meinungsäußerungen gehen bei den Soldatinnen und Soldaten mit rechtsextremistischen Einstellungen bzw. stärkerer Unterstützung für rechtsextremistische Positionen einher.

6.2.4 Sozialisationshypothese 2: Hängt fehlende gesellschaftliche Anerkennung mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr zusammen?

Dieser Abschnitt untersucht die Sozialisationshypothese 2 und prüft, ob die Enttäuschung von Soldatinnen und Soldaten über fehlende politische Unterstützung, gesellschaftliche Anerkennung oder mediale Aufmerksamkeit mit rechtsextremistischen Einstellungen einhergeht. Es ist darauf hinzuweisen, dass für die Untersuchung dieser Hypothese lediglich drei Indikatoren verwendet werden. Tabelle 6.23 enthält deren deskriptive Statistiken. Der Vergleich zeigt wie schon bei den Indikatoren für die Sozialisationshypothese 1, dass sich militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr gar nicht oder nur wenig in ihrer Bewertung der Medienberichterstattung über die Streitkräfte und der wahrgenommenen Unterstützung durch Bevölkerung und Politik für die Bundeswehr unterscheiden. Sehr wohl gibt es aber deutliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung einerseits und den Soldatinnen und Soldaten andererseits im Hinblick auf die beiden letztgenannten Aspekte. Es klafft eine eklatante Lücke in den Wahrnehmungen: Während unter den Soldatinnen und Soldaten lediglich 11,0 Prozent davon ausgehen, dass die Bevölkerung hinter der Bundeswehr steht, stimmen mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (51,8 Prozent) dieser Aussage zu. Noch drastischer ist der Unterschied hinsichtlich der Unterstützung durch die Politik: 12,9 Prozent der Soldatinnen und Soldaten haben den Eindruck, dass die Politik hinter der Bundeswehr steht, in der Bevölkerung sind es 60,6 Prozent. Diese Werte offenbaren eine deutliche Enttäuschung und Unzufriedenheit bei den Angehörigen der Bundeswehr, was die in Abschnitt 3.2.2 referierten Narrative vom „freundlichen Desinteresse“ und mangelndem Rückhalt bestätigt (vgl. auch die Befunde der Gruppendiskussion in 6.4.1). Allerdings entspricht die Wahrnehmung im Hinblick auf die Bevölkerung nicht der empirischen Realität, da eine große Mehrheit der Deutschen hinter ihren Streitkräften steht (Graf 2022: 18–19; Wanner 2019).⁴³

Aus den Ergebnissen der multivariaten linearen Regression in Tabelle 6.24 geht hervor, dass keiner der drei Indikatoren unter Kontrolle einer Vielzahl von Einstellungen und Merkmalen statistisch signifikant mit dem Index Rechtsextremismus zusammenhängt.

⁴³ Weitere Ergebnisse zu dieser Thematik auf Basis der Gruppendiskussionen finden sich in Abschnitt 6.4.1.

Die große Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung bei den Soldatinnen und Soldaten (vgl. Tabelle 6.23) wirkt sich also nicht auf rechtsextremistische Einstellungen aus. Die Sozialisationshypothese 2 kann daher auf Basis dieser Ergebnisse verworfen werden. Die Enttäuschung von Soldatinnen und Soldaten über (vermeintlich) fehlende politische Unterstützung, gesellschaftliche Anerkennung oder mediale Aufmerksamkeit mag für sich genommen ein Problem sein und die zivil-militärischen Beziehungen ernsthaft belasten, sie geht aber nicht mit stärker ausgeprägten rechtsextremistischen Einstellungen einher.

Tabelle 6.23: Deskriptive Statistiken der Indikatoren für Sozialisationshypothese 2

Frage/Item	Lehne völlig ab (0)	Lehne eher ab (0,25)	Teils/ teils (0,5)	Stimme eher zu (0,75)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Bevölkerung steht hinter der Bundeswehr	6,8	34,5	46,9	10,6	0,4	11,0	14,9	51,8
Zu wenig Medienberichterstattung über Bundeswehr	1,3	8,8	34,5	38,8	16,3	55,1	53,7	42,6
Politik steht hinter der Bundeswehr	10,4	35,2	41,0	11,4	1,5	12,9	23,4	60,6

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext der Fragebatterie und vollständiger Text der Items: „Im Folgenden finden Sie eine Reihe von allgemeinen Aussagen zum Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Geben Sie bitte zu jeder Aussage an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen. Die deutsche Bevölkerung steht hinter der Bundeswehr. In den deutschen Medien wird im Großen und Ganzen zu wenig über die Bundeswehr berichtet. Die deutsche Politik steht hinter der Bundeswehr.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Tabelle 6.24: Erklärungsmodell für rechtsextremistische Einstellungen, Teil 3: Indikatoren für Sozialisationshypothese 2

Variable	Standardisierter Effekt	Verstärkung oder Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen
Bevölkerung steht hinter der Bundeswehr	0,03	0
Zu wenig Medienberichterstattung über Bundeswehr	0,03	0
Politik steht hinter der Bundeswehr	0,01	0

Anmerkungen: Wertebereich Index Rechtsextremismus: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Analyseverfahren: OLS-Regression, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$. Die Werte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten bei allen in das Modell eingeschlossenen Variablen ($n = 2.226$), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer der Variablen sind jeweils aus den Berechnungen ausgeschlossen. Die Werte für die Effektkoeffizienten basieren auf dem vollständigen Regressionsmodell, mit dem die Wirkung aller Variablen und Hypothesen gleichzeitig untersucht wird. 0: kein Zusammenhang mit rechtsextremistischen Einstellungen, +: leichte Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta < 0,1$), ++: starke Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta \geq 0,1$), -: leichte Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta < 0$ und $> -0,1$), --: starke Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta \leq -0,1$).

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

6.2.5 Sozialisationshypothese 3: Hängt die Unzufriedenheit mit dem Dienst mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr zusammen?

In diesem Abschnitt zu Sozialisationshypothese 3 wird untersucht, ob die Enttäuschung und Unzufriedenheit von Soldatinnen und Soldaten mit dem militärischen Dienst mit rechtsextremistischen Einstellungen zusammenhängt. Die analytische Vorgehensweise und die Darstellung der Ergebnisse sind identisch mit den vorherigen Abschnitten. Allerdings stehen für die hier untersuchten Indikatoren aus naheliegenden Gründen keine Vergleichsdaten aus der Bevölkerungsbefragung zur Verfügung. Tabelle 6.25 zeigt eine relativ große bis mehrheitliche Zufriedenheit der Soldatinnen und Soldaten mit ihrer Bezahlung (45,8 Prozent), ihren jeweiligen direkten Vorgesetzten (49,9 Prozent) und insbesondere der Kameradschaft (51,2 Prozent). Maximal 21 Prozent sind hier jeweils (eher) unzufrieden.

Tabelle 6.25: Deskriptive Statistiken der Indikatoren für Sozialisationshypothese 3, Teil 1

Frage/Item	Sehr unzu-	Eher unzu-	Teils/	Eher	Sehr	Zufriedenheit (%)		
	frieden	frieden	teils/	zufrieden	zufrieden	Mil	Ziv	Bev
	(0)	(0,25)	(0,5)	(0,75)	(1)			
Zufriedenheit Vorgesetzter	6,5	11,7	31,1	35,1	14,8	49,9	48,3	–
Zufriedenheit Ausrüstung und Bewaffnung	21,1	28,9	28,4	16,2	2,8	19,0	29,1	–
Zufriedenheit Kameradschaft	6,6	13,1	28,1	34,8	16,4	51,2	55,0	–
Zufriedenheit Bezahlung	5,9	14,9	22,2	39,4	6,4	45,8	47,7	–
	Überhaupt	Eher nicht	Etwas ver-	Eher ver-	Sehr ver-	Verbundenheit (%)		
	nicht ver-	verbunden	bunden	bunden	verbunden	Mil	Ziv	Bev
	bunden	(0,25)	(0,5)	(0,75)	(1)			
Verbundenheit Bundeswehr insgesamt	2,0	8,6	21,0	46,8	21,4	68,2	66,4	–
	Kein	Ein	Zwei	Drei Einsätze	Mindestens ein			
	Einsatz	Einsatz	Einsätze	od. mehr (≥3)	Mil	Ziv	Bev	
	(0)	(1)	(2)					
Zahl Auslandseinsätze	54,3	17,7	10,6	17,2	45,5	12,4	–	

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext der Fragebatterie Zufriedenheit und vollständiger Text der Items: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie, alles in allem, mit den folgenden Aspekten Ihres Dienstes in der Bundeswehr? Führungsstil Ihrer/Ihres Vorgesetzten; Ausrüstung und Bewaffnung Ihrer Einheit bzw. materielle Ausstattung Ihrer Dienststelle; Kameradschaft in Ihrer Einheit bzw. Zusammenhalt in der Dienststelle; Ihrer Bezahlung/Besoldung.“ Zufriedenheit: „Eher zufrieden“ und „Sehr zufrieden“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Einleitungstext der Fragebatterie Verbundenheit: „Im Folgenden geht es um Ihre Verbundenheit mit verschiedenen militärischen oder organisatorischen Einheiten oder Gruppen. Bitte geben Sie an, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit ... der Bundeswehr insgesamt.“ Verbundenheit: „Eher verbunden“ und „sehr verbunden“ zusammengefasst. –: nicht erhoben.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Große Unzufriedenheit herrscht dagegen bei den militärischen Angehörigen der Bundeswehr im Hinblick auf Ausrüstung und Bewaffnung. Lediglich 19,0 Prozent sind mit diesem Aspekt (eher oder sehr) zufrieden, genau 50,0 Prozent eher oder sehr unzufrieden. Mit der Bundeswehr, also dem eigenen Arbeitgeber, gibt es eine (eher oder sehr) große

Verbundenheit (68,2 Prozent). Immerhin 45,5 Prozent der Befragten waren in mindestens einem Auslandseinsatz, 17,2 Prozent haben sogar drei oder mehr Einsätze hinter sich. Die durchschnittliche Dienstzeit der befragten Soldatinnen und Soldaten beträgt 12,18 Jahre wie Tabelle 6.26 darstellt.

Tabelle 6.26: Deskriptive Statistiken der Indikatoren für Sozialisationshypothese 3, Teil 2

Skala	Mittelwert		
	Mil	Ziv	Bev
Länge Dienstzeit in Jahren	12,18	18,06	–

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Wertebereich Index/Skala: 0 Jahre bis 46 Jahre. Die Mittelwerte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (Mil: n = 2.674, Ziv: n = 1.562), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer Frage sind aus den Berechnungen ausgeschlossen. –: nicht erhoben.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Tabelle 6.27: Erklärungsmodell für rechtsextremistische Einstellungen, Teil 4: Indikatoren für Sozialisationshypothese 3

Gruppe/Variable	Standardisierter Effekt	Verstärkung oder Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen
Zufriedenheit Vorgesetzte	0,01	0
Zufriedenheit Ausrüstung und Bewaffnung	0,05**	+
Zufriedenheit Kameradschaft	-0,03	0
Zufriedenheit Bezahlung	0,01	0
Verbundenheit Bundeswehr insgesamt	-0,01	0
Zahl Auslandseinsätze	-0,05*	-
Länge Dienstzeit in Jahren	0,04	0

Anmerkungen: Wertebereich Index Rechtsextremismus: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Analyseverfahren: OLS-Regression, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Die Werte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten bei allen in das Modell eingeschlossenen Variablen (n = 2.226), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer der Variablen sind jeweils aus den Berechnungen ausgeschlossen. Die Werte für die Effektkoeffizienten basieren auf dem vollständigen Regressionsmodell, mit dem die Wirkung aller Variablen und Hypothesen gleichzeitig untersucht wird. 0: kein Zusammenhang mit rechtsextremistischen Einstellungen, +: leichte Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen (beta < 0,1), ++: starke Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen (beta ≥ 0,1), -: leichte Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen (beta < 0 und > -0,1), --: starke Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen (beta ≤ -0,1).

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Tabelle 6.27 präsentiert die Ergebnisse der multivariaten linearen Regressionsanalyse, die nur zwei statistisch signifikante Einflüsse offenlegt. Die Zufriedenheit mit den unmittelbaren Vorgesetzten, der Kameradschaft und der Bezahlung, die Verbundenheit mit der Bundeswehr insgesamt sowie die Länge der Dienstzeit stehen in keinem Zusammenhang mit rechtsextremistischen Einstellungen. Eine höhere Zahl an Auslandseinsätzen geht mit stärkerer Ablehnung rechtsextremistischer Positionen einher. Überraschend ist der positive Effekt der (Un-)Zufriedenheit mit Ausrüstung und Bewaffnung auf die abhängige

Variable. Hier wäre – angesichts der weitverbreiteten Unzufriedenheit bei den Soldatinnen und Soldaten (vgl. Tabelle 6.25) – ein negatives Vorzeichen und damit eine Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen zu erwarten gewesen. Dass sich ein gegenteiliger Effekt zeigt, ist offenkundig dem umfangreichen Regressionsmodell geschuldet, das eine Vielzahl von Einflussgrößen enthält. Die dadurch bedingte gegenseitige Kontrolle der Variablen führt zu diesem kontraintuitiven Befund, der hinsichtlich seiner praktischen Relevanz zu vernachlässigen ist. Insgesamt wird Sozialisationshypothese 3 allenfalls in Ansätzen bestätigt. Enttäuschung und Unzufriedenheit von Soldatinnen und Soldaten mit dem militärischen Dienst hängen nur sehr eingeschränkt mit rechtsextremistischen Einstellungen zusammen. Selbst die sehr negative Bewertung der Ausrüstung und Bewaffnung, die eine Belastung des innermilitärischen Klimas darstellt (vgl. Abschnitt 6.4) und der unbedingt zu begegnen ist, fördert rechtsextremistische Einstellungen nicht.

6.2.6 Sozialisationshypothese 4: Hängen soldatische Identität und ein militärisches Elitebewusstsein mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr zusammen?

Die Verteilungen und deskriptiven Statistiken der Items und Indikatoren für Sozialisationshypothese 4 sind in den Tabellen 6.28 bis 6.30 dokumentiert. Eine absolute Mehrheit der militärischen Bundeswehrangehörigen verfügt über ein soldatisches Elitebewusstsein, dies bestätigt der Mittelwert für den entsprechenden Index (0,77). Große Mehrheiten um die 80 Prozent befürworten zugleich das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform und stimmen zu, dass der Dienst in der Bundeswehr dem Erhalt der Demokratie dient. Hinsichtlich der Frage, ob Soldaten in erster Linie Kämpfer seien, zeigt sich ein ambivalentes Meinungsbild mit leichter Tendenz zur Ablehnung (30,6 Prozent; bei 25,3 Prozent Zustimmung). Die zivile Kontrolle der Streitkräfte wird mit einem Mittelwert von 0,62 mehrheitlich befürwortet. Der Unterricht in Politischer Bildung wird nur von einer sehr kleinen Gruppe als Zeitverschwendung oder unzulässige Beeinflussung angesehen (0,16). Die Praxis der Inneren Führung in der Bundeswehr wird von den Soldatinnen und Soldaten im Mittel ambivalent bewertet (0,50). Positive Haltungen zur Wehrmacht sind nur bei Minderheiten verbreitet (0,31). Die Unterschiede in den Mittelwerten und der Zustimmung zwischen militärischen und zivilen Angehörigen sind – mit Ausnahme der Bewertung einer Sonderstellung für Soldaten der Bundeswehr – gering. Größere Unterschiede bestehen teilweise zwischen den Bundeswehrangehörigen und der Bevölkerung. Besonders ausgeprägt sind diese beim (wahrgenommenen) soldatischen Elitebewusstsein und bei den Bewertungen zur Wehrmacht. Hier sind die Zustimmungswerte der militärischen Angehörigen der Bundeswehr höher als die der Bevölkerung.

Tabelle 6.28: Deskriptive Statistiken der Indikatoren für Sozialisationshypothese 4, Teil 1

Frage/Item	Lehne völlig ab (0)	Lehne eher ab (0,25)	Teils/ teils (0,5)	Stimme eher zu (0,75)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Indikatoren für Index soldatisches Elitebewusstsein								
Soldaten verdienen eine Sonderstellung in Staat und Gesellschaft. *	6,7	13,9	26,5	29,1	23,2	52,3	–	38,7
Der soldatische Dienst ist für die Gesellschaft unverzichtbar. *	0,3	1,1	6,3	19,7	72,3	92,0	81,4	65,8
Einzelindikatoren für soldatisches Rollenbild								
Soldaten sind in erster Linie Kämpfer.	8,6	22,0	43,8	15,5	9,8	25,3	–	29,5
Soldaten sind vor allem Staatsbürger in Uniform.	0,8	2,7	12,5	32,7	50,7	83,4	–	52,3
Dienst in der Bundeswehr dient dem Erhalt der Demokratie.	1,2	3,2	15,3	27,6	52,1	79,7	80,9	65,9
Indikatoren für Index Zivile Kontrolle Streitkräfte								
Die Bundeswehr ist ein Staat im Staate.	42,8	26,7	17,8	8,5	2,9	11,4	12,0	26,0
In einer Demokratie sollte das Militär einer zivilen Kontrolle unterliegen.	16,7	20,1	26,3	19,0	16,6	35,6	45,5	45,1
Indikatoren für Index Politische Bildung ist Beeinflussung und Zeitverschwendung								
Politische Bildung in der Bundeswehr ist unzulässige ideologische Beeinflussung.	61,2	24,8	9,6	2,6	0,6	3,2	–	–
Politische Bildung in der Bundeswehr ist für mich eine Bevormundung durch den Dienstherrn.	61,9	22,9	9,3	3,5	0,6	4,1	–	–
Politische Bildung in der Bundeswehr kostet zu viel Zeit, die dann für die militärische Ausbildung fehlt.	50,1	30,5	13,0	4,4	1,3	5,4	–	–

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext der Fragebatterie Index soldatisches Elitebewusstsein und der drei folgenden Items: „Im Folgenden finden Sie eine Reihe von allgemeinen Aussagen zum politischen Rollenbild von Soldatinnen und Soldaten. Geben Sie bitte zu jeder Aussage an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ *Die Formulierung dieser Items in der Stichprobe der zivilen Beschäftigten in Modul 1 bezog sich auf zivile Beschäftigte und nicht auf Soldatinnen und Soldaten. Die Werte können daher streng genommen nicht verglichen werden. Einleitungstext der Fragebatterie Index Zivile Kontrolle Streitkräfte: „Im Folgenden finden Sie eine Reihe von allgemeinen Aussagen zum Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Geben Sie bitte zu jeder Aussage an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Einleitungstext der Fragebatterie Index Politische Bildung ist Beeinflussung und Zeitverschwendung: „Inwieweit treffen die folgenden Aussagen zur Politischen Bildung in der Bundeswehr im Allgemeinen zu oder nicht zu?“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Das Item „Die Bundeswehr ist ein Staat im Staate“ wurde für die Auswertung rekodiert. Die Antwortausprägungen wurden an der Mitte der Skala gespiegelt, sodass in der rekodierten Fassung höhere Werte im Sinne von Zustimmung zur zivilen Kontrolle der Streitkräfte werden können. Die Formulierung in der Tabelle spiegelt die Rekodierung nicht wider. –: nicht erhoben.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie 2022“ (Modul 2).

Tabelle 6.29: Deskriptive Statistiken der Indikatoren für Sozialisationshypothese 4, Teil 2

Frage/Item	Lehne völlig ab (0)	Lehne eher ab (0,25)	Teils/ teils (0,5)	Stimme eher zu (0,75)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Indikatoren für Index Bewertung der Praxis der Inneren Führung								
Die Innere Führung wird im Dienstalltag schlecht umgesetzt.	3,3	22,1	46,3	19,9	6,3	26,2	27,0	–
Die Innere Führung hat mit der Lebenswirklichkeit der Soldaten der Bundeswehr wenig zu tun.	6,8	27,4	34,6	21,3	6,1	27,4	22,3	–
Die Innere Führung wird in der Bundeswehr gelebt.	3,9	20,1	50,3	20,7	1,6	22,3	18,5	–
Indikatoren für Index Bewertung Wehrmacht								
Die Wehrmacht hat im Wesentlichen ehrenvoll gekämpft.	20,6	22,7	33,2	14,1	3,5	17,6	16,8	13,6
Die Bundeswehr hat mit der Wehrmacht nichts zu tun.	3,2	12,2	19,5	22,7	39,2	61,9	60,9	72,1
Die Wehrmacht kann auch heute noch ein Vorbild für die Bundeswehr sein.	31,9	27,7	25,1	8,1	2,8	10,9	7,7	8,9
Man sollte die militärischen Leistungen der Wehrmacht würdigen.	21,6	20,6	31,7	15,4	6,1	21,5	13,4	10,7
Die Wehrmacht war ein Instrument des Vernichtungskriegs des nationalsozialistischen Regimes.	2,4	4,0	16,1	27,9	44,8	72,7	68,8	73,7
Die Wehrmacht sollte Teil der Tradition der Bundeswehr sein.	35,0	26,1	24,0	8,0	3,2	11,2	9,2	8,2

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext der Fragebatterie Index Bewertung der Praxis der Inneren Führung: „Bitte geben Sie zu jeder dieser Aussagen an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Einleitungstext der Fragebatterie Index Bewertung Wehrmacht: „Im Folgenden finden Sie eine Reihe von Aussagen zur Wehrmacht. Geben Sie bitte zu jeder Aussage an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Die Items „Die Innere Führung wird im Dienstalltag schlecht umgesetzt“, „Die Innere Führung hat mit der Lebenswirklichkeit der Soldaten der Bundeswehr wenig zu tun“, „Die Bundeswehr hat mit der Wehrmacht nichts zu tun“ und „Die Wehrmacht war ein Instrument des Vernichtungskriegs des nationalsozialistischen Regimes“ wurden für die Auswertung rekodiert. Die Antwortausprägungen wurden an der Mitte der Skala gespiegelt, sodass in der rekodierten Fassung höhere Werte im Sinne einer besseren Bewertung der Praxis der Inneren Führung und einer positiveren Bewertung der Wehrmacht interpretiert werden können. Die Formulierung in der Tabelle spiegelt die Rekodierung nicht wider. –: nicht erhoben.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie 2022“ (Modul 2).

Tabelle 6.31 fasst die Ergebnisse der Regressionsanalysen für Sozialisationshypothese 4 zusammen. Alle berücksichtigten Indizes und Einstellungen haben einen Einfluss auf das Ausmaß an Zustimmung zu rechtsextremistischen Positionen – mit Ausnahme der Bewertung der Praxis der Inneren Führung. Dieser fehlende Einfluss ist wenig erstaunlich, da zugleich weitere Haltungen zu Kernbestandteilen der Führungsphilosophie der Bundeswehr in den Analysen enthalten sind (siehe unten). Mit erheblichem Abstand wirkt sich der Index zur Bewertung der Wehrmacht am stärksten aus: Eine positive Sicht auf

die Wehrmacht geht mit einer größeren Zustimmung zu rechtsextremistischen Positionen einher.⁴⁴

Tabelle 6.30: Deskriptive Statistiken der Indikatoren für Sozialisationshypothese 4, Teil 3

Index	Mittelwert		
	Mil	Ziv	Bev
Index soldatisches Elitebewusstsein *	0,77	0,63	0,62
Index Zivile Kontrolle Streitkräfte	0,62	0,65	0,59
Index Politische Bildung ist Beeinflussung und Zeitverschwendung	0,16	–	–
Index Bewertung der Praxis der Inneren Führung	0,50	0,49	–
Index Bewertung Wehrmacht	0,31	0,28	0,21

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Wertebereich aller Indizes: 0 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Die Mittelwerte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten (Mil: n = 2.651–2.710, Ziv: n = 1.450–1.583), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer Frage sind aus den Berechnungen ausgeschlossen. *Die Formulierung der jeweiligen Items in der Stichprobe der zivilen Beschäftigten in Modul 1 bezog sich auf zivile Beschäftigte und nicht auf Soldatinnen und Soldaten. Die Werte können daher streng genommen nicht verglichen werden. Reliabilität Index soldatisches Elitebewusstsein Mil (Cronbachs alpha): 0,33; Reliabilität Index Zivile Kontrolle Streitkräfte Mil (Cronbachs alpha): 0,33, Reliabilität Index Politische Bildung ist Beeinflussung und Zeitverschwendung Mil (Cronbachs alpha): 0,75; Reliabilität Index Bewertung der Praxis der Inneren Führung Mil (Cronbachs alpha): 0,71; Reliabilität Index Bewertung Wehrmacht Mil (Cronbachs alpha): 0,83. –: nicht erhoben.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Auch wer Politische Bildung als unzulässige Beeinflussung und Zeitverschwendung ansieht, teilt eher rechtsextremistische Haltungen – dieser Faktor hat ebenfalls einen starken positiven Effekt. Weiterhin förderlich für die Unterstützung rechtsextremistischer Haltungen sind eine Bejahung des Kämpferbildes sowie ein ausgeprägtes soldatisches Elitebewusstsein. Eine geringere Unterstützung für rechtsextremistische Positionen findet sich bei denjenigen, die im Dienst in der Bundeswehr einen Dienst für den Erhalt der Demokratie sehen und hinter dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform stehen. Wer die zivile Kontrolle der Streitkräfte befürwortet, zeigt ebenso weniger Anzeichen eines rechtsextremistischen Weltbildes. Insgesamt bestätigen die vorliegenden Ergebnisse Sozialisationshypothese 4 in eindeutiger Weise: Militärische Kämpfer- und Elite-Identitäten sowie eine positive Haltung zur Wehrmacht gehen mit rechtsextremistischen Einstellungen einher. Werden die Grundsätze der Inneren Führung bejaht, zeigt sich ein geringeres Ausmaß an rechtsextremistischen Haltungen.

⁴⁴ Am positivsten stehen unter den Soldatinnen und Soldaten mit einem Mittelwert von 0,40 die Angehörigen der Kampftruppen der Wehrmacht gegenüber. So erklärt sich auch der auf Basis der Ergebnisse der bivariaten Zusammenhangsanalysen kontraintuitive negative direkte Einfluss der Zugehörigkeit zu den Kampftruppen auf den Index Rechtsextremismus im multivariaten Regressionsmodell (vgl. Abschnitt 6.2.2).

Tabelle 6.31: Erklärungsmodell für rechtsextremistische Einstellungen, Teil 5: Indikatoren für Sozialisationshypothese 4

Index/Variable	Standardisierter Effekt	Verstärkung oder Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen
Index soldatisches Elitebewusstsein	0,07***	+
Soldaten sind in erster Linie Kämpfer	0,04*	+
Soldaten sind vor allem Staatsbürger in Uniform	-0,04*	-
Dienst in der Bundeswehr dient dem Erhalt der Demokratie	-0,07***	-
Index Zivile Kontrolle Streitkräfte	-0,06**	-
Index Politische Bildung ist Beeinflussung und Zeitverschwendung	0,16***	++
Index Bewertung der Praxis der Inneren Führung	0,03	0
Index Bewertung Wehrmacht	0,27***	++

Anmerkungen: Wertebereich Index Rechtsextremismus: -1 (alle Fragen/Items werden völlig abgelehnt) bis +1 (allen Fragen/Items wird völlig zugestimmt). Analyseverfahren: OLS-Regression, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$. Die Werte beziehen sich auf alle Befragten mit gültigen Werten bei allen in das Modell eingeschlossenen Variablen ($n = 2.226$), d.h. Befragte mit fehlendem Wert auf mindestens einer der Variablen sind jeweils aus den Berechnungen ausgeschlossen. Die Werte für die Effektkoeffizienten basieren auf dem vollständigen Regressionsmodell, mit dem die Wirkung aller Variablen und Hypothesen gleichzeitig untersucht wird. 0: kein Zusammenhang mit rechtsextremistischen Einstellungen, +: leichte Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta < 0,1$), ++: starke Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta \geq 0,1$), -: leichte Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta < 0$ und $> -0,1$), --: starke Abschwächung rechtsextremistischer Einstellungen ($\beta \leq -0,1$).

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

6.2.7 Zusammenfassung der Ergebnisse zu den Sozialisationshypothesen

Die Analyseergebnisse zu den Sozialisationshypothesen werden in diesem Abschnitt noch einmal zusammengefasst. In Tabelle 6.32 sind die Indizes und Items aufgelistet, die auf Basis der multivariaten Regressionsanalysen für das Ausmaß rechtsextremistischer Einstellungen auf Basis des Rechtsextremismus-Index relevant sind. Die Darstellung unterscheidet zwischen Faktoren, die starke und schwache Wirkungen entfalten und die Unterstützung rechtsextremistischer Positionen erhöhen oder verringern. Die Zuordnung zu den einzelnen Sozialisationshypothesen wird durch die entsprechende Nummer dargestellt.

Insgesamt sechs Faktoren erhöhen die Zustimmung zu rechtsextremistischen Aussagen. Drei davon verstärken rechtsextremistische Einstellungen erheblich: der Index Bewertung Wehrmacht, der Index Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung und der Index Politische Bildung ist Beeinflussung und Zeitverschwendung. Von den sechs Faktoren, die das Ausmaß rechtsextremistischer Haltungen erhöhen, lassen sich vier dem Themenbereich soldatisches Selbstverständnis und Identität, also Sozialisationshypothese 4, zuordnen.

Insgesamt gibt es acht Faktoren, welche die Ablehnung rechtsextremistischer Positionen fördern. Darunter haben zwei Variablen einen stark verringernenden Effekt: Demokratiezufriedenheit und der Index Unterstützung FDGO, beide entstammen dem Bereich politische (Un-)Zufriedenheit, also Sozialisationshypothese 1. Unter den Faktoren mit kleineren Einflüssen sind solche aus den Bereichen dienstliche Unzufriedenheit (Sozialisationshypothese 3), soldatisches Selbstverständnis (Sozialisationshypothese 4) sowie sozio- und militärdemografische Merkmale zu finden.

**Tabelle 6.32: Erklärungsmodell für rechtsextremistische Einstellungen:
Zusammenfassung der Ergebnisse**

Effekt	Verstärkung rechts- extremistischer Einstellungen (+)		Verringerung rechts- extremistischer Einstellungen (-)	
	Indikator	H	Indikator	H
Stark	Index Bewertung Wehrmacht (0,27)	4	Demokratiezufriedenheit (-0,14)	1
	Index Wahrnehmung Einschränkung Meinungsäußerung (0,24)	1	Index Unterstützung FDGO (-0,11)	1
	Index Politische Bildung ist Beeinflussung und Zeitverschwendung (0,16)	4		
Schwach	Index soldatisches Elitebewusstsein (0,07)	4	Dienst in der Bundeswehr dient dem Erhalt der Demokratie (-0,07)	4
	Zufriedenheit Ausrüstung und Bewaffnung (0,05)	3	Index Zivile Kontrolle Streitkräfte (-0,06)	4
	Soldaten sind in erster Linie Kämpfer (0,04)	4	Dienstgradgruppe (-0,06)	Dem
			Zahl Auslandseinsätze (-0,05)	3
			Zugehörigkeit Kampftruppen (-0,04)	Dem
		Soldaten sind vor allem Staatsbürger in Uniform (-0,04)	4	
Korrigiertes R ² Gesamtmodell			0,499	

Anmerkungen: OLS-Regression. Dargestellt sind die standardisierten Effekte in Klammern (vgl. Tabellen 6.19, 6.22, 6.24, 6.27 und 6.31). Alle Effekte sind statistisch signifikant ($p < 0,05$); H: Sozialisationshypothese mit entsprechender Nummer; Dem: Sozio- und Militärdemografie.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Die Zusammenfassung unterstreicht, dass die wichtigsten Faktoren für die Erklärung des Ausmaßes rechtsextremistischer Einstellungen aus den Bereichen der politischen (Un-)Zufriedenheit (Sozialisationshypothese 1) und des soldatischen Selbstverständnisses (Sozialisationshypothese 4) kommen. Fragen oder Indizes zur dienstlichen (Un-)Zufriedenheit (Sozialisationshypothese 3) spielen für die Ausprägung rechtsextremistischer Haltungen eine untergeordnete Rolle, solche zur Bewertung der zivil-militärischen Beziehungen (Sozialisationshypothese 2) sind vollkommen unwichtig. Das Ausmaß der Unterstützung rechtsextremistischer Positionen in der Bundeswehr wird damit zum einen durch Faktoren beeinflusst, die dem gesellschaftlichen und politischen Umfeld der Streitkräfte zuzurechnen sind – wie die (mangelnde) Zufriedenheit mit den politischen Institu-

tionen, Prozessen und Akteuren. Zum anderen nehmen innermilitärische Größen und Bezüge, wie das Bild von der Wehrmacht, die Haltung zur Inneren Führung und das soldatische Selbstverständnis, Einfluss auf die Ausprägung rechtsextremistischer Haltungen. Aus statistisch-methodischer Sicht ist das gesamte Erklärungsmodell mit einem korrigierten R^2 von 0,499 für ein auf einzelnen Personen und ihren Merkmalen und Haltungen basierendes Modell als sehr gut zu bezeichnen: Insgesamt werden 49,9 Prozent der Streuung des Indexes Rechtsextremismus durch alle Merkmale und Orientierungen im Modell erklärt. Mithin sind die betrachteten Hypothesen, Größen und Merkmale in bemerkenswertem Maße geeignet, rechtsextremistische Einstellungen von Soldatinnen und Soldaten zu erklären.⁴⁵

6.3 Die Wahrnehmung extremistischer Vorfälle in der Bundeswehr

Die bundeswehrinterne Befragung erfasste neben politischen Einstellungen auch die Wahrnehmung und den Umgang mit extremistischen Vorfällen. Dabei stützt sich die Untersuchung auf ein Instrument, das aus einer Erhebung an den Universitäten der Bundeswehr stammt (Bulmahn et al. 2010). In einer ersten Frage wurden die militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr gefragt, ob sie bestimmte Ereignisse oder Vorfälle in ihrer Kaserne oder Dienststelle in den letzten zwölf Monaten erlebt oder bemerkt hatten. Danach folgte für diejenigen, die entsprechende Ereignisse berichten, die Frage, welchen Umgang mit dem Ereignis oder Vorfall sie wahrgenommen haben (Abschnitt 6.3.1). In einem zweiten Schritt konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Befragung bewerten, für wie wahrscheinlich sie eines von sechs Ereignissen in ihrer Dienststelle oder Kaserne hielten und welchen Umgang sie dort erwarten würden (Abschnitt 6.3.2). Die Ergebnisse zu diesen Fragen werden abschließend noch einmal zusammengefasst (Abschnitt 6.3.3).

Vor Auswertung der Ergebnisse sind ergänzend zu den Ausführungen in Abschnitt 3.2.3 einige Anmerkungen zum verwendeten Instrument notwendig: Es wurde bei den Kategorien der Vorfälle keine einheitliche Definition vorgegeben, d.h. es bleibt – wie bei quantitativen Befragungen weitgehend üblich – dem Verständnis der Befragten überlassen, wie sie die entsprechenden Kategorien für sich auslegen und wo sie die Grenze für die Zuschreibung eines Ereignisses oder Vorfalls als extremistisch ziehen. Diese Grenze wird unweigerlich zwischen verschiedenen Personen variieren. In die nachstehenden Auswer-

⁴⁵ Die Befunde der weitergehenden Analysen sind für militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr weitgehend identisch und nahezu unabhängig vom verwendeten Instrument zur Messung rechter politischer Einstellungen (Neue Rechte, Rechtsextremismus; tabellarisch nicht ausgewiesen).

tungen gehen zudem nicht nur rechtsextremistische Vorfälle ein, sondern auch Vorkommnisse religiös-fundamentalistischer und linksextremistischer Natur. Diese bieten einen Vergleichsmaßstab, um bewerten zu können, ob rechtsextremistische Ereignisse häufiger vorkommen und mit ihnen anders umgegangen wird als mit anderen mutmaßlich extremistischen Vorfällen. Hinzu kommt als weiterer Aspekt für die Einordnung der Befunde, dass eine größere Zahl von Befragten ein und dasselbe Ereignis wahrgenommen haben könnte. Angenommen, eine Kompanie, in der es einen extremistischen Vorfall gegeben hat, würde geschlossen befragt: Dann könnten alle Angehörigen der Kompanie angeben, dass sie einen extremistischen Vorfall erlebt haben und in der entsprechenden Kategorie würde ein relativ hoher Anteilswert auftreten, obwohl es sich um ein einzelnes Ereignis gehandelt hat. Dies bedeutet, dass aus den berichteten Zahlen nicht eins zu eins auf die Häufigkeit von Vorfällen in der Bundeswehr geschlossen werden kann. Für den Vergleich zwischen zivilen und militärischen Angehörigen ist noch der Hinweis wichtig, dass es für letztere durch gemeinsame Einsätze, Übungen und Lehrgänge sowie die Unterbringung in Kasernen mehr Gelegenheiten gibt (auch nach Dienstschluss), entsprechende Ereignisse oder Vorfälle zu erleben oder diese wahrzunehmen, weil mehr Zeit miteinander verbracht wird. Mit den verwendeten Instrumenten ist daher nur eine grobe Annäherung an das wahre Lagebild zur Häufigkeit entsprechender Ereignisse oder Vorfälle möglich. Trotz der beschränkten Aussagekraft der Ergebnisse liefert die folgende Auswertung der Befragungsdaten in Verbindung mit den Befunden aus den Gruppendiskussionen (Abschnitt 6.4.4) interessante Einsichten zum Meldeverhalten und seinen Erklärungsfaktoren.

6.3.1 Häufigkeit von und Umgang mit extremistischen Vorfällen in der Bundeswehr

Wie groß der Anteil derjenigen ist, die in den letzten zwölf Monaten einen politischen und mutmaßlich extremistischen Vorfall in ihrer Dienststelle oder Kaserne wahrgenommen haben, geht aus Tabelle 6.33 hervor: 26,7 Prozent der Soldatinnen und Soldaten haben mindestens eines der sechs Ereignisse – rechtsextreme, linksextreme oder fundamentalistische Sprüche, Äußerungen gegen die FDGO, rechtsextreme Musik oder extremistische Chat-Inhalte⁴⁶ – erlebt, 73,3 Prozent haben kein solches Ereignis wahrgenommen. Die Werte bei den zivilen Angehörigen weichen davon ab. Mit 16,9 Prozent haben deutlich weniger zivile Beschäftigte mindestens eines der Ereignisse erlebt oder wahrgenommen, 83,1 Prozent haben keinen der gelisteten Vorfälle erlebt. Unabhängig

⁴⁶ Anders als im Rest des Berichts werden im Abschnitt 6.3 analog zu den Formulierungen der Fragen im Fragebogen die Bezeichnungen „rechtsextreme Sprüche“, „rechtsextreme Musik“ und „linksextreme Sprüche“ verwendet. In allen anderen Abschnitten des Berichts wird „rechtsextremistisch“ etc. verwendet.

von den oben diskutierten Messproblemen zeigen diese Ergebnisse, dass die große Mehrheit der Angehörigen der Bundeswehr in ihrer üblichen dienstlichen Umgebung keine extremistischen Vorfälle wahrgenommen hat.

Am häufigsten wurden in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung rechtsextreme Sprüche erlebt. 16,1 Prozent der Soldatinnen und Soldaten sowie 10,7 Prozent der zivilen Angehörigen haben diese mitbekommen. Alle anderen Ereignisse wurden jeweils von weniger als 10 Prozent der Befragten wahrgenommen. Äußerungen gegen die FDGO werden von 9,1 Prozent des militärischen und 6,1 Prozent des zivilen Personals berichtet. Linksextreme und religiös-fundamentalistische Äußerungen werden von etwa 7 Prozent der Soldatinnen und Soldaten benannt, bei den Zivilistinnen und Zivilisten liegen die Werte 2 bzw. 3 Prozentpunkte darunter. Vorfälle in den Kategorien extremistische Inhalte in Chats und rechtsextreme Musik werden von 6,3 bzw. 5,1 Prozent der Soldatinnen und Soldaten angeführt. Bei den zivilen Angehörigen kommen diese Vorfälle so gut wie nicht vor (1,8 bzw. 1,4 Prozent).

Tabelle 6.33: Wahrnehmung politischer und mutmaßlich extremistischer Vorfälle durch Angehörige der Bundeswehr in den letzten 12 Monaten

Kategorie	Erlebt (%)	
	Mil	Ziv
Rechtsextreme Sprüche	16,1	10,7
Linksextreme Sprüche	7,0	4,1
Fundamentalistische Sprüche	7,1	5,2
Äußerungen gegen FDGO	9,1	6,1
Rechtsextreme Musik	5,1	1,4
Chat: extremistische Inhalte	6,3	1,8
Nichts	73,3	83,1
Mindestens einen Vorfall wahrgenommen	26,7	16,9

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Einleitungstext der Fragebatterie „Bitte geben Sie an, ob Sie die unten genannten Ereignisse in den letzten 12 Monaten in Ihrer Kaserne bzw. Dienststelle erlebt haben. Ja, das habe ich in den letzten 12 Monaten erlebt. Nein, das habe ich in den letzten 12 Monaten nicht erlebt.“ Fallzahlen: Mil: n = 2.693–2.715; Ziv: n = 1.573–1.578.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Im Folgenden werden in den Tabellen 6.34 bis 6.37 Zusammenhänge zwischen dem Erleben der verschiedenen Vorfälle und der Zugehörigkeit zu den sozio- und militärdemografischen Gruppen (Geschlecht, Bildung, Altersgruppe, geografische Prägung in der Jugend, Religion/Konfession, Dienstgradgruppe, Länge der Dienstzeit, Organisationsbereich/Teilstreitkraft, Truppengattung/Laufbahn/Verwendungsreihe/Dienstbereich) sowie zwei dienstbezogenen Einstellungen (Zufriedenheit mit Kameradschaft und Vorgesetzten) für die Soldatinnen und Soldaten betrachtet.

Tabelle 6.34: Wahrnehmung politischer und mutmaßlich extremistischer Vorfälle in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 1

Gruppe	Rechtsextreme Sprüche	Linksextreme Sprüche	Fundamentalistische Sprüche	Äußerungen gegen FDGO
Insgesamt	16,1	7,0	7,1	9,1
Geschlecht	***		*	
Männer	15,0	6,5	6,5	9,2
Frauen	22,8	(8,5)	(9,9)	(9,1)
Bildung		*		
Niedrig (maximal Hauptschulabschluss)	(14,4)	(6,9)	(9,6)	(10,2)
Mittel (Realschulabschluss oder vergleichbar)	16,0	8,8	7,8	9,1
Hoch (mindestens Fachhochschulreife)	16,3	5,7	6,0	9,1
Alter	***	**	**	***
Bis 24 Jahre	21,3	(7,3)	(10,3)	(6,1)
25 bis 29 Jahre	21,3	(9,3)	(9,3)	12,5
30 bis 39 Jahre	17,9	7,9	7,1	11,5
40 bis 49 Jahre	(8,8)	(5,3)	(4,2)	(6,9)
50 bis 59 Jahre	(3,9)	(1,9)	(3,5)	(2,7)
Geografische Prägung/ Sozialisierung in der Jugend			*	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16,1	(7,0)	(8,6)	9,9
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	14,4	(5,9)	(4,7)	9,1
Süddeutschland (BW, BY)	17,6	(7,2)	(7,6)	9,8
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	16,7	8,0	7,9	8,7
Religion/Konfession	***		***	*
Römisch-katholisch	15,8	(8,7)	(6,2)	(7,5)
Evangelisch (lutherisch, reformiert, freikirchlich)	15,8	7,2	7,3	9,7
Keine Religion	15,3	5,8	6,3	9,1
Dienstgradgruppe	***	***	***	
Mannschaften	22,6	10,8	12,0	11,3
Unteroffiziere ohne Portepee	20,9	(6,7)	(6,7)	(8,8)
Unteroffiziere mit Portepee	12,7	6,5	(5,1)	7,4
Offiziere	(9,6)	(4,1)	(4,7)	(10,2)
Staboffiziere und Generale	(9,1)	(1,9)	(2,9)	(9,1)
Länge Dienstzeit	***	**	**	***
Bis zu 2 Jahre	19,1	(7,7)	(8,0)	(6,0)
3 bis 5 Jahre	23,6	(9,9)	(10,9)	(9,9)
6 bis 10 Jahre	16,7	(6,8)	8,4	10,9
11 bis 15 Jahre	16,5	(7,5)	(5,6)	14,2
16 bis 20 Jahre	(18,8)	(6,7)	(5,3)	(9,7)
21 Jahre und mehr	(5,9)	(3,1)	(4,0)	(4,2)

Anmerkungen: Dargestellt sind Anteile derjenigen in Prozent, die einen Vorfall der entsprechenden Kategorie wahrgenommen haben. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für das Alter gibt es die zusätzliche Kategorie 60 Jahre und älter (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Geografische Prägung/Sozialisierung in der Jugend gibt es die zusätzliche Kategorie anderes Land (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Religion/Konfession gibt es die zusätzlichen Kategorien Orthodox, Muslimisch, Jüdisch, andere Religion (alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Tabelle 6.35: Wahrnehmung politischer und mutmaßlich extremistischer Vorfälle in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 2

Gruppe	Rechtsextreme Sprüche	Linksextreme Sprüche	Fundamentalistische Sprüche	Äußerungen gegen FDGO
Insgesamt	16,1	7,0	7,1	9,1
Organisationsbereich/ Teilstreitkraft	**	**	*	***
BMVg unmittelbar unterstellte Dienststellen	(8,3)	(0,0)	(3,3)	(6,7)
Heer	20,4	9,5	9,6	12,5
Luftwaffe	11,9	(5,5)	(4,6)	(6,7)
Marine	(16,9)	(7,6)	(6,8)	(8,0)
Streitkräftebasis (SKB)	15,1	(5,4)	(6,9)	(7,4)
Zentraler Sanitätsdienst	(15,7)	(7,1)	(5,6)	(6,7)
Cyber- und Informationsraum (CIR)	(12,4)	(6,2)	(7,5)	(7,6)
Truppengattung/Laufbahn/ Verwendungsreihe/Dienstbereich	**	***	**	***
Heer: Kampftruppen	19,0	11,2	11,1	12,2
Heer oder SKB: Nicht-Kampftruppen	18,3	6,1	7,0	10,5
Luftwaffe	10,9	(3,9)	(3,9)	(5,6)
Marine	(16,4)	(6,6)	(7,7)	(7,6)
Sanitätsdienst	(14,9)	(7,7)	(6,0)	(6,5)
CIR	(13,9)	(7,4)	(6,5)	(9,5)
Sonstige Truppengattung, Laufbahn, Verwendungsreihe oder Dienstbereich	(16,7)	(11,7)	(6,7)	(13,8)
Zufriedenheit Kameradschaft	***	***	***	***
Sehr unzufrieden	(27,5)	(11,8)	(14,0)	(16,9)
Eher unzufrieden	27,0	(12,0)	(10,5)	(12,6)
Teil/teils	17,9	9,5	8,7	11,0
Eher zufrieden	11,4	(3,6)	(4,6)	6,8
Sehr zufrieden	(9,5)	(3,6)	(4,5)	(5,4)
Zufriedenheit Vorgesetzter	***	***	**	***
Sehr unzufrieden	(26,1)	(14,1)	(13,6)	(15,9)
Eher unzufrieden	20,9	(11,1)	(7,0)	(13,0)
Teil/teils	19,0	8,0	7,5	10,2
Eher zufrieden	12,2	(5,3)	6,3	7,9
Sehr zufrieden	(11,3)	(3,0)	(5,3)	(4,0)

Anmerkungen: Dargestellt sind Anteile derjenigen in Prozent, die einen Vorfall der entsprechenden Kategorie wahrgenommen haben. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für Organisationsbereich/Teilstreitkraft gibt es zusätzliche Kategorien (Personal, AIN, IUD, Sonstiger Orgbereich, alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Frauen haben häufiger als Männer rechtsextreme und religiös-fundamentalistische Sprüche wahrgenommen. 66,2 Prozent der Frauen haben keine Vorfälle erlebt. Bei den Männern sind dies mit 74,7 Prozent 8,5 Prozentpunkte mehr. Hinsichtlich der Bildung zeigen sich nur wenige statistisch signifikante Zusammenhänge. Einzig bemerkenswert ist der

Befund zur Kategorie rechtsextreme Musik: Hier ergibt sich ein deutlicher Bildungseffekt. Befragte mit niedriger Bildung haben rechtsextreme Musik mit 8,6 Prozent doppelt so häufig wahrgenommen wie Befragte mit höherer Bildung (3,6 Prozent). Für das Alter besteht über alle Kategorien hinweg ein systematischer Zusammenhang: Je älter man ist, desto weniger hat man alle Ereignisse in den letzten 12 Monaten erlebt.

Am deutlichsten wird das bei rechtsextremen Sprüchen: Bei den bis zu 29-Jährigen sind solche Sprüche mehr als jedem fünften aufgefallen (21,3 Prozent), unter den 50- bis 59-Jährigen haben nur 3,9 Prozent rechtsextreme Sprüche gehört. Der Alterseffekt zeigt sich auch sehr markant im Hinblick auf die fehlende Wahrnehmung eines der abgefragten Ereignisse. In den beiden jüngsten Altersgruppen haben lediglich zwei Drittel der Befragten *keinen* der Vorfälle wahrgenommen, bei den 50- bis 59-Jährigen sind es über 90 Prozent. Die geografische Prägung in der Jugend wirkt sich nicht systematisch auf die Wahrnehmung der Ereignisse aus, anders als Religion bzw. Konfession, wo durchgehend statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen auftreten. Große Unterschiede in dieser Kategorie ergeben sich allerdings in der Regel zwischen allen oder einigen der zahlenmäßig sehr kleinen Gruppen (jüdisch, muslimisch, orthodox, andere Religion) einerseits und den Angehörigen der beiden großen christlichen Kirchen sowie Befragten ohne Religion andererseits. Aufgrund der geringen Anzahl von Befragten anderer Religionen und der damit verbundenen unzureichenden statistischen Belastbarkeit werden diese Ergebnisse hier nicht weiter dargestellt und interpretiert.

Für die Dienstgradgruppe bestehen systematische Zusammenhänge. Je höher die Dienstgradgruppe eines Befragten, desto seltener hat er Vorfälle aus allen Kategorien erlebt. Besonders deutlich wird dies erneut bei den Kategorien „rechtsextreme Sprüche“ und „Nichts“ (keine Vorfälle wahrgenommen). Unter den Mannschaftsdienstgraden haben 22,6 Prozent rechtsextreme Sprüche gehört, unter den Stabsoffizieren und Generalen ist dies nur bei 9,1 Prozent der Befragten der Fall. Spiegelbildlich dazu haben bei der höchsten Dienstgradgruppe 83,4 Prozent gar keine Vorfälle erlebt, während es bei den Mannschaften lediglich 64,5 Prozent sind. Dieser Befund passt einerseits zu den Eingangsbemerkungen hinsichtlich der Gelegenheitsstrukturen für das Erleben der Vorfälle, denn Mannschaftssoldatinnen und -soldaten halten sich auch nach Dienstschluss mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit in der Kaserne auf. Andererseits entspricht er den Befunden zur stärkeren Unterstützung rechtsextremistischer Positionen unter Mannschaftsdienstgraden (vgl. Abschnitt 6.2.2).

Tabelle 6.36: Wahrnehmung politischer und mutmaßlich extremistischer Vorfälle in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 3

Gruppe	Rechtsextreme Musik	Chat: extremistische Inhalte	Nichts
Insgesamt	5,1	6,3	73,7
Geschlecht			**
Männer	4,9	6,0	74,7
Frauen	(5,8)	(7,9)	66,2
Bildung	**		
Niedrig (maximal Hauptschulabschluss)	(8,6)	(8,0)	76,2
Mittel (Realschulabschluss oder vergleichbar)	6,0	5,8	72,6
Hoch (mindestens Fachhochschulreife)	(3,6)	6,4	73,4
Alter	***	**	***
Bis 24 Jahre	(9,8)	(7,3)	67,0
25 bis 29 Jahre	(8,6)	(9,3)	67,4
30 bis 39 Jahre	(4,4)	6,5	69,5
40 bis 49 Jahre	(1,3)	(4,0)	82,8
50 bis 59 Jahre	(0,8)	(2,3)	91,1
Geografische Prägung/ Sozialisation in der Jugend		*	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	(4,7)	9,1	73,1
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	(4,1)	(5,0)	75,1
Süddeutschland (BW, BY)	(7,4)	(6,3)	70,7
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	(4,7)	(5,5)	73,0
Religion/Konfession	*	**	***
Römisch-katholisch	(4,0)	(5,1)	76,0
Evangelisch (lutherisch, reformiert, freikirchlich)	(5,6)	7,7	73,6
Keine Religion	5,0	5,6	73,6
Dienstgradgruppe	***	**	***
Mannschaften	10,9	8,7	64,5
Unteroffiziere ohne Portepee	(5,2)	(6,5)	70,0
Unteroffiziere mit Portepee	(2,3)	(4,7)	77,6
Offiziere	(2,3)	(6,1)	78,8
Stabsoffiziere und Generale	(1,0)	(3,8)	83,4
Länge Dienstzeit	***	*	***
Bis zu 2 Jahre	(6,7)	(7,2)	69,9
3 bis 5 Jahre	(10,1)	(8,9)	65,9
6 bis 10 Jahre	(6,3)	(6,5)	71,7
11 bis 15 Jahre	(4,5)	(6,2)	68,3
16 bis 20 Jahre	(1,4)	(4,3)	73,8
21 Jahre und mehr	(0,7)	(3,9)	87,5

Anmerkungen: Dargestellt sind Anteile derjenigen in Prozent, die einen Vorfall der entsprechenden Kategorie wahrgenommen haben. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für das Alter gibt es die zusätzliche Kategorie 60 Jahre und älter (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Geografische Prägung/Sozialisation in der Jugend gibt es die zusätzliche Kategorie anderes Land (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Religion/Konfession gibt es die zusätzlichen Kategorien Orthodox, Muslimisch, Jüdisch, andere Religion (alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Tabelle 6.37: Wahrnehmung politischer und mutmaßlich extremistischer Vorfälle in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 4

Gruppe	Rechtsextreme Musik	Chat: extremistische Inhalte	Nichts
Insgesamt	5,1	6,3	73,7
Organisationsbereich/ Teilstreitkraft	***	**	***
BMVg unmittelbar unterstellte Dienststellen	(0,0)	(1,7)	86,9
Heer	8,7	9,0	66,8
Luftwaffe	(1,4)	(5,0)	79,1
Marine	(5,1)	(6,3)	72,2
Streitkräftebasis (SKB)	(4,6)	(4,9)	74,4
Zentraler Sanitätsdienst	(2,6)	(4,8)	74,9
Cyber- und Informationsraum (CIR)	(3,1)	(2,7)	78,0
Truppengattung/Laufbahn/ Verwendungsreihe/Dienstbereich	***	**	***
Heer: Kampftruppen	(9,2)	(9,0)	66,4
Heer oder SKB: Nicht-Kampftruppen	5,9	7,4	70,8
Luftwaffe	(1,9)	(4,3)	82,5
Marine	(5,1)	(5,5)	73,7
Sanitätsdienst	(2,8)	(4,5)	75,6
CIR	(4,0)	(3,5)	74,9
Sonstige Truppengattung, Laufbahn, Verwendungsreihe oder Dienstbereich	(1,7)	(5,1)	(71,7)
Zufriedenheit Kameradschaft	***	**	***
Sehr unzufrieden	(11,2)	(11,8)	62,6
Eher unzufrieden	(7,4)	(9,4)	61,2
Teil/teils	(5,8)	(6,2)	69,0
Eher zufrieden	(4,3)	(4,7)	79,2
Sehr zufrieden	(2,0)	(5,5)	82,7
Zufriedenheit Vorgesetzter	**		***
Sehr unzufrieden	(4,5)	(7,9)	60,8
Eher unzufrieden	(7,6)	(6,7)	67,9
Teil/teils	6,7	6,8	70,9
Eher zufrieden	(3,6)	5,6	76,4
Sehr zufrieden	(4,0)	(5,3)	80,9

Anmerkungen: Dargestellt sind Anteile derjenigen in Prozent, die einen Vorfall der entsprechenden Kategorie wahrgenommen haben. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für Organisationsbereich/Teilstreitkraft gibt es zusätzliche Kategorien (Personal, AIN, IUD, Sonstiger Orgbereich, alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Die Länge der Dienstzeit hängt ebenfalls mit der Wahrnehmung der abgefragten Ereignisse zusammen. Besonders die Soldatinnen und Soldaten mit einer Dienstzeit unter 5 Jahren haben fast alle Ereignisse in den letzten 12 Monaten häufiger erlebt als Befragte mit einer Dienstzeit von 5 Jahren oder mehr. Beim Blick auf Organisationsbereich und Teilstreitkraft werden die mit Abstand wenigsten Vorfälle von Befragten berichtet, die in

dem BMVg unmittelbar unterstellten Dienststellen tätig sind (86,9 % „Nichts“). Außerdem fallen vor allem die Angehörigen des Heeres ins Auge: Sie weisen in allen Kategorien die höchsten Werte auf, haben also am häufigsten Vorfälle wahrgenommen – allerdings weichen die Anteile um maximal 4,3 Prozentpunkte vom Wert für alle Befragten ab. Die Angehörigen der Kampftruppen berichten im Vergleich zu den übrigen Soldatinnen und Soldaten des Heeres von allen Vorfällen etwas häufiger – dies gilt auch für die Ereignisse, die nicht dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden können.

Für die Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung von Vorfällen und der Zufriedenheit mit Kameradschaft oder Vorgesetzten sind die Ergebnisse eindeutig für alle Phänomenbereiche: Je zufriedener Befragte mit der Kameradschaft oder dem Führungsverhalten ihrer unmittelbaren Vorgesetzten sind, desto weniger werden alle Ereignisse erlebt oder wahrgenommen. Die berichtete Häufigkeit liegt bei denjenigen, die sehr unzufrieden mit der Kameradschaft sind, mindestens um das Doppelte, teilweise sogar um mehr als das Fünffache höher als bei denjenigen, die mit der Kameradschaft sehr zufrieden sind. In Bezug auf die Zufriedenheit mit den Vorgesetzten sind die Unterschiede etwas geringer. Besonders deutlich wird der Einfluss der beiden Zufriedenheitsindikatoren bei der Gruppe derjenigen, die keinen der Vorfälle bemerkt haben. Größere Zufriedenheit geht eindeutig einher mit einer deutlich selteneren Wahrnehmung. Mit den vorliegenden Daten kann allerdings nicht festgestellt werden, ob solche Vorfälle in Bereichen mit einem guten sozialen Binnenklima seltener geschehen, oder ob ein enger sozialer Zusammenhalt dazu führt, dass diese Vorkommnisse – auch im Rahmen dieser Studie – gegenüber Dritten seltener berichtet werden.

Insgesamt zeigen sich einige relevante Muster für die Wahrnehmung mutmaßlich extremistischer Vorfälle. Besonders große Unterschiede ergeben sich zwischen den Angehörigen verschiedener Altersgruppen, Dienstgradgruppen, auf Basis der Dienstzeitlänge und zwischen den Organisationsbereichen bzw. Teilstreitkräften und Truppengattungen, die einige der Zusammenhänge auf der Ebene extremistischer Einstellungen (vgl. Abschnitt 6.2) und Verdachtsfälle (BMVg 2023a) widerspiegeln. Eindeutige Muster gibt es auch im Hinblick auf die Wechselwirkung mit Zufriedenheit mit Kameradschaft und Vorgesetzten.

Neben die Wahrnehmung tritt die wichtige Frage nach dem *Umgang* mit den erlebten Ereignissen. Dabei unterscheidet der Fragebogen drei Möglichkeiten, wie die Befragten antworten konnten: Der Vorfall wurde gemeldet, er wurde intern geregelt oder die Befragten haben keine Reaktion mitbekommen. Letzteres kann zum einen bedeuten, dass niemand auf das Vorkommnis eingegangen ist und tatsächlich keine Reaktion erfolgt ist.

Tabelle 6.38: Wahrgenommener Umgang mit politischen und mutmaßlich extremistischen Vorfällen durch Soldatinnen und Soldaten

Kategorie	Wahrgenommener Umgang mit dem erlebten Ereignis		
	Gemeldet %	Untereinander geregelt %	Keine Reaktion mitbekommen %
Rechtsextreme Sprüche	22,8	33,9	43,2
Linksextreme Sprüche	5,9	44,5	49,6
Fundamentalistische Sprüche	9,1	48,9	41,9
Äußerungen gegen FDGO	22,0	41,0	37,0
Rechtsextreme Musik	20,2	34,4	45,3
Chat: extremistische Inhalte	42,1	30,8	27,1

Anmerkungen: Einleitungstext der Fragebatterie „Bitte geben Sie an, ob Sie die unten genannten Ereignisse in den letzten 12 Monaten in Ihrer Kaserne bzw. Dienststelle erlebt haben. Bitte geben Sie für jedes erlebte Ereignis an, wie man damit in Ihrer Kaserne bzw. Dienststelle umgegangen ist.“ Fallzahlen: n = 139–436.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Es kann aber auch ein Eingreifen gegeben haben, von dem die Befragten nichts erfahren haben. Einen solch diskreten Umgang sehen die Regelungen der Bundeswehr – etwa des Daten- und Persönlichkeitsschutzes und des Disziplinarrechts – explizit vor, was immer wieder Anlass zur Kritik ist, wie sich auch in den Gruppendiskussionen zeigt (vgl. Abschnitt 6.4). Aufgrund der Fallzahlen ist in den weiteren Auswertungen nur eine Betrachtung der Soldatinnen und Soldaten sinnvoll. Aus Tabelle 6.38 geht hervor, dass vor allem mutmaßlich extremistische Chat-Inhalte gemeldet werden (42,1 Prozent). Die Meldehäufigkeit für rechtsextreme Sprüche, Äußerungen gegen die FDGO und rechtsextreme Musik liegt zwischen 20,2 und 22,8 Prozent. Selten erfolgen Meldungen bei fundamentalistischen und insbesondere linksextremen Sprüchen. Diese beiden Typen von Vorfällen werden am häufigsten untereinander geregelt (48,9 bzw. 44,5 Prozent). Am seltensten untereinander geregelt werden rechtsextreme Sprüche, rechtsextreme Musik und extremistische Chat-Inhalte mit Werten zwischen 30,8 und 34,4 Prozent. Keine Reaktion mitbekommen haben die Befragten bei nahezu der Hälfte der wahrgenommenen Vorfälle der Kategorie linksextreme Sprüche (49,6 Prozent). In mehr als zwei von fünf Fällen wurden auch bei rechtsextremen Sprüchen, fundamentalistischen Sprüchen oder rechtsextremer Musik keine Reaktionen registriert. In 37,0 Prozent der Fälle war das ebenso bei Äußerungen gegen die FDGO der Fall. Eine nicht bemerkte Reaktion wird am seltensten für die Kategorie extremistische Chat-Inhalte genannt. Diese Ergebnisse zeigen einen teils deutlich unterschiedlichen (wahrgenommenen) Umgang mit Vorfällen und Ereignissen aus verschiedenen Kategorien. Zwar wäre von Interesse, ob die in den vorangehenden Analysen betrachteten sozio- und militärdemografischen Merkmale sowie die Zufriedenheitsindikatoren eine Rolle für die wahrgenommene Reaktion spielen. Allerdings sind die

berichteten Fallzahlen zu niedrig, um aussagekräftige und belastbare Ergebnisse für Teilgruppen der einzelnen Kategorien zu liefern. Daher muss auf eine Betrachtung bivariater oder gar multivariater Zusammenhänge verzichtet werden.

6.3.2 Wahrscheinlichkeit und erwarteter Umgang mit extremistischen Vorfällen in der Bundeswehr

Unabhängig von eigenen Erlebnissen wurden alle Angehörigen der Bundeswehr gefragt, für wie wahrscheinlich sie das Auftreten der jeweiligen Ereignisse in ihrer Kaserne oder Dienststelle halten. Tabelle 6.39 zeigt die Verteilung für die Soldatinnen und Soldaten im Detail. Sie enthält auch Vergleichswerte für die Wahrscheinlichkeit bei den zivilen Beschäftigten. Der Anteil der Soldatinnen und Soldaten, die einen der Vorfälle für sehr oder eher wahrscheinlich halten, variiert zwischen 6,2 und 19,8 Prozent je nach Art des Vorfalls. Bei den zivilen Beschäftigten liegen die Wahrscheinlichkeitswerte zwischen 6,7 und 15,7 Prozent. Am größten wird von beiden Gruppen die Wahrscheinlichkeit rechtsextremer Sprüche eingeschätzt (19,8 bzw. 15,7 Prozent), gefolgt von extremistischen Chat-Inhalten und rechtsextremer Musik. Am unwahrscheinlichsten ist für beide Gruppen das Auftreten linksextremer und fundamentalistischer Sprüche (zwischen 6 und 8 Prozent). Die Reihenfolge des vermuteten Auftretens entspricht der Rangfolge der Häufigkeit der wahrgenommenen Ereignisse (siehe Tabelle 6.33) – mit Ausnahme rechtsextremer Musik und Chats, die für merklich wahrscheinlicher gehalten werden, als sie von Befragten tatsächlich berichtet wurden. Insgesamt machen diese Ergebnisse deutlich, dass die sechs Ereignisse von allen Angehörigen der Bundeswehr für eher bis sehr unwahrscheinlich gehalten werden.

Tabelle 6.39: Deskriptive Statistiken für die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von politischen und mutmaßlich extremistischen Vorfällen

Kategorie	Sehr unwahrscheinlich (0)	Eher unwahrscheinlich (0,25)	Teils/teils (0,5)	Eher wahrscheinlich (0,75)	Sehr wahrscheinlich (1)	Wahrscheinlich (%)	
						Mil	Ziv
Rechtsextreme Sprüche	22,3	36,8	19,8	16,2	3,6	19,8	15,7
Linksextreme Sprüche	33,0	44,3	14,9	5,4	0,8	6,2	6,7
Fundamentalistische Sprüche	33,0	42,4	15,3	6,8	0,9	7,7	7,4
Äußerungen gegen FDGO	34,0	38,7	17,1	6,7	1,8	8,5	9,0
Rechtsextreme Musik	34,5	35,1	16,2	9,8	2,7	12,5	8,8
Chat: extremistische Inhalte	31,2	35,8	16,8	11,1	3,3	14,4	10,3

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Einleitungstext der Fragebatterie „Unabhängig davon, ob Sie eines oder mehrere der Ereignisse aus der vorherigen Frage selbst erlebt haben oder nicht, für wie wahrscheinlich halten Sie generell die folgenden Ereignisse in Ihrer Kaserne bzw. in Ihrer Dienststelle?“ Wahrscheinlich: „Eher wahrscheinlich“ und „Sehr wahrscheinlich“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Tabelle 6.40: Wahrscheinlichkeit für das Auftreten rechtsextremer Sprüche in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 1

Gruppe	Wahrscheinlichkeit für rechtsextreme Sprüche (%)
Insgesamt	19,8
Geschlecht	
Männer	19,8
Frauen	21,1
Bildung	***
Niedrig (maximal Hauptschulabschluss)	(9,1)
Mittel (Realschulabschluss oder vergleichbar)	18,2
Hoch (mindestens Fachhochschulreife)	23,1
Alter	**
Bis 24 Jahre	19,5
25 bis 29 Jahre	26,5
30 bis 39 Jahre	20,3
40 bis 49 Jahre	16,3
50 bis 59 Jahre	15,1
Geografische Prägung/Sozialisation in der Jugend	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	20,9
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	17,4
Süddeutschland (BW, BY)	21,5
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	21,1
Religion/Konfession	***
Römisch-katholisch	20,0
Evangelisch (lutherisch, reformiert, freikirchlich)	20,3
Keine Religion	19,4
Dienstgradgruppe	*
Mannschaften	20,6
Unteroffiziere ohne Portepee	20,4
Unteroffiziere mit Portepee	17,0
Offiziere	27,5
Stabsoffiziere und Generale	17,9
Länge Dienstzeit	**
Bis zu 2 Jahre	18,7
3 bis 5 Jahre	23,9
6 bis 10 Jahre	22,0
11 bis 15 Jahre	20,7
16 bis 20 Jahre	17,9
21 Jahre und mehr	16,7

Anmerkungen: Dargestellt sind Anteile derjenigen in Prozent, die das Auftreten rechtsextremer Sprüche für „sehr“ oder „eher wahrscheinlich“ halten. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für das Alter gibt es die zusätzliche Kategorie 60 Jahre und älter (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Geografische Prägung/Sozialisation in der Jugend gibt es die zusätzliche Kategorie anderes Land (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Religion/Konfession gibt es die zusätzlichen Kategorien Orthodox, Muslimisch, Jüdisch, andere Religion (alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Die Ergebnisse der analysierten bivariaten Zusammenhänge finden sich in den Tabellen 6.40 und 6.41. Analysiert wurden die Zusammenhänge zwischen der angenommenen

Wahrscheinlichkeit für rechtsextreme Sprüche in der eigenen Kaserne und den sozio- und militärdemografischen Merkmalen sowie den beiden Zufriedenheitsvariablen (mit Vorgesetzten sowie mit Kameradinnen und Kameraden). Geschlecht und geografische Prägung hängen mit der Wahrscheinlichkeit nicht zusammen, aber eine höhere formale Bildung führt zu einer größeren angenommenen Wahrscheinlichkeit. Der Unterschied zwischen Befragten mit niedriger und hoher Bildung liegt bei 14 Prozentpunkten. Hinsichtlich des Alters liegt ein u-förmiger Zusammenhang vor: Der höchste Wert tritt mit 26,5 Prozent in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen auf, der niedrigste mit 15,1 Prozent bei den Befragten ab 50 Jahren. Mit der Religion und Konfession gibt es ebenfalls einen Zusammenhang. Die drei großen Gruppen, die in Tabelle 6.40 dargestellt sind, unterscheiden sich aber nur geringfügig voneinander – die größeren Abweichungen gibt es wieder in den gering repräsentierten Gruppen (jüdisch, muslimisch, orthodox, andere Religion), die tabellarisch aufgrund ihrer geringen Gruppengröße nicht dargestellt werden.

Für die Dienstgradgruppen zeigt sich kein systematischer Zusammenhang: Offiziere halten von allen Dienstgradgruppen das Auftreten rechtsextremer Sprüche für am wahrscheinlichsten (27,5 Prozent), gefolgt von Mannschaften (20,6 Prozent) und Unteroffizieren ohne Portepee (20,4 Prozent). Für die Länge der Dienstzeit findet sich erneut ein u-förmiger Zusammenhang. Soldatinnen und Soldaten mit einer Dienstzeit zwischen 3 und 10 Jahren (23,9 bzw. 22,0 Prozent) rechnen am stärksten mit dem Auftreten rechtsextremer Sprüche. Langgediente (17,9 bzw. 16,7 Prozent) und gerade eingestellte Soldatinnen und Soldaten (18,7 Prozent) halten dies für am unwahrscheinlichsten.

Die Ergebnisse für Organisationsbereich und Teilstreitkraft sind angesichts der vorangehenden Befunde ein wenig überraschend (Tabelle 6.41). Die erwartete Wahrscheinlichkeit des Auftretens rechtsextremer Sprüche ist keineswegs bei Angehörigen des Heeres (21,1 Prozent) am größten, sondern bei Befragten aus dem Sanitätsdienst (23,0 Prozent) und der Marine (22,1 Prozent). Am unwahrscheinlichsten sind rechtsextreme Sprüche aus Sicht von Soldatinnen und Soldaten der Luftwaffe (14,7 Prozent). Der Blick auf die Truppengattung zeigt aber, dass es innerhalb des Heeres vor allem die Angehörigen der Kampftruppen sind, die rechtsextreme Sprüche für wahrscheinlicher als andere halten (22,8 Prozent). Für die beiden Zufriedenheitsindikatoren ergibt sich ein eindeutiger Zusammenhang mit der erwarteten Wahrscheinlichkeit: Je zufriedener Befragte mit der Kameradschaft oder dem Vorgesetzten sind, desto unwahrscheinlicher ist für sie das Auftreten rechtsextremer Sprüche. Auf Basis der vorliegenden Daten kann nicht beantwortet werden, ob in sozial gefestigten Einheiten diese Vorfälle seltener erwartet werden oder deren Angehörige entsprechende Erwartungen seltener zugeben.

Tabelle 6.41: Wahrscheinlichkeit für das Auftreten rechtsextremer Sprüche in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 2

Gruppe	Wahrscheinlichkeit für rechtsextreme Sprüche (%)
Insgesamt	19,8
Organisationsbereich/Teilstreitkraft	***
BMVg unmittelbar unterstellte Dienststellen	(18,5)
Heer	21,1
Luftwaffe	14,7
Marine	22,1
Streitkräftebasis (SKB)	20,9
Zentraler Sanitätsdienst	23,0
Cyber- und Informationsraum (CIR)	20,4
Truppengattung/Laufbahn/Verwendungsreihe/Dienstbereich	**
Heer: Kampftruppen	22,8
Heer oder SKB: Nicht-Kampftruppen	19,5
Luftwaffe	16,3
Marine	22,1
Sanitätsdienst	22,0
CIR	21,4
Sonstige Truppengattung, Laufbahn, Verwendungsreihe oder Dienstbereich	19,0
Zufriedenheit Kameradschaft	***
Sehr unzufrieden	24,7
Eher unzufrieden	28,6
Teil/teils	20,5
Eher zufrieden	18,9
Sehr zufrieden	13,2
Zufriedenheit Vorgesetzter	***
Sehr unzufrieden	25,2
Eher unzufrieden	25,1
Teil/teils	21,9
Eher zufrieden	18,4
Sehr zufrieden	13,6

Anmerkungen: Dargestellt sind Anteile derjenigen in Prozent, die das Auftreten rechtsextremer Sprüche für „sehr“ oder „eher wahrscheinlich“ halten. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für Organisationsbereich/Teilstreitkraft gibt es zusätzliche Kategorien (Personal, AIN, IUD, Sonstiger Orgbereich, alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Zusätzlich zur vermuteten Wahrscheinlichkeit sollten die Befragten angeben, welchen Umgang sie mit den sechs abgefragten Ereignissen erwarten würden: Würde das Ereignis gemeldet werden, würde der Vorfall untereinander geregelt werden oder würde nichts passieren? Die Ergebnisse in Tabelle 6.42 zeigen, dass der von den Soldatinnen und Soldaten erwartete Umgang zwischen den einzelnen Vorfällen nur in geringem Maße variiert. Zwischen 31,4 und 34,8 Prozent gehen davon aus, dass das Ereignis gemeldet werden würde. Dass der Vorfall untereinander geregelt werden würde, erwarten zwischen 25,8 und 32,6 Prozent der militärischen Angehörigen. Zwischen 32,4 und 36,5 Prozent

der Soldatinnen und Soldaten nehmen an, dass gar nichts passieren würde. Die jeweiligen Werte für die zivilen Angehörigen liegen im Hinblick auf das Melden auf einem etwas niedrigeren Niveau (maximale Differenz: 5,2 Prozentpunkte). Dafür erwarten die zivilen Beschäftigten bei allen Ereignissen etwas eher als ihre militärischen Kolleginnen und Kollegen, dass sie untereinander geregelt werden würden (größter Unterschied: 4,7 Prozentpunkte).

Die Analysen der Zusammenhänge zwischen dem erwarteten Umgang mit Ereignissen und den sozio- und militärdemografischen Merkmalen sowie den beiden Zufriedenheitsindikatoren konzentrieren sich wie zuvor auf die Kategorie „rechtsextreme Sprüche“. Für drei Merkmale und Einstellungen sind keine statistisch signifikanten Zusammenhänge zu verzeichnen: geografische Prägung, Truppengattung und Zufriedenheit mit den unmittelbaren Vorgesetzten (Tabellen 6.43 und 6.44). Frauen gehen in stärkerem Maße davon aus, dass rechtsextreme Sprüche untereinander geregelt werden würden oder gar nichts passieren würde. Männer hingegen erwarten deutlich eher, dass rechtsextreme Sprüche gemeldet werden würden (35,1 Prozent zu 26,3 Prozent).

Tabelle 6.42: Erwarteter Umgang mit politischen und mutmaßlich extremistischen Vorfällen

Kategorie	Erwarteter Umgang mit dem Ereignis					
	Man würde es melden (%)		Man würde das untereinander regeln (%)		Es würde nichts passieren (%)	
	Mil	Ziv	Mil	Ziv	Mil	Ziv
Rechtsextreme Sprüche	32,8	28,6	28,1	32,6	36,1	33,4
Linksextreme Sprüche	32,1	26,9	32,6	35,8	32,4	31,7
Fundamentalistische Sprüche	31,5	28,0	32,0	34,0	33,2	32,3
Äußerungen gegen FDGO	31,4	27,7	30,8	32,9	34,5	33,4
Rechtsextreme Musik	33,8	30,7	31,0	35,7	32,4	27,7
Chat: extremistische Inhalte	34,8	30,2	25,8	28,8	36,5	35,2

Anmerkungen: Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Einleitungstext der Fragebatterie „Was meinen Sie, wie würde man mit den folgenden Ereignissen in Ihrer Kaserne bzw. in Ihrer Dienststelle umgehen?“ Fallzahlen: Mil: n = 2.627–2.637; Ziv: n = 1.500–1.510.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie 2022“ (Modul 1).

Für Bildung findet sich ein empirischer Zusammenhang: Befragte mit hohem Bildungsniveau gehen wesentlich stärker davon aus (35,6 Prozent), dass rechtsextreme Sprüche gemeldet werden würden als Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss (22,6 Prozent). Umgekehrt gehen letztere eher davon aus, dass nichts passieren würde (50,5 Prozent). Bei den Befragten, die mindestens eine Fachhochschulreife haben, nehmen dies lediglich 34,6 Prozent an.

Tabelle 6.43: Erwarteter Umgang mit rechtsextremen Sprüchen in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 1

Gruppe	Erwarteter Umgang mit rechtsextremen Sprüchen		
	Man würde es melden (%)	Man würde das untereinander regeln (%)	Es würde nichts passieren (%)
Insgesamt	32,8	28,1	36,1
Geschlecht**			
Männer	35,1	28,2	36,7
Frauen	26,3	33,2	40,4
Bildung***			
Niedrig (maximal Hauptschulabschluss)	(22,6)	(26,9)	50,5
Mittel (Realschulabschluss oder vergleichbar)	33,8	28,3	37,9
Hoch (mindestens Fachhochschulreife)	35,6	29,8	34,6
Alter***			
Bis 24 Jahre	25,0	37,0	38,0
25 bis 29 Jahre	30,1	33,8	36,1
30 bis 39 Jahre	31,9	30,1	38,0
40 bis 49 Jahre	45,7	19,5	34,7
50 bis 59 Jahre	40,0	20,4	39,6
Geografische Prägung in der Jugend			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	34,5	29,4	36,1
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	33,7	30,2	36,1
Süddeutschland (BW, BY)	31,7	28,3	39,9
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	34,7	27,5	37,8
Religion/Konfession*			
Römisch-katholisch	31,3	27,8	40,9
Evangelisch (lutherisch, reformiert, freikirchlich)	33,4	27,1	39,5
Keine Religion	35,5	30,2	34,2
Dienstgradgruppe***			
Mannschaften	24,7	34,4	40,9
Unteroffiziere ohne Portepee	31,7	31,0	37,4
Unteroffiziere mit Portepee	36,3	27,4	36,3
Offiziere	43,3	24,6	32,0
Staboffiziere und Generale	45,4	18,5	36,1
Länge Dienstzeit***			
Bis zu 2 Jahre	28,5	35,4	36,1
3 bis 5 Jahre	29,2	32,7	38,0
6 bis 10 Jahre	31,2	32,6	36,2
11 bis 15 Jahre	34,2	26,1	39,7
16 bis 20 Jahre	45,6	25,0	29,4
21 Jahre und mehr	42,0	20,5	37,5

Anmerkungen: Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für das Alter gibt es die zusätzliche Kategorie 60 Jahre und älter (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Geografische Prägung/Sozialisation in der Jugend gibt es die zusätzliche Kategorie anderes Land (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Religion/Konfession gibt es die zusätzlichen Kategorien Orthodox, Muslimisch, Jüdisch, andere Religion (alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Tabelle 6.44: Erwarteter Umgang mit rechtsextremen Sprüchen in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 2

Gruppe	Erwarteter Umgang mit rechtsextremen Sprüchen		
	Man würde es melden (%)	Man würde das untereinander regeln (%)	Es würde nichts passieren (%)
Insgesamt	32,8	28,1	36,1
Organisationsbereich/Teilstreitkraft**			
BMVg unmittelbar unterstellte Dienststellen	(42,1)	(22,8)	(35,1)
Heer	31,5	26,7	41,9
Luftwaffe	36,6	31,8	31,6
Marine	30,1	32,2	37,7
Streitkräftebasis (SKB)	34,6	32,2	33,1
Zentraler Sanitätsdienst	29,6	33,1	37,4
Cyber- und Informationsraum (CIR)	36,8	27,8	35,4
Truppengattung/Laufbahn/Verwendungsreihe/Dienstbereich			
Heer: Kampftruppen	31,0	27,1	42,0
Heer oder SKB: Nicht-Kampftruppen	33,1	29,2	37,7
Luftwaffe	36,8	31,4	31,8
Marine	35,4	29,6	35,0
Sanitätsdienst	28,8	31,3	40,0
CIR	38,3	25,4	36,3
Sonstige Truppengattung, Laufbahn, Verwendungsreihe oder Dienstbereich	36,2	19,0	44,8
Zufriedenheit Kameradschaft*			
Sehr unzufrieden	31,0	29,9	39,1
Eher unzufrieden	31,2	33,5	35,3
Teil/teils	33,3	31,8	34,8
Eher zufrieden	34,8	27,6	37,6
Sehr zufrieden	35,1	23,0	41,9
Zufriedenheit Vorgesetzter			
Sehr unzufrieden	33,9	28,0	38,1
Eher unzufrieden	32,9	33,2	33,9
Teil/teils	35,0	30,0	35,0
Eher zufrieden	33,4	27,2	39,4
Sehr zufrieden	34,5	27,4	38,1

Anmerkungen: Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für das Alter gibt es die zusätzliche Kategorie 60 Jahre und älter (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Geografische Prägung/Sozialisation in der Jugend gibt es die zusätzliche Kategorie anderes Land (n < 50), die hier nicht dargestellt wird. Für Religion/Konfession gibt es die zusätzlichen Kategorien Orthodox, Muslimisch, Jüdisch, andere Religion (alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Für das Alter zeigt sich, dass ältere Befragte wesentlich stärker vermuten, dass rechtsextreme Sprüche gemeldet werden würden. Zugleich nehmen sie deutlich seltener an, dass ein solcher Vorfall untereinander geregelt werden würde. In der Kategorie Religion und Konfession erwarten Befragte ohne Religion eher als die Angehörigen der beiden großen

christlichen Kirchen, dass rechtsextreme Sprüche gemeldet oder diese untereinander geregelt werden würden. Dafür glauben sie auch etwas seltener, dass nichts passieren würde. Für die verschiedenen Dienstgradgruppen ergeben sich deutliche Unterschiede. Unter den Stabsoffizieren und Generalen gehen mit 45,4 Prozent fast doppelt so viele Befragte wie bei den Mannschaften (24,7 Prozent) davon aus, dass rechtsextreme Sprüche gemeldet werden würden. Mit höherem Dienstgrad erwartet man auch seltener eine Regelung solcher Vorfälle untereinander. Die Befunde für die Länge der Dienstzeit spiegeln im wesentlichen denselben Zusammenhang wider, weil Stabsoffiziere und Generale in der Regel die längsten Dienstzeiten aufweisen: Je länger jemand bei der Bundeswehr im Dienst ist, desto eher geht er davon aus, dass rechtsextreme Sprüche gemeldet werden würden, und desto weniger erwartet er, dass solche Vorfälle untereinander geregelt werden würden.

Für Organisationsbereich und Teilstreitkraft zeigt sich der höchste Wert für „Man würde es melden“ unter den Angehörigen der Dienststellen, die dem BMVg unmittelbar unterstellt sind, (42,1 Prozent), den niedrigsten Wert weisen die Soldatinnen und Soldaten des Sanitätsdienstes auf (29,6 Prozent). Diese beiden Gruppen erreichen auch in umgekehrter Reihung den höchsten und den niedrigsten Wert für „Man würde das untereinander regeln“. „Es würde nichts passieren“ wird am häufigsten von Angehörigen des Heeres (41,9 Prozent) genannt, am seltensten von Soldatinnen und Soldaten der Streitkräftebasis (33,1 Prozent). Für die Zufriedenheit mit der Kameradschaft zeigt sich kein systematischer Zusammenhang. Eine hohe Zufriedenheit mit der Kameradschaft führt einerseits dazu, dass man ein wenig stärker davon ausgeht, dass ein rechtsextremer Spruch gemeldet wird. Andererseits gehen sowohl mit der Kameradschaft sehr unzufriedene als auch sehr zufriedene Befragte davon aus, dass bei solchen Vorfällen nichts passieren würde. Zuletzt ist der Anteil derjenigen, die denken, rechtsextreme Sprüche würden untereinander geregelt werden, bei den mit der Kameradschaft sehr zufriedenen Soldatinnen und Soldaten mit 23,0 Prozent am niedrigsten. Diese Befunde stehen im Widerspruch zu den Hypothesen, die in Abschnitt 3.2.3 aufgestellt worden sind. Dort wurde angenommen, dass gerade in Einheiten mit engem soldatischem Zusammenhalt und großem Vertrauen in Vorgesetzte Vorfälle eher nicht gemeldet, sondern intern geregelt würden. Diese Muster zeigen sich in den Analyseergebnissen (Tabelle 6.44) jedoch nicht. Dies kann zumindest als Indiz dafür gelten, dass militärischer Zusammenhalt einem ordnungsgemäßen Umgang mit (extremistischen) Vorfällen nicht per se entgegenwirkt. Weiterführende, tabellarisch hier nicht ausgewiesene Analysen ergeben zudem, dass bei höheren Werten auf der Rechts extremismusskala – also einer stärkeren Unterstützung rechtsextremistischer Positionen – seltener davon ausgegangen wird, dass Vorfälle gemeldet werden. Dies deutet im Umkehrschluss darauf hin, dass Vorkommnisse eher gemeldet werden, wenn sie Personen

zur Kenntnis gelangen, die rechtsextremistische Positionen in stärkerem Maße ablehnen. Bei der Einordnung all dieser Befunde ist jedoch zu beachten, dass die Auswertungen wie oben bereits erläutert auf einer doppelten Mutmaßung beruhen: der geschätzten Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses und der vermuteten folgenden Reaktion. Zugleich wird nicht die persönliche Reaktion(-sbereitschaft) berichtet, sondern diejenige eines abstrakten Kollektivs („man würde ...“).

6.3.3 Zusammenfassung der Ergebnisse zur Wahrnehmung extremistischer Vorfälle

Etwa ein Viertel der Soldatinnen und Soldaten hat in den letzten zwölf Monaten ein mutmaßlich extremistisches Ereignis erlebt. Am häufigsten wird dabei mit 16,1 Prozent von rechtsextremen Sprüchen berichtet. Hinsichtlich des Umgangs mit diesen Ereignissen zeigt sich, dass maximal ein Viertel der entsprechenden Vorfälle überhaupt gemeldet wird – Ausnahme sind extremistische Chat-Inhalte, die häufiger gemeldet werden –, obwohl die Soldatinnen und Soldaten durch die Dienstvorschriften zur Meldung verpflichtet sind. Mindestens drei Viertel der Vorfälle werden stattdessen untereinander geregelt oder die Befragten haben keine Reaktion mitbekommen, was nicht damit gleichzusetzen ist, dass gar nichts passiert wäre. Die Gruppendiskussionen liefern nähere Einblicke dazu, warum entsprechende Ereignisse nicht gemeldet werden (vgl. Abschnitt 6.4.4).

Die von den Befragten angenommene Wahrscheinlichkeit für das Auftreten der sechs abgefragten Ereignisse entspricht ungefähr den berichteten Werten für die Häufigkeit der Ereignisse und weicht nur wenige Prozentpunkte davon ab. Die Frage nach dem erwarteten Umgang zeigt, dass es wenig Variation zwischen den einzelnen Phänomenbereichen und Vorfällen gibt. Etwa jeweils ein Drittel geht davon aus, dass Vorfälle gemeldet oder untereinander geregelt werden würden oder dass gar nichts passieren würde. Für die vorfallsbezogenen Fragen ergeben sich teils deutliche Zusammenhänge mit militär- und soziodemografischen Merkmalen und Bewertungen der Kameradschaft und des Führungsverhaltens. Die nachstehend ausgewerteten Gruppendiskussionen geben weitere Einblicke in die Mechanismen des Umgangs mit gewissen Vorkommnissen sowie in die grundlegenden Haltungen der Soldatinnen und Soldaten zur Politik und zu ihrem beruflichen und politischen Rollenverständnis.

6.4 Befunde aus den Gruppendiskussionen

Wie in den Prämissen in Abschnitt 4.3 erläutert, zielte die Durchführung der Gesprächsrunden darauf ab, Einblicke in Gruppenmeinungen und das darunterliegende Erfahrungswissen zu erhalten, um so die Befunde der hypothesengeleiteten Auswertung der quantitativen Daten zu ergänzen und durch eine andere Analyseperspektive zu erweitern.

Von den an den Diskussionen beteiligten Soldatinnen und Soldaten kannten sich einige bereits, andere trafen in den Runden zum ersten Mal aufeinander oder tauschten sich erstmals direkt miteinander aus. Nicht alle Beteiligten vertraten im Gespräch dieselben Ansichten, nicht alle brachten sich in gleicher Weise mit eigenen Wortbeiträgen ein. Äußerungen wie *„Wir wollen ja auch nicht zu sehr ins Detail gehen“* (Gesprächsrunde H, vgl. Tabelle 5.9; Feintranskript (FT) 1), aber auch nonverbale Reaktionen wie längeres Schweigen oder vielsagendes Lachen verdeutlichen, dass innerhalb der Gruppen sowie mit Blick auf die Gesprächsleiterin (und gegebenenfalls weiteren anwesenden Mitgliedern des Projektteams) situativ ausgehandelt wurde, was wie gesagt werden kann, darf bzw. soll, was den Außenstehenden anvertraut oder als „Botschaft“ (an das Ministerium, an „die“ Politik etc.) mitgegeben, was nur angedeutet oder verschwiegen wird. Die Einblicke, die mittels der Gruppengespräche gewonnen wurden, geben damit in erster Linie Aufschluss über kollektiv geteilte soldatische Sprech-, Denk- und Handlungsweisen innerhalb und außerhalb der Gruppendiskussionen. Diese sagen nur bedingt etwas über individuelle, gegebenenfalls extremistische, politische Einstellungen und deren Einflussfaktoren aus. Sie geben gleichwohl Einblicke in Ansichten über Extremismus und in den Umgang damit innerhalb der Bundeswehr, die allesamt Bestandteil der gemeinsamen soldatischen Erfahrungswelt sind.

Die Präsentation der qualitativen Analyseergebnisse erfolgt in vier Schritten. Den Ausgangspunkt bildet die Beobachtung, dass die Diskussionen in den Gruppen um den (mutmaßlich) mangelnden Rückhalt für Soldatinnen und Soldaten kreisen und dabei einen Denkstil offenbaren, der auf einer Unterscheidung in ein „Wir“ und „die Anderen“ beruht (Abschnitt 6.4.1). Um die enttäuschten Erwartungen zu erklären, die in den manifesten Unzufriedenheitsbekundungen zum Ausdruck kommen, werden anschließend das soldatische Verständnis von Politik (Abschnitt 6.4.2) sowie das militärische Selbstverständnis (Abschnitt 6.4.3) erläutert, wie sie sich beide anhand der Gruppengespräche herauskristallisiert haben. Abschließend wird – wie im Rahmen der quantitativen Befunde – der Umgang mit mutmaßlich extremistischen, aber auch sonstigen besonderen Vorfällen beleuchtet (Abschnitt 6.4.4).

6.4.1 „Also es ist irgendwie so ne negative Grundstimmung“: Klage über fehlenden Rückhalt als allgemeiner Tenor der Gespräche

„Was man in der Bundeswehr relativ schnell indoktriniert kriegt, man lernt unglaublich gut, sich zu beschweren. Also eigentlich muss man ja wirklich sagen, es geht [einem] eigentlich bei der Bundeswehr gut. Alle haben nen sicheren Job, kriegen genug Kohle (...) und trotzdem (...) ist in der Bundeswehr so ein negatives Ding (...) drin, weil nie mal jemand sagt, wenn etwas gut läuft. Das wird überhaupt nicht thematisiert. Das juckt überhaupt keinen. (...) Von morgens bis abends wird thematisiert, das ist schlecht, das ist schlecht, das machen wir nicht, und hier läuft was schief. (...) Also es ist irgendwie so ne negative (...) Grundstimmung.“ (Gesprächsrunde E, FT1)

Diese Äußerung fiel am Ende einer Gesprächspassage, in der sich die beteiligten Soldatinnen und Soldaten – einschließlich des Sprechers des zitierten Ausschnitts – ausführlich über die Defizite der Problembewältigung innerhalb der Bundeswehr ausgetauscht hatten. Der Hinweis auf eine „negative Grundstimmung“ trifft für alle der für diese Studie durchgeführten Gruppendiskussionen insoweit zu, als dort tatsächlich eher die problematischen als die positiven Seiten des Soldatseins thematisiert wurden. Dieser Befund korrespondiert mit den methodischen Einsichten empirischer Sozialforschung in den Streitkräften. Oftmals fördern qualitative Ansätze, wie die hier verwendeten Gruppendiskussionen, negativere und kritischere Befunde zutage als quantitative Verfahren (Biehl/Tomforde 2021). Die Kombination beider Methoden verspricht daher ein umfassenderes Bild der sozialen Wirklichkeit der Soldatinnen und Soldaten.

An erster Stelle des geäußerten Unmuts steht – wie bereits die quantitativen Befragungsergebnisse erkennen ließen (vgl. Tabelle 6.25) – das Thema Ausrüstung und Bewaffnung. Zwar war an den besuchten Bundeswehrstandorten die Lage bei der persönlichen Ausstattung und dem dienstlichen Material nach Auskunft der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterschiedlich. Dennoch war das generelle Ausrüstungsproblem der Bundeswehr in jeder Gesprächsrunde ein Thema: als Grund für unzureichende Arbeitsbedingungen vor Ort, aber auch für Zweifel an der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr insgesamt. Als Folge der Ausrüstungsmängel werde man von verbündeten Streitkräften nicht ernst genommen und müsse sich hierzulande im Freundes- und Bekanntenkreis fragen lassen, ob die deutschen Streitkräfte überhaupt kampftauglich seien. Zum Frust über Ausstattungsmängel mit Rückwirkungen auf den eigenen Dienstalltag kommt also das aus Sicht der Soldatinnen und Soldaten schlechte Erscheinungsbild der Bundeswehr im In- und Ausland hinzu.

Wie die quantitativen Analysen nahelegen, stehen solche die Ausrüstung betreffenden Beschwerden, aber auch andere Klagen über Probleme und Unzulänglichkeiten bei der

Bundeswehr in keinem direkten Zusammenhang zu extremistischen politischen Haltungen (vgl. Abschnitte 6.2.4 und 6.2.5). Bezogen auf das mit der Inneren Führung formulierte Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Integration der Streitkräfte sind die manifesten soldatischen Unzufriedenheitsbekundungen dennoch relevant, da ihnen ein gegenteilig lautendes Motiv zugrunde liegt: nämlich die Vorstellung, dass Soldatinnen und Soldaten mehr oder weniger allein gelassen werden, und zwar seitens der Politik, der Gesellschaft, aber mitunter auch von der Bundeswehr selbst.

Hinsichtlich der Politik, in Gestalt der zum Zeitpunkt der Gespräche jeweils amtierenden Verteidigungsministerinnen (Annegret Kramp-Karrenbauer und Christine Lambrecht) und der Mitglieder des Bundestags, wird unisono ein mangelnder Rückhalt beklagt, und zwar in materieller wie ideeller Hinsicht. Neben der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Bundeswehr, die zu den erwähnten Materialengpässen geführt habe, habe es die Politik etwa im Rahmen medial breit rezipierter Skandale versäumt, sich schützend vor die Soldatinnen und Soldaten zu stellen und ihrer Verantwortung für die Bundeswehr gerecht zu werden (siehe Abschnitt 6.4.2).

Doch nicht nur von der Politik, auch von der Gesellschaft sehen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppendiskussionen nicht ausreichend unterstützt, selbst wenn das Meinungsbild hier insgesamt ambivalenter ausfiel. Dass die deutsche Bevölkerung wenig über die Bundeswehr wisse und sich auch kaum für deren Belange interessiere, darüber bestand gruppenübergreifend Einigkeit. Mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen konstatierten manche indes Fortschritte: eine bessere Wahrnehmung der Streitkräfte und positivere Rückmeldungen seit der großflächigen Amtshilfe der Bundeswehr während der COVID-19-Pandemie und der stärkeren Präsenz im öffentlichen Raum infolge der Einführung des kostenfreien Zugfahrens in Uniform. Andere Diskussionsteilnehmer machten große regionale Unterschiede geltend: In einigen Regionen seien Bundeswehrangehörige (sehr) gut gelitten; anderswo, vor allem in Großstädten wie Berlin oder Hamburg, würden Soldatinnen und Soldaten eher angefeindet. Als neutraler Punkt in den Gesprächen erwies sich die Frage, ob man sich als Soldat oder Soldatin gern außerdienstlich in Uniform bewege. Während die einen darin gar kein Problem sahen, bekundeten andere, öffentliches Auftreten in Uniform strikt zu vermeiden, weil man sonst Gefahr laufe, angepöbelt oder gar bespuckt zu werden. Als weitere Begründung wurde angeführt, dass man vermeiden wolle, zur Bundeswehr im Allgemeinen oder zu tagespolitischen Ereignissen wie dem Krieg in der Ukraine im Besonderen (aus-)gefragt zu werden. Spätestens an dieser Stelle wird ein Widerspruch zum ebenso beklagten Desinteresse der Bevölkerung an der Bundeswehr offenkundig, der die Frage nach möglichen Wechselwirkungen zwischen soldatischer Zurückhaltung im öffentlichen Auftreten und dem wahrgenommenen zivil-

gesellschaftlichen Desinteresse aufwirft. Die in den Gesprächen demonstrierten Bedenken, sich gegenüber Dritten zu militärischen Fragen (Wehrpflicht, Auslandseinsätze, Ukraine-Krieg etc.) zu äußern, lassen darüber hinaus auch eine politische Verhaltensunsicherheit erkennen, die einen Rückzug ins Formale – „*ich äußere mich dazu nicht, bitte an die Pressestelle wenden*“ (Gesprächsrunde Q, FT3) – verbunden mit einer Abgrenzung nach außen nahelegt: „*Es gibt ja auch ein paar Themen, die muss ich jetzt nicht mit nem Zivilen beim Bäcker bequatschen oder so. Das geht den halt auch nix an.*“ (Gesprächsrunde Q, FT3; siehe Abschnitt 6.4.2).

Weitgehend einhellig – und zwar einhellig negativ – ist demgegenüber die Wahrnehmung der medialen Berichterstattung über die Bundeswehr, die aus Sicht der Befragten aufgrund von Übertreibungen, Verzerrungen und Pauschalisierungen nicht nur ein schlechtes, sondern oftmals auch falsches Bild der Streitkräfte zeichne. Als abschreckendes Beispiel gilt unter anderem die mediale Darstellung der Vorfälle beim Kommando Spezialkräfte (KSK) im Jahr 2020. Bezeichnend an dieser Kritik ist, dass sie sich in erster Linie gegen die *öffentliche* Verhandlung und Zurschaustellung soldatischen Fehlverhaltens richtet. Dass Fehlverhalten von Soldatinnen und Soldaten (welcher Art auch immer) untersucht und gegebenenfalls bestraft werden soll, darüber herrscht Einigkeit. Dies sei jedoch Aufgabe der Bundeswehr selbst. Wenn über derartige Vorfälle in den Medien breit berichtet wird, so die Kritik, entstünde schnell der Eindruck, *alle* Soldatinnen und Soldaten seien „so“. Neben der Identifikation mit der Bundeswehr als solcher, die in der Sorge um deren Außenwahrnehmung mitschwingt, zeigt sich ähnlich den ambivalenten Reaktionen auf alltägliche Begegnungen in Uniform mit Bürgerinnen und Bürgern die Tendenz, das Militär (und somit sich selbst) gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen Ein- oder Angriffen von „außen“ abzugrenzen.

Allein gelassen sehen sich die befragten Soldatinnen und Soldaten aber mitunter auch von der Bundeswehr, allen voran von der militärischen Führung, für die – je nach eigener Dienstgradgruppenzugehörigkeit – das Offizierkorps als solches oder zumindest die Generalität steht: Vorgesetzte Offiziere, insbesondere der höheren Dienstgrade, werden in den Gesprächen vornehmlich als „Karrieristen“ beschrieben. Diesen gehe es weniger um den dienstlichen Auftrag, sondern in erster Linie um das eigene Fortkommen, um die „*Weiterbildung der Schulter*“ (Gesprächsrunde P, FT2). Die militärischen Vorgesetzten träten bei unzulänglichen Aufträgen oder Kritik „von oben“ nicht für die Truppe ein, sie seien vielmehr daran beteiligt, Missstände schönzureden und die „wahre“ Lage nicht an die zuständigen Stellen in der Bundeswehr, im Ministerium und in der Politik zu kommunizieren.

Diese Unzufriedenheitsbekundungen lassen sich auf zweierlei Weise einordnen: Das Motiv des fehlenden Rückhalts, das in den Gesprächen in Gestalt von Klagen über die Politik, die Bevölkerung, die Medien oder die militärischen Vorgesetzten in Erscheinung tritt, ist zum einen als Ausdruck enttäuschter Erwartungen zu werten, die eng mit einer existenziellen Deutung des Soldatenberufs zusammenhängen und einen äußerst weitreichenden Anspruch auf politische Unterstützung und zivilgesellschaftliche Anerkennung markieren (vgl. Abschnitt 6.4.3). Zum anderen treten Grenzziehungen zutage, in denen über Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit, über das Eigene und das Andere verhandelt wird. Die Grenzen zwischen dem Innen- und Außenbereich stehen dabei nicht fest, sondern werden kontextabhängig konstruiert: Der Politik und der Zivilgesellschaft wird die Bundeswehr als Ganzes gegenübergestellt; das Verteidigungsministerium und hier insbesondere die Ministerin bzw. der Minister, aber auch die (zivile) Bundeswehrverwaltung wird von den Streitkräften abgegrenzt; innerhalb der Streitkräfte distanzieren sich die Unteroffiziere und Mannschaften von den Angehörigen des Offizierskorps und so weiter. Diese Grenzziehungen, die in den Gruppendiskussionen sprachlich vollzogen werden, reflektieren die real existierenden Differenzierungen innerhalb der Bundeswehr. Verbunden mit dem wiederkehrenden Motiv des mangelnden Rückhaltes wird hier letztlich ein Denkstil deutlich, der auf Unterscheidungen zwischen einem „Wir“ und „den bzw. die Anderen“ abhebt. Dieser Denkstil, der sich wohlgerne *nicht* auf die individuellen Haltungen der Soldatinnen und Soldaten bezieht, sondern die Basis der in den Gesprächen deutlich werdenden *Gruppenmeinungen* bildet, schlägt sich auf der Binnenseite der Wir/Die-Unterscheidung im teils funktional, teils nachdrücklich begründeten Bekenntnis zur militärischen Kameradschaft nieder. Die Kameradschaft wird als zentrales Alleinstellungsmerkmal des Soldatenberufs und als wesentliche Quelle für die eigene Dienstzufriedenheit angeführt. Auf der Außenseite stehen abhängig vom jeweiligen Kontext die militärischen Vorgesetzten, die Politik, die Medien oder die deutsche Bevölkerung, von denen man sich im Stich gelassen oder in jedem Fall nicht ausreichend unterstützt fühlt. Zwei kulturelle Merkmale von Streitkräften, die in der militärsoziologischen Forschungsliteratur hinlänglich beschrieben sind, spiegeln sich hier wider, nämlich Gemeinschaft und Hierarchie (Burk 1999; vom Hagen 2012). Im Kontext der hier interessierenden Fragestellung ist dies insofern relevant, als damit Handlungsmaximen verknüpft sind, die unter anderem den Umgang mit „besonderen Vorkommnissen“ prägen (vgl. Abschnitt 6.4.4). Beide Elemente spielen allerdings auch für das soldatische Verständnis von Politik eine Rolle.

6.4.2 Zum Politikverständnis von Soldatinnen und Soldaten: Politik als „Gefahr“

„Ich würde halt auch im Dienst alles versuchen, dass ich nicht über Politik reden muss, weil das ja ein richtig heißes Eisen ist. Also selbst wenn ich nicht BS [Berufssoldat – Anm.

d. Verf.] werden möchte, aber ich muss jetzt auch nicht direkt entlassen werden. Es gibt einfach viele Themen, die (...) die Gesellschaft, [die] Medien anders sehen als ich persönlich, und ich möchte halt nicht einen Strick daraus gedreht bekommen, weil ich irgendwas sage in der politischen Diskussion vielleicht unter Kameraden. (...) Weil man darf ja jetzt auch nicht für politische Parteien werben oder so, das darf nicht in die Richtung gehen. Man darf nichts sagen, was irgendwie (...) als rechts aufgefasst werden könnte.“ (Gesprächsrunde P, FT4)

In diesem Gesprächsausschnitt werden die spezifischen normativen Anforderungen an Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, wie sie zu Beginn dieses Forschungsberichts (vgl. Abschnitt 3.1) erläutert wurden, aufgegriffen und reflektiert. Die Deutung politischer Meinungsäußerungen im Dienst als etwas Gefährliches, aus dem einem ein „Strick“ gedreht werden kann und die – um im Sprachbild zu bleiben – zum eigenen (beruflichen) Tod, zu einer Entlassung, führen können, zieht sich wie ein roter Faden durch die Diskussionsrunden:

„Ich glaube, das sollte so’n Grundsatz für jeden Soldaten sein, es ist egal, was für’n Dienstgrad man hat. Ich glaube, da muss man aufpassen. Es ist (...) schon einigen Menschen zum Verhängnis geworden, dass sie nicht aufgepasst haben. Das ging dann zu weit in die eine Richtung oder zu weit in die andere Richtung. Ich glaube, da sollte man immer relativ versuchen, seine Meinung neutral zu halten, einfach um sich in keine gefährliche Richtung zu bewegen. Natürlich darf man schon eine eigene Meinung haben, aber ich bin der Meinung, man muss schon mal aufpassen, wie man’s sagt, wenn man Soldat ist.“ (Gesprächsrunde Q, FT3)

Positionierungen wie diese illustrieren nicht nur, wie stark Streitkräfteangehörige die in § 15 Soldatengesetz festgeschriebene Norm der politischen Zurückhaltung internalisiert haben. In der Wahrnehmung von Politik als etwas Gefährlichem oder Verhängnisvollem tritt zudem das kollektive Erfahrungswissen zutage, dass politische Äußerungen Bewertungsmaßstäben unterliegen, die von anderen – der politischen Führung, den Medien, den Vorgesetzten, mitunter auch den Kameradinnen und Kameraden – festgelegt werden und zu Sanktionen führen (können). Um Schwierigkeiten zu vermeiden, gilt es demnach, sich vorherrschenden (Sprach-)Regeln zu unterwerfen und seine persönlichen Ansichten entweder gar nicht, nur gegenüber einem bestimmten, besonders vertrauten Personenkreis oder wie im Kontext dieser Studie unter Wahrung der Anonymität kundzutun.⁴⁷

⁴⁷ Bemerkungen wie „[das] ist ja alles anonym“ (Gesprächsrunde P, FT2), aber auch der Umstand, dass die Zustimmung zur Audioaufzeichnung der Gruppendiskussionen in einem Fall zurückgezogen wurde, verdeutlichen: Diese Konventionen waren auch in den durchgeführten Gesprächen sehr präsent.

Zu den in den Diskussionsrunden angesprochenen Gefahren, die mit allzu freimütigen politischen Bekenntnissen einhergehen (können), gehört jedoch nicht nur, „*was irgendwie (...) als rechts aufgefasst werden könnte*“ (Gesprächsrunde P, FT4) und somit den Verdacht mangelnder Verfassungstreue begründen könnte. In den Gesprächen wird ein weiteres Motiv deutlich, das die Politik als möglichen Spaltpilz ausweist für die horizontale wie vertikale militärische Kohäsion, also für das Verhältnis im Kameradenkreis sowie zwischen Vorgesetzten und Unterstellten. Die Polarisierung von Debatten in der Öffentlichkeit – über die COVID-19-Maßnahmen und die Impfpflicht für militärische Bundeswehrangehörige, über Gleichstellungsmaßnahmen und Vorgaben zur gendgerechten Sprache im öffentlichen Dienst und damit auch im Geschäftsbereich des BMVg, über den Umgang mit Migranten und Flüchtlingen oder über die Rolle Deutschlands im Kontext des Ukrainekrieges – findet mitunter Wiederhall in den Streitkräften. Die Maxime, sich bei politischen Äußerungen zurückzuhalten, ist vor diesem Hintergrund funktional begründet. Sie dient dazu, den Zusammenhalt unter Kameradinnen und Kameraden zu bewahren, die möglicherweise ganz unterschiedliche Ansichten zu bestimmten Sachverhalten haben. Sie fungiert jedoch auch als Schutz vor Beeinträchtigungen des Beziehungsgefüges zwischen Vorgesetzten und Unterstellten, wie die folgende Äußerung eines mit Ausbildungsaufgaben betrauten Mannschaftssoldaten illustriert:

„(...) er [diskutiert] unter sich mit seiner Gruppe, wir mit uns in unserer Gruppe (...), aber ich [diskutiere] jetzt mit ihm nicht, also da könnte der sich halt theoretisch beschweren, dass ich ihm da was aufdiktiere (...).“ (Gesprächsrunde P, FT4)

Diese Äußerung gibt nicht nur einen Einblick in den Charakter organisationaler Unterstellungsverhältnisse, die im Einzelnen immer wieder austariert werden müssen. Der Hinweis auf die Möglichkeit einer Beschwerde gegenüber Vorgesetzten – die, wie der Zusatz „theoretisch“ andeutet, im militärischen Dienstalltag vorkommt, de facto aber eher die Ausnahme als die Regel darstellt – lässt erkennen, dass die Disziplinierung zu politischer Zurückhaltung im Militär keine Einbahnstraße darstellt und ebenso von oben nach unten („Überwachung“) wie entgegen der Befehlshierarchie von unten nach oben („Unterwachung“) verläuft (Kühl 2011, 81–88).

In den bisherigen Ausführungen zum soldatischen Verständnis von Politik als „Gefahr“ – für die eigene berufliche Laufbahn (Disziplinarverfahren oder gar Entlassung), für das Kameradschaftsverhältnis („Gemeinschaft“), für die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Unterstellten („Hierarchie“) – ging es um politische Haltungen im Sinne der politikwissenschaftlichen *Policy*-Dimension (vgl. Abschnitt 3.1) und damit um die Frage, wie man mit unterschiedlichen, eventuell sogar gegensätzlichen Positionierungen zu politischen Sachverhalten umgehen kann oder soll. Die soldatische Sicht auf die *Politics*-

Dimension, die sich auf den Wettbewerb zwischen politischen Parteien um Wählerstimmen und zwischen Politikerinnen und Politikern um Einfluss und Ämter bezieht, wurde in Abschnitt 6.4.1 schon kurz beleuchtet: in Gestalt der Klage über den mangelnden Rückhalt für die Bundeswehr seitens der politischen Verantwortungsträger in Regierung und Parlament. Die dritte politikwissenschaftliche Analyseebene, die *Polity*-Dimension, die sich auf das politische Institutionengefüge bezieht, wird in den Gruppengesprächen im Vergleich dazu eher indirekt thematisiert: Dass die Bundeswehr und ihre Angehörigen dazu da und bereit sind, Deutschland zu dienen und zu verteidigen, gilt unter Soldatinnen und Soldaten als Selbstverständlichkeit; und auch dass die Regierung bzw. das Parlament darüber entscheidet, über welche Ressourcen die Bundeswehr verfügt und wo sie eingesetzt wird, wird in den Gesprächen letztlich nicht infrage gestellt. Im Gegenteil gründet genau hierauf die Enttäuschung darüber, dass die Bundeswehr und ihre Angehörigen seitens der politischen Akteure in Regierung und Parlament nicht (noch) mehr Aufmerksamkeit, Unterstützung und Anerkennung erfahren. In diesem Zusammenhang taucht das Motiv von Politik als „Gefahr“ auf nochmals andere Art wieder auf: als Chiffre für die besondere Abhängigkeit der Streitkräfte von politischen Entscheidungen, die man selbst nicht beeinflussen könne, die aber mitunter gravierende Auswirkungen auf die Soldatinnen und Soldaten hätten.

„Man darf halt auch nicht vergessen, dass die Politik am Ende auch über uns entscheidet, über unser Leben entscheidet im schlimmsten Fall.“ (Gesprächsrunde P, FT2)

Die in dieser Äußerung angesprochene potenziell existenzielle Dimension des Soldatseins ist weder Ausnahme noch Zufall. Vielmehr handelt es sich um eine zentrale Rahmung des Soldatenberufs, auf die in den Gruppengesprächen immer wieder rekurriert wird.

6.4.3 Soldatisches Selbstverständnis: Demokratieextremisten

„(...) muss ich natürlich als Soldat auch gewillt sein, in der Extremsituation, zum Beispiel der Landesverteidigung, einen anderen Soldaten zu erschießen. Und in dem Falle spreche ich ihm ja seine körperliche, also sein Recht auf körperliche Unversehrtheit ab, um es mal gelinde auszudrücken. Ja, vielleicht macht uns das dann irgendwo alle auch zu gewissen, weiß nicht, Demokratieextremisten oder so ((lacht)), weil wir so weit gehen und uns quasi – ich meine man hat ja auch selber (...) Schäden davon, psychische beispielsweise (...) dass man eben so weit geht, dass man tatsächlich noch gewillt ist, die Demokratie zu verteidigen, und nicht halt bei Worten aufhört. Dafür sind wir ja da.“ (Gesprächsrunde C, FT1)

Diese Passage stammt aus einer längeren Gesprächssequenz, in der über den Begriff des Extremismus diskutiert wurde. In diesem Kontext erörterten die Befragten verschiedene Konnotationen von „Extremsein“, bis die Qualifizierung von Soldaten und Soldatinnen als „Demokratieextremisten“ vorgeschlagen und die Debatte darüber (in dieser Gruppe) beendet wurde. Die entsprechende Gesprächssequenz wiederum gehört zu einer der Diskussionsrunden, die zu Beginn des Projektes durchgeführt wurden. Die Auseinandersetzung mit der Frage, wer oder was (überhaupt) „extrem“ sei, ist deswegen auch als eine kritische Positionierung zu den damals noch laufenden Ermittlungen beim KSK und dem erstellten Maßnahmenkatalog zu deuten, der als eine Maßnahme die vorliegende Studie enthielt. Der hier unterbreitete Vorschlag, Soldatinnen und Soldaten seien „Demokratieextremisten“, geht jedoch über eine Kritik an den offiziellen Maßnahmen gegen politischen Extremismus insofern hinaus, als hier verschiedene Aspekte zusammengeführt und begrifflich verbunden werden, die die gemeinsame Bezugsgrundlage aller Diskussionsrunden darstellen. Im Kern handelt es sich um das, was mit Lepsius (1997: 366) als militärspezifische „Ausrichtung auf den ‚Ernstfall‘, der voraussehbare Todesfolgen hat“, bezeichnet werden kann.

Die Ausrichtung auf den militärischen Ernstfall beinhaltet die Bereitschaft, seine Gesundheit und sein Leben sowie das von anderen einzusetzen. Verweise auf diese Bereitschaft und auf die damit verbundenen Konsequenzen, die als außeralltäglich (und in diesem Sinne als „extrem“) klassifiziert werden, finden sich in allen Gesprächsrunden, und zwar unabhängig davon, ob die beteiligten Soldatinnen und Soldaten einer Tätigkeit im Stab oder „draußen“, auf dem Übungsplatz, „im Wald“ oder an Bord eines Luft- oder Seefahrzeugs nachgehen. Artikuliert wird dies im Gespräch in Form eines „Entbehrungethos“ (vom Hagen 2003): die freiwillige Inkaufnahme individueller Härten und persönlicher Einschränkungen des eigenen körperlichen Wohlbefindens, des Familienlebens oder der Freizeitgestaltung zugunsten des kollektiven Einsatzes für ein übergeordnetes Ziel, nämlich die FDGO zu schützen und zu verteidigen. In den Diskussionsrunden mit Angehörigen aus infanteristischen Einheiten fiel dieses Bekenntnis zur eigenen, namentlich physischen Durchhaltefähigkeit besonders nachdrücklich aus. Doch auch in den Gruppen mit Soldatinnen und Soldaten aus Unterstützungseinheiten galt „hartes“, viel Zeit und Mühe erforderndes Dienen, das einen an die eigenen Belastbarkeitsgrenzen bringt und deswegen mit der Konnotation des Extremen verknüpft werden kann, als gemeinsamer soldatischer Bezugswert.

Leidensfähigkeit und Opferbereitschaft als kollektiv geteilte soldatische Tugenden bilden wiederum die Basis für die hohen Erwartungen an den Dienstherrn, an die Kameradinnen und Kameraden, an die Vorgesetzten, an die politisch verantwortlichen Akteure in Regierung und Parlament ebenso wie an die zivile Gesellschaft, von der ebenfalls „alles“ an

Interesse und Zuspruch gefordert wird. Umgekehrt beruht auf derselben soldatischen Werteorientierung die gleichfalls geäußerte Kritik an lustlosen Soldaten, die von den Karrierecentern der Bundeswehr in die Einheiten geschickt würden und dort anderen, motivierteren Kameraden die Dienstposten wegnähmen. Ähnliches gilt für die Distanzierung von karriereorientierten und damit individualistisch agierenden Vorgesetzten, vor allem aus der Gruppe der Stabsoffiziere und der Generalität, die sich erst zu den „wahren“ Problemen äußerten, wenn sie pensioniert seien. Das Unverständnis über negative Urteile über die Bundeswehr und ihre Angehörigen, wie sie den Soldatinnen und Soldaten mitunter in den Medien oder in Gesprächen im Freundes- oder Bekanntenkreis begegnen, liegt ebenfalls darin begründet:

„(...) weil wir wollen ja niemandem was Böses, wir wollen ja unser Land verteidigen oder unseren Partnern helfen. Ich verstehe nicht, was man dagegen hat.“ (Gesprächsrunde O, Themenplan (TP))

Die Ausrichtung auf den militärischen Ernstfall als kollektiver Referenzpunkt in den Gruppendiskussionen begründet die angesprochene existenzielle Rahmung des Soldatseins, die sich aus soldatischer Sicht durch alle Bereiche des militärischen Dienstes zieht. Es geht also – potenziell – immer ums Ganze: um den Schutz des eigenen Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger, um das eigene Leben und das der Kameradinnen und Kameraden – um „Wir“ oder „Die“. Dieses soldatische Selbstverständnis zeitigt nicht nur den erwähnten Denkstil, der auf solchen Wir/Die-Unterscheidungen beruht, sondern begründet auch die Stilisierung von Kameradschaft, die im Kontext infanteristischer Einheiten nochmals besonders hervorsticht. Die existenzielle Rahmung des Soldatseins fundiert und legitimiert darüber hinaus bestimmte Eigenheiten, die die Streitkräfte und ihre Angehörigen in der soldatischen Selbstwahrnehmung „anders“, um nicht zu sagen: „extremer“ machen: Weil es potenziell immer ums Ganze geht, können und müssen nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Gruppendiskussionen im Militär (etwas) andere Regeln, aber auch Umgangsformen gelten, die unter zivilen Gesichtspunkten befremdlich oder sogar „extrem“ erscheinen mögen.

Genau diese Vorstellung, sich als Soldatinnen und Soldaten aufgrund des potenziell drohenden militärischen Ernstfalls von der zivilen Bevölkerung zu unterscheiden und auch unterscheiden zu müssen, also berufsbedingt „anders“ zu sein, steht in einem Spannungsverhältnis zu den zivil kodierten Normalitätserwartungen, die von außen – seitens der politischen Führung in Form der Vorgaben der Inneren Führung, seitens der Zivilgesellschaft in Form einer ambivalenten Sicht auf militärische Gewalt als Instrument deutscher Sicherheitspolitik – an die Bundeswehr und ihre Angehörigen herangetragen werden. In den Gesprächsrunden schlägt sich dieses Spannungsverhältnis nicht nur in den kritischen

Diskussionen über den vermeintlich fehlenden gesellschaftlichen Rückhalt der Bundeswehr nieder, sondern auch in der Sichtweise, bestimmte Dinge unter gewissen Bedingungen lieber intern zu regeln (vgl. Abschnitt 6.4.4).

Mit extremistischen politischen Einstellungen, wie sie Gegenstand der quantitativen Analysen in den Abschnitten 6.1 bis 6.3 waren, hat diese soldatische Lesart militärischen Extremseins zunächst wenig zu tun. Es steht, wie skizziert, inhaltlich für Einsatz- und Opferbereitschaft zum Wohle anderer – für „Deutschland“ als politisches Gemeinwesen im Großen und für die Gruppe der Kameradinnen und Kameraden im Kleinen. Zugleich nähren die damit einhergehenden Grenzziehungen die Tendenz, bestimmte Dinge im Kameradenkreis zu akzeptieren oder über sie hinwegzusehen, anstatt diese offen „nach außen“ zu kommunizieren. Dies zeigt sich insbesondere im Umgang mit mutmaßlich extremistischen Ereignissen oder sonstigen besonderen Vorkommnissen, wie der nächste Abschnitt dokumentiert.

6.4.4 Melden oder Nichtmelden: Kameradschaftstreue versus Einhaltung von Vorschriften

Die Ergebnisse der quantitativen Befragungen belegen (vgl. Abschnitt 6.3), dass nur eine Minderheit der Soldaten und Soldatinnen nach eigenen Angaben in den letzten zwölf Monaten eigene Erfahrungen mit extremistischen Ereignissen in der Bundeswehr gemacht hat. Dies deckt sich mit den Eindrücken aus den Diskussionsrunden, in denen vornehmlich der Umgang mit Extremismus in den Medien und seitens der Politik Thema war und weniger selbst erlebte Vorfälle im dienstlichen Umfeld. Gleichwohl kamen dabei in vielfacher Weise – teils durch Fragen der Gesprächsleiterin initiiert, teils ad hoc aus dem Gesprächsverlauf heraus – die Regeln und Normen des alltäglichen dienstlichen Miteinanders und bei Verstößen zur Sprache. Einen anschaulichen Einblick liefert die folgende Passage:

„Aber es fängt ja schon mit alltäglichen Dingen an wie zum Beispiel: Man unterhält sich mit ein paar Kameraden und irgendwer nennt die Leute aus dem Einsatz (...) dann halt Ölaugen oder Schmutzfüße oder oder oder. Das ist keine Beleidigung, man greift niemand persönlich an. Aber es ist halt auch – es hat so ein unangenehmes Geschmäckle. (...). Aber ich spreche keinen Kameraden darauf an, wenn er die Leute aus Afrika oder Afghanistan oder wo er gerade auch im Einsatz war als Schmutzfüße bezeichnet. Und das ist das, was ich meine, also es wird angesprochen, wenn es angesprochen werden muss, sprich in PolBil [Politischer Bildung – Anm. d. Verf.], und ansonsten wird's solange hingenommen, wie's nicht direkt und extrem offensichtlich verfassungsfeindlich ist. Aber das gilt ja nicht nur für die Bundeswehr. (...) Es gilt ja mittlerweile schon für die gesamte Gesellschaft, weil einfach jeder sagen kann, was er will, solange es nicht offen verfassungsfeindlich ist.“ (Gesprächsrunde F, FT2)

Dieses Zitat dokumentiert eine der seltenen Passagen in den Gruppengesprächen, in denen ohne Umschweife Begrifflichkeiten genannt werden, die eine despektierliche Konnotation aufweisen. Ansonsten ist in den Diskussionsrunden eher in allgemeiner Weise von „Sprüchen“ die Rede, die – so der Tenor – eben zum „raueren Umgangston“ unter Soldatinnen und Soldaten dazugehörten. In der Gesprächssituation selbst, d.h. in Anwesenheit des Projektteams, wurden solche Sprüche kaum wiedergegeben. Nähere Informationen, welche Äußerungen wann von wem über wen genau gemacht werden, liegen also nicht vor. Mindestens ebenso aufschlussreich erscheinen allerdings die Handlungsmaximen, die in der zitierten Passage deutlich werden und die sich in weiteren Varianten in den anderen Diskussionsrunden finden. Sinngemäß lassen sie sich wie folgt zusammenfassen: Innerhalb der eigenen Dienstgradgruppe und insbesondere im engsten Kameradenkreis werden Normverstöße, sofern sie nicht offen und damit allseits sichtbar gegen die Verfassung bzw. bestehende Gesetze und Vorschriften gerichtet sind, eher nicht gemeldet, und zwar ungeachtet der persönlichen Ansichten darüber.⁴⁸ Eine Intervention, gegebenenfalls unter Einschaltung der jeweiligen Vertrauensperson, aber zunächst ohne Anzeige gegenüber dem oder der Vorgesetzten, erfolgt den Gruppengesprächen zufolge vor allem dann, wenn eine konkrete Person betroffen ist, also beispielsweise jemand persönlich beleidigt wurde. Ein Einschreiten sei hingegen geboten, wenn man sich selbst in der Vorgesetztenrolle befinde und Zeuge oder Zeugin eines Vorfalls werde oder davon erfahre.

Die Logik, auf der diese differenzierten Handlungsmaximen beruhen, lässt sich auf zwei Prinzipien zurückführen, die weiter oben bereits angesprochen wurden: Gemeinschaft und Hierarchie. Die nicht zuletzt im Soldatengesetz (§ 12) vorgeschriebene Kameradschaftspflicht steht für die Pflege und die Sorge um das Wohl der soldatischen Gemeinschaft und ihrer Mitglieder. Sie sorgt unter anderem dafür, dass Normverstöße – unter bestimmten Umständen und bis zu einem gewissen Grad – toleriert und mitunter gedeckt werden.⁴⁹ Hierarchie verweist demgegenüber auf das Prinzip von Befehl und Gehorsam, das für alle Militärangehörigen Regeleinhaltung vorsieht, aber auch auf die unterschiedlichen Rollen und Verantwortungsbereiche der militärischen Dienstgradgruppen, die vor

⁴⁸ Dafür spricht übrigens auch, dass Chat-Inhalte viel häufiger gemeldet werden als andere Vorfälle, denn bei diesen weiß man, dass sie für längere Zeit und auch für Außenstehende sichtbar sind (vgl. Abschnitt 6.3.1, Tabelle 6.39).

⁴⁹ Zu den positiven wie negativen Folgen von Kameradschaft als Schutz wie Zwang für den Einzelnen siehe die einschlägigen historischen Arbeiten von Kühne (1996, 2006) sowie aus soziologischer Perspektive Biehl (2021).

allem die Vorgesetzten (vgl. § 10 Soldatengesetz) zum Handeln verpflichtet und die Unterstellten – „*Melden macht frei und belastet den Vorgesetzten*“⁵⁰ (Gesprächsrunde Q, TP) – aus der Verantwortung entlässt.

Die auf Gemeinschaft und Hierarchie beruhenden Handlungsmaximen, die auf entsprechende Vorschriften zurückgeführt werden können, stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Für den Einzelnen besteht in der konkreten Situation deswegen die Notwendigkeit zu entscheiden, was zu tun oder zu lassen ist. Daraus folgt, dass nicht jeder mutmaßlich extremistische Vorfall zur Anzeige gebracht wird, wie sich dies auch in den quantitativen Befunden zum Meldeverhalten widerspiegelt (vgl. Abschnitt 6.3). Jenseits konfligierender Prinzipien ist es aus soldatischer Sicht gerade bei politischen Meinungsäußerungen außerdem schwierig zu bestimmen, wann genau eine Normverletzung vorliegt – was, wie bereits gezeigt, eher Zurückhaltung und Vorsicht nahelegt.

6.4.5 Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Gruppendiskussionen

„(...) *also wir sind halt keine politischen Soldaten (...) aber unpolitisch sind wir halt auch nicht*“ (Gesprächsrunde P, TP)

Die aus den Gruppendiskussionen zusammengetragenen Befunde liefern Einblicke in zentrale Merkmale des soldatischen und politischen Selbstverständnisses von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und geben Aufschluss über militärkulturelle Logiken des Umgangs mit besonderen Vorkommnissen.

Wie das dominante Motiv des mangelnden Rückhalts in Politik und Gesellschaft belegt, haben die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erstens einen äußerst hohen Bedarf an öffentlicher Anerkennung und Unterstützung sowie an politischer Begründung des militärischen Auftrags. Dies ist Ausdruck eines starken zivilgesellschaftlichen Integrationsbedürfnisses im Sinne der Inneren Führung.

Das aus den Diskussionen hervorgehende Deutungsmuster von Politik als Gefahr zeigt zweitens, dass unter Soldatinnen und Soldaten eine große Unsicherheit vorherrscht, was wo von wem in politischer Hinsicht geäußert werden kann oder gar muss. Dies hängt nicht nur, aber auch mit der Polarisierung aktueller politischer Debatten zusammen, die in den Streitkräften ihren Widerhall findet. Zurückhaltung in politischer Hinsicht erscheint aus soldatischer Sicht daher als die primäre, da sicherste Reaktion. Umgekehrt gehen damit jedoch auch Vorstellungen von (ungerechtfertigten) Denk- und vor allem Sprechverboten einher.

⁵⁰ „Melden macht frei (und belastet den Vorgesetzten)“ ist eine in der Bundeswehr häufig genutzte Redewendung, die eine Meldung bzw. Offenlegung von Problemen empfiehlt, um selbst die Verantwortung für Fehlverhalten oder Probleme los zu sein.

In den Gruppendiskussionen wird drittens in unterschiedlichen Abstufungen ein soldatisches Elitebewusstsein erkennbar, das auf einer existenziellen Rahmung des Soldatenberufs beruht und mit Tugenden wie Leidenschaftlichkeit und Opferbereitschaft einhergeht. Aus militärsoziologischer Sicht erscheint dies einerseits notwendig und funktional, um militärische Kohäsion und Einsatzbereitschaft zu erzeugen (vgl. Apelt 2012). Der Anspruch auf militärische Besonderheit steht andererseits in gewisser Spannung zum Gebot zivilgesellschaftlicher Integration, an dem sich die Soldatinnen und Soldaten ebenfalls orientieren, wenn sie eine (all-)umfassende Unterstützung durch Politik und Gesellschaft für die Bundeswehr einfordern.

Aus den Gesprächen wird viertens ersichtlich, dass Sprüche, die auf bestimmte Personen oder Personengruppen zielen, aber auch andere Regelverstöße Teil der Erfahrungswelt von Soldatinnen und Soldaten sind, mit denen situativ unterschiedlich umgegangen wird. Grund hierfür sind jeweils legitime, aber miteinander konkurrierende Handlungsgrundsätze: das Gebot und die Pflicht zur Kameradschaft einerseits sowie der Gehorsam gegenüber der militärischen Hierarchie und den offiziellen Vorgaben andererseits. Wie die Diskussionsrunden nahelegen, finden innerhalb der Truppe differenzierte Aushandlungsprozesse darüber statt, wie mit Normverletzungen umzugehen ist. Die situativ getroffenen informellen Entscheidungen können hierbei in Widerspruch zu den offiziellen Vorgaben geraten. Zugleich ermöglichen sie Problemlösungen, die mittels formaler Verfahren nicht oder kaum erzielt werden können. Diese Einsichten verweisen auf die grundlegende Frage nach den Maßnahmen, die die Bundeswehr ergreifen kann, um politischem Extremismus in ihren Reihen zu begegnen. Der folgende Abschnitt (6.5) präsentiert das Meinungsbild der Soldatinnen und Soldaten zu diesen Maßnahmen.

6.5 Maßnahmen gegen politischen Extremismus in der Bundeswehr und ihre Bewertung

Was kann für den Schutz der Bundeswehr vor politischem Extremismus getan werden? Welche Maßnahmen und Handlungen können der Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in den Streitkräften entgegenwirken? Im Folgenden werden die Ansichten der Soldatinnen und Soldaten zu diesen Fragen beleuchtet und deren Blick auf bestehende oder mögliche Maßnahmen zur Abwehr von politischem Extremismus vorgestellt.

Die Fragebogen der Module 1 und 2 enthielten jeweils vier Items, die verschiedene Handlungsoptionen oder Maßnahmen gegen politischen Extremismus zum Gegenstand haben (Tabelle 6.45). Dabei beziehen sich zwei Items auf mögliche Selektionseffekte, eines auf die Wirkung der Politischen Bildung, also eher auf Sozialisationsaspekte, und eines bilanziert die Bemühungen der Bundeswehr gegen den politischen Extremismus in ihren

Reihen. Die Antworten der Befragten vermitteln einen Eindruck von der Wirksamkeit, die in der Bundeswehr (und in der Bevölkerung) von den adressierten Handlungen und Vorkehrungen erwartet wird.

Tabelle 6.45: Bewertung von Maßnahmen gegen politischen Extremismus in der Bundeswehr

Frage/Item	Lehne völlig ab (0)	Lehne eher ab (0,25)	Teils/ teils (0,5)	Stimme eher zu (0,75)	Stimme völlig zu (1)	Zustimmung (%)		
						Mil	Ziv	Bev
Bewerber, bei denen Zweifel an ihrer Verfassungstreue bestehen, sollen von der Bundeswehr abgewiesen werden.	0,5	1,4	6,3	21,7	69,1	90,8	92,1	77,0
Politische Extremisten haben in der Bundeswehr nichts zu suchen.	0,4	0,5	1,6	9,3	87,1	96,4	94,5	77,6
Politische Bildung ist ein wirksames Instrument zur Verhinderung von Extremismus in der Bundeswehr.	3,0	11,4	26,0	36,8	21,8	58,6	77,5	66,2
Die Bundeswehr tut insgesamt genug im Kampf gegen politischen Extremismus.	4,1	19,1	37,8	27,9	9,2	37,1	28,8	34,7

Anmerkungen: Dargestellt ist die Verteilung auf die Einzelantworten für die Soldatinnen und Soldaten in Prozent. Mil: Soldatinnen und Soldaten. Ziv: Zivilbeschäftigte der Bundeswehr. Bev: Bevölkerung. Einleitungstext: „Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Thema Bundeswehr und politischer Extremismus. Geben Sie bitte zu jeder Aussage an, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. An 100 Prozent fehlende Prozentpunkte: „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1) und Bevölkerungs- und Jugendbefragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 2).

Die allermeisten Soldatinnen und Soldaten wollen nicht, dass Bewerber in die Bundeswehr gelangen, bei denen Zweifel an der Verfassungstreue bestehen: 90,8 Prozent äußern sich entsprechend. Damit sieht das Gros der Befragten den Selektionsprozess als ein wichtiges Instrument, um zu verhindern, dass Extremisten in die Bundeswehr gelangen. Noch deutlicher wird dies mit Blick auf die Aussage, Extremisten haben nichts in der Bundeswehr zu suchen. Ihr stimmen 96,4 Prozent der militärischen Angehörigen zu – davon 87,1 Prozent sogar „völlig“. Die große absolute Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten distanziert sich somit in aller Deutlichkeit von politischen Extremisten. Politische Bildung wiederum wird mehrheitlich als ein geeignetes Mittel zur Verhinderung von politischem Extremismus anerkannt. 58,6 Prozent der Soldatinnen und Soldaten stimmen dieser Ansicht zu. Angesichts der Zweifel, die zuweilen über die Form, die Inhalte und die Wirksamkeit der Politischen Bildung in der Bundeswehr geäußert werden (siehe bereits Ritscher 1979, als Überblick: Bächler/Bussiek 2020), stellt dies einen bemerkenswert hohen Wert dar.

Tabelle 6.46: Bewertung von Maßnahmen gegen politischen Extremismus in der Bundeswehr in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 1

Gruppe	Extr. Bewerber abweisen	Keine Extremisten in Bw	Politische Bild. verhindert Extr.	Bw tut genug gegen Extr.
Insgesamt	90,8	97,4	58,6	37,1
Geschlecht	***	***		***
Mann	92,9	97,6	58,9	40,3
Frau	86,1	97,0	61,6	21,7
Bildung	***	***		
Niedrig (maximal Hauptschulabschluss)	84,3	94,1	62,3	35,0
Mittel (Realschulabschluss oder vergleichbar)	91,4	97,0	57,6	37,5
Hoch (mindestens Fachhochschulreife)	93,5	98,5	60,6	38,4
Alter	***	**		*
Bis 24 Jahre	86,5	96,8	63,9	39,0
25 bis 29 Jahre	89,9	96,6	57,4	35,4
30 bis 39 Jahre	91,2	96,9	60,0	36,2
40 bis 49 Jahre	95,1	98,6	56,3	39,5
50 bis 59 Jahre	98,5	100,0	56,9	44,2
60 Jahre und älter	(100,0)	(100,0)	(62,6)	(52,9)
Geografische Prägung/ Sozialisation in der Jugend		*		**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	92,0	98,0	61,9	35,2
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	91,1	97,4	59,3	40,0
Süddeutschland (BW, BY)	92,1	95,7	57,5	38,5
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	92,3	98,0	58,0	37,9
Anderes Land	(92,3)	(100,0)	(84,7)	(33,4)
Religion/Konfession				***
Römisch-katholisch	92,5	97,3	60,5	40,5
Evangelisch (lutherisch, reformiert, freikirchlich)	91,1	96,9	59,7	38,1
Keine Religion	92,0	97,9	58,0	37,0
Dienstgradgruppe	***	***		**
Mannschaften	85,1	95,9	57,1	36,6
Unteroffiziere ohne Portepe	89,5	96,0	60,3	32,4
Unteroffiziere mit Portepe	95,2	98,4	59,8	36,7
Offiziere	96,8	99,4	60,4	43,9
Stabsoffiziere und Generale	97,1	99,1	60,2	48,6

Anmerkungen: Dargestellt ist die Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. Die hier dargestellten Zustimmungswerte (Insgesamt) weichen aufgrund fehlender Angaben bei den sozio- und militärdemografischen Merkmalen leicht von den Werten in Tabelle 6.44 ab. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für Religion gibt es die zusätzlichen Kategorien Orthodox, Muslimisch, Jüdisch, andere Religion (alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden. Die Ergebnisse beziehen sich auf die vollständige Verteilung aller Merkmale der jeweiligen Variablen.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Tabelle 6.47: Bewertung von Maßnahmen gegen politischen Extremismus in der Bundeswehr in sozio- und militärdemografischen Gruppen, Teil 2

Gruppe	Extr. Bewerber abweisen	Keine Extremisten in Bw	Politische Bild. verhindert Extr.	Bw tut genug gegen Extr.
Insgesamt	90,8	97,4	58,6	37,1
Länge Dienstzeit	***	***		**
Bis zu 2 Jahre	86,0	96,5	63,5	38,8
3 bis 5 Jahre	89,7	96,3	55,6	37,1
6 bis 10 Jahre	90,7	96,8	57,5	33,2
11 bis 15 Jahre	93,2	97,8	63,7	37,9
16 bis 20 Jahre	93,8	98,1	58,5	37,3
21 Jahre und mehr	97,2	99,5	58,2	45,2
Organisationsbereich/Teilstreitkraft	*	**	*	**
BMVg unmittelbar unterstellte Dienststellen	96,7	100,0	54,1	(55,9)
Heer	89,9	96,6	55,1	41,9
Luftwaffe	91,4	98,4	63,5	34,3
Marine	92,0	99,6	55,9	35,8
Streitkräftebasis (SKB)	92,5	96,0	59,6	37,7
Zentraler Sanitätsdienst	93,0	98,9	64,8	30,3
Cyber- und Informationsraum (CIR)	94,4	97,4	61,5	33,9
Truppengattung/Laufbahn/Verwendungsreihe/Dienstbereich				***
Heer: Kampftruppen	91,8	96,6	55,5	46,0
Heer oder SKB: Nicht-Kampftruppen	91,9	96,5	58,0	38,0
Luftwaffe	90,8	98,6	62,7	36,7
Marine	93,9	99,2	59,4	37,0
Sanitätsdienst	91,1	98,8	64,7	31,7
CIR	92,1	96,0	60,3	31,0
Sonstige Truppengattung, Laufbahn, Verwendungsreihe oder Dienstbereich	86,7	98,3	(50,0)	(38,3)

Anmerkungen: Dargestellt ist die Zustimmung: „Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ zusammengefasst. Die hier dargestellten Zustimmungswerte (Insgesamt) weichen aufgrund fehlender Angaben bei den sozio- und militärdemografischen Merkmalen leicht von den Werten in Tabelle 6.44 ab. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05. Werte in Klammern: n ≤ 50. Für Organisationsbereich gibt es zusätzliche Kategorien (Personal, AIN, IUD, Sonstiger Orgbereich, alle n < 50), die hier nicht dargestellt werden. Die Ergebnisse beziehen sich auf die vollständige Verteilung aller Merkmale der jeweiligen Variablen.

Datenbasis: Bundeswehrinterne Befragung „Armee in der Demokratie“ 2022 (Modul 1).

Ausgewogener ist das Meinungsbild, wenn es um die Gesamtheit der Anstrengungen gegen politischen Extremismus geht. Dass die Bundeswehr in diesem Bereich genug unternimmt, findet mit 37,1 Prozent nur etwas mehr als ein Drittel der Soldatinnen und Soldaten. 37,8 Prozent stützen diese Aussage nur zum Teil und ein knappes Viertel (23,2 Prozent) lehnt sie sogar ab. Ein gewisser Anteil der Soldatinnen und Soldaten sieht folglich Verbesserungsbedarf bei den Maßnahmen der Bundeswehr zur Abwehr des politischen Extremismus. Die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr bewerten die bisherigen Maßnahmen nochmals kritischer. Nur 28,8 Prozent der zivilen Angehörigen finden, die

Bundeswehr unternehme genug im Kampf gegen den politischen Extremismus. Dafür sieht diese Gruppe die Politische Bildung in der Bundeswehr in stärkerem Maße als geeignetes Instrument zur Verhinderung von Extremismus an: 77,5 Prozent teilen diese Position, fast 20 Prozentpunkte mehr als bei den Soldatinnen und Soldaten. Keine Unterschiede zwischen zivilen und militärischen Angehörigen gibt es hinsichtlich der Notwendigkeit der Verfassungstreue von Bewerbern und der Abwehr politischer Extremisten.

Auch in der Gesamtbevölkerung können nur 34,7 Prozent ausreichende Bemühungen der Bundeswehr bei der Bekämpfung von Extremismus erkennen. Alle untersuchten Teilgruppen sehen hier also noch Verbesserungspotenzial. Für die anderen Items zeigen sich stärkere Abweichungen zwischen Bundeswehrangehörigen und Bevölkerung. So schätzen auch die Bürgerinnen und Bürger (66,2 Prozent) die Wirksamkeit politischer Bildung merklich höher ein als die Soldatinnen und Soldaten. Hinsichtlich der Aufnahme von Extremisten bestehen substantielle Unterschiede zwischen den Angehörigen der Bundeswehr und der Bevölkerung. Die Bürgerinnen und Bürger lehnen zwar weit mehrheitlich Extremisten in der Bundeswehr ab und wollen ihnen den Zugang zu den Streitkräften verschließen. Jedoch liegt die Zustimmung zu den beiden Items mit 77,6 bzw. 77,0 Prozent deutlich unter der Zustimmung der Bundeswehrangehörigen. Angesichts der dennoch eindeutigen Mehrheit und der Ergebnisse der anderen beiden Fragen kann dies jedoch nicht als Plädoyer der Bürgerinnen und Bürger für einen laxeren Umgang mit Extremisten interpretiert werden.

Die Tabellen 6.46 und 6.47 liefern empirische Ergebnisse dazu, ob sich die Bewertung der vier Fragen zwischen sozio- und militärdemografischen Gruppen unterscheidet. Insgesamt zeigen sich eine Vielzahl von statistisch signifikanten Gruppenunterschieden. In der Regel sind diese aber eher gradueller als substantieller Natur. Es ist Konsens in allen Bereichen der Streitkräfte, dass extremistische Bewerber abzulehnen sind. Die Zustimmung beträgt in allen betrachteten Gruppen mindestens 84 Prozent. Die zu beobachtenden Unterschiede in dieser Frage sind nachrangig. Die gleiche Einschätzung gilt mit Blick auf die Aussage, dass Extremisten nichts in der Bundeswehr zu suchen haben. Diese Auffassung teilen sämtliche Befragten. In einigen Teilgruppen findet sich gar eine Zustimmung von 100 Prozent. Die auftretenden Unterschiede sind auch hier marginal und zu vernachlässigen. Dies gilt in vergleichbarer Art und Weise – und etwas überraschend – auch für die erwartete Wirksamkeit Politischer Bildung, wobei hier die Zustimmung insgesamt deutlich geringer ist (58,6 Prozent). Die Differenzen sind nur zwischen den Angehörigen verschiedener Organisationsbereiche statistisch signifikant. In der Luftwaffe, im Sanitätsdienst und im Bereich Cyber- und Informationsraum wird die Wirkung der Politischen Bildung eher gesehen als in Heer, Marine und den dem BMVg zugeordneten

Dienststellen. Hinsichtlich der Frage, ob die Bundeswehr genug im Kampf gegen den Extremismus unternehme, zeigen sich vor allem Soldatinnen kritisch. Bei ihnen ist die Zustimmung mit 21,7 Prozent nur etwa halb so groß wie bei den Soldaten, ohne dass mit dem vorhandenen Datenmaterial zu klären wäre, worauf dieser bemerkenswerte Unterschied beruht. Größere Differenzen ergeben sich beim Vergleich der Dienstgradgruppen, nach Länge der Dienstzeit sowie Zugehörigkeit zu Organisationsbereich oder Truppengattung: Mannschaftssoldatinnen und -soldaten, Unteroffiziere und Feldwebel stimmen dieser Aussage um mehr als 10 Prozentpunkte weniger zu als Stabsoffiziere und Generale. Auch Angehörige des Sanitätsdienstes, aus dem Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum und der Luftwaffe stimmen hier deutlich seltener zu als Soldatinnen und Soldaten, die im dem BMVg unmittelbar unterstellten Bereich oder dem Heer eingesetzt werden. Auch Angehörige der Kampftruppen stimmen mit 46,0 Prozent der Aussage zu, dass die Bundeswehr genug gegen Extremismus tut.

Fasst man die Ergebnisse für alle vier Fragen zusammen, finden sowohl der Schutz gegen Selektionseffekte als auch die Maßnahmen gegen Sozialisationseffekte (deutlich) mehrheitlichen Zuspruch in der Bundeswehr. Nach Ansicht der Soldatinnen und Soldaten wird offensichtlich noch nicht genug gegen Extremismus in der Bundeswehr getan. Wenn Gruppenunterschiede in den Bewertungen der vier Fragen auftreten, sind diese – bis auf wenige Ausnahmen – gradueller und keinesfalls substanzieller Natur.

7 Schlussbetrachtung und Diskussion der Ergebnisse

7.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Bundeswehr ist eine Armee (in) der Demokratie. Sie muss gleichermaßen ihren verteidigungspolitischen Auftrag umsetzen, militärische Aufgaben erfüllen und den Anspruch an in die Demokratie eingebundene Streitkräfte einlösen. Mit der Inneren Führung wurde eine vom Grundgesetz ausgehende ziel- und wertorientierte Konzeption für die Stellung der Streitkräfte im demokratischen Staat und der Soldatinnen und Soldaten in einer freien Gesellschaft geschaffen. Jegliche Form des politischen Extremismus ist mit diesem normativen Gerüst der Bundeswehr unvereinbar. Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie „Armee in der Demokratie“ Ausmaß, Ursachen und Wirkungen von politischem Extremismus in der Bundeswehr. Das ZMSBw hat die Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung als Teil des Maßnahmenkatalogs der Arbeitsgruppe Kommando Spezialkräfte durchgeführt.

Die Studie verfolgt drei zentrale Fragestellungen: Erstens wird untersucht, wie groß das Ausmaß und was die Ursachen extremistischer Einstellungen unter den Angehörigen der Bundeswehr sind. Zweitens wird analysiert, wie mit politischem Extremismus in der Bundeswehr umgegangen wird. Und drittens wird das Verhältnis der Bundeswehrangehörigen zu Politik und Gesellschaft beleuchtet sowie der Frage nachgegangen, welche Bedeutung Politik für das soldatische Selbstverständnis hat. Zur Beantwortung dieser Fragen wurden drei Erhebungsmodule durchgeführt, eine schriftliche (Papier und Online) Bundeswehrbefragung (Modul 1), eine computergestützte persönliche Bevölkerungsbefragung mit Überrepräsentation der Altersgruppe bis 30 Jahre (Modul 2) sowie 18 Gruppendiskussionen mit Soldatinnen und Soldaten an acht Standorten der Bundeswehr (Modul 3).

In der Bundeswehr- und der Bevölkerungsbefragung wurden neben rechtsextremistischen Einstellungen (gestützt auf die in den Leipziger Extremismus-Studien und den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung übliche Messung) die Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO), Politikziele der Neuen Rechten sowie die Einstellungen zu Verschwörungstheorien und zu Thesen der Reichsbürger erfasst. Die Gruppendiskussionen wurden nach dem Ansatz der dokumentarischen Methode ausgewertet.

Dieser Bericht konzentriert sich auf das Politikverständnis der Angehörigen der Bundeswehr und auf Einstellungen, die mit Rechtsextremismus in Beziehung stehen. Die Ergebnisse der Befragungen zeigen, dass eine große Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten wie der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr den Prämissen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den Grundsätzen der Inneren Führung zustimmt. Weniger als ein Prozent der Bundeswehrangehörigen weisen konsistent rechtsextremistische Haltungen auf, wobei kaum Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes dieser Haltungen zwischen zivilen und militärischen Angehörigen der Bundeswehr bestehen. Der Anteil von Personen mit konsistent rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr ist deutlich geringer als in der Bevölkerung insgesamt (5,4 Prozent). Bei der Einordnung der Befunde ist zu beachten, dass für Fragen zu rechtsextremistischen Einstellungen von einer Tendenz zu sozial erwünschtem Antwortverhalten bei den Bundeswehrangehörigen auszugehen ist. Das genaue Ausmaß sozial erwünschter Antworten ist mit den Instrumenten der Studie nicht zu bestimmen, tendenziell ist jedoch von einer Unterschätzung rechtsextremistischer Einstellungen in der Bundeswehr auszugehen. Dessen ungeachtet legen die Befunde der Studie nahe, dass rechtsextremistische Einstellungen in der Bundeswehr weniger verbreitet sind als in der Gesamtbevölkerung.

Schwerpunkt der Studie ist die Identifikation relevanter Einflussfaktoren rechtsextremistischer Haltungen. Weiterführende Analysen der Bundeswehrumfrage ergeben, dass rechtsextremistische Einstellungen in bestimmten Gruppen verbreiteter sind: bei Befragten mit formal niedriger Bildung, bei Mannschaftsdienstgraden und Unteroffizieren ohne Portepee, bei Personen im Alter unter 30 Jahren, bei in Ostdeutschland aufgewachsenen Befragten sowie bei Angehörigen von Heer, Streitkräftebasis und Kampftruppen. Zugleich wird deutlich, dass politische Unzufriedenheit, politisches Misstrauen und Kritik an wahrgenommenen Denk- und Sprechverboten mit rechtsextremistischen Einstellungen einhergehen. Ebenso erhöhen eine ausgeprägte Kämpferidentität, ein dezidiert soldatisches Elitebewusstsein und eine positive Haltung zur Wehrmacht die Empfänglichkeit für rechtsextremistische Einstellungen. Die Wahrnehmung fehlender oder zu geringer gesellschaftlicher und politischer Unterstützung für die Bundeswehr verstärkt hingegen rechtsextremistische Einstellungen nicht und die Unzufriedenheit mit dienstlichen Aspekten nimmt nur in sehr geringem Maße Einfluss auf die Ausprägung rechtsextremistischer Einstellungen. Die Befunde für militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr sind weitgehend identisch und nahezu unabhängig vom verwendeten Instrument zur Messung rechter politischer Einstellungen – es ergeben sich ähnliche Zusammenhänge bei den Skalen zur Neuen Rechten und zum Rechtsextremismus.

Zudem zeigen die Analysen der Bevölkerungsbefragung, dass Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen ein erhöhtes Interesse an einer Tätigkeit in der Bundeswehr haben. Dieser Zusammenhang tritt unabhängig vom verwendeten Instrument zur Messung rechter politischer Einstellungen (Neue Rechte, Rechtsextremismus) auf und bleibt selbst bei Berücksichtigung zahlreicher anderer Erklärungsfaktoren (demografische Merkmale, politische Einstellungen, Motive der Berufswahl etc.) bestehen. Mithin nehmen politische Einstellungen, genauer: rechtsextremistische Haltungen, einen eigenständigen Einfluss auf das berufliche Interesse an der Bundeswehr. Bei der Einordnung dieses Befundes ist zu beachten, dass die Umfrage lediglich das grundlegende Interesse an einer Laufbahn in der Bundeswehr erfasst und keine eingereichten Bewerbungen oder erfolgten Einstellungen. Die Studie kann deswegen keine Aussagen dazu treffen, ob Personen, die stärker zu rechtsextremistischen Positionen neigen, tatsächlich auch den Weg in die Streitkräfte finden.

Hinsichtlich der Wahrnehmung und des Umgangs mit extremistischen Vorfällen ergibt die Auswertung der Bundeswehrebefragung und der Gruppendiskussionen, dass etwa ein Viertel der Soldatinnen und Soldaten mindestens ein Vorkommnis mit Bezug zu politischem Extremismus innerhalb der letzten 12 Monate vor der Teilnahme an der Befragung erlebt hat. Extremistische Vorkommnisse wurden teils gemeldet, teils intern geregelt und teils sind deren Konsequenzen den Befragten nicht bekannt. Diese unterschiedlichen Reaktionen beruhen auf jeweils legitimen, aber miteinander konkurrierenden Handlungsgrundsätzen (Gehorsam, Vorschriftenlage, Pflicht zur Kameradschaft).

In der Gesamtheit belegen die Untersuchungen: Die meisten Angehörigen der Bundeswehr lehnen rechtsextremistische Positionen dezidiert ab und nur ein sehr geringer Teil hat ein geschlossen rechtsextremistisches Weltbild. Die Soldatinnen und Soldaten und die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr weisen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt ein stärkeres Interesse an Politik, ein höheres Vertrauen in staatliche Institutionen und eine größere Demokratiezufriedenheit auf. Zudem wird die FDGO nachdrücklicher befürwortet. Das Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten und der zivilen Beschäftigten in den Rückhalt durch die Politik, die Medien und die Bevölkerung ist dennoch belastet und durch auch in der Bundeswehr kursierende Wahrnehmungen von Denk- und Sprechverboten beeinträchtigt. Die Polarisierung politischer Debatten hat die Unsicherheit von Soldatinnen und Soldaten, ob und wie sie sich politisch positionieren dürfen oder sogar positionieren müssen, verstärkt.

7.2 Zur praktischen Relevanz der Ergebnisse

Was ist aus den präsentierten Befunden für den Schutz der Bundeswehr vor politischem Extremismus abzuleiten? Welche Maßnahmen und Handlungen legen die Einsichten der statistischen Auswertungen und der Gruppendiskussionen nahe, um die Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in den Streitkräften zu verhindern? Der Transfer sozialwissenschaftlicher Ergebnisse in organisationspolitische Entscheidungen ist nicht trivial. Gelungene empirische Sozialforschung kann neue Einblicke in gesellschaftliche Sachverhalte und Zusammenhänge bieten. Was die Befunde sozialempirischer Projekte jedoch nicht liefern, sind unmittelbare und konkrete Empfehlungen für die soziale Praxis (Streeck 2009; Wiesendahl 2016). Diese Einschränkung ist zu berücksichtigen, wenn gefragt wird, wie die Bundeswehr sich in Anbetracht der Befunde dieser Untersuchung besser gegen Extremismus in ihren Reihen schützen kann. Im Folgenden werden mit der gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung Empfehlungen entwickelt. Dazu werden aus den bisher präsentierten Befunden Anregungen abgeleitet, wie sich die Streitkräfte gegen Extremismus in ihren Reihen wappnen können.

Legt man die dargelegten Einsichten zugrunde, dann sollten die diesbezüglichen Vorkehrungen – wie bislang – so früh wie möglich einsetzen, also bereits vor dem Eintritt in die Bundeswehr (Abschnitt 6.2.1). Es ist zu verhindern, dass Extremisten überhaupt in die Bundeswehr gelangen. Die vor einigen Jahren etablierte Soldateneinstellungsüberprüfung hat neben der Identifikation von Extremisten eine abschreckende Wirkung auf potenziell Interessierte, wenngleich schwierig zu beziffern ist, wie groß dieser Effekt ist.

Ebenso sollte dem politischen Misstrauen unter Soldatinnen und Soldaten begegnet werden (Abschnitte 6.2.3 und 6.4.2). Die Streitkräfte unternehmen mit ihrer Politischen Bildung einiges, um die freiheitliche demokratische Grundordnung, das bundesdeutsche Institutionengefüge sowie die Rolle der Bundeswehr im politischen und verfassungsrechtlichen System zu vermitteln. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass es ihnen allein gelingen kann, der politischen Unzufriedenheit unter einigen ihrer Angehörigen entscheidend zu begegnen. Schließlich belegen Untersuchungen eine verbreitete politische Unzufriedenheit in der Gesamtbevölkerung (Infratest dimap 2023). Gesellschaftlicher Missmut und politische Polarisierungen finden mithin ihren Niederschlag auch in den Streitkräften. Diese Einsicht gilt ebenso mit Blick auf die Debatten um Sprachkonventionen, Benennungssensibilitäten und Sprechverbote. Über diese Themen ist in den letzten Jahren kontrovers gestritten worden. Wie die Auswertungen verdeutlichen, hat dies bei einem beachtlichen Teil der Soldatinnen und Soldaten Irritationen, Unsicherheiten und mitunter Ablehnung ausgelöst. Grund dafür ist, dass diese Debatten als Einschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit wahrgenommen werden. Die Meinungsfreiheit wird durch

das militärische Personal der Bundeswehr allerdings mit überwältigender Mehrheit unterstützt. Die Bundeswehr sollte sich der Thematik stellen, wenngleich die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind. Fragen wie „Welche Formulierungen sind angemessen? Welche Bezeichnungen sind zumindest antiquiert, mitunter aber verletzend?“ und „Was darf ich im Dienst und außerhalb des Dienstes auf welche Art und Weise (noch) sagen?“ sind in Unterrichten und Aussprachen zu behandeln und zu verhandeln. Die Soldatinnen und Soldaten sollten thematisieren dürfen, wie sie sich angemessen äußern und verhalten können und welche Schwierigkeiten damit verbunden sind, selbst wenn sich die gesellschaftlichen Konventionen noch im Umbruch befinden.

Ein anderes Einfallstor für Rechtsextremismus ist weniger von gesellschaftlichen Prozessen als vielmehr von innermilitärischen Dynamiken abhängig. Die Auswertungen in Abschnitt 6.2.6 zeigen, dass Soldatinnen und Soldaten, die einem ausgeprägten militärischen Elitebewusstsein anhängen und der Traditionswürdigkeit der Wehrmacht das Wort reden, empfänglicher für rechtsextremistische Positionen sind. Für beide Bereiche finden sich Regelungen, die solche Einfallstore eigentlich schließen sollten. Die Bundeswehr kennt offiziell keine Eliteverbände (Bundeswehr 2021). Die Konzeption der Inneren Führung und ihr Leitbild des Staatsbürgers in Uniform betonen die Einbindung der gesamten Streitkräfte in die Zivilgesellschaft und das Primat der Politik. Diese Leitlinien schließen ein soldatisches Selbstverständnis, das sich allein auf militärisch-handwerkliche Fähigkeiten konzentriert und daraus einen herausgehobenen militärischen oder gar gesellschaftlichen Status ableitet, dezidiert aus. Gleichwohl finden sich – wie in jeder Organisation – Abstufungen nach Relevanz und Reputation. Militärkulturell genießen Kampftruppen, Kommandoeinheiten und Spezialkräfte ein besonderes Ansehen, obwohl oder gerade weil ihnen ein ziviles Pendant fehlt. Die Resonanz, die Neitzels (2020) Auseinandersetzung mit dem Kriegertypus innerhalb wie außerhalb der Bundeswehr erfahren hat, ist Ausdruck der anhaltenden Brisanz der Thematik. Den Soldatinnen und Soldaten sollte die Möglichkeit geboten werden, subjektiv empfundene Diskrepanzen zwischen offiziellen Leitbildern und gelebter Militärkultur zu thematisieren. Umgekehrt ist zu vermitteln, dass militärfachliche Kompetenzen mit den Leitbildern der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform nicht konkurrieren, sondern korrespondieren.

Im engen Zusammenhang damit steht der Umgang mit der Wehrmacht – die Frage, welche Relevanz die Wehrmacht für die Bundeswehr und insbesondere für ihre Tradition haben kann und soll. Die Traditionsrichtlinien von 2018 haben hier eine eindeutige Regelung getroffen (BMVg 2018b). Grundsätzlich sind Personen und militärische Handlungen nur traditionswürdig, wenn sie in ihrem Wertebezug den Vorgaben des Grundgesetzes entsprechen. Dies ist für die Wehrmacht als Institution nicht der Fall; sie kann daher für die Bundeswehr keine Tradition begründen. Dennoch ist eine Befassung mit ihr im

Rahmen der historischen und militärfachlichen Ausbildung möglich und notwendig. Dabei ist das militärische Agieren aus professioneller Sicht zu analysieren, einzuordnen, zu kritisieren und auf seine heutige Relevanz zu befragen. Zugleich sind die historischen Hintergründe und insbesondere die Rolle der Wehrmacht im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg zu problematisieren. Die Unterscheidung von Traditionsbezügen und militärfachlichen Analysen verlangt von Auszubildenden und Auszubildenden ein gesteigertes Differenzierungsvermögen. Dies mag mitunter dazu führen, dass Unterrichte, Handreichungen und Lehrmaterialien die Themen Wehrmacht und Zweiter Weltkrieg meiden. Diese Verdrängung öffnet Raum für Heimlichkeiten und Legendenbildungen. Eine Tabuisierung der Wehrmacht wirkt kontraproduktiv. Ihr sollte mit einer bewussten Thematisierung in militärfachlichen Unterrichten und in der Historischen und Politischen Bildung begegnet werden.

Wie aus den Auswertungen hervorgeht, nehmen dienstliche Frustration und die – zumindest wahrgenommene – fehlende Unterstützung der Streitkräfte durch Politik und Zivilgesellschaft (nahezu) keinen Einfluss auf die Ausbildung rechtsextremistischer Positionen (Abschnitte 6.2.4, 6.2.5 und 6.4.1). Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Themen zu vernachlässigen sind. Im Gegenteil: Bereits der Umstand, dass ein beachtlicher Teil der befragten Soldatinnen und Soldaten den politischen und gesellschaftlichen Rückhalt als unzureichend einschätzt, gibt zu denken. Auch in den Gruppendiskussionen war dieses Defizit ein Dauerthema, das von den Soldatinnen und Soldaten selbst angesprochen wurde. Da Studien überzeugend nachgewiesen haben, dass der Zuspruch und die Unterstützung der Bevölkerung für die Streitkräfte höher sind, als in der Bundeswehr selbst vermutet wird (Wanner 2019), sind in erster Linie eine veränderte Kommunikation und Wahrnehmung vonnöten. Den Soldatinnen und Soldaten ist zu vermitteln, dass sie durchaus gesellschaftliche Unterstützung erfahren, wie die öffentliche Meinung (z.B. Graf 2022, 2024), jeder Tag der offenen Tür und jedes öffentliche Gelöbnis dokumentieren. Ebenso ist der politische Rückhalt – auch aufgrund des russischen Überfalls auf die Ukraine – quer durch die Parteien und gesellschaftlichen Gruppen gestiegen, wovon nicht zuletzt das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro Zeugnis ablegt. Zugleich kann die soldatische Klage über den fehlenden Zuspruch als Wunsch nach gesellschaftlicher Einbindung und Anerkennung verstanden werden. Für die meisten Soldatinnen und Soldaten ist es wichtig, den Rückhalt der Bevölkerung zu erfahren. Dieses Bedürfnis entspricht dem Grundgedanken der Inneren Führung (BMVg 2018a: Nr. 312–401). Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind nicht isoliert, sondern sehen sich als festen Bestandteil ihrer Gesellschaft. Daher ist es umso dringlicher, jeglicher Form von Extremismus in den Streitkräften entgegenzutreten, da dieser das gesellschaftliche Ansehen der Bundeswehr schädigt. Eine ähnliche Dringlichkeit gilt für die Auseinandersetzung

mit den Aspekten und Motiven dienstlichen Frusts. Zwar ist dieser kein direkter Treiber rechtsextremistischer Einstellungen (Abschnitt 6.2.5). Dennoch ist es für Streitkräfte untragbar, wenn sich ein Großteil ihrer Angehörigen unzufrieden mit Bewaffnung, Ausstattung und Material zeigt. Mit den in Aussicht gestellten Finanzmitteln sind schnelle und deutlich spürbare Verbesserungen einzuleiten, um das Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten in ihr Material und ihre Ausrüstung – und damit in die militärische Führung und die politische Leitung – nicht länger zu belasten.

Die Befragungen haben ferner gezeigt, dass es ein breites Spektrum der Reaktionen auf Vorkommnisse gibt (Abschnitte 6.3 und 6.4.4). Ohne dass diese Studie im Detail klären konnte, was den verschiedenen Reaktionen zugrunde liegt, bestehen offensichtlich Unsicherheiten im Umgang mit Vorkommnissen, obwohl die Vorschriftenlage eindeutig ist (z.B. BMVg 2019: Nr. 355–357). Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass es eine Musterlösung nicht gibt. Vorgaben wie „alles ist zu melden“, würden Misstrauen in das soziale Geflecht der Streitkräfte tragen und die militärische Bürokratie überfordern (Kühl 2020). Den Soldatinnen und Soldaten ist vielmehr zu vermitteln, welche Vergehen mit Bezug zum Extremismus unbedingt zu melden sind, welches Verhalten durch interne Ansprachen geklärt werden kann und welche Handlungen oder Äußerungen zulässig bzw. von den Freiheitsrechten des Einzelnen gedeckt sind (Abschnitte 6.3 und 6.4.2). Auch wenn es ein nachvollziehbares Ziel ist, den Angehörigen der Bundeswehr Handlungssicherheit in diesem Bereich zu vermitteln, ist der dahinterstehende Konflikt per se nicht gänzlich aufzulösen. Streitkräfte sind auf kameradschaftlichen Zusammenhalt und gegenseitiges Vertrauen angewiesen. Extremisten gefährden diese soziale Kohäsion. Militärische Gruppen und Einheiten müssen Verfahren entwickeln, um mit Fehlverhalten umzugehen und soziale Konflikte – bis zu einem rechtlich definierten Rahmen – intern zu regeln. Solche Konfliktlösungsmethoden stärken wiederum den militärischen Zusammenhalt.

7.3 Zur wissenschaftlichen Bewertung der Ergebnisse

In wissenschaftlicher Hinsicht ermöglichte die Studie erstmalige und umfassende Einblicke in die politischen Einstellungen der Angehörigen der Bundeswehr – einschließlich extremistischer Positionen. Seit Jahren ist die Relevanz dieser Thematik in der Bundeswehr, der Öffentlichkeit, in den Medien wie in der Forschung unstrittig und es finden sich unterschiedlichste Vermutungen und Hypothesen, welches Verhältnis die Soldatinnen und Soldaten zur Politik pflegen, welche politische Haltungen sie haben und ob sie empfänglich für politischen Extremismus sind. Bislang fehlte es an einer aktuellen Studie, die auf solider konzeptioneller, methodischer und empirischer Basis diesen Annahmen nachgehen konnte. Mit den quantitativen und qualitativen Modulen dieser Untersuchung liegt

ein breiter Datenbestand vor, mit dem sich die verschiedenen Hypothesen nun prüfen und, falls notwendig, anpassen lassen. Die oben präsentierten Ergebnisse sind belastbar, bestätigen sich in unterschiedlichen Verfahren und zeigen stabile Muster und Zusammenhänge. Diese Einschätzung gilt selbst dann noch, wenn die methodischen Herausforderungen der Untersuchung, wie die Teilnahmeverweigerung, die Nichtbeantwortung von Fragen und die Tendenz zu sozial erwünschtem Antwortverhalten in Rechnung gestellt werden.

Ungeachtet dieser positiven Bewertung sind die Grenzen der vorliegenden Untersuchung ebenfalls klar erkennbar. Wie bereits mehrfach betont, erfasst das Projekt lediglich politische Einstellungen. Inwieweit diese mit entsprechenden politischen Handlungen einhergehen, muss offenbleiben. Ebenso ungeklärt bleibt, ob und falls ja, welche etablierten Beziehungen zwischen Personen mit extremistischen Einstellungen innerhalb der Bundeswehr bestehen. Extremistische Netzwerke und Strukturen kann die vorliegende Studie nicht erfassen, obwohl diese für Radikalisierungsprozesse und den Einfluss des politischen Extremismus in Organisationen von entscheidender Relevanz sind (Kruglanski et al. 2019). Auch die Rolle von Medien für die Ausbildung extremistischer Haltungen, für Radikalisierungsprozesse und die Vernetzung von Gleichgesinnten ist nicht Bestandteil der Untersuchung (Ebner 2019). Das ZMSBw ist an einer Forschungsgruppe der NATO Science and Technology Organization (Research Task Group HFM 347 „Military Service Member and Veteran Domestic Radicalization“) beteiligt, die soldatische Radikalisierungsprozesse im internationalen Vergleich betrachtet. Dabei werden die Interaktionen zwischen den persönlichen Dispositionen, dem dienstlichen und sozialen Umfeld sowie den gesellschaftlichen Entwicklungen in den Blick genommen. Eine Buchpublikation ist für 2025 zu erwarten. Die Kombination der Befunde der NATO-Forschungsgruppe mit den hier präsentierten Befragungsergebnissen verspricht weitere Einsichten in die Entstehungsbedingungen und Radikalisierungstendenzen des politischen Extremismus im Militär.

Während die Identifikation der Einflussfaktoren extremistischer Einstellungen in den präsentierten Auswertungen recht gut gelingt, zeigen sich Grenzen bei der Analyse des Meldeverhaltens. Zwar konnte mit dem vorhandenen Daten- und Quellenmaterial dargelegt werden, in welchem Spannungsverhältnis zwischen konkurrierenden Ansprüchen sich die Reaktionen auf extremistische Vorfälle bewegen. Die Untersuchung konnte aber nicht ausreichend klären, weshalb in bestimmten Situationen ein Vorkommnis gemeldet, intern geregelt oder gänzlich ignoriert wird. Den dahinterstehenden Logiken und den exakten Mechanismen des Umgangs mit Vorfällen – nicht nur extremistischer Natur – ist in künftigen Untersuchungen weiter nachzugehen, zumal in diesem Bereich vonseiten der Bundeswehr Klärungs- und Handlungsbedarf besteht.

Die bisherigen Auswertungen konzentrierten sich auf das Ausmaß und die Einflussfaktoren rechtsextremistischer Einstellungen von Soldatinnen und Soldaten. In künftigen Studien sollte die Thematik des politischen Extremismus in die übergreifende Fragestellung nach dem Verhältnis der Soldatinnen und Soldaten zur Politik eingebettet werden. Diese Erweiterung ist im vorliegenden Forschungsbericht nur angedeutet. Dabei ist die politische Positionierung der Soldatinnen und Soldaten wie der zivilen Angehörigen der Bundeswehr ein wesentliches Moment der zivil-militärischen Beziehungen. Der Forschungsbericht leistet mit seinen Befunden einen wichtigen Beitrag zur Analyse dieses Kerngebiets der Militärsoziologie.

Literaturverzeichnis

- Abenheim, Donald (2019): Bundeswehr und Alternative für Deutschland (AfD): Die „Soldatenpartei“? In: Hartmann, Uwe/von Rosen, Claus (Hrsg.): Jahrbuch Innere Führung 2019. Bundeswehr im Aufbruch. Hindernisse von den verteidigungspolitischen Vorstellungen der AfD bis zu den sicherheitspolitischen Meinungen in der Zivilgesellschaft. Berlin: Miles-Verlag, 48–79.
- Ahrens, Petra-Angela/Kümmel, Gerhard/Rebenstorf, Hilke/Thurau, Markus/Wanner, Meike (2023): Militärseelsorge und Religion aus Sicht der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Erste Ergebnisse. Potsdam: ZMSBw.
- Alderfer, Clayton P. (1972): Existence, Relatedness, and Growth. Human Needs in Organizational Settings. New York: Free Press.
- Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2013): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., vollst. aktual. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Apelt, Maja (2012): Das Militär als Organisation. In: Apelt, Maja/Tacke, Veronika (Hrsg.): Handbuch Organisationstypen. Wiesbaden: Springer VS, 133–148.
- APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte (2023): Diskurskultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 73: 43–45 <<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/diskurskultur-2023>> (letzter Zugriff: 27.11.2023).
- Arzheimer, Kai (2020): Extremismus. In: Faas, Thorsten/Gabriel, Oscar W./Maier, Jürgen (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium. Baden-Baden: Nomos, 296–308.
- Augen geradeaus! (2020): Sicherheitsüberprüfung für neue Rekruten: In zwei Jahren 60 Bewerber abgelehnt, 15.1.2020 <<https://augengeradeaus.net/2020/01/sicherheitsueberpruefung-fuer-neue-rekruten-in-zwei-jahren-60-bewerber-abgelehnt/>> (letzter Zugriff: 27.11.2023).
- Bachman, Jerald G./Sigelman, Lee/Diamond, Greg (1987): Self-Selection, Socialization, and Distinctive Military Values: Attitudes of High School Seniors. In: Armed Forces & Society, 13: 2, 169–187.
- Backes, Uwe (2013): Extremismus und politisch motivierte Gewalt im vereinten Deutschland. In: Enzmann, Birgit (Hrsg.): Handbuch Politische Gewalt. Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung. Wiesbaden: Springer VS, 363–395.
- Backes, Uwe (2015): Extreme Gefahr aus der Mitte? Möglichkeiten und Grenzen politikwissenschaftlicher Diagnostik. In: Jesse, Eckhard (Hrsg.): Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus. Zeitschrift für Politikwissenschaft, Sonderband, Baden-Baden: Nomos, 89–111.
- Backes, Uwe (2018): Extremistische Ideologien. In: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, 99–159.
- Bächler, Maja/Bussiek, Dagmar (2020): Politische Bildung in der Bundeswehr. Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut. München: Deutsches Jugendinstitut e.V.

- BAMAD – Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (2020): MAD-Report. Jahresbericht des Militärischen Abschirmdienstes für das Jahr 2019. Köln: Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst.
- BAMAD (2021): MAD-Report. Jahresbericht des Militärischen Abschirmdienstes für das Jahr 2020. Köln: Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst.
- Bartels, Hans-Peter (2020): Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Fragen von GWP an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Dr. Hans-Peter Bartels. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 69: 1, 5–8.
- BfV – Bundesamt für Verfassungsschutz (2023a): Glossar: Extremismus <https://www.verfassungsschutz.de/DE/service/glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=678586> (letzter Zugriff: 2.10.2023).
- BfV (2023b): Glossar: Neue Rechte <<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glosaareintraege/DE/N/neue-rechte.html>> (letzter Zugriff: 2.10.2023).
- BfV (2023c): Rechtsextremismus <https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus_node.html> (letzter Zugriff: 17.11.2023)
- BfV (2023d): Reichsbürger und Selbstverwalter. Begriff und Erscheinungsformen <https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_node.html> (letzter Zugriff: 17.11.2023)
- Biehl, Heiko (2021): Die Kameradschaft der „kleinen Kampfgemeinschaft“. Zur Soziologie eines militärischen Mythos. In: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 2, 53–74.
- Biehl, Heiko/Leonhard, Nina (2023): Militär und Tradition. In: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Militärsoziologie – eine Einführung. 3.aktual. und erg. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 421–454.
- Biehl, Heiko/Tomforde, Maren (2021): Quantitative und qualitative Methoden in der militärsoziologischen Forschung. Grundzüge, Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Verknüpfungen. In: Elbe, Martin/Biehl, Heiko/Steinbrecher, Markus (Hrsg.): Empirische Sozialforschung in den Streitkräften. Positionen, Erfahrungen, Kontroversen. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 171–196.
- BMVg – Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.) (2018a): Innere Führung. Selbstverständnis und Führungskultur. Zentrale Dienstvorschrift A-2600/1, Version 2.1. Berlin: BMVg.
- BMVg (2018b): Die Tradition der Bundeswehr. Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege. Berlin: BMVg.
- BMVg (2019): Extremismus. Vorbeugung und Bekämpfung. Zentrale Dienstvorschrift A-2600/7. Berlin: BMVg.
- BMVg (2022): Jahresbericht KfE 2021. BMVG R II 5 – Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle. Bonn: BMVg.
- BMVg (2023a): Jahresbericht KfE 2022. BMVG R II 5 – Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle. Bonn: BMVg.
- BMVg (2023b): Einstellungs-, Meinungs- und Verhaltensforschung. Allgemeine Regelung A-2710/1, Version 4. Berlin: BMVg.

- Böcker, Martin (2013): Soldat und Partisan als Antibürger. In: Böcker, Martin/Kempf, Larsen/Springer, Felix (Hrsg.): Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute. München: Olzog, 201–213.
- Böcker, Martin/Kempf, Larsen/Springer, Felix (Hrsg.) (2013): Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute. München: Olzog.
- Böckler, Nils/Hoffmann, Jens (Hrsg.) (2017): Radikalisierung und extremistische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Bohnert, Marcel/Reitstetter, Lukas J. (Hrsg.) (2014): Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr. Berlin: Miles.
- Bohnsack, Ralf (2021): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 10. durchges. Aufl. Opladen/Toronto: Babara Budrich/utb.
- Bonnemann, Arwed/Hofmann-Broll, Ulrike (1999): Studentische Orientierungen zwischen akademischer und soldatischer Lebenswelt. Evaluation an den Universitäten der Bundeswehr. Baden-Baden: Nomos.
- Bonnemann, Arwed/Posner, Christine (2002): Die politischen Orientierungen der Studenten an den Universitäten der Bundeswehr im Vergleich zu den Studenten an öffentlichen Hochschulen. In: Sicherheit und Frieden (S+F), 20: 1, 42–52.
- Brettfeld, Katrin/Endtricht, Rebecca/Farren, Diego/Fischer, Jannik/Kleinschnittger, Janosch/Wetzels, Peter (2022): Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland: Entwicklungen seit 2021. Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH. In: Kemmesies, Uwe/Wetzels, Peter/Austin, Beatrix/Büscher, Christian/Dessecker, Axel/Hutter, Swen/Rieger, Diana (Hrsg.): MOTRA-Monitor 2022. Wiesbaden: Bundeskriminalamt – Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus, 68–109.
- Bryant, Susan/Sweeney, Brett/Urban, Heidi (2021): From Citizen Soldier to Secular Saint: The Societal Implications of Military Exceptionalism. In: Texas National Security Review, 4: 2, 9–24.
- Bulmann, Thomas/Fiebig, Rüdiger/Wieninger, Victoria/Greif, Stefanie/Flach, Max H./Priewisch, Manon A. (2010): Ergebnisse der Studentenbefragung an den Universitäten der Bundeswehr Hamburg und München 2007. Forschungsbericht 89. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Bundeswehr (2021): Militärische Elite?, 14.10.2021 <<https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/schwerpunkte/spezialkraefte-bundeswehr/militaerische-elite-5219802>> (letzter Zugriff: 24.11.2023).
- Burk, James (1999): Military Culture. In: Kurtz, Lester (Hrsg.), Encyclopedia of Violence, Peace and Conflict. San Diego: Academic Press, 447–462.
- Clair, Johannes (2012): Vier Tage im November. Mein Kampfeinsatz in Afghanistan. Berlin: Econ.
- Cortright, David (1975): Economic Conscription. In: Society, 12: May/June, 43–47.
- Croissant, Aurel/Kühn, David (2011): Militär und zivile Politik. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022a): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial Verlag.

- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2022b): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial Verlag, 31–90.
- Derin, Benjamin/Singelnstein, Tobias (2022): Die Polizei: Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation. Berlin: Econ.
- Dörfler-Dierken, Angelika/Ebeling, Klaus/Fiebig, Rüdiger (2010): Evaluierung des Lebenskundlichen Unterrichts in der Truppenpraxis. Erste Ergebnisse der Umfrage 2010. Gutachten 1/2011. Strausberg: SOWI.
- Dörfler-Dierken, Angelika/Kramer, Robert (2014): Innere Führung in Zahlen. Streitkräftebefragung 2013. Berlin: Miles.
- Döring, Nicola/Bortz, Jürgen (2016): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. 5., vollst. überarb., akt. u. erw. Aufl. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Ebner, Julia (2019): Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren. Berlin: Suhrkamp.
- Elbe, Martin (2023a): Bewerberstudie 2022. Vom anfänglichen Interesse bis zur abgeschlossenen Bewerbung bei der Bundeswehr. Forschungsbericht 134. Potsdam: ZMSBw.
- Elbe, Martin (2023b): Jugendstudie 2022. Analyse des Bewerberpotenzials für die Bundeswehr. Potsdam: ZMSBw (unveröffentlichter Forschungsbericht).
- FES – Friedrich-Ebert-Stiftung (2023): Mitte-Studie <<https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>> (letzter Zugriff: 17.11.2023).
- Franke, Jürgen (2023): Innere Führung. In: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Militärsoziologie – Eine Einführung. 3., aktual. und erg. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 515–552.
- Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans (Hrsg.) (2005): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Gareis, Sven B./Kozielski, Peter-Michael/Kratschmar, Michael (2001): Rechtsextreme Orientierungen in Deutschland und ihre Folgen für die Bundeswehr. SOWI-Arbeitspapier 129. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0 <<https://doi.org/10.4232/1.13250>>.
- Graf, Timo (2022): Zeitenwende im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild. Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022. Forschungsbericht 133. Potsdam: ZMSBw.
- Graf, Timo (2024): Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2023. Forschungsbericht 136. Potsdam: ZMSBw.

- Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Scherzer, Joel (2022): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021. Forschungsbericht 131. Potsdam: ZMSBw.
- Häder, Michael (2015): Empirische Sozialforschung. Eine Einführung. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Hegner, Karl/Lippert, Ekkehard/Wakenhut, Roland (1983): Selektion oder Sozialisation. Zur Entwicklung des politischen und moralischen Bewußtseins in der Bundeswehr. SOWI-Berichte 25. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Helmus, Todd C./Brown, Ryan A./Ramchand, Rajeev (2023): Prevalence of Veteran Support for Extremist Groups and Extremist Beliefs: Results from a Nationally Representative Survey of the U.S. Veteran Community. Santa Monica, CA: RAND.
- Hentschel, Katrin (2013): Ergebnisse der Jugendstudie 2011. Berufswahl Jugendlicher und Einstellungen zum Arbeitgeber Bundeswehr. Forschungsbericht 100. Potsdam: ZMSBw.
- Hermann, Dieter (2014): Individuelle reflexive Werte. Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS). Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <<https://doi.org/10.6102/zis135>>.
- Högl, Eva (2021): Zivilcourage im Militär – kein Widerspruch! In: Ethik und Militär, 2, 50–53.
- Huntington, Samuel P. (1957): The Soldier and the State: The Theory and Politics of Civil-Military Relations. Cambridge: Belknap Press.
- Iglesias Appuhn, Esther/Appuhn, Aaron (2020a): Parteimitgliedschaft und politische Treuepflicht. Teil 2. In: Bundeswehrverwaltung, 64: 3, 56–60.
- Iglesias Appuhn, Esther/Appuhn, Aaron (2020b): „Der Flügel“ – Parteimitgliedschaft und politische Treuepflicht. In: Bundeswehrverwaltung, 64: 6, 121–123.
- Infratest dimap (2023): ARD-DeutschlandTREND November 2023. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD <<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/november>> (letzter Zugriff: 29.11.2023).
- Ipsos (2022): Armee in der Demokratie. Methodenbericht. Berlin.
- Janowitz, Morris (1960): The Professional Soldier. A Social and Political Portrait. New York: Free Press.
- Jesse, Eckhard (2015): Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen: Historisch-politische Streifzüge. Köln: Böhlau.
- Jesse, Eckhard (2017): Rechtsextremismus in Deutschland: Definition, Gewalt, Parteien, Einstellungen. In: Neue Kriminalpolitik, 29: 1, 15–35.
- Jesse, Eckhard (2018): Grundlagen. In: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, 23–58.
- Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.) (2018): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos.
- Jungkunz, Sebastian (2019): Towards a Measurement of Extreme Left-Wing Attitudes. In: German Politics, 28: 1, 101–122.

- Jungkunz, Sebastian (2023): Politischer Extremismus. Struktur und Ursachen links- und rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. Cham: Springer VS.
- Kemper, Christoph J./Beierlein, Constanze/Bensch, Doreen/Kovaleva, Anastassiya/Rammstedt, Beatrice (2012): Eine Kurzsкала zur Erfassung des Gamma-Faktors sozial erwünschten Antwortverhaltens: Die Kurzsкала Soziale Erwünschtheit-Gamma (KSE-G). GESIS-Working Papers 2012/25. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Kleemann, Frank/Krähnke, Uwe/Matuschek, Ingo (2013): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung in die Praxis des Interpretierens. 2., korr. und aktual. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Klingler, Jonathan D./Chatagnier, J. Tyson (2014): Are You Doing Your Part? Veterans' Political Attitudes and Heinlein's Conception of Citizenship. In: *Armed Forces & Society*, 40: 4, 673–695.
- Knabe, Hubertus (2023): Wenn Forscher selbst SPD-Wählern ein „manifest rechtsextremes“ Weltbild bescheinigen. In: *Welt*, 4.10.2023 <<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus247687674/Wenn-Forscher-selbst-SPD-Waehlern-ein-manifest-rechtsextremes-Weltbild-bescheinigen.html>> (letzter Zugriff: 2.10.2023).
- Köcher, Renate (2019): Grenzen der Freiheit. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 119 vom 23. Mai 2019. Allensbach: IfD Allensbach.
- Kohr, Heinz-Ulrich (1993): Rechts zur Bundeswehr, links zum Zivildienst? Orientierungsmuster von Heranwachsenden in den alten und neuen Bundesländern Ende 1992. SOWI-Arbeitspapier 77. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Koopmans, Ruud (2014): Religious Fundamentalism and out-group Hostility among Muslims and Christians in Western Europe. WZB Discussion Paper SP VI 2014-001. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.
- Kraske, Michael (2020): Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört. Berlin: Ullstein.
- Kreis, Joachim (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 12. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Kruglanski, Arie/Bélangier, Jocelyn J./Gunaratna, Rohan (2019): *The Three Pillars of Radicalization: Needs, Narratives, and Networks*. New York, NY: Oxford University Press.
- Kühl, Stefan (2011): Organisationen. Eine sehr kurze Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kühl, Stefan (2020): Brauchbare Illegalität. Vom Nutzen des Regelbruchs in Organisationen. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker (2018): Gruppendifkussionen. Ein Praxis-Handbuch. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühne, Thomas (1996): Kameradschaft – „Das Beste im Leben des Mannes“. Die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs in erfahrungs- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 22: 4, 504–529.

- Kühne, Thomas (2006): Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kümmel, Gerhard (2014): Truppenbild ohne Dame? Eine sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zum aktuellen Stand der Integration von Frauen in die Bundeswehr. Forschungsbericht 106. Potsdam: ZMSBw.
- Küpper, Beate/Sandal-Önal, Elif/Zick, Andreas (2023): Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, 91–135.
- Laabs, Dirk (2021): Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern. Berlin: Econ.
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas H. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz, 283–299.
- Lang, Felix/Schattka, Chris (2021): Sammelbesprechung: Rechtsextremismusforschung im normativen Spannungsfeld. In: Soziologische Revue, 44: 3, 392–407.
- Leonhard, Nina (2018): Über den (Wesens)Kern des Soldatseins. Professionssoziologische Überlegungen zur gegenwärtigen Debatte um soldatische Berufs- und Selbstbilder im Bereich der Bundeswehr. In: Müller-Herrmann, Silke/Becker-Lenz, Roland/Busse, Stefan/Ehlert, Gudrun (Hrsg.): Professionskulturen – Charakteristika unterschiedlicher professioneller Praxen. Wiesbaden: Springer VS, 7–29.
- Leonhard, Nina/Biehl, Heiko (2023): Soldatsein als Beruf. In: Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Militärsoziologie – Eine Einführung. 3., aktual. und erg. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 555–593.
- Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.) (2023): Militärsoziologie – Eine Einführung. 3., aktual. und erg. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Lepsius, M. Rainer (1997): Militärwesen und zivile Gesellschaft. In: Frevert, Ute (Hrsg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart: Klett-Cotta, 359–370.
- Lippert, Ekkehard/Schneider, Paul/Zoll, Ralf (1976): Sozialisation in der Bundeswehr. Der Einfluß des Wehrdienstes auf soziale und politische Einstellungen der Wehrpflichtigen. SOWI-Berichte 2. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Lippert, Ekkehard/Schneider, Paul/Zoll, Ralf (1978): The Influence of Military Service on Political and Social Attitudes. A Study of Socialization in the German Bundeswehr. In: Armed Forces & Society, 4: 2, 265–282.
- Meisner, Matthias/Kleffner, Heike (Hrsg.) (2019): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. Freiburg i.Br.: Herder.
- Merkur (2020): „Ungewöhnlich, dass ...“: Extremisten in der Bundeswehr – Wehrbeauftragter fordert Aufklärung. In: Merkur, 26.1.2020 <<https://www.merkur.de/politik/bundeswehr-rechtsextremismus-wehrbeauftragter-ksk-mad-kramp-karrenbauer-zr-13414553.html>> (letzter Zugriff 8.12.2023).
- Milbradt, Björn/Frank, Anja/Greuel, Frank/Herding, Maruta (Hrsg.) (2022): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

- Miliopoulos, Lazaros (2018): Ursachen für politischen Extremismus. In: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, 205–243.
- Münkler, Herfried (2007): Heroische und postheroische Gesellschaften. In: Merkur 61: 8/9, 742–752.
- Naumann, Klaus (2020a): Nicht ganz dicht am rechten Rand? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Probleme der Bundeswehr. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 70: 16/17, 25–30.
- Naumann, Klaus (2020b): KSK oder: Bundeswehr ohne Innere Führung? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 65: 9, 33–36.
- Naumann, Klaus (2021): Militärkonservatismus – auf der schiefen Ebene? In: if – Zeitschrift für Innere Führung, 64: 1, 53–59.
- Neitzel, Sönke (2020): Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte. Berlin: Propyläen.
- Neu, Viola/Pokorny, Sabine (2015): Ist „die Mitte“ (rechts)extremistisch? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 65: 40, 3–8.
- Neu, Viola/Pokorny, Sabine (2018): Extremistische Einstellungen und empirische Befunde. In: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, 161–203.
- Nohl, Arnd-Michael (2017): Interview und Dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis. 5., aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen: Leske & Budrich.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2009): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 2., korr. Aufl. München: Oldenbourg.
- Richter, Gregor (2020): Wie attraktiv ist die Bundeswehr als Arbeitgeber? Ergebnisse der Personalbefragung 2020. Forschungsbericht 126. Potsdam: ZMSBw.
- Ritscher, Hans (1979): Bedingungen und Probleme politischen Lernens in der Bundeswehr. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 29: 46, 3–19.
- Roßteutscher, Sigrid/Schoen, Harald/Schmitt-Beck, Rüdiger et al. (2017): Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation) (GLES 2017). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6802 Datenfile Version 1.1.0 <<https://doi.org/10.4232/1.12997>>.
- Rothbart, Chariklia (2021): Meinung oder Methode? Potenzielle Fehler in quantitativen Befragungen der Bundeswehr. In: Elbe, Martin/Biehl, Heiko/Steinbrecher, Markus (Hrsg.): Empirische Sozialforschung in den Streitkräften. Positionen, Erfahrungen, Kontroversen. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 197–234.
- Seiffert, Anja/Heß, Julius (2020): Leben nach Afghanistan. Die Soldaten und Veteranen der Generation Einsatz der Bundeswehr. Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Langzeitbegleitung des 22. Kontingents ISAF. Potsdam: ZMSBw.
- Scherer, Philipp/Stövsand, Lars-Christopher (2019): Ideologie. In: Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Baden-Baden: Nomos, 219–228.

- Schulz, Winfried (2008): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. 2., vollständig überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Siems, Thomas (2020): Die Soldateneinstellungsüberprüfung. In: Bundeswehrverwaltung, 64: 4, 73–76.
- Skwara, Kai (2014): Soldent oder Studat? Der Offizier in der Gesellschaft und der Einfluss des Studiums. In: Bohnert, Marcel/Reitstetter, Lukas J. (Hrsg.): Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr. Berlin: Miles, 139–152.
- Sontheimer, Kurt (1993): Grundzüge des politischen Systems der neuen Bundesrepublik Deutschland. 15. Aufl. völlig überarb. Neuausg. München/Zürich: Piper.
- Speit, Andreas (Hrsg.) (2020): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Potsdam: Landeszentrale für politische Bildung.
- Spiegel (2022): Wehrbeauftragte fordert mehr Personal zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, 3.6.2022 <<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-wehrbeauftragte-eva-hoegl-spd-fordert-mehr-personal-zur-bekaempfung-des-rechtsextremismus-a-f9f7eddd-eb55-4879-8431-440d847aa3bb>> (letzter Zugriff: 2.10.2023).
- Spreen, Dierk (2019): Rechtspopulismus und Bundeswehr. Eine Bestandaufnahme mit Risikoanalyse. In: Dörfler-Dierken, Angelika (Hrsg.): Hinschauen! Geschlecht, Rechtspopulismus, Rituale. Systemische Probleme oder individuelles Fehlverhalten? Berlin: Miles-Verlag, 97–136.
- Steinbrecher, Markus (2019): Die Schule der Nation für den Staatsbürger in Uniform? Der Einfluss militärischer Sozialisation auf politische Einstellungen und politisches Verhalten in Deutschland. In: Steinbrecher, Markus/Bytzeck, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hrsg.): Identität – Identifikation – Ideologie. Analysen zu politischen Einstellungen und politischem Verhalten in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 1–55.
- Steinbrecher, Markus/Scherzer, Joel (2022): Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. In: Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Scherzer, Joel: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2021. Forschungsbericht 131. Potsdam: ZMSBw, 171–210.
- Steinmeier, Frank-Walter (2020): Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Feierlichen Gelöbnis zum 65. Gründungstag der Bundeswehr am 12. November 2020 in Schloss Bellevue. Berlin.
- Streck, Wolfgang (2009): Man weiß es nicht genau: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Vogl, Susanne (2019): Gruppendiskussion. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Band 2. 2., vollständig überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 695–700.
- vom Hagen, Ulrich (2003): Die protestantische Ethik als geistige Rüstung des deutschen Offizierkorps. In: Werkner, Ines-Jacqueline/Leonhard, Nina (Hrsg.): Aufschwung oder Niedergang? Religion und Glaube in Militär und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M.: Lang, 349–362.

- vom Hagen, Ulrich (2012): *Homo Militaris. Perspektiven einer kritischen Militärsoziologie*. Bielefeld: transcript.
- von Alemann, Ulrich (1995): Politikbegriffe. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. 3., überarb. Aufl. Völlig überarb. Neuausgabe. München: Piper, 542–545.
- Wanner, Meike (2019): *Das Ansehen der Bundeswehr. Persönliche Einstellung versus Meinungsklimawahrnehmung*. Baden-Baden: Nomos.
- Wiesendahl, Elmar (1998): Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Ein Beitrag zur Aufhellung eines tabuisierten Themas. In: *Sicherheit und Frieden (S+F) – Security and Peace*, 16: 4, 239–246.
- Wiesendahl, Elmar (2016): Vom Nutzen und Nachteil sozialwissenschaftlicher Forschung in der Bundeswehr. In: Dörfler-Dierken, Angelika/Kümmel, Gerhard (Hrsg.): *Am Puls der Bundeswehr. Militärsoziologie in Deutschland zwischen Wissenschaft, Politik, Bundeswehr und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 85–103.
- Wiling, Dirk (Hrsg.) (2017): *„Reichsbürger“*. Ein Handbuch. 3. Aufl. Potsdam: Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung.
- Wilson, Sven E./Ruger, William (2020): Military Service, Combat Experience, and Civic Participation. In: *Armed Forces & Society*, 47: 3, 551–585.
- Wissenschaftsrat (2023): *Stellungnahme zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)*, Potsdam/Heidelberg.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.) (2023): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz, 53–89.
- ZMSBw (2022): *Armee in der Demokratie. Informationen zur Studie*, 7.11.2022 <<https://zms.bundeswehr.de/de/studie-armee-in-der-demokratie-5524470>> (letzter Zugriff: 20.11.2023).

Im Rahmen der Studie „Armee in der Demokratie“ untersuchte das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr das Ausmaß, die Ursachen und die Wirkungen von politischem Extremismus in der Bundeswehr. Die Studie verfolgt drei zentrale Fragestellungen: 1) Wie groß ist das Ausmaß und was sind die Ursachen extremistischer Einstellungen unter den Angehörigen der Bundeswehr? 2) Wie wird mit politischem Extremismus in der Bundeswehr umgegangen? 3) Wie ist das Verhältnis der Bundeswehrangehörigen zu Politik und Gesellschaft? Welche Bedeutung hat Politik für das soldatische Selbstverständnis? Das Themenfeld der politischen Einstellungen und die genannten Fragestellungen sind in der Bundeswehr bislang nur ansatzweise empirisch erforscht. Die vorliegende Studie liefert auf belastbarer konzeptioneller, methodischer und empirischer Grundlage erstmalige und umfassende Einblicke in die politischen Einstellungen der Angehörigen der Bundeswehr sowie einen ersten Überblick zum Ausmaß und zu den Ursachen extremistischer Einstellungen.

Dr. Markus Steinbrecher, Dr. Heiko Biehl, Dr. Nina Leonhard, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.